

Protokoll

35. Bundesparteitag
9. November 1987 · Bonn



Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag:

DICO-Soft GmbH,
Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Gesamtherstellung:

Union Betriebs GmbH

**35. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Bonn, 9. November 1987

INHALT	Seite
Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	7
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlußfassung über die Tagesordnung	14
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	14
Wahl der Mandatsprüfungskommission	14
Wahl der Stimmzählkommission	15
Grußworte	12, 15, 16
Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	20
Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB	39
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger MdB	52
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP	58
Bericht des Bundesschatzmeisters der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Walther Leisler Kiep und Vorlage der Rechenschaftsberichte 1985 und 1986	64
Aussprache zu den Berichten	68, 111, 121
Bericht der Rechnungsprüfer	105
Entlastung des Bundesvorstandes	108
Bericht der Mandatsprüfungskommission	108

Wahl des Bundesvorstandes	109
– Wahl des Bundesvorsitzenden	110, 118
– Wahl des Bundesschatzmeisters	120, 126
– Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden	120, 133
– Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	134, 139
Wahl der Rechnungsprüfer	135
Nachwahl von 3 Mitgliedern des Bundesparteigerichtes der CDU für die Zeit bis zum 6. 11. 1988	136
Änderung des Statuts der CDU: Gründung der Senioren-Union	124
Sonstige Anträge	136
Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	143

ANHANG

Beschlußprotokoll	147
Beschlüsse	156
Namensverzeichnis	159

Montag, 9. November 1987

1. Plenarsitzung

Beginn: 9.28 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Exzellenzen! Verehrte Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte aus den Bundesländern!

Hiermit eröffne ich den 35. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Ich darf zunächst Sie alle, die gewählten Delegierten der über 700 000 Mitglieder unserer Volkspartei, hier in Bonn zum Parteitag begrüßen.

Ich begrüße unsere zahlreichen Gäste aus dem In- und aus dem Ausland.

Hier in der Bundeshauptstadt sind viele Vertreter anderer Staaten zu Gast. Ich begrüße heute vor allem die Diplomaten, die heute zu uns gekommen sind. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter der Presse, die vielen Journalisten – es sind rund 1000 –, die als Beobachter zu diesem Parteitag gekommen sind.

Die Christlich Demokratische Union weiß und wird sich stets dazu bekennen, daß Meinungsvielfalt zu den kostbarsten Gütern unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung gehört. Die Damen und Herren, die hier die Medien vertreten, werden sich ihrerseits bei diesem Parteitag daran erinnern, wieviel die Vitalität unserer Demokratie der Christlich Demokratischen Union zu verdanken hat.

(Beifall)

Ich habe von unserem Ehrenvorsitzenden und Freund Kurt Georg Kiesinger den Auftrag, dem Parteitag seine herzlichen Grüße zu überbringen. Er ist leider erkrankt und kann zu seinem großen Bedauern – anders als in den vergangenen Jahren – nicht an diesem Parteitag teilnehmen. Ich bin sicher, daß Sie mir zustimmen, wenn ich sage: Wir alle wünschen unserem Freund Kurt Georg Kiesinger baldige Genesung!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, daß wir diesmal nur für einen Tag zusammenkommen, hat ganz gewiß nichts mit Themenmangel zu tun. Sie alle wissen, daß wir angesichts der Finanzlage unserer Partei nach sorgfältigen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen sind, daß wir diesen Parteitag nur für die Dauer eines Tages einberufen. Im Juni kommenden Jahres werden wir uns auf einem dreitägigen Parteitag vielen wichtigen Diskussionsthemen widmen. Er soll – ganz in der bisherigen Tradition unserer Parteitage – auf der Ebene der Kreis- und Landesverbände sorgfältig vorbereitet werden.

Ich darf Ihnen mit Blick auf die Finanzlage den heutigen Bericht unseres Schatzmeisters Walther Leisler Kiep sehr zur Aufmerksamkeit empfehlen. Wir werden auf dem nächsten Parteitag die eine oder andere wichtige Konsequenz – auch im Verhältnis Kreisparteien/Landesparteien/Bundespartei – daraus zu ziehen haben.

Um Zeit zu sparen, habe ich meinen Rechenschaftsbericht über unsere Regierungsarbeit schriftlich vorbereitet und verteilen lassen. Ich hoffe, Sie finden darin viele Anregungen für die praktische Arbeit.

Ich meine, dies ist eine ansehnliche Bilanz. Viele haben dazu beigetragen. Ich möchte den vielen Freunden in der Partei, gerade auch den hauptamtlichen wie den ehrenamtlichen Mitarbeitern, dafür danken, daß sie in dieser sehr schwierigen Zeit ihren Beitrag für die gemeinsame Sache geleistet haben.

Ich kann hier nur ganz wenige namentlich nennen:

Ich nenne für unsere Bundestagsfraktion unseren Freund Alfred Dregger und seinen Stellvertreter, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel.

(Beifall)

Ich nenne alle Kollegen im Bundesrat, mit denen wir in diesen Jahren immer besonders eng und besonders gut zusammengearbeitet haben.

Ich nenne für die Partei Heiner Geißler, der arbeitet und kämpft wie kaum ein anderer.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Indem ich ihm für seinen Dienst und für seine Arbeit sehr herzlich danke, danke ich zugleich auch allen unseren Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus.

(Beifall)

Bonn ist die Stätte unseres täglichen Wirkens in der Bundesregierung, ein Stück unseres politischen Alltags. Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, um auch einmal als CDU-Bundesvorsitzender der Stadt Bonn und allen ihren Bürgern sehr herzlich dafür zu danken, daß sie mit Gelassenheit, Geduld und Aufgeschlossenheit die Hauptstadtlasten zu tragen wissen.

(Beifall)

Gleich wird das Tagungspräsidium zu wählen sein. Dann wird Norbert Blüm als Tagungspräsident – hierfür bin ich Ihrer Zustimmung gewiß – das Grußwort des gastgebenden Landesverbandes sprechen. Das erinnert uns an unseren letzten Parteitag hier im Land an Rhein und Ruhr vor gut zweieinhalb Jahren in Essen.

Heute ist jedermann klar, daß die CDU Nordrhein-Westfalens die Krise längst überwunden hat, daß wieder Angriffsgeist und Gemeinschaftssinn herrschen und daß dieser große, für uns so wichtige Landesverband von einer neuen Aufbruchstimmung erfaßt ist. Wir alle wünschen unseren Freunden in diesem alten Stamm-land der CDU Deutschlands von Herzen, daß sie an die Leistungen und Erfolge von Konrad

Adenauer, Karl Arnold und Franz Meyers baldmöglichst anknüpfen können. An der Solidarität der Bundespartei soll es dabei nicht fehlen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, es ist eine gute Tradition unserer Parteitage, an unsere heimgegangenen Freunde zu erinnern – an jene, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Zuerst aber wollen wir der beiden Polizeibeamten gedenken, die heute vor einer Woche auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens ermordet wurden. Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm fielen einem feigen Anschlag zum Opfer, als sie im Dienst für die Allgemeinheit und für den inneren Frieden ihre Pflicht erfüllten.

Vor zweieinhalb Wochen wurden in Hannover die Polizeibeamten Rüdiger Schwedow und Ulrich Zastrutzki während einer Fahndung erschossen. Auch sie starben bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten.

Wir denken mit Trauer und herzlichem Mitgefühl an die Familien dieser Polizeibeamten.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, seit unserem letzten Parteitag sind viele unserer Weggefährten, Kameraden und Freunde gestorben. Ich kann heute nur einige wenige stellvertretend für viele nennen.

Ich nenne Elisabeth Schwarzhaupt, geboren am 7. 1. 1901, gestorben am 29. 10. 1986. Von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst verdrängt, trat sie als juristische Referentin in den Dienst der Evangelischen Kirche, der sie auch während ihres langen politischen Lebens immer in besonderer Weise verbunden blieb. Sie war von 1953 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages und als Bundesminister für Gesundheitswesen von 1961 bis 1966 die erste Frau, die ein Ministeramt in einer Bundesregierung bekleidete.

Ich denke an Arnold Fratzscher, geboren am 15.3.1904, gestorben am 23.2.1987. Er war nach 1933 besonders mutig engagiert in der Bekennenden Kirche, wurde 1945 einer der Gründer der CDU Niedersachsen, war 1946 bis 1969 Generalsekretär der CDU Niedersachsen. 18 Jahre war er Mitglied des Niedersächsischen Landtages.

Ich denke an Dr. Curt Becker, geboren am 7.8.1905, gestorben am 27.2.1987. Er war 1933 Stadtverordneter des Zentrums in Mönchengladbach und begründete mit anderen nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 die Christlich Demokratische Union seiner Heimatstadt. Er war von 1957 bis 1976 während vier Legislaturperioden ein besonders sachkundiges Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich denke an Dr. Hermann Götz, geboren am 20.5.1914, gestorben am 21.4.1987. Nach der Vertreibung aus dem Sudetenland hat er sich seit 1946 in besonderer Weise um die Eingliederung der Heimatvertriebenen in seinem neuen Heimatkreis und in

Hessen verdient gemacht. Er war von 1949 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages, lange Jahre hindurch auch Mitglied des Fraktionsvorstandes. Er war 1970 bis 1977 Bundesvorsitzender der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Ich denke an Detlef Struve, geboren am 12.5.1903, gestorben am 24.5.1987. Er war nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ehrenamtlicher Landrat und seit 1950 Kreispräsident des Kreises Rendsburg. Er war Mitbegründer und dann Präsident des Bauernverbandes in Schleswig-Holstein. Er war Mitglied des Zweizonen-Wirtschaftsrates in Frankfurt 1947 bis 1949. Er gehörte für Jahrzehnte dem Deutschen Bundestag an, in mehreren Legislaturperioden als stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion.

Ich nenne Walther Rosenthal, geboren am 10.7.1917, gestorben am 11.6.1987. Er war 1945 Mitbegründer der CDU in Potsdam und war maßgeblich am Aufbau des brandenburgischen Justizministeriums beteiligt. Er flüchtete 1949 und war bis zu seinem Tod führend in der Exil-CDU tätig. Er war durch viele Jahre hindurch Leiter des Untersuchungsausschusses der Freiheitlichen Juristen und für viele, viele unserer Landsleute, die aus dem anderen Teil Deutschlands hierherkamen, eine große Hilfe.

Ich nenne Günther Gerken, geboren am 23. 6. 1922, gestorben am 22.8.1987. Er war von 1946 bis zu seiner Flucht Fraktionsgeschäftsführer der CDU im Landtag von Mecklenburg. Er war dann von 1952 bis 1985 Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Otto Laipold, geboren am 28.11.1919, gestorben am 5.10.1987. Er war 1947 der erste Landessekretär der Jungen Union und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle in Westfalen-Lippe. Er war von 1959 bis 1979 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe.

Ich nenne Dr. Hans Steinmetz, geboren am 23.5.1908, gestorben am 17.10.1987. Hans Steinmetz wurde 1934 von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst verbannt. Er war einer der Begründer der Union in Hessen, gehörte der Verfassungsberatenden Landesversammlung von Groß-Hessen an. Er war von 1946 bis 1948 Landrat in Dieburg und dann seit 1948 ganz maßgeblich am Wiederaufbau der Deutschen Post beteiligt. Er diente der Bundespost in den Jahren von 1956 bis 1969 als Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

Und ich nenne Dr. Uwe Barschel, geboren am 13.5.1944, gestorben am 11.10.1987. Er war von 1964 bis 1965 Landesvorsitzender des RCDS, von 1967 bis 1971 Landesvorsitzender der Jungen Union, von 1969 an stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein. Er war seit 1971 Mitglied des Landtages. Er wurde 1973 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. In der Landesregierung war er Finanzminister und Innenminister von 1979 bis 1982. Er wurde 1982 zum Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein berufen.

Liebe Freunde, wir wollen den Verstorbenen ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, auf diesem aus den genannten Gründen nur kurzen Parteitag in Bonn werden Rechenschaftsberichte und die aktuelle politische Lage im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Neben den Vorstandswahlen wollen und müssen wir aber auch die Weichen stellen für den bereits erwähnten Parteitag im Juni des kommenden Jahres.

Vor diesem Parteitag, liebe Freunde, haben wir wichtige Landtagswahlen zu bestehen. Wir wollen und werden gemeinsam mit unseren Freunden in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein mit ganzer Kraft dafür kämpfen, daß diese beiden Bundesländer auch in Zukunft von Christlichen Demokraten regiert werden.

(Beifall)

Der nächste, der 36. Bundesparteitag, findet in der Zeit vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden statt. Er wird, wie ich schon sagte, wichtigen programmatischen Fragen gewidmet sein.

Am ersten Tag unseres nächsten Parteitags wollen wir uns kritisch mit einem Thema befassen, das seit Konrad Adenauer eine Domäne unserer CDU ausmacht: mit der Außen-, mit der Sicherheits-, mit der Europapolitik sowie mit der Deutschlandpolitik.

Am zweiten Tag werden wir uns dann mit dem christlichen Menschenbild als Grundlage unserer Politik – insbesondere auch mit den Fragen des Schutzes vom menschlichen Leben, auch des ungeborenen, und der Menschenwürde – beschäftigen.

Am letzten Tag unseres Wiesbadener Parteitags werden wir schließlich über unsere Aufgaben und über eine möglichst bürgernahe Organisation sowie über die Verbesserung der Schlagkraft der CDU als moderner Volkspartei der Mitte beraten.

Ich hoffe sehr, daß von diesem heutigen, dem 35. Bundesparteitag für die Politik der nächsten Zeit – vor allem auch schon bei der Vorbereitung auf den nächsten Parteitag – wichtige Impulse ausgehen.

Meine Damen und Herren, wir alle verspüren das Problem, daß wir heute unter sehr beengten Verhältnissen in diesem Saal tagen müssen. Meine herzliche Bitte ist, daß wir uns gegenseitig helfen, daß wir Disziplin wahren, daß dann vor allem in der Diskussion die Chance für die Redner besteht, nicht nur zu Wort zu kommen, sondern auch gehört zu werden, daß wir auch an diesem Tag einfach ein Beispiel gelebter Solidarität geben. Ich darf Sie alle sehr herzlich dazu einladen.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:
WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

In Ihren Unterlagen haben Sie die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2. Darf ich fragen, ob zu dieser Vorlage Änderungswünsche bestehen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich bitten, daß Sie Ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen. Wer für diesen

Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Soweit ich es sehen kann, ist einstimmig so beschlossen.

Das Tagungspräsidium wird nun die Geschäfte übernehmen. Ich darf das Wort an Dr. Norbert Blüm übergeben.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Liebe Gäste! Das gerade eintreffende Tagungspräsidium dankt Ihnen für das Vertrauen.

Nach 1966 und 1973 ist das der dritte Parteitag in der Bonner Beethovenhalle. Aller guten Dinge sind drei. 791 Delegierte, über 1000 Gäste – Sie sehen, die Christlich Demokratische Union muß zusammenrücken. Das ist auch gut so.

Der Parteitag ist ein Parteitag der Konzentration. Ich sehe das in einem dreifachen Sinne. Konzentration – ich sagte es schon –: zusammenrücken, Kräfte bündeln. Konzentration auch im Sinne der Selbstbesinnung. Und drittens: Wir alle sind für einen konzentrierten Ablauf dieses Parteitages verantwortlich. Das Präsidium will sein Bestes tun.

Ich begrüße alle Gäste des In- und Auslandes. Im Sinne dieser Konzentration verzichte ich auf eine namentliche Nennung aller Gäste. Das ist der erste Beitrag zur Konzentration. Sie sind uns alle recht herzlich willkommen. Durch einen besonders herzlichen Beifall machen wir die Namensnennung überflüssig.

(Beifall)

Die Namensliste liegt Ihrer Delegiertenmappe bei.

Keine Regel ohne Ausnahme. Ich begrüße – und bedanke mich bei ihm – Bischof Binder, den Bevollmächtigten des Rates der EKG, Herrn Prälat Bocklet, den Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, und den Organisten der Kreuzkirche Johannes Geffert. Ich bedanke mich bei Ihnen für die Einleitung des Parteitages. Das Gebet gehört für eine christliche Partei zum Parteitag. Wir danken Ihnen.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich die Frau unseres Bundeskanzlers, Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Wir verbinden mit diesem Gruß ausdrücklich den Dank, Frau Kohl, für die Unterstützung Ihres Mannes, für die Unterstützung unserer CDU. Wir möchten Ihnen unseren großen Respekt und unsere große Anerkennung für das sagen, was Sie für die Unfallopfer in unserem Lande tun: ein beispielhafter Dienst.

(Beifall)

Ein Blumenstrauß soll meine Worte unterstützen.

(Beifall)

Ich begrüße nicht minder herzlich – weil man Familienmitglieder immer besonders freundlich behandelt – den Vertreter unserer Schwesterpartei Friedrich Zimmermann. Herzlich willkommen bei uns.

(Beifall)

Die Freundlichkeit soll keine Grenzen haben. Fritz Zimmermann spricht ja nachher noch sein Grußwort. Herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, auch im Sinne der Konzentration verzichtet der Landesverband Nordrhein-Westfalen auf ein ausführliches Grußwort. Die Lehrlinge von Prosper Haniel sind unsere Botschafter. Sie haben Ihnen nicht ohne Grund Kohle überreicht.

Sie erinnern die Bayern, die Baden-Württemberger, die Hessen, die Rheinland-Pfälzer, die Niedersachsen, die Hamburger, die Bremer, die Schleswig-Holsteiner, die Berliner daran, daß ihre Väter und Großväter nach dem Krieg Deutschland vor Erfrieren und Verhungern bewahrt haben und daß deshalb die Kumpel erwarten, daß ihnen jetzt die Treue gehalten wird.

(Lebhafter Beifall)

Was zu Nordrhein-Westfalen zu sagen ist, fasse ich in diesem verkürzten Grußwort in sieben Punkten zusammen:

1. Nordrhein-Westfalen ist ein großes und schönes Land,

(Beifall)

2. in einer altehrwürdigen Kulturlandschaft,

(Beifall)

3. mit einer großen Industrietradition,

(Beifall)

4. mit einer ausgebauten Infrastruktur, wie es kaum eine zweite auf der Welt gibt,

(Beifall)

5. mit fleißigen Handwerkern und Arbeitnehmern und Unternehmern,

(Beifall)

6. nicht zu vergessen: mit einer guten, sehr guten Christlich Demokratischen Union

(Beifall)

und 7. nur eines ist schlecht: die noch amtierende Landesregierung.

(Heiterkeit und Beifall)

Das war mein Grußwort.

(Erneute Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die Ihnen mit der Einladung zum 35. Bundesparteitag zugegangene Tagesordnung hat der Bundesvorstand gestern geändert; er schlägt vor, daß der Tagesordnungspunkt 12.2 erweitert wird. Der Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1985 wird der Rechenschaftsbericht 1986 gemäß § 23 Abs. 2 des Parteiengesetzes hinzugefügt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Angenommen. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Ich habe jetzt noch einige geschäftsleitende Bemerkungen zu machen, die am Anfang dieses Parteitages stehen müssen. Im Laufe des Nachmittags – nach dem Zeitplan vor 16 Uhr – soll die Neuwahl des Bundesvorstandes vorgenommen werden. Nach § 12 Abs. 5 können Meldefristen für Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes vom Bundesparteitag auf Vorschlag des Tagungspräsidiums beschlossen werden. Das Tagungspräsidium schlägt vor, die Einreichungsfrist für die Kandidatenvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand auf 12 Uhr festzulegen. – Ich höre keinen Widerspruch; damit ist der Termin 12 Uhr angenommen.

Weiter schlage ich Ihnen vor, daß die Frist zur Einreichung von Initiativanträgen zu den Tagesordnungspunkten 20 und 21, die von 30 stimmberechtigten Delegierten unterschrieben sein müssen, ebenfalls auf 12 Uhr festgesetzt wird. – Auch hier höre ich keinen Widerspruch; angenommen. Die Initiativanträge werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben. Daher ist es notwendig, daß die 30 Unterschriften mit den Delegiertennummern versehen werden. –

Soweit die unverzichtbaren Geschäftsordnungsbemerkungen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER VOM BUNDESVORSTAND EINGESETZTEN ANTRAGSKOMMISSION

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Antragskommission bestätigt. Sie trifft sich um 13 Uhr zu einer ersten Sitzung im Kleinen Raucherfoyer.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand schlägt dem Bundesparteitag folgende Mitglieder für die Mandatsprüfungskommission vor: Erhard Hackler als Vorsitzender, Hans Leveling, Karl Rauber und Karl Schumacher als Beisitzer. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Angenommen. Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht heute nachmittag vor der Wahl des Bundesvorstandes geben. Sie trifft sich um 13 Uhr zu ihrer ersten Sitzung im Büro des Organisationsleiters.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Vorschlag liegt Ihnen in den Delegiertenmappen vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich ebenfalls um Zustimmung durch Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bis jetzt alles einstimmig. Um 15 Uhr trifft sich die Stimmzählkommission zu einer Vorbesprechung im Sitzungszimmer der Antragskommission.

Damit sind wir bereits bei Tagesordnungspunkt 7 angelangt:

GRUSSWORTE

Ich erteile das Wort zu einem Grußwort dem Herrn Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt, unserem Parteifreund Daniels. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Hans Daniels, MdB, Oberbürgermeister der Stadt Bonn: Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! CDU-Parteitage in Bonn haben, auch wenn sie nicht allzu häufig waren, eine große Tradition. Konrad Adenauer, der erste Bundesvorsitzende der CDU, wurde 1966 hier in dieser Beethovenhalle als Vorsitzender verabschiedet. Ludwig Erhard wurde damals zu seinem Nachfolger gewählt. Beide, Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, sind Ehrenbürger der Stadt Bonn.

1973, vor nunmehr 14 Jahren, wurde der Enkel Adenauers, unser jetziger Bundesvorsitzender, Helmut Kohl, hier in Bonn zum erstenmal zum Bundesvorsitzenden gewählt. Auch dies ist ein äußeres Zeichen dafür, daß er in der Tradition Konrad Adenauers steht.

Die Tradition wichtiger Parteitage in Bonn beschränkt sich übrigens nicht auf die CDU. 1959 hat hier die SPD ihr Godesberger Programm verabschiedet. Man kann heute sagen: Das waren noch Zeiten! 1966 wurden hier Willy Brandt und vor wenigen Wochen auch Hans-Jochen Vogel zum erstenmal zum Parteivorsitzenden gewählt.

Inzwischen ist diese Beethovenhalle für Bundesparteitage der CDU zu eng geworden. Sie alle müssen das heute leidvoll erfahren.

(Beifall)

Wir sind jedoch gerade im Begriff, anlässlich der 2000-Jahr-Feier der Stadt im Jahre 1989 ein Konferenzzentrum zu errichten, so daß ich hoffen kann, daß in Zukunft Bundesparteitage der CDU häufiger als in der Vergangenheit in Bonn stattfinden können und in Bonn stattfinden werden. Doch wir werden natürlich auch in Zukunft mit der Konkurrenz von Bundesländern rechnen müssen, in denen jeweils unmittelbar nach Parteitage Landtagswahlen stattfinden.

Meine Damen und Herren, Bonn ist stolz darauf, daß Konrad Adenauer von 1949 bis zu seinem Tode Abgeordneter des Wahlkreises Bonn war. Adenauer wollte, daß Bonn Bundeshauptstadt werde. Auch diese seine Entscheidung zeugt – so sehen wir es jedenfalls – von seinen klassischen politischen Eigenschaften: Weitsicht und Unbeirrbarkeit bei der Durchsetzung dessen, was er als richtig erkannte. Diese Eigenschaften wünsche ich uns auch für die jetzt bevorstehenden politischen Entscheidungen.

Der Erfolg unserer Politik hängt letztlich nicht vom kurzfristigen Beifall ab, den sie findet, sondern von ihrer inhaltlichen Richtigkeit. Nur so werden wir wieder, wie schon Konrad Adenauer, auch in Zukunft Wahlen gewinnen.

Denkt man an Adenauer, so kann man auch der Senioren-Union, die auf diesem Parteitag gegründet werden soll, eine große Zukunft prophezeien. Wenn viele Senioren wie Adenauer erst mit über 70 Jahren so richtig politisch aktiv werden, können wir uns noch auf einiges gefaßt machen. Unverständlich ist mir allerdings, warum man der Senioren-Union erst mit 55 Jahren beitreten kann.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ein Gruftie ist man ja, wenn ich meinen Kindern glauben kann, bereits ab 50, so daß sich dieses Alter geradezu anbietet, um einen unmittelbaren Übergang von der Jungen Union in die Senioren-Union zu ermöglichen.

(Beifall)

Bei meinem Versuch, mein Grußwort von geschlechtsspezifischen Bezeichnungen freizuhalten, habe ich vergeblich nach einer weiblichen Form von „Gruftie“ gesucht. Ich habe mich dann damit getröstet, daß die Bonner CDU in anderen Bereichen bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau schon einige Erfolge aufzuweisen hat. Von den fünf Abgeordneten, die wir im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und im Nordrhein-Westfälischen Landtag stellen, sind drei Frauen. Wir können also insoweit im Hinblick auf die Beschlüsse des Essener Parteitags Vollzug melden – und das alles ohne jede Quotenregelung.

Meine Damen und Herren, Bonn ist stolz darauf, daß die Stadt auch als Bundeshauptstadt ihr menschliches Maß bewahrt hat. Seit über dreißig Jahren hat die CDU die Mehrheit im Stadtrat. Die Entwicklung zu einer menschlichen Hauptstadt kann also kein Zufall sein. Ich hoffe deshalb, daß auch Sie sich in dieser Stadt wohlfühlen, in der Sie sozusagen ein Heimspiel haben.

Möge das Bonner Klima Ihren Beratungen gut bekommen. Dem Bundesparteitag und dem neu zu wählenden Bundesvorstand wünsche ich bei seiner Arbeit gerade in einer für die CDU nicht einfachen Zeit viel Glück und Erfolg.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Wir verbinden diesen Dank mit dem Gruß an die Stadt Bonn und ihre Einwohner. Wir danken ihr für ihre Gastfreundschaft.

Das Wort hat jetzt für unsere Schwesterpartei Friedrich Zimmermann.

Dr. Friedrich Zimmermann: Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Es ist mir eine Freude und Ehre, Ihnen zum 35. Parteitag die herzlichsten Grüße der Christlich-Sozialen Union und von Franz Josef Strauß überbringen zu dürfen. Gleichwohl hege ich den stillen Verdacht, daß mir diese Ehre deshalb zuteil wird, weil Helmut Kohl und Franz Josef Strauß offenbar meinen, ich würde am ehesten in das zeitlich eng begrenzte Programm dieses Parteitags passen.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, ich gehöre der gemeinsamen Bundestagsfraktion von CDU und CSU seit über dreißig Jahren ununterbrochen an. Ich war der letzte persönliche Referent von Josef Müller, dem legendären Ochsensepp, dem Parteigründer der CSU. Ebenso lang bin ich ein Weggefährte von Franz Josef Strauß. Mit Helmut Kohl und Gerhard Stoltenberg bin ich seit den gemeinsamen Tagen der Jungen Union eng verbunden.

Mein politisches Leben war und ist von der Überzeugung geprägt, daß CDU und CSU mehr als bloße Schwesterparteien sind: eine Wertegemeinschaft mit gleichen politischen Grundüberzeugungen, auch wenn es da und dort unterschiedliche Auffassungen gibt, die übrigens meistens nicht zwischen CSU und CDU, sondern mitten durch die Union, mitten durch CSU und CDU gegangen sind. Im übrigen gibt es solche unterschiedlichen Auffassungen auch in jedem Ortsverband und in jedem Kreisverband.

Wir sind junge Parteien in der Geschichte. Aber es waren die Unionsparteien und ihre Kanzler, die das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland geprägt haben und bis heute prägen. Wir waren und sind, liebe Freunde, die Partei der zukunftsorientierten, der aufgeschlossenen Bürger. Die Union ist nicht die Partei der Verwaltung, sondern die Partei der freien Entfaltung, nicht die Partei staatlicher Bevormundung, sondern die Partei der Leistungsbereitschaft:

Wir sind aber auch eine Partei der äußeren und inneren Sicherheit. Vielleicht ist manchem Bürger das Bewußtsein dafür verlorengegangen, daß all die schönen Annehmlichkeiten des Lebens nichts wert sind, wenn sie nicht ausreichend geschützt sind. Wir haben uns an Sicherheit gewöhnt. Aber weniger und weniger wollen dafür Opfer bringen und schon gar nicht belästigt werden. Bundeswehr: ja - aber manch einer will sich vor der Wehrpflicht drücken. NATO: ja - aber wenn ein Düsenjäger die Mittagsruhe stört, so ist man empört.

Wir müssen den Menschen, glaube ich, wieder deutlich machen, daß im Leben alles seinen Preis hat, daß man nicht immer besser leben und gleichzeitig immer weniger arbeiten kann. Wir dürfen nicht nur Freifahrtscheine für den Bus verschenken, sondern müssen auch zu Pflichten aufrufen.

Unsere Mitglieder und Anhänger und unsere Mandatsträger müssen wir dazu bringen, wieder Leistung und Opfer zu fordern. Liebe Freunde, diese Bundesregierung und die Unionsparteien haben derzeit keine ernstzunehmenden Gegner. Deshalb meinen viele, sich Passivität leisten zu können. Umgekehrt muß die Union wissen, wo ihre Stützen stehen.

Es ist richtig, daß eine zukunftsorientierte Partei stets versuchen muß, neue Wählerschichten zu erschließen, und auch die CSU hätte ohne diese Zielsetzung kaum die 30-%-Grenze, geschweige denn die 50-%-Grenze überschritten. Aber neue Wählergruppen erschließt man nicht allein durch Programme, sondern durch Menschen. Wahlwerbung findet überall statt, wo sich Menschen begegnen. Die Erschließung neuer Wählerschichten kann nur durch die Überzeugungskraft unserer Mitglieder und Anhänger geschehen.

Wir finden sie, meine ich, unter der leistungsbereiten Jugend, bei den aufstiegsorientierten Arbeitnehmern, bei den Frauen in Familie und Beruf, bei den Selbständigen ebenso wie bei den Beamten, Soldaten, Polizisten, bei Berufstätigen ebenso wie bei Rentnern. Es gibt aber auch Gruppen, die unsicher an uns geworden sind. Unsere

Position im ländlichen Raum, nicht nur bei den Bauern, bei den Heimatvertriebenen, bei bestimmten christlichen Gruppen ist schwieriger geworden. Hier muß die Union deutlich Profil zeigen – als Partei der Grundsatztreue, als Bewahrer der Kulturlandschaft, als Zukunftssicherer der Bauern.

Wir müssen noch deutlicher für die Einheit der Nation, für die Freiheit aller Deutschen eintreten, immer wieder an den Auftrag des Grundgesetzes erinnern, daß die deutsche Frage nicht an Oder und Neiße endet, und wir müssen die Unfreiheit beim Namen nennen, gerade bei uns in der Haustür.

(Beifall)

Ich habe oft in Kauf nehmen müssen, daß mir bestimmte osteuropäische Regime keinen roten Teppich ausgerollt haben.

Im Innern erwartet der Bürger Sicherheit, im wahrsten Sinn des Wortes Ruhe und Ordnung. Dabei ist die Durchsetzung dieses Rechts überall und jederzeit notwendig.

Nach der brutalen Ermordung zweier Polizeibeamter ging ein Schrei der Empörung durch das Land. Plötzlich wird klar, was wir schon lange gesagt haben: daß es eine ständige Eskalation des Terrors in den letzten Jahren gegeben hat. Niemand soll so tun, als sei das nur die bedauerliche Tat eines einzelnen oder weniger Irrer. Viele haben sich schon zu lange an die brutalen Angriffe auf Polizeibeamte gewöhnt, und 818 verletzte Polizeibeamte im letzten Jahr: Das sagt alles. Hinter jeder einzelnen Verletzung steht ein persönliches Schicksal. Jeder verletzte Polizist ist einer zuviel.

(Beifall)

Ich sehe es als meine Pflicht an, für das notwendige rechtliche Instrumentarium zum Schutz der Polizei zu sorgen. Deswegen sage ich: Jetzt muß endlich Schluß sein mit dem verummten Terror auf unseren Straßen.

(Lebhafter Beifall)

Nicht nur Schluß mit dem Schießen, auch Schluß mit Steinen und Molotowcocktails auf Polizisten. Schluß mit den rechtsfreien Räumen a la Hamburger Hafenstraße.

(Beifall)

Die Bundesregierung wird die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen. Sie und die Länder werden sich auch neue Polizeitaktiken überlegen.

Ich appelliere nachdrücklich an die verantwortlichen Kräfte unseres Koalitionspartners FDP, endlich die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zu tragen, und ich appelliere auch an die SPD, nicht Parteitaktik über die Sicherheit des Staates, seiner Polizisten und seiner Bürger zu stellen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Union muß sich auf die wirklich wichtigen Fragen konzentrieren und die Überzeugung vermitteln, daß sie neben der Tagespolitik auch die Perspektiven, ja, die Visionen für die Zukunft aufzeigen kann.

Wir wollen, daß die Bürger weniger Steuern zahlen, aber die Umfragen sagen uns, daß die Bürger glauben, die Steuerreform sei eine Mehrbelastung. Wir stabilisieren die Renten, aber die Leute meinen, es werde alles unsicherer. Wir wollen die Gesundheit erhalten, aber manche meinen, man würde ihnen das Rauchen verbieten.

Liebe Freunde, noch nie ging es den Deutschen so gut wie heute. Wir fahren die besten Autos der Welt; wir sind die Rekordhalter bei Urlaubsreisen, kein Winkel in der Welt, wo man nicht auf eine deutsche Touristengruppe trifft. Unsere Soziale Sicherung ist für andere Völker das Paradies. Es geht uns gut, und wir haben die längste Friedensperiode unserer Geschichte. Und dennoch: Die Menschen sind scheinbar unzufrieden. Oder sind sie deshalb unzufrieden, weil sie eben keine schwerwiegenden Probleme haben?

Die Regierung Kohl hat nach dem Desaster der Brandt/Schmidt-Dekade die Wirtschaft angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen, Finanzen stabilisiert, den Wohlstand gemehrt, eine Phase außen- und sicherheitspolitischer Instabilität und Orientierungslosigkeit beendet. Wir sind ein verlässlicher und geschätzter Bündnispartner, und trotzdem haben wir gleichzeitig Brücken nach Osten geschlagen, die sich als tragfähiger erwiesen haben als die ideologischen Anpassungen der deutschen Sozialdemokratie.

(Beifall)

Wenn es jetzt zu konkreten Abrüstungsvereinbarungen zwischen den Supermächten kommt, so ist das nicht zuletzt der Standhaftigkeit der unionsgeführten Bundesregierung zu verdanken.

(Zustimmung)

Und trotzdem: Anders als die SPD haben wir von einem festen Standort aus Politik gemacht, uns nicht im politischen Niemandsland bewegt. Wir wissen auch heute noch, wo die Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit verläuft. Wir vergessen nicht, daß 17 Millionen unserer Menschen in Unfreiheit leben, und wir fühlen uns verantwortlich für sie und für die Millionen Deutschen auch jenseits von Oder und Neiße bis hin zum Ural.

Wir vergessen nicht, daß 250 km von hier Sowjetdivisionen und -raketen stehen, aber wir erkennen auch, daß es Veränderungen im kommunistischen System gibt. Der Monolith bekommt Risse. Gorbatschows Reformversuche sind nichts anderes als das Eingeständnis, daß der Kommunismus nach 70 Jahren den Anschluß an den Fortschritt verpaßt hat.

Wir wissen jedoch auch, daß von Reformansätzen bis hin zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung noch ein weiter Weg zurückgelegt werden muß. Wir werden alles tun, um diese Entwicklung weiter behutsam zu fördern. Am Ende, so hoffen wir, wird ein Europa stehen, das Grenzen überwindbar macht und den Sehnsüchten der Deutschen nach der Einheit der Nation gerecht wird.

Uns gemeinsam wünsche ich die Kraft, schwierige Phasen durchzustehen, den Mut, notwendige Entscheidungen durchzusetzen. Dabei werden wir nur gemeinsam Erfolg haben, auf der Basis unserer unveränderlichen Wertvorstellungen. Glück auf für die Zukunft.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Blüm, Tagungspräsidium: Fritz Zimmermann, vielen Dank für das Grußwort. Es ist richtig: CDU und CSU sind mehr als nur Schwesterparteien. Die Zusammenarbeit ist auch mehr als nur ein Zweckbündnis. Sie wird – darauf hat Fritz Zimmermann zu Recht aufmerksam gemacht – durch gemeinsame Grundüberzeugungen getragen, und die sind im „C“ unserer beiden Parteinamen ausgedrückt. Dieses „C“ muß uns auch erlauben, Meinungsverschiedenheiten im Detail zu ertragen. Die gemeinsamen Grundüberzeugungen sind wichtiger.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, Fritz Zimmermann unseren Dank auszusprechen und ihm unsere Unterstützung im Kampf gegen Gewalt und Terror zuzusagen. Da gibt es keine Kompromisse, dafür haben wir kein Verständnis.

(Beifall)

Es gibt keinen Grund, der Gewalt rechtfertigen würde; deshalb dem Innenminister unsere Unterstützung!

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS, BUNDESKANZLER DR. HELMUT KOHL, MdB

Wir kommen mit diesem Bericht zu einem ersten Haupt- und Höhepunkt unseres Parteitages. Helmut Kohl ist jetzt 14 Jahre Parteivorsitzender und fünf Jahre Bundeskanzler. Die Partei verdankt Helmut Kohl viel. Er hat sie zu großen Erfolgen und zur Regierung geführt, hat aber auch schwere Zeiten und große Bewährungen ausgehalten.

Helmut Kohl, die Delegierten des 35. Parteitages der Christlich Demokratischen Union sehen Ihrem Bericht mit großer Aufmerksamkeit und mit großen Erwartungen entgegen. Sie haben das Wort!

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde!

Der 35. Bundesparteitag der CDU findet in einer Zeit statt, in der es den meisten Menschen in unserem Land materiell immer besser geht. Dennoch haben viele den Eindruck, daß wir innehalten sollten. Viele Ereignisse der jüngsten Zeit müssen uns nachdenklich machen.

Immer mehr Menschen sehen sich im Zwiespalt widerstreitender Gefühle:

Einerseits der so ermutigende erste große Durchbruch bei den Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West – andererseits immer wieder beunruhigende Nachrichten etwa vom Golf oder aus anderen Krisenregionen der Welt.

Einerseits anhaltendes Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen – andererseits Turbulenzen an den Weltbörsen und fortbestehende Arbeitslosigkeit.

Und was unsere eigene Partei angeht: Einerseits Genugtuung über die Erneuerung unseres Regierungsmandats und auch berechtigter Stolz auf viele Erfolge der Regierung – andererseits unübersehbare Enttäuschung über Stimmenverluste bei Wahlen und vor allem auch Unzufriedenheit mit unserem Erscheinungsbild.

Machen wir uns nichts vor: Unsere Arbeit findet im Augenblick nicht genügend Anerkennung – auch deshalb nicht, weil wir selbst zu oft von unseren Erfolgen abgelenkt haben.

(Beifall)

Aus Mißerfolgen die richtigen Konsequenzen zu ziehen – das ist bereits eine große Herausforderung. Inzwischen aber, liebe Freunde, haben wir es noch mit einem ganz anderen Problem zu tun.

Unser Alltag wird in diesen Wochen von dem überschattet, was sich in Kiel zugetragen hat. Wir sind noch weit davon entfernt, zu wissen, was im einzelnen tatsächlich war. Aber auch wenn wir es wissen, werden wir, so glaube ich, ratlos bleiben vor dem, was sich hier vor uns aufgetan hat.

Der Heilige Augustinus, der zu großer Selbsterkenntnis gekommen ist, sagte einmal im Hinblick auf sich selbst und auf die Erfahrung des Menschen: „Welch schauerlich Geheimnis, mein Gott, welch tiefe, uferlose Fülle! Und das ist die Seele, das bin ich selbst? Was bin ich also, mein Gott?“

Die Fragwürdigkeit menschlichen Handelns ist hier in den Blick gekommen. Wir verlangen nach Wahrheit, nach rückhaltloser Aufklärung dieser Affäre. Sie soll und sie muß auch erfolgen. Doch wenn diese Aufklärung nicht folgenlos bleiben soll, so muß sie uns zu jener Wahrheit führen, die Augustinus mit dem Wort ausgesprochen hat: Wir Menschen tragen einen Abgrund in uns.

Je mehr Macht dem Menschen gegeben ist, desto größer ist die Gefahr. Dies trifft wahrlich nicht nur auf die Politiker zu, dies betrifft alle – ob in der Publizistik, in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften, in den Kirchen.

Haben wir nun Grund zur Resignation? Wir hätten Grund, wenn wir versuchten, der Wahrheit aus dem Wege zu gehen. Aber als Christen wissen wir, daß dort, wo der Mensch sich zur Wahrheit bekennt, auch wenn sie schmerzlich ist, nicht nur Vergebung, sondern immer auch neues Vertrauen möglich wird.

Wir haben als Menschen nicht nur eine Vergangenheit zu bewältigen, die von den Generationen vor uns gemacht wurde, sondern haben uns auch zu jener Geschichte zu bekennen, die wir selbst geschrieben haben. Je klarer wir dies tun, desto eher kann jene Solidarität erwachsen, ohne die keine – und ganz gewiß nicht unsere – Partei existieren kann, ohne die menschliche Gemeinschaft nicht denkbar ist.

So müssen wir alle versuchen, aus dem Geschehenen Lehren zu ziehen. Wir müssen bei Verdächtigungen Vorsicht walten lassen. Wir müssen immer beide Seiten hören, vor allem aber jene, denen ein Vorwurf gemacht wird. Wir müssen allgemein einen menschlich anständigen Umgang miteinander wahren.

(Beifall)

Auch in unserer Partei haben wir hier durchaus Grund zur Selbstkritik. Aber ich füge hinzu: Diejenigen unserer Freunde, die in Kiel Verantwortung tragen und in einer sehr, sehr schwierigen Lage Entscheidungen treffen mußten, haben auch besonderen Anspruch auf unsere Solidarität.

(Beifall)

Wir Politiker müssen aus den Ereignissen der letzten Wochen Konsequenzen ziehen.

Im politischen Leben einer Demokratie muß es auch harte Auseinandersetzungen geben. Aber zwischen Demokraten darf es kein Freund-Feind-Verhältnis geben, und ganz gewiß gilt der Satz, daß auch in der Politik der Zweck nicht die Mittel heiligt.

(Beifall)

Macht gehört zur politischen Gestaltung in der Demokratie, aber sie ist nicht Selbstzweck, und sie lohnt schon gar nicht jeden Preis.

Wir alle sind dafür verantwortlich, daß unsere Demokratie nicht Schaden leidet.

Ich sage bewußt: „Wir alle“ – denn es sind nicht nur die Politiker, die Grund zu kritischen Fragen an sich selbst haben. Für unsere politische Kultur tragen all jene Verantwortung, die an der Bildung des öffentlichen Bewußtseins teilhaben, also auch die Medien.

Wenn ein Mensch stirbt, dann gilt es, die Würde des Todes und des Toten zu achten und – das ist kein altmodischer Begriff – Pietät zu wahren. Geschäftsinteressen haben hinter dem Schutz der Menschenwürde zurückzutreten.

(Lebhafter Beifall)

Demokratie, liebe Freunde, braucht Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, sie lebt aber auch von einem Vertrauensvorschuß, den sich alle Beteiligten gegenseitig einräumen. Wo Mißtrauen das alles beherrschende Prinzip ist, kann ein freiheitliches Gemeinwesen auf Dauer nicht gedeihen. Und so, denke ich, müssen jetzt wir alle mit besonderer Sensibilität und Besonnenheit neues Vertrauen begründen.

„Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit.“ Das ist ein Zitat aus unserem Grundsatzprogramm. „Jeder Mensch,“ so heißt es dort weiter, „ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.“ Dieses menschliche Maß, liebe Freunde, muß auch unseren Umgangstil in der Politik kennzeichnen.

Als führende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, in der Bundesregierung und in vielen Landesregierungen, als stärkste Partei in Bund, Ländern und Gemeinden tragen wir auch insofern eine ganz besondere Verantwortung. Ich sage noch einmal: Auch in der Demokratie ist Macht notwendig, aber wir müssen den Versuchungen widerstehen, die von Macht ausgehen können. Wer ein öffentliches Amt innehat, darf es eben nicht selbstherrlich ausüben. Macht ist verträglich, wenn sie bereit ist zum Dienen.

Es täusche sich niemand: Die Menschen merken schnell, ob wir ihnen dienen wollen und unsere Pflicht tun. Sie sind unsere **Mitbürger**, und sie erwarten zu Recht, daß wir **für** sie da sind. Als Volkspartei der Mitte müssen wir nicht nur durch Programm und Politik, sondern vor allem auch durch unser Verhalten im Alltag Bürgernähe beweisen.

(Beifall)

Politik ist nicht wie ein Schachspiel für Strategen, die Figuren hin und her bewegen. Wir haben mit Menschen zu tun. Wir wollen, daß sie uns vertrauen. Dieses Vertrauen ist rasch verspielt – es muß nicht nur einmal verdient, sondern dann auch jeden Tag neu erworben werden.

Wir brauchen mehr Bürgernähe, auch in unserer eigenen Partei. Ich möchte dafür einige Beispiele nennen:

- Wer ein Amt übernimmt, übernimmt auch Pflichten. Wer zu viele Ämter innehat, der wird nicht allen seinen Aufgaben gerecht werden können.

(Beifall)

Vertrauen gewinnt, wer tatsächlich für die Bürger da ist, wer ihre Sorgen ernst nimmt, wo auch immer sie zum Ausdruck kommen: etwa in Zuschriften oder in Gesprächen.

- Ich erwarte von allen Parteifreunden, die ein öffentliches Amt innehaben, daß sie bei allen offiziellen Terminverpflichtungen auch Zeit für die eigene Partei finden.

(Beifall)

- Die Lösung von Sachfragen ist wichtiger als die Vergabe von Posten. Es müssen auch die großen, übergreifenden politischen Themen im Blick bleiben; sie müssen diskutiert, den Menschen nahegebracht werden. Das heißt – und darüber werden wir uns auf dem nächsten Parteitag zu unterhalten haben –, daß wir auch in den

Kreis- und Ortsverbänden solche Themen diskutieren und daß wir uns hier nicht, so wichtig dies ist, auf kommunale Fragen beschränken.

(Beifall)

- Bei der Nominierung zu Parlamentsmandaten – das gilt übrigens auch für die Wahlen in unserer Partei – muß neben der Parteiarbeit auch Berufs- und Lebenserfahrung wieder stärker berücksichtigt werden.

Den Volksvertretungen, liebe Freunde, kann es nur nutzen, wenn noch mehr Abgeordnete beispielsweise als mehr Arbeitnehmer den betrieblichen Alltag persönlich kennen – oder als Freiberufler, als Selbständige aus Handel, Handwerk und Industrie.

(Beifall)

Wir haben in Essen beschlossen – und es darf nicht bei diesem Parteitagsbeschuß bleiben –, daß wir mehr Mitarbeit und Mitverantwortung von Frauen wollen: „Es ist die gemeinsame Aufgabe von Männern und Frauen, das krasse Mißverhältnis zwischen der Mitgliederstärke der Frauen in Parteien und der Zahl weiblicher Mandats- und Funktionsträger zu beseitigen.“

So haben wir in Essen vor zweieinhalb Jahren beschlossen. Unsere Glaubwürdigkeit hängt mit davon ab, daß wir diese Essener Leitsätze auch in die Praxis umsetzen.

(Beifall)

Es gibt noch einen weiteren, ganz wichtigen Punkt zu der Frage, wie wir das Vertrauen der Bürger bewahren und immer wieder neu gewinnen: Um unserer Glaubwürdigkeit willen müssen wir jederzeit auf das Allgemeininteresse, auf Grundsatztreue, Sachgerechtigkeit und menschlichen Anstand achten. Wenn es uns nicht um uns selbst geht, sondern um das allgemeine Wohl, dann wird es uns nicht schwerfallen, zusammenzustehen – auch dann, wenn der Wind uns einmal ins Gesicht bläst. Wir müssen miteinander der gemeinsamen Sache dienen. An diesem Miteinander hat es leider gelegentlich gefehlt.

Statt über Sachfragen nachzudenken und gemeinsam den politischen Gegner zu bedrängen, waren zu viele zu oft mit sich selbst beschäftigt – und das in aller Öffentlichkeit.

(Beifall)

Wir brauchen uns also über das öffentliche Erscheinungsbild der Union nicht zu wundern. Es war manchmal schon abenteuerlich, was sich da der eine oder andere an Selbstdarstellung geleistet hat.

(Beifall)

Es gehört auch zur politischen Klugheit, daß man auch einmal kein Interview gibt

(Beifall)

und nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit der Versuchung eines Mikrophons erliegt. Im übrigen – ich mag da altmodisch sein – gibt es auch Publikationen, die als Plattform für Ratschläge und Mahnungen von Parteifreund zu Parteifreund denkbar ungeeignet sind.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, es bekommt unserem Erscheinungsbild auch nicht, wenn wir zwar hinter verschlossenen Türen beraten – über Sachfragen notwendigerweise auch kontrovers diskutieren –, bald darauf aber eine Art Sitzungsprotokoll in der Zeitung lesen können. Indiskretion ist Illoyalität gegenüber der gemeinsamen Sache.

(Lebhafter Beifall)

Schwer geschadet hat der Union – wir alle wissen dies – die öffentliche Auseinandersetzung zwischen CDU und CSU. Wir haben uns vor einigen Wochen nach intensiven, auch harten Diskussionen verpflichtet, dies alles einzustellen. Ich erwarte von jedermann in der CDU und in der CSU, daß er sich an diese Vereinbarung hält.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde, wir können es wie an einem Seismographen in den Umfragen ablesen, daß öffentlicher Streit in der Union uns Vertrauen entzieht. Nichts überzeugt unsere Wähler mehr als eine sachkundige, geschlossene, offensive Vertretung unserer Politik.

(Beifall)

Wir, CDU und CSU – und Fritz Zimmermann hat ganz recht mit dem, was er hier gerade gesagt hat –, sind gemeinsam die Union. Wir sind Schwesterparteien. Wir sind den gleichen Grundwerten und Überzeugungen verpflichtet. Nur gemeinsam können wir die bestimmende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland sein – und wenn nicht gemeinsam, dann eben überhaupt nicht. Das ist die Erfahrung von 40 Jahren.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben einen gemeinsamen politischen Hauptgegner. Das ist die SPD. Wir haben einen gemeinsamen Koalitionspartner. Das ist die FDP. Bei Wahlen ist sie für uns ein Konkurrent. Wir haben an niemanden und nirgendwo Stimmen zu verschenken.

(Beifall)

In der Regierungsarbeit wollen wir aber eine faire und kollegiale Zusammenarbeit pflegen. Fairneß heißt: Keiner darf ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht sein. Keiner darf dem anderen zumuten, was er selbst als unzumutbar empfindet. Eine darauf gegründete Partnerschaft ist natürlich noch keine Erfolgsgarantie, aber ohne sie kann die Regierungsarbeit, vor allem im Rahmen einer Koalition, auf die Dauer nicht gutgehen.

Auch manche Kollegen von der FDP müssen sich durchaus kritische Fragen zu dem Stichwort „Profilierungsbedürfnis“ gefallen lassen. Zum Kapitel „Weshalb macht die Koalition keinen besseren Eindruck?“ gehören auch manche Äußerungen von dieser Seite.

Die FDP weiß, daß die große Mehrheit ihrer Wähler diese Koalition der Mitte will. Wir wissen unsererseits: Nach den heute gegebenen Verhältnissen können wir auf eine dauerhafte Regierungsmehrheit nur gemeinsam mit der FDP setzen.

Wir werden immer um jede Wählerstimme kämpfen. Absolute Mehrheiten – das sage ich angesichts der Geschichte der Bundesrepublik – sind bei unserem Wahlsystem jedoch die Ausnahme. Wir können sagen: leider; es ist aber so. Sie können zustandekommen, auch auf der Ebene des Bundes, aber sie lassen sich nicht einplanen, und darauf müssen wir Rücksicht nehmen.

Als Regierungspartei tun wir gut daran, das Koalitionsklima zu pflegen. Das heißt auch, zum Kompromiß fähig zu sein. Wir erwarten von unserem Partner, der FDP, das gleiche. Wir wollen den gemeinsamen Erfolg. Wir müssen ihn gemeinsam vorbereiten. Wir dürfen ihn nicht zerreden.

Wir haben in der Koalition unsere Ziele in einer sorgfältig ausgehandelten Vereinbarung für diese Legislaturperiode festgelegt. Diese Abreden dürfen von keiner Seite in Frage gestellt werden. Darauf werde ich ganz persönlich achten. Unser Regierungsprogramm gilt für die ganze Legislaturperiode. Niemand von uns kann erwarten, daß wir es bereits im ersten Jahr in allen Punkten realisieren.

Natürlich gibt es in einer Koalition auch Meinungsverschiedenheiten. Sachdebatten sind notwendig, aber die Beteiligten müssen, wenn wir gemeinsam Erfolg haben wollen, miteinander reden und dürfen nicht in der Öffentlichkeit gegeneinander polemisieren.

Ich weiß, daß offener Meinungsstreit in der Koalition auch dem Regierungschef angelastet wird. Liebe Freunde, nicht immer läßt sich bei Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten mit einem sogenannten Machtwort des Bundeskanzlers eine Entscheidung durchsetzen, und in den wenigsten Fällen ist es klug, in der Öffentlichkeit darüber zu reden. Der Regierungschef einer Koalitionsregierung muß einen Ausgleich suchen, Lösungen herbeizuführen, die möglichst für alle tragfähig sind. Ich muß auch daran erinnern, daß es mit der Richtlinienkompetenz nicht möglich ist, die Mehrheitsregel – etwa im Parlament – außer Kraft zu setzen.

Führungskraft besteht nicht in großen Worten und Gesten, sondern muß sich in täglicher Praxis bewähren. Ich habe gelegentlich den Eindruck, wir alle – auch in der Union – haben vergessen, welch schwierige Situationen und Herausforderungen wir gemeinsam – gegen den Zeitgeist, gegen weite Teile der verfaßten öffentlichen Meinung – durchgestanden haben. Vieles, was in diesen Jahren als unpopulär galt, wird heute ganz selbstverständlich als Erfolg angesehen. Es wird oft zu selbstverständlich als Erfolg angesehen. Wir reden kaum darüber.

(Beifall)

Ich erinnere an wenige Beispiele. Für den März 1983 habe ich Neuwahlen herbeigeführt. Ich war überzeugt, daß dies notwendig war, weil nach der Regierungsübernahme im Oktober 1982 wichtige Entscheidungen vor uns standen. Viele waren aber der Meinung, diese Wahlen seien kaum zu gewinnen. Heute wissen wir, daß die Arbeit der ersten vier Jahre nur deswegen so viele Früchte tragen konnte, weil wir im März 1983 einen eindeutigen Wählerauftrag bekamen.

Liebe Freunde, im Herbst 1983 hatten wir die ungewöhnlich schwierige Debatte um den NATO-Doppelbeschluß. Heute erkennt jeder, daß unsere Standfestigkeit Voraussetzung für die Abrüstungsvereinbarung war, die jetzt Wirklichkeit wird.

1984/85 wurden wir wegen unserer Hartnäckigkeit, das schadstoffarme Auto durchzusetzen, beschimpft und gescholten. Heute gibt es überhaupt keinen Zweifel daran, daß dies ein wichtiger Erfolg konsequenter Umweltpolitik nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für Europa war.

(Beifall)

Jetzt ein besonders faszinierendes Beispiel: Im Winter und im Frühjahr 1986 hatten wir mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und anderen den Streit um § 116 AFG. Es war schon ungeheuerlich, mit welcher Demagogie wir damals attackiert wurden. So behaupteten wichtige Teile der Führung der IG Metall – ich nenne sie als Beispiel –, die Tarifautonomie stehe auf dem Spiel; wir wollten sie abschaffen. Mittlerweile hat dieselbe Gewerkschaft Tarifverträge mit Laufzeiten von drei Jahren abgeschlossen. Sie mögen uns nicht, aber sie vertrauen unserer soliden und verläßlichen Politik.

(Lebhafter Beifall)

In diesem Jahr wurde schließlich viel über die Steuerreform spekuliert. Vor kurzem haben wir, wie von mir vorgeschlagen, die notwendigen Entscheidungen getroffen. Auch hier sollten all jene aus unseren Reihen, die mit vielen Anregungen hervorgetreten sind, genauso oft und publikumswirksam jetzt für den gemeinsamen Erfolg werben.

Ich bin sicher: Wenn wir uns auf unsere Grundsätze besinnen, wenn wir im politischen Alltag menschlich und vernünftig miteinander umgehen, dann werden die Erfolge unserer Politik auch die Anerkennung finden, die sie verdienen. Es ist doch keine Frage – und es ist auch kein Selbstlob, es auszusprechen: Diese Regierung unter Führung der Union leistet gute Arbeit – in der Innen- wie in der Außenpolitik. Im Ausland hat die Stimme der Bundesrepublik Deutschland Gewicht, im Westen wie im Osten. Auf unser Wort ist Verlaß. Jeder weiß, wo wir stehen.

Die SPD hat uns wegen unserer klaren Haltung eine „Eiszeit“ im Ost-West-Verhältnis prophezeit. Selten ist eine Propagandabehauptung so schnell und so eindeutig durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden.

(Beifall)

Hätten wir damals auf die Sozialdemokraten gehört, dann stünden wir heute nicht vor einem Abkommen, durch das – erstmals in der Geschichte der Abrüstung – eine ganze Kategorie von Nuklearwaffen abgeschafft wird. Das ist auch unser Erfolg. Wir müssen über ihn reden, und wir dürfen auf ihn stolz sein. Damit hat sich im Ost-West-Verhältnis eine neue Dynamik entwickelt, die noch vor wenigen Jahren viele als Utopie abgetan hätten. Heute erwarten wir mit gutem Grund, daß diese Entwicklung zum Besseren anhalten wird. Meine vorgesehene Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow wird auch unter diesem Gesichtspunkt den deutsch-sowjetischen Beziehungen einen neuen Antrieb geben.

Auch mit Blick auf das innerdeutsche Verhältnis haben sich die Unheilspropheten der SPD gründlich geirrt. 1982 durften nur 50 000 Reisende in Familienangelegenheiten aus dem anderen Teil Deutschlands, aus der DDR, zu uns kommen.

In diesem Jahr, liebe Freunde – man muß es immer wieder sagen –, werden es 5 Millionen Besuche sein – darunter mehr als 1 Million Reisende unterhalb des Rentenalters. Heute gibt es 100 mal mehr Besuche als bei unserer Regierungsübernahme. Das ist für mich der wichtigste Erfolg unserer Deutschlandpolitik.

(Beifall)

Das, liebe Freunde, ist nicht irgendein Thema. Wir stärken mit dieser Politik die Zusammengehörigkeit der Deutschen, wir schärfen das Bewußtsein für die Einheit der Nation.

Und schließlich haben wir Europa wieder die Vision zurückgegeben, die gerade auch junge Menschen begeistern kann.

Gute Arbeit, so meine ich, haben wir auch im Innern geleistet.

Mit der Neuordnung der Staatsfinanzen haben wir bewiesen, daß wir solide wirtschaften können.

Mit stetigem Wirtschaftswachstum, mit Preisstabilität und steigender Beschäftigung haben wir bewiesen, daß wir von einer modernen Volkswirtschaft eben mehr verstehen als andere. Und wir werden diese Politik der Sozialen Marktwirtschaft konsequent und entschieden fortsetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben mehr Leistungsgerechtigkeit, mehr Wettbewerb, mehr Chancen für den Strukturwandel durchgesetzt. Wir haben das Netz sozialer Sicherheit wieder tragfähig gemacht. Durch unsere Politik entstanden fast 700 000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze, und diese Politik ist auch für die Zukunft richtig. Mehr Beschäftigung, neue Arbeitsplätze – das ist die innenpolitische Aufgabe Nummer eins.

(Zustimmung)

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für uns keine Frage besserer Statistiken, sondern immer eine Frage von persönlicher Erfüllung und Lebensglück für Menschen. Hier müssen wir noch große Anstrengungen unternehmen. Aber wir sind auf einem guten Weg.

Liebe Freunde, unsere Initiativen für Lehrstellen und Ausbildungsplätze waren erfolgreich. Erinnern Sie sich noch, wie die Prognosen vor zwei, drei und vier Jahren waren? Wir haben damit bewiesen, daß Zukunftsperspektiven für die junge Generation für uns immer Priorität besitzen. Die Lehrstellenaktion wurde ein großer Erfolg. Sie hat gezeigt, daß Eigeninitiative und Bürgersinn eben mehr bewirken können als staatliche Reglementierungen. Ich will auch heute noch einmal allen danken, die uns geholfen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben den Familienlastenausgleich verbessert. Damit haben wir einmal mehr bewiesen, daß die Familie für uns im Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft steht. Kinder müssen in Deutschland wieder Vorfahrt haben. Wer ja sagt zu Kindern, hat Anspruch auf Schutz und Hilfe durch unseren Staat und unsere Gesellschaft.

(Beifall)

Auch und gerade deshalb haben wir Kindererziehungszeiten im Rentenrecht anerkannt. Dies hat einmal mehr deutlich gemacht, daß unser Grundsatzprogramm auch Richtschnur für praktische Politik ist. Kinder sind ein unerläßlicher Beitrag zum Generationenvertrag. In Anknüpfung an viele wegweisende Erneuerungen im Rentensystem werden wir in dieser Legislaturperiode die notwendigen Beschlüsse zur Reform der Alterssicherung fassen.

Wirtschaftspolitisches Kernstück dieser Legislaturperiode ist die große Steuerreform; sie ist wegweisend. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte der Bundesrepublik ist etwas Vergleichbares unternommen worden. Dies gilt sowohl für die nachhaltige Nettoentlastung von Steuerzahlern und Unternehmen als auch für den Abbau von Subventionen.

Beides, liebe Freunde, muß im Zusammenhang gesehen werden: Wer für Steuerentlastung ist, darf sich nicht gleichzeitig über den Verlust von Subventionen beklagen. Nur mit beidem zusammen, also mit Steuerentlastung und mit Subventionsabbau, erreichen wir das, worauf es jetzt entscheidend ankommt: ein zukunftsfähiges Steuersystem, das Leistung nicht bestraft, sondern belohnt, und zugleich ein gutes Stück mehr Steuergerechtigkeit.

Dabei geht es gerade auch – und viele vergessen dies – um die Bedingungen des Standortes Bundesrepublik Deutschland, also um Wachstum und Arbeitsplätze in den 90er Jahren. Liebe Freunde, die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten in den letzten Wochen haben vor allem eines mehr als deutlich gemacht: daß wir unsere klare, unsere zukunftsorientierte und verlässliche Wirtschaftspolitik unbedingt beibehalten müssen.

Bei unserem Gesundheitswesen ist kritisch zu fragen, welche Belastungen der einzelne der Solidargemeinschaft der Versicherten dauerhaft zumuten kann. Es macht gar keinen Sinn, Steuern zu senken, wenn gleichzeitig die Sozialabgaben – d. h. die Lohnnebenkosten – aus dem Ruder laufen. Hier werden wir die notwendigen Entscheidungen in allernächster Zeit treffen.

Liebe Freunde, für den Schutz der Umwelt haben wir durchgreifende Maßnahmen getroffen. Wir verstehen uns im besten Sinne des Wortes als Anwälte unserer Natur und Lebensumwelt. Wir haben in fünf Jahren auf diesem Felde mehr durchgesetzt, als sich die SPD in ihrer Regierungszeit auch nur als Ziel vorgenommen hatte. Sie hat die entscheidenden Weichenstellungen 13 Jahre lang verschlafen.

(Beifall)

Liebe Freunde, jeder von uns weiß, daß die deutsche Landwirtschaft in einer besonders schwierigen Lage ist. Wir haben bereits erste Erfolge zur Sicherung des Einkommens unserer Bauern erzielt. Wir werden – trotz aller Diskussionen, die wir auch auf diesem Felde durchzustehen haben – unsere Landwirte nicht im Stich lassen. Unsere Überzeugung ist einheitlich: Zur freiheitlichen Gesellschaft der Zukunft gehören selbstverständlich der bäuerliche Familienbetrieb und ein lebensfähiger ländlicher Raum.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Wählerauftrag an uns heißt: stabile Grundlagen für eine sichere, menschengerechte Zukunft schaffen. Wir, die CDU Deutschlands, haben als stärkste Regierungspartei vom Wähler eine besondere Legitimation, aber das heißt auch: Wir tragen eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung ist um so größer, als wir es mit einer orientierungslosen Opposition zu tun haben.

Zu den GRÜNEN ist nicht viel zu sagen. Daß eine der Vorsitzenden der GRÜNEN behauptet, der Staat brauche – ich zitiere – „fast nichts so sehnsüchtig wie den Terror“, das ist ein Skandal.

(Beifall)

Daran wird auch deutlich, wie wichtig der Sieg Walter Wallmanns und unserer Freunde in Hessen und die Abwahl des rot-grünen Bündnisses dort waren.

(Beifall)

Wie zynisch diese und andere Äußerungen aus den Reihen der GRÜNEN zum Thema Gewalt waren, hat sich ja vor einer Woche in Frankfurt gezeigt. Die tödlichen Schüsse – wir sollten dies nie vergessen – auf die beiden Polizeibeamten galten auch unserer demokratischen Ordnung. Hier war ein Haß am Werke, der im anderen nicht mehr den Mitmenschen sieht, sondern ein Ziel, das es zu vernichten gilt. Wir denken mit Trauer und Mitgefühl an die Familien. Und wir danken bei dieser Gelegenheit als CDU Deutschlands einmal mehr allen Polizeibeamten für ihren oft gefährlichen Dienst. Es ist ein Dienst für den inneren Frieden und die Freiheit der Bürger.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, jeder spürt dies: Es ist überfällig, daß wir die notwendigen Konsequenzen aus dieser Zunahme von Gewalt – bis hin zum Mord – ziehen, und wir werden sie ziehen.

Unser politischer Hauptgegner bleibt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Als Fachleute fürs Nein verweigern sich die Sozialdemokraten gegenüber der Zukunft. Hin- und hergerissen zwischen Utopie und Nostalgie kämpfen sie mit dem altbekannten Problem der Sozialisten, auf dem Boden der Wirklichkeit Fuß zu fassen:

So zum Beispiel in der Steuerpolitik, wo die Sozialdemokraten unserer Steuerreform 1990 nichts entgegenzusetzen haben außer den Rezepten von gestern, die unter ihrer Verantwortung zum Abbau von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen geführt haben.

So zum Beispiel – und ich nehme das Wort von Norbert Blüm auf – bei Bewältigung des Strukturwandels, wo die Regierung Schmidt praktisch nichts getan hat, und wo die Landesregierung Rau der Entwicklung an Rhein und Ruhr ratlos hinterherläuft, während wir in gemeinsamen Gesprächen mit Stahlunternehmen und Gewerkschaften konkrete Hilfen für die betroffenen Stahlarbeiter vereinbart haben.

So zum Beispiel hinsichtlich einer arbeitsplatzsichernden und umweltschonenden Energiepolitik, wo die Sozialdemokraten den Konsens „Kohle-Kernenergie“ aufkündigen und damit dabei sind, der deutschen Kohle die Existenzgrundlage zu entziehen. Gleichzeitig entwerfen sie wechselnde Szenarien von Ausstieg, Einstieg und Umstieg. Sie bieten das Gegenteil dessen an, was wir, was unser Land jetzt tatsächlich braucht: verlässliche Bedingungen in allen Bereichen für die beginnenden 90er Jahre.

Meine Damen und Herren – auch dieses Thema muß angesprochen werden, weil es in der Öffentlichkeit weitgehend untergegangen ist –, ein besorgniserregendes Dokument ist das gemeinsame Grundwerte-Papier von SED und SPD.

(Beifall)

Die SPD war angesichts einer stolzen Tradition von über 100 Jahren aus gutem Grund stolz auf ihr Demokratieverständnis. Sie hat sich auch als Regierungspartei, etwa 1971, ganz unmißverständlich vom Kommunismus abgegrenzt. Heute läßt sich die SPD auf eine sprachliche Gleichstellung und auf eine formale Gleichberechtigung von freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur ein.

Generalsekretär Honecker – und er hat es auch hier bei seinem Besuch bei uns getan – betont demgegenüber immer wieder, daß sich die beiden Staats- und Gesellschaftsformen „ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser“. Insofern hat er offensichtlich mehr Sinn für die Wirklichkeit als nicht wenige in der SPD.

(Beifall)

Wie orientierungslos die SPD im Augenblick ist, hat kürzlich eine Parteikommission zur Analyse des Bundestagswahlresultates gesagt. Der Bericht läßt keinen Zweifel daran, daß die SPD ganz grundsätzlich – so sagt man dort – klären muß,

- ihre Haltung zum Verhältnis zwischen Einzelperson und Gemeinschaft,
- zum Verhältnis zwischen Selbstentfaltung und Solidarität und
- zum Verhältnis zwischen Lohn und Leistung und sozialem Ausgleich.

Wer sich selbst solche programmatischen Defizite bestätigt, hat keinen Anspruch auf politische Führung.

Aber, liebe Freunde, die Schwäche unserer politischen Gegner darf uns jedoch in keiner Weise dazu verleiten, unsererseits nachlässig zu werden.

(Beifall)

Die Wähler erwarten – und zwar zu Recht – immer wieder von uns, daß wir die Frage beantworten, wo wir stehen und was wir wollen.

„Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“, so heißt es in unserem Grundsatzprogramm ganz am Anfang. Auf dieser Grundlage wendet sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands als Volkspartei der Mitte an alle Menschen, an alle Schichten; an alle Gruppen unseres Volkes.

Deshalb kann es an unserem Standort niemals einen Zweifel geben. Liebe Freunde, wir sind weder eine Rechts- noch eine Linkspartei, und wir werden es auch nicht werden. Es gibt weder einen Rechts- noch einen Linksdruck. Wir sind die große Volkspartei der Mitte mit einem klaren Profil: für eine menschengerechte Ordnung, in der Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl gelebt werden können.

Liebe Freunde, ich sage das in eine gänzlich unnötige Diskussion der Vergangenheit hinein: Mit diesem Profil haben wir seit 1949 eine große Zahl von Stammwählern gewonnen, und ihr Vertrauen wollen wir doch ganz selbstverständlich bewahren.

(Beifall)

Darüber nachzudenken, wie wir das Vertrauen der Stammwähler bewahren, sogenannte Wechselwähler halten und zusätzlich neue Wähler gewinnen können, – das ist doch selbstverständlich für eine Partei, die mehrheitsfähig bleiben will. Das heißt, daß wir auch offen sind für neue Herausforderungen, daß wir uns neuen Fragen stellen.

Gerade auch am Beispiel des Umweltschutzes, das ich erwähnte, haben wir in diesen wenigen Jahren deutlich gemacht, daß wir mit dieser neuen Herausforderung fertig werden – nicht mit Patentrezepten, aber mit den richtigen Einsichten für eine mittel- und langfristige Politik.

Unterschiedliche Standpunkte werden in der Union durch gemeinsame Werte und Ziele zusammengeführt. Das christlich-soziale Engagement verbindet sich mit kon-

servativer Überzeugung und freiheitlich-liberaler Gesinnung. Das war das Gesetz des Anfangs unserer Partei, und das wird es selbstverständlich auch bleiben, wenn wir erfolgreich sein wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir waren und bleiben auch die deutsche Europa-Partei und bieten ganz selbstverständlich jenen politische Heimat, die an dem nationalen Auftrag im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes aus ihrer tiefsten Überzeugung festhalten.

(Vereinzelter Beifall)

Unser geistiges Fundament ist und bleibt das christliche Menschenbild, die Überzeugung von der unveräußerlichen Würde des einzelnen, das Wissen um seine Grenzen und Schwächen, aber auch der Glaube an seine Fähigkeit, Verantwortung wahrzunehmen für die ihm anvertraute Schöpfung. Der im christlichen Menschenbild verankerte Humanismus bezieht seinen tiefen Ernst aus der Idee der Verantwortung. Für den Christen bedeutet dies: Wir werden eines Tages vor Gott über unser Tun und Lassen Rechenschaft ablegen müssen.

Gerade weil wir, liebe Freunde, die Denkmuster des 19. Jahrhunderts, gerade weil wir das traditionelle Rechts-Links-Schema weit hinter uns gelassen haben, sind wir als Union, als christliche Demokraten, mit unserer Wertorientierung fähig gewesen, einen entscheidenden Beitrag zum inneren und äußeren Frieden, zur inneren und äußeren Stabilität unserer Republik zu leisten.

Auf diesem Fundament – da kann es überhaupt keinen Zweifel geben, und ich sehe auch niemanden in dieser Union, der dies nicht wollte – werden wir die Zukunft gestalten. Bei unserem nächsten Parteitag in Wiesbaden wollen wir uns ausführlich mit einigen dieser zentralen Fragen befassen. Es wird ein Parteitag der Diskussion sein. Schon im Vorfeld sollen sich die Orts- und Kreisverbände daran beteiligen.

Liebe Freunde, seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist die CDU die klassische Partei der Außenpolitik. Dieses wichtige Feld unserer Politik wird auch Thema des ersten Tages des nächsten Bundesparteitages sein.

Seit dem Amtsantritt vor fünf Jahren hat die von mir geführte Bundesregierung – getreu unseren Grundsätzen seit Konrad Adenauer – in der Außenpolitik unbeirrt klare Ziele verfolgt.

Wir haben von Anfang an darauf hingearbeitet, der großartigen Idee eines sich eringenden freien Europas neue Kraft zu verleihen und konkrete Fortschritte zu erreichen.

Wir haben von Anfang an darauf hingearbeitet, das Atlantische Bündnis von freiheitlich-demokratischen Staaten und vor allem auch die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu festigen und weiterzuentwickeln.

An diesen Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik wird sich nichts ändern.

(Beifall)

Wir streben für Deutschland die Freiheit und Einheit an. Deutschlands Zukunft muß an der Seite von Partnern sein, die von Demokratie und Menschenrechten dasselbe Verständnis haben wie wir.

Liebe Freunde, wer die Einbindung unseres Landes in die freie Welt in Frage stellt, nimmt unseren Freunden in der Welt Sicherheit und Vertrauen in den politischen Standort der Deutschen – auch in Europa.

Er zerstört zugleich das einzige wirklich tragfähige und sichere Fundament für eine aktive Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Dynamische West- und Europapolitik und aktive Ostpolitik lassen sich nicht voneinander trennen. Aber das Zusammenwirken mit unseren Freunden im Westen ist gerade die Voraussetzung für eine offensive und konstruktive Entspannungspolitik mit dem Osten, und nicht umgekehrt.

(Beifall)

Wir wollen weiterhin beide Wege beschreiten: den Aufbau des geeinten freien Europa und den Ausgleich mit dem Osten. Doch der Ausgleich mit dem Osten kann nicht gelingen, wenn wir im Westen uneinig bleiben und wenn wir uns nicht zusammenschließen. Deshalb darf es für uns in der Außenpolitik keine falsche Gewichtung geben: Vorrang haben Europa und die Allianz.

(Beifall)

Unsere Verfassung gebietet, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Damit war, ist und bleibt die deutsche Frage auf der Tagesordnung der deutschen Politik, weil es uns immer um die Freiheit und um die Menschenrechte für alle Deutschen geht. Wer deshalb wie wir für die Einigung des freien Europa arbeitet, arbeitet nicht gegen, sondern für die Freiheit und die Menschenrechte aller Deutschen. Beide Ziele gehören untrennbar zusammen.

(Beifall)

Ein geeintes Deutschland, das schließlich nicht frei ist, wollen wir nicht. Aber auch unsere Nachbarn – im Westen und Osten – werden nur ein geeintes Deutschland akzeptieren, das ohne Wenn und Aber den Menschenrechten verpflichtet ist und das endgültig und auf alle Zeit an der Seite der freiheitlichen Demokratien steht.

Wir, die CDU Deutschlands, werden deshalb weiter für die europäische Einigung eintreten. Auch wenn wir im Alltag der EG immer wieder schwierige und umstrittene, oft lästige Kompromisse schließen müssen, wenn wir uns oft nur auf Lösungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können, verlieren wir unsere großen Ziele dennoch nicht aus den Augen:

- die Politische Union des freien Europa, wie wir sie in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehen haben;

- die Verteidigungsunion, wie wir sie jetzt mit Frankreich einleiten wollen;
- die Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie vielfach beschworen, aber jetzt mit dem Ziel des gemeinsamen Binnenmarktes bis 1992 entscheidend vorangebracht werden soll.

Wir wollen diese Vision mit unseren Partnern in der Gemeinschaft verwirklichen. Aber es gilt auch, daß die deutsch-französische Freundschaft der Motor für die Entwicklung des freien Europa ist und bleibt. Alles, was wir gemeinsam tun, soll nicht nur den beiden Ländern dienen, sondern dem Ganzen zugute kommen und in größere Gemeinschaften einfließen. Diese Politik dient der Stärke des freien Europa, der Stärke durch die Gemeinschaft. Damit wollen wir uns nicht etwa von der Atlantischen Gemeinschaft lösen und erst recht nicht irgend jemanden bedrohen.

Im Gegenteil: Die Einigung des freien Europa und die deutsch-französische Freundschaft als deren Kern dienen der Stabilität und damit dem Frieden in Europa und weltweit. Die Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der Atlantischen Allianz verleiht der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit mehr Solidität, mehr partnerschaftliche Gleichberechtigung, mehr Gewicht. Ein solches Europa kann zukünftig ein überzeugenderer Partner Amerikas sein, fähiger zu einer vernünftigen weltweiten Arbeitsteilung und befähigt, internationale Verantwortung in größerem Umfang zu übernehmen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir heute am Vorabend – man darf sagen: historischer Entscheidungen in der Abrüstung stehen, so konnte dieses Ergebnis nur erreicht werden dank der Geschlossenheit und Solidarität des Atlantischen Bündnisses. Auch zukünftig gibt es für uns keine Alternative zu der engen Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und zur Partnerschaft im Atlantischen Bündnis. Auch zukünftig gibt es keine Alternative zu amerikanischer Truppenpräsenz auf unserem Kontinent und zum nuklearen Schutz Europas durch die Vereinigten Staaten.

(Beifall)

Ich stelle immer wieder mit großer Zufriedenheit fest, daß unsere Partner in Europa das genauso sehen. Darin gründet unsere Sicherheit, solange sich nicht weitreichende Veränderungen in Europa zugunsten einer gesamteuropäischen Friedensordnung ergeben. Wir sind entschlossen, auf diesem Fundament unsere Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern auf allen Ebenen konstruktiv zu gestalten und, wenn möglich, zu intensivieren. Dabei werden auch künftig die zweiseitigen Verträge wie die KSZE-Schlußakte von Helsinki zu den Instrumenten und Maßstäben unseres Handelns gehören.

Auch diese Politik orientiert sich an einem weitreichenden und hoffnungsvollen Ziel: an dem Ziel einer umfassenden Friedensordnung für ganz Europa. Diese Friedensordnung soll ein friedliches Zusammenleben für alle, in West und Ost, auf Dauer garantieren. Sie soll die Sicherheitsinteressen aller schützen. Das heißt: Sie darf nicht zu Lasten irgendeiner Seite gehen.

Für uns kommt ein unverzichtbarer Maßstab hinzu: Eine solche Friedensordnung in Europa muß allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen.

(Beifall)

Wer die Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow aufmerksam verfolgt, wer mit wachen Augen beobachtet, welche Schritte die Staaten in Ost- und Südosteuropa einleiten, der weiß, wie wichtig und folgenreich dieser Prozeß für ganz Europa werden kann. Wir müssen deshalb diesen Entwicklungen höchste Aufmerksamkeit widmen – und dort auch Sympathie zeigen, wo sie den Menschen zugute kommen.

Ein solcher Prozeß könnte am Ende mehr zum Frieden in Europa und weltweit beitragen als manche internationale Abmachung,

- wenn er die kommunistischen Systeme nach innen und nach außen tatsächlich kompromißfähiger machen,
- wenn er die Bereitschaft zur Öffnung nach außen und zur internationalen Zusammenarbeit erhöhen und
- wenn er zu weniger Rüstung und zu mehr Sicherheit, zu mehr Vertrauensbildung und friedlicher Konfliktregelung führen würde.

Auch wir müssen erkennen, daß zwischen der Reformpolitik von Generalsekretär Gorbatschow und einer konstruktiven Verständigungspolitik zwischen Ost und West ein direkter Zusammenhang besteht; ein Zusammenhang, der beides erschweren, aber auch beides erleichtern kann. Liebe Freunde, wir werden uns auch dabei von Augenmaß und von Wirklichkeitssinn leiten lassen. Aber wir sind bereit, die internationale Politik durch unsere konstruktiven Beiträge zum Wohle unseres Volkes aktiv mitzugestalten.

Am **zweiten** Tag unseres nächsten Bundesparteitags werden wir uns mit einer so zentralen Frage unseres christlichen Menschenbildes befassen wie mit dem Schutz des menschlichen Lebens und der menschlichen Würde. Hier geht es um unsere Identität als Christliche Demokraten.

Es ist vornehmste Aufgabe unserer Rechtsordnung, gerade die schwächsten Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu schützen und ihnen zu dienen;

(Beifall)

denn wahre Humanität erweist sich dort, wo der Mensch um seiner selbst willen geschützt wird und nicht um des bloßen Nutzens willen, den er für die Gesellschaft hat. Hier geht es um einen möglichst wirksamen Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens. Es geht darum, genetische Manipulationen am Menschen zu verhindern und Fälle von sogenannter Leihmutterchaft auszuschließen. Es geht um ein so überaus sensibles, komplexes Thema wie die Frage der Sterbehilfe.

Am **dritten** Tag unseres Parteitags in Wiesbaden werden wir über das Thema „Die CDU als moderne Volkspartei“ diskutieren.

Wir sind eben nicht einer Ideologie, sondern den Menschen verpflichtet. Es ist vornehmste Aufgabe der Union, das Gespräch mit unseren Mitbürgern zu führen und nicht über ihre Köpfe hinweg zu diskutieren.

Deshalb müssen und wollen wir unsere Arbeit „vor Ort“ noch verstärken. Denn für Mitverantwortung, Solidarität und Bürgersinn können wir nur dann glaubwürdig werben, wenn wir selbst immer wieder Beispiele geben.

Das heißt auch, daß wir unser Engagement etwa in den Kirchen, in den Gewerkschaften, in vielerlei Verbänden und Vereinen, in allen organisierten Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens verstärken. Die Kirchen bieten uns geistige Heimat, und der enge, der freundschaftliche Kontakt zu ihnen ist für uns ganz selbstverständlich.

Liebe Freunde, wir sind zuerst für die Allgemeinheit da, nicht für die Vertretung von Gruppeninteressen. Das ist auch wichtig für das Selbstverständnis innerhalb der Partei: Wir sind eben zuerst Mitglieder der Christlich Demokratischen Union und dann erst Mitglieder einer Vereinigung, so wichtig diese auch sein mag.

(Beifall)

Wir wollen den Menschen eine politische Heimat bieten; denn für unser Ziel einer menschengerechten Lebensumwelt können wir nur dann glaubwürdig werben, wenn wir dazu beitragen, den Menschen Orientierung, Halt und auch Geborgenheit zu vermitteln. Und das schaffen wir nur – ich sage es noch einmal – durch unser Beispiel.

Liebe Freunde, wir Christlichen Demokraten bringen alle Voraussetzungen mit, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Es gilt, diese Chance auch zu nutzen – zum Wohl der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, zum Wohl der Deutschen. Wo erforderlich, gehen wir – wie bisher – nicht den Weg des geringsten Widerstandes: weder bei parteiinternen Diskussionen noch da, wo wir in Regierungsverantwortung stehen. Die innere Kraft, die wir benötigen, schöpfen wir aus unseren gemeinsamen Grundüberzeugungen, – sie sind unser kostbarstes Kapital.

Wir nutzen unsere Chance, wenn wir unsere Vorstellungen von Mitmenschlichkeit zunächst an uns selbst deutlich machen – und nicht an die Adresse anderer richten. Wir nutzen unsere Chancen, wenn wir uns bemühen, Vorbild zu sein.

Ich weiß aus über 40jähriger Mitgliedschaft: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist oft auch eine schwierige Partei. Aber sie ist eine wirkliche Gemeinschaft und für viele von uns Heimat. Wir dürfen stolz darauf sein, einer Partei anzugehören, die wie keine andere in unserem Land die Idee des Neubeginns repräsentiert: die Überwindung veralteter Denkmuster des 19. Jahrhunderts, die Überwindung konfessioneller Schranken vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die evangelische und katholische Christen in den Kerkern und Konzentrationslagern des Naziregimes machen mußten.

Im Juni 1945 hieß es in den Kölner Leitsätzen der Christlichen Demokraten Deutschlands:

Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist. Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Liebe Freunde, lassen wir uns immer wieder von diesen großartigen Ideen, von dieser Vision des Neubeginns ermutigen. In diesem Geist, und mit Solidarität und auch mit der notwendigen harten Arbeit, werden wir die Zukunft gewinnen.

Ich bin jetzt seit 14 Jahren Vorsitzender der CDU Deutschlands, und ich bin es gern. Für mich ist unsere Partei auch ein Stück persönlicher Heimat. Im Politischen gilt das genauso wie im Menschlichen. Ich bin dankbar für viel Unterstützung, für Freundschaft und Kameradschaft in diesem Jahrzehnt. Ich habe es stets als eine große Herausforderung empfunden, in der Kontinuität von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und anderen Politik für unser Vaterland gestalten zu dürfen. Dies will ich auch künftig tun. Deshalb kandidiere ich erneut als Bundesvorsitzender der CDU und bitte Sie, liebe Freunde, um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler, Herr Vorsitzender! Die Delegierten des Parteitages danken Ihnen für Ihre Rede, und sie danken Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie für die Partei leisten.

(Beifall)

Sie haben in Ihrer Rede daran erinnert, daß Parteien kein Selbstzweck sind, sondern Dienstcharakter haben, daß wir Politik nicht für uns, sondern für andere betreiben. Das ist die notwendige Rückkoppelung auch an unseren christlichen Auftrag.

Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen auch dafür, daß Sie die Defizite nicht ausgeklammert haben, daß Sie heiße Eisen angefaßt haben, ohne dem Fehler zu verfallen, nur unsere Enttäuschungen zu hätscheln. Ebenso notwendig ist es, unsere Erfolge als Christliche Demokraten zu pflegen.

Herr Bundeskanzler, große Parteien stehen unter stärkeren Integrationsnotwendigkeiten. Große Parteien brauchen Integrationszentren. Die Partei, die Christlich Demokratische Union, hat Sie immer als ein personifiziertes Integrationszentrum verstanden. Für diese wichtige, geduldige Arbeit möchten wir Ihnen heute auf dem Parteitag unseren Dank sagen.

(Beifall)

Ich weiß, daß diese Integrationsarbeit geduldig und ohne spektakuläre Aufmerksamkeit vollzogen werden muß. Aber der Charakter unserer Partei entspricht damit auch dem Bedürfnis unserer Zeit. Das Bedürfnis unserer Zeit ist: mehr Miteinander und weniger Gegeneinander. Arbeitnehmer und Unternehmer, Stadt und Land, Alt und Jung – keine andere Partei als die Unionsparteien kann diese Integrationsaufgabe leisten. Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler, für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CHRISTLICH
DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS, DR. HEINER GEISSLER, MdB

Heiner Geißler hält die CDU auf Trapp. Heiner Geißler beweist, daß Kämpfen und Nachdenklichkeit kein Gegensatz sind – Kämpfen und Nachdenklichkeit! Heiner, die Partei erwartet Deinen Bericht mit Spannung.

Dr. Heiner Geißler (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute hier in der Beethovenhalle als eine politische Gemeinschaft, um unseren Parteitag durchzuführen. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Augen der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland mehr als bisher und mehr als bei anderen Parteitagen heute auf uns gerichtet sind. Die Bürgerinnen und Bürger warten darauf, welche Antworten wir auf die Fragen geben, die uns und auch unsere Bevölkerung in diesen Tagen tief bewegen.

Ich habe einen Brief vom 28. September 1987 von einem Parteimitglied aus Badendorf in Schleswig-Holstein bekommen. Das Parteimitglied schreibt:

Die Kieler Verhältnisse rauben mir den Glauben. Politik mit schmutzigen Geschäften kann und darf nicht die Linie der CDU sein oder werden. Als Christ und Demokrat hoffe ich auf lückenlose Aufklärung dieser Affäre.

Am 13. Oktober habe ich einen anderen Brief bekommen, von einem Parteimitglied aus Reinbek. Dieses Parteimitglied schreibt:

Wenn Uwe Barschel eines natürlichen Herztodes gestorben sein sollte, so hat ihm nach meinem Empfinden die eigene Partei das Herz gebrochen.

Das ist der Zwiespalt, in dem sich viele in der Partei und in der Bevölkerung befinden. Ausgerechnet Henri Nannen schrieb ausgerechnet im „Stern“ einen Leitartikel mit der Überschrift „Gefallen und fallen gelassen“.

Hier wird eine Legende gegen die CDU aufgebaut. Diese Legende ist gefährlich. Sie widerspricht der Wahrheit, und der politische Gegner kann diese Unwahrheit in den kommenden politischen Auseinandersetzungen jederzeit abrufen und gegen uns verwenden, wenn wir uns nicht rechtzeitig dagegen wehren. Jetzt müssen wir es tun.

(Beifall)

Ich bin Zeuge für das, was der Bundeskanzler, was Gerhard Stoltenberg, das Parteipräsidium, der Landesvorstand, also was die Führung der CDU im Bund und im Land seit dem 13. September gesagt und getan haben, um Uwe Barschel gegen alle Angriffe zu verteidigen. Wir haben ihn nicht im Stich gelassen.

Es stellt sich die Frage, ob nach dem Rücktritt von Uwe Barschel und nach dem ersten Tag des Untersuchungsausschusses die Landtagsfraktion – so sehr es aus ihrer damaligen Sicht auch begründet schien – richtig entschieden hat, Uwe Barschel die Niederlegung des Landtagsmandates nahelegen. Der Landesparteitag der CDU hat sich am letzten Wochenende diese Frage auch gestellt.

Aber etwas ist ganz klar. Diese Entscheidung der Fraktion konnte keine Frage von Leben oder Tod sein. Es gibt nach meiner festen und sicheren Überzeugung keinen Zusammenhang zwischen der Entscheidung der Landtagsfraktion am Freitag und dem, was am Samstag und am Sonntag in Genf zu unserem Entsetzen und zu unserer Erschütterung geschehen ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß jetzt im Stil einer politischen Dolchstoßlegende die Wahrheit verfälscht und der CDU die Verantwortung für den Tod zugeschoben wird.

(Beifall)

Wir müssen uns aber darüber im klaren sein: Wir haben eine Bewußtseins- und Vertrauenskrise. Es gibt daraus keine bequeme Ausflucht. Aber es gibt eine Hoffnung, nämlich die Wahrheit.

Emile Zola, der französische Dichter, Schriftsteller und Journalist, hat im Zusammenhang mit einem anderen, nicht vergleichbaren historischen Ereignis einen Satz als Drohung, als Hoffnung, als Chance der Befreiung aus einer politisch und moralisch verworrenen Situation in die Öffentlichkeit geschleudert:

La vérité est en marche. – Die Wahrheit ist auf dem Vormarsch.

Wir unterstützen unsere Freunde in Schleswig-Holstein in ihrem Ziel, mit dem Untersuchungsausschuß die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Weil die parlamentarische und rechtsstaatliche Demokratie diesen Weg der Wahrheit möglich macht, haben wir auch keine Glaubwürdigkeitskrise unseres Rechtsstaates und der Demokratie. Aber – ich spreche es aus, weil auch hier die Wahrheit frei machen muß –, wir haben eine Krise des Vertrauens gegenüber der Christlich Demokratischen Union. Was immer dieser unsägliche Pfeiffer getan hat, richtig ist: Es geschah zwar nicht in der CDU, aber es geschah in der Regierungszentrale eines CDU-Ministerpräsidenten. Das bedrückt uns schwer. Deshalb war es gut, daß Henning Schwarz vorgestern auch gegenüber dem Oppositionsführer Engholm das Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß er in einem Ausmaß herabgesetzt und gedemütigt worden ist, wie es nicht dem humanistischen Leitideal der Demokratie und der Christlich Demokratischen Union entspricht.

(großer Beifall)

Diese uns alle aufwühlenden Ereignisse der letzten Wochen werden der Untersuchungsausschuß und die Gerichte aufklären müssen. Aber können wir als Christliche Demokraten damit zur Tagesordnung übergehen? Ich meine: nicht.

Gerade in einer Zeit des Umbruchs, die für viele einen Schwund an Zukunftsgewißheit mit sich bringt, mit Ängsten verbunden, ist eine politische Vertrauenskrise besonders bedrohlich für unser Land, weil sich die Zukunftsfähigkeit dieser Industriegesellschaft auf Vertrauen und Zuversicht der lebenden Menschen gründen muß. Nur wer das Vertrauen der Menschen hat, kann in eine gute Zukunft führen. Daß nach einer seriösen Meinungsumfrage 80 % der Deutschen inzwischen sagen: Wir können keinen Glauben an die Politiker mehr haben, ist für mich – ich sage es ganz offen – fast nicht mehr erträglich.

Deswegen: Selbstprüfung, Selbstbesinnung in die wir uns alle einbeziehen müssen, tun not. Ich meine – wie es Werner Remmers vor wenigen Tagen ausgedrückt hat –, „wir müssen schon schmerzhaft Arbeit leisten“.

(Beifall)

Das heißt, jeder, der politische Verantwortung trägt – Helmut Kohl hat es gerade schon gesagt – hat auch besondere Pflichten. Das heißt, wer im Auftrag des Volkes ein politisches Amt ausübt, muß sich an strengeren Maßstäben messen lassen als andere Bürger.

(Beifall)

Das entspricht den ethischen Maximen, wie sie von Aristoteles über Thomas Morus bis Immanuel Kant immer wieder für diejenigen formuliert und postuliert worden sind, die Herrschaft ausüben. Plato hat an die Adresse des Staatsmannes gesagt: „Du bist um des Ganzen willen da und nicht das Ganze um deinetwillen.“

Niemand kann in Führungspositionen verantwortlich handeln, wenn er nicht für die Zeit seines Mandats Solidarität von seiner eigenen Partei erfährt. Aber eine Partei leidet und trägt schwer, wenn diejenigen, die führen, nicht gegenüber denjenigen, auf deren Schultern sie stehen, solidarisch sind.

(Beifall)

Kant sagt: „Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben“. – Wer Macht hat, darf es sich in ihr nicht bequem machen. Er muß sein Bestes geben in der Sache, das heißt in den politischen Inhalten, in der Bereitschaft, sich beraten zu lassen, in seiner öffentlichen Darstellung, in der Sprache, in der Auswahl der Mitarbeiter, und er muß sich bemühen, persönlich, charakterlich und politisch Vorbild zu sein, vor allem für junge Menschen.

(Beifall)

Gustav Radbruch sagt: „Verdirbt Politik den Charakter? Nein: Politik erprobt den Charakter.“ Die Probe aufs Exempel ist, ob wir als Demokraten fähig sind, angesichts eines drohenden Machtverlustes z. B. der Versuchung zu widerstehen, unlautere Mittel anzuwenden. Wenn Demokraten in der Zukunft dazu in der Lage sind, dann wird es in der Zukunft z. B. auch keine Wienand/Steiner-Affäre mehr, keine SPD-Verratskampagne wegen eines verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierungswechsels, aber wahrscheinlich auch keine Pfeiffer-Affäre mehr geben.

Nikolai Hartmann schreibt in seinem Buch über die „Ethik“, „daß die Macht den Menschen wie ein Schwindel ergreife und unverhohlen die Tendenz zeige, ihn moralisch zu vernichten“. Es liegt aber doch an uns zu beweisen, daß er nicht recht hat, daß ein anderer Philosoph recht hat mit seiner Feststellung: „In Wahrheit kann die Macht Gutes bewirken wie Böses, aufbauen wie zerstören. Zu was sie tatsächlich wird, hängt davon ab, wie die Gesinnung ist, die sie regiert, und der Zweck, zu dem sie gebraucht wird.“ – Dies schreibt in seinem Buch „Das Ende der Neuzeit“ Romano

Guardini, nach dem ein bedeutender Preis der Katholischen Akademie in Bayern benannt ist, den am letzten Freitag einer verliehen bekommen hat, der aus unseren Reihen kommt, nämlich Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Ihm gratulieren wir zu diesem Preis.

(Beifall)

In der deutschen Publizistik, in politischen Akademien und in vielen Gesprächen ist im Zusammenhang mit dem, was ich gerade dargestellt habe, was wir erlebt haben, als Konsequenz daraus die Forderung erhoben worden, Feindbilder abzubauen und die Politik von Freund-Feind-Schemata zu befreien.

Es ist richtig: Politik darf nicht als Denken und Handeln im Freund-Feind-Schema definiert werden. Aber wenn wir weiter Politik für die Zukunft unseres Landes machen wollen, dann brauchen wir auch hier Klarheit. Genauso falsch wäre es, den Wettstreit der Meinungen in klarer und deutlicher Sprache zu verteufeln. Das ist ein bißchen ein deutsches Problem. Wir tun uns in Deutschland schwer, den Streit und die scharfe Kritik als selbstverständliche Bestandteile der politischen Kultur eines demokratischen Landes anzuerkennen. Das böse Wort vom Parteiengezänk ist schnell bei der Hand. Politik ist jedoch kein Gesangsverein Harmonie – dafür ist die Politik zu ernst –, sondern eine Auseinandersetzung um den richtigen Weg. Alles andere wäre Ausdruck eines politischen Biedermeiers, eines Harmoniebedürfnisses, das seinen Ursprung noch im deutschen Obrigkeitsstaat hat. In der Demokratie entsteht Integration nicht durch Unterdrückung von Gegensätzen, sondern durch das Austragen von Konflikten. Wo Konflikte geleugnet oder unterdrückt werden, gibt es keine Freiheit; da herrschen Bürgerkrieg und Repression.

Aber eine Unterscheidung ist wichtig: Der Streit zur Sache, zur Meinung ist politische Kultur; politische Unkultur ist die Diffamierung der Person.

(Beifall)

War es richtig, daß Willy Brandt in den 60er Jahren aus unseren Reihen vorgeworfen wurde, er sei ein uneheliches Kind, und daß Herbert Wehner als verkappter Kommunist verdächtigt wurde? Sicherlich nicht. Und ich sage dies zu deren Lebzeiten.

(Beifall)

Aber auch von den Sozialdemokraten – vor allem von Johannes Rau – ist das Eingeständnis überfällig, daß sie im Landtagswahlkampf 1980 in Nordrhein-Westfalen die Union und ihre Führung als friedensunfähig diffamiert und daß sie im Bundestagswahlkampf 1980 eine beispiellose Hetzkampagne gegen die Person von Franz Josef Strauß inszeniert haben.

(Beifall)

Von den persönlichen Angriffen auf Helmut Kohl und auf mich will ich gar nicht reden.

Wir haben deswegen nicht nur die Pflicht, sondern wir haben auch das Recht, unsere eigene Partei zu schützen. Dies gilt in diesen Tagen vor allem für unsere schleswig-holsteinischen Freunde. Gerhard Stoltenberg, der Landesvorstand der CDU, der Fraktionsvorsitzende Klaus Kribben und die gesamte Fraktion, die Mitglieder des Kabinetts – sie alle haben von den Machenschaften des Herrn Pfeiffer nichts gewußt. Aber am 26. Oktober 1987 hat der Parlamentarisch Politische Pressedienst der SPD geschrieben:

„Von der erprobten Technik Stoltenbergs, den politischen Gegner wider besseres Wissen öffentlich zu denunzieren, führt ein gerader Weg in die Fälscherwerkstatt des Rainer Pfeiffer.“

Wenn einer so etwas schreibt, dann macht er Pfeiffer alle Ehre.

(Beifall)

Dies alles läßt der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, in seinem Verantwortungsbereich geschehen. Welch ein Unterschied zum SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Breitscheid im Deutschen Reichstag, der damals zu einer Kampagne der Rechten gegen das Zentrum gesagt hat:

„Die politische, ja man kann sagen, die parteipolitische Ausbeutung solcher Fälle liegt auf der Hand. Es sollte und soll der Beweis erbracht werden, daß eine Partei, die auf dem Boden der Demokratie steht, das Land moralisch ins Verderben führt.“

Darum geht es: um die Ausbeutung zu Lasten des politischen Gegners.

Was Breitscheid damals getan hat, das war und ist politische Kultur. Und so widerwärtig und so verwerflich die Machenschaften des Herrn Pfeiffer gegen Björn Engholm waren, so verwerflich und widerwärtig nenne ich den Versuch der Sozialdemokraten, das hohe Ansehen und die persönliche Integrität von Gerhard Stoltenberg in dieser Weise in den Schmutz zu ziehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Holger Börner sagte am Montag, dem 19. Oktober 1987, im Parteirat der SPD – ich zitiere –:

Leute, – rief er – Ihr tut so, als ob das in Schleswig-Holstein eine einmalige Entgleisung der CDU gewesen ist. Ich sage Euch, so sind die Schwarzen, nicht alle, aber viele.

Man muß sich einmal klarmachen, wen ausgerechnet Holger Börner damit eigentlich meint. Er meint die Partei Konrad Adenauers, die Partei Ludwig Erhards, die Partei des Wiederaufbaus unseres Vaterlandes, die Partei der deutsch-französischen Aussöhnung, der deutsch-jüdischen Wiedergutmachung, der Atlantischen Gemeinschaft, die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die die beste Sozial- und Gesellschaftsordnung aller Industriestaaten der Welt geschaffen hat, die Partei, aus deren Reihen sieben Ministerpräsidenten, der Bundeskanzler und der Bundespräsident kommen.

Er meint die Partei, die die Bundesrepublik Deutschland, im übrigen auch Hessen, aus der schwersten, von der SPD verschuldeten Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform herausgeführt und schon deshalb im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei auch das Zeug dazu hat – und nicht die anderen –, unser Volk in das Jahr 2 000 zu führen.

(Beifall)

Heute morgen habe ich in einem Interview von einem Journalisten wieder die Frage gehört, wo denn eigentlich die geistig-moralische Wende geblieben sei. Wenn wir innehalten und nachdenken, müssen wir darauf auch eine Antwort geben: Wir haben unser Land unter Führung des Bundeskanzlers aus dieser Wirtschaftskrise z. B. durch die Tugend der Sparsamkeit wieder herausgeführt. Wir haben die Voraussetzungen für eine weltweite Abrüstung geschaffen, wir haben das Bewußtsein von der Einheit der Nation wieder gefestigt und für die Deutschen im anderen Teil Deutschlands neue Chancen geschaffen. Wir haben das ungeborene Kind besser geschützt als früher – wenn auch für viele noch nicht zureichend. Wir haben die Familie als die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft wieder gestärkt und haben eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau entwickelt. Wir haben unser System der sozialen Sicherung für Alte, Kranke und Behinderte wieder finanzierbar gemacht. Dafür also, diese Partei auf diese Weise anzugreifen, wie ich es gerade geschildert habe, fehlt der SPD jede moralische und sachliche Kompetenz.

Es liegt seit dem Mainzer Parteitag ein bewegtes Jahr hinter uns. Ich denke an die Bundestagswahl, die uns Verluste, aber gleichzeitig die Erhaltung der Regierungsverantwortung gebracht hat, an den Sieg in Hessen, an die Landtagswahlen in Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz – mit Verlusten, aber ohne Veränderungen der jeweiligen Regierungsverantwortung von CDU bzw. SPD – und an die Steuerreform, zu deren vorläufigem Abschluß ich Gerhard Stoltenberg und Helmut Kohl ausdrücklich gratulieren möchte. Aber ich habe eine Bitte, da wir uns einer Millionenkampagne der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften gegen diese größte Steuersenkung seit Kriegsende gegenübersehen. Ich habe die Bitte an die Regierung, daß die Mittel der Information der Regierung nun darauf konzentriert werden – und notfalls ergänzt und erhöht werden –, die Menschen über diese Reform richtig zu informieren.

(Lebhafter Beifall)

Das gilt vor allem im Hinblick auf die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Diese Steuerreform muß offensiv, positiv und gekonnt verkauft werden.

Meine lieben Parteifreunde, es ist vom Sommertheater geredet worden. Was war denn? Es gab eine Wahlanalyse, und Norbert Blüm ist im Auftrag des Parteivorsitzenden nach Chile gefahren. Nun kann man zu dem einen unterschiedliche Meinungen vertreten und das andere unterschiedlich bewerten, aber etwas muß klar sein: Eine Diskussion darüber kann man auch verschieben. Und etwas muß für die Zukunft unabdingbar gelten: Eine Partei, die Wahlkampf führt, darf von der Schwesterpartei in dieser Zeit nicht angegriffen werden!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben eine Wahlanalyse gemacht, die der Bundesvorstand auf einer Klausurtagung ausführlich diskutiert und zustimmend bewertet hat. Zur Diskussion darüber sage ich, daß ich natürlich weiß: Der Staatsmann denkt an die nächste Generation. Aber lassen Sie den Generalsekretär der CDU doch auch einmal an die Wählerinnen und an die Wähler denken. Das müssen wir schon tun.

Ich will die Wahlverluste nicht bagatellisieren, aber wir dürfen jetzt auch nicht kopfscheu werden. Ich habe in dem ausgedruckten Manuskript einmal dargestellt, was sich z. B. in der Legislaturperiode von 1953 bis 1957 – dem Jahr mit dem großartigen Bundestagswahlergebnis – während der Landtagswahlen zugetragen hat. Da hatte die CDU unter Konrad Adenauer im Durchschnitt bei allen Landtagswahlen einen Verlust von 9 %. Es war von 1957 bis 1961 nicht anders, und in den 70er Jahren haben die Sozialdemokraten genau dasselbe erlebt.

Bei Landtagswahlen bleibt offenbar ein Teil der Anhänger der jeweiligen Regierungsparteien in Bonn zu Hause. Das muß nicht immer so sein. Damit darf man sich – das sage ich ausdrücklich – nicht abfinden.

(Beifall)

Aber es gehört zum Handwerkszeug eines Politikers, dies zu wissen, um keine falschen Schlüsse daraus zu ziehen.

Etwas hat sich allerdings gegenüber früher verändert: Die Zahl der Stammwähler ist zurückgegangen, die der Wechselwähler hat zugenommen. Darin liegt ein Risiko, aber auch eine Chance, denn auch die Zahl der Stammwähler der SPD ist zurückgegangen.

Wir dürfen doch an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen. Es fehlt jetzt die Zeit, ausführlich darüber zu debattieren, warum das so ist, warum es etwa weniger kirchlich gebundene Wähler gibt. Das hat möglicherweise oder sicher etwas mit dem Verlust der Mitte, mit dem Verlust des Glaubens zu tun. Wir haben jetzt nicht die Zeit, aber wir müssen darüber debattieren, und wir müssen versuchen, mit den vorletzten Wahrheiten, die wir verkünden können – das haben wir heute morgen gehört –, darauf auf der Basis des christlichen Menschenbildes eine Antwort zu geben. Wie gesagt, das kann ich mit Ihnen jetzt nicht erörtern, aber wir dürfen eben nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß neue Wählergruppen entstanden sind, die keine oder weniger starke traditionelle Bindungen aufweisen, z. B. die weder kirchlich noch gewerkschaftlich traditionell gebundenen neuen Mittelschichten in den Dienstleistungszentren, die nach Ansicht aller Wahlforscher bei der Landtagswahl in Hessen den Ausschlag zugunsten der CDU gegeben haben. Damit jetzt nicht das Argument „den Wählern nachlaufen“ kommt, sage ich: Sie sind von der CDU in Hessen und auch im Bund durch eine fortschrittliche Umwelt- und Energiepolitik, also durch eine zukunftsorientierte Konzeption, gewonnen worden, und so ist Walter Wallmann zum Wahlsieger des Jahres geworden, zum Wahlsieger des Jahres!

(Beifall)

In den Zeitungen ist in den letzten Tagen über eine Austrittswelle spekuliert worden. Dazu will ich für die Christlich Demokratische Union auch etwas sagen: Richtig ist, daß es in Schleswig-Holstein mehr Austritte als üblich gegeben hat, aber es hält sich in Grenzen. Doch in das Bild dieser Tage gehört auch, daß die hessische CDU in den letzten Wochen durch eine Werbeaktion über 1000 Mitglieder dazugewonnen hat. Bitte, machen Sie das nach!

(Beifall)

Es ist nämlich möglich!

Die Bauern und die Mittelständler zurückzugewinnen, das ist eine richtige Strategie. Ich verwende dieses Wort. Aber man muß die Frage stellen: Ist deswegen das Bemühen, mehr Jugendliche, Frauen und Angehörige der neuen Mittelschicht für uns zu gewinnen, etwa eine falsche Strategie? Wenn einer diese Meinung vertreten würde, wäre das ungefähr so richtig wie das Motto: lieber mehr essen als zuwenig trinken. Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wir müssen beides tun.

Im übrigen zur Strategie, zu einem Wort, das man nicht mehr so in den Mund nehmen soll: Es wird immer wieder gesagt, eine Strategie hat man, aber man redet nicht darüber. Aber nicht jeder, der nicht redet, hat auch eine Strategie.

(Heiterkeit und Beifall)

Doch im Ernst: Wie soll eine große Volkspartei eigentlich ein politisches Konzept umsetzen, wenn die über 700 000 Mitglieder und Zehntausende von Funktions- und Mandatsträgern – abgesehen einmal von den 42 Millionen Wählerinnen und Wählern – dieses Konzept gar nicht kennen und darüber auch nicht diskutieren können? Wir sind eine offene Partei, wir müssen an der Willensbildung des Volkes mitwirken; das ist ein staatspolitischer Auftrag, und das kann man nicht im Geheimen tun.

Manche haben sich auch diebisch gefreut, den Bundesvorstand der CDU und den Generalsekretär bei dem konspirativen Versuch erwischt zu haben, neue Wähler zu gewinnen.

(Heiterkeit und Beifall)

Mit „Linksruck“ hat das alles gar nichts zu tun oder genauso wenig wie die völlig richtige Erkenntnis von Franz Josef Strauß, daß ihm – ich zitiere wörtlich – „der königlich-bayerische Sozialdemokrat, der gestandene Arbeiter, der seine politische Heimat in der SPD verloren hat, innerlich viel näher steht als mancher blasierte Anhänger der Schickeria in den Nobelquartieren der Städte“. Also!

Und so halten wir es mit dem Kumpel an der Ruhr und mit dem Kumpel an der Saar. Deswegen: Hören wir wirklich auf, von links und rechts zu reden! Die Sozialdemokraten – der Herr Jansen, der SPD-Landesvorsitzende, haben uns in Schleswig-Holstein einen Rechtsruck vorgeworfen. Die CDU hat keinen Rechtsruck, aber Teile der Sozialdemokraten vor allem in Schleswig-Holstein sind schon so weit links, für die ist einer schon rechtsradikal, wenn er morgens pünktlich zur Arbeit kommt.

(Heiterkeit und Beifall)

Natürlich, ich wiederhole es, es gibt vielleicht auch welche auf der rechten Seite, für die ist schon links, wer eine berufstätige Frau hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Rechts und links, das ist eine ideologische Angelegenheit, eine politische Gesäßgeographie des letzten Jahrhunderts. Wir halten es mit Goethe und im übrigen – Sie erinnern sich – mit Kurt Georg Kiesinger: Propheten rechts, Propheten links, wir sind das Weltkind in der Mitte.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie soll im übrigen Norbert Blüm von jetzt 36 % bei der letzten Landtagswahl auf, sagen wir einmal, 46 % 1990 kommen, um dann zusammen mit den Freien Demokraten die jetzige, unfähige Regierung in Nordrhein-Westfalen abzulösen, wenn es ihm und der nordrhein-westfälischen CDU nicht gelingt, neben der Mobilisierung der Stammwähler neue Wählerinnen und Wähler, die bisher andere Parteien gewählt haben, zu gewinnen? Wie soll es denn gehen?

(Beifall)

Das heißt doch nicht, den Wählern nachzulaufen, sondern die Wähler davon zu überzeugen, daß die CDU für die Mehrheit unseres Volkes die richtige Zukunftspartei ist.

Auch dies gehört im übrigen zum Bericht des Generalsekretärs: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen neuen Anfang gemacht. Es gibt in jeder Partei, in jeder Gemeinschaft einmal eine Situation, wo man einen Strich machen muß ohne Hin und Her und ohne Schuldzuweisungen für die Vergangenheit, und einen neuen Anfang machen muß. Nach den leidvollen Erfahrungen unserer Partei in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen ist dieser neue Anfang eine große und einmalige Chance vor den Landtagswahlen. Norbert Blüm und die neue Mannschaft in Düsseldorf sind Hoffnungsträger für unsere Partei geworden und Angstgegner für die Sozialdemokraten.

(Lebhafter Beifall)

Natürlich sind die Wahlauseinandersetzungen der kommenden Zeit auch Richtungsentscheidungen, genauso wie es die bisherigen waren. Es hat Diskussionen über die sogenannten Lager gegeben. Mir geht es nicht um die Begriffe. Machen wir bitte einen Fehler nicht: Bis auf den heutigen Tag – und das läßt sich an den Inhalten beweisen – haben Mehrheiten in der SPD und die GRÜNEN inhaltlich ähnliche oder gleiche Ziele von der Energiepolitik bis zur Außenpolitik und der Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland. Sie gehören in ein Lager. Wem der Begriff Lager nicht paßt, dem sage ich: GRÜNE und Sozialdemokraten gehören in einen Sack. Dann ist es nicht die Lagertheorie, sondern die Sacktheorie.

(Heiterkeit)

Oder sie gehören in einen Topf, dann ist es die Topftheorie. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sie gehören zusammen, wir dürfen sie aus dieser inhaltlichen Identität nicht entlassen, es sei denn, sie befreien sich durch eine andere Politik selbst daraus, was ich nicht erkennen kann.

Die Freien Demokraten sind unser Koalitionspartner, mit dem wir nicht in allen Fragen übereinstimmen können, mit dem wir aber über diese Legislaturperiode hinaus zusammen regieren wollen. Das heißt, die Freien Demokraten werden in einer Koalition auf der Bundesebene mit uns im Bund und in den Ländern, sagen wir, zwischen 5 und 7 % bekommen können, aber 9 %, das ist viel zu viel.

(Beifall)

Deshalb kämpfen wir in Baden-Württemberg mit Lothar Späth für die Mehrheit.

(Lebhafter Beifall)

Die gute Politik von Lothar Späth und der CDU in Baden-Württemberg kann durch die FDP nicht verbessert, sondern nur verwässert werden.

(Beifall)

Am 12. Juni 1973 – es ist hier schon mehrfach gesagt worden – fand in diesem Saal der 21. Bundesparteitag der CDU statt. Helmut Kohl wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Es begann ein Prozeß der politischen und geistigen Erneuerung in der Opposition und als Folge dieser Entwicklung die Übernahme der Regierungsverantwortung. Wir haben allen Grund, heute dafür dem Bundeskanzler zu danken,

(Beifall)

zu danken aber auch allen Mitgliedern des Präsidiums, des Bundesvorstandes, unseren Ministerpräsidenten und ganz besonders den Zehntausenden von Mitgliedern, die sich für unsere gemeinsame Sache eingesetzt und gearbeitet haben. Helmut Kohl hat vor 14 Jahren hier in der Beethovenhalle gesagt, es komme darauf an, „die Veränderungen der Gesellschaft zu bedenken. Wir müssen weit hinaushören in diesen Staat und unsere Gesellschaft, daß wir die Veränderungen zur Kenntnis nehmen und durch unsere Politik eine verbindliche Antwort darauf bieten.“ Wahr ist, was er gesagt hat, „daß in unseren Grundsätzen Dynamik steckt und daß wir diese Dynamik fortentwickeln müssen, und zwar mutiger und entschlossener“.

Wir sind in den 70er Jahren doch nicht die Regierungspartei der 80er Jahre geworden, weil wir in die 50er Jahre zurückgeblickt, sondern weil wir in die 90er Jahre durch unsere großen Parteitage vorausgeschaut haben. Und wahr ist auch, in den 60er Jahren haben wir, um das Gegenbeispiel zu bringen, die Regierungsverantwortung verloren, weil wir den Anschluß an die Themen der Zukunft verpaßt haben, die die Menschen damals bewegten. Was haben wir in Leitartikeln, auf Akademietagungen und in kritischen Essays nicht alles gelesen: Wir praktizierten jetzt einen neuen Populismus, wir würden uns modernen Trends beugen und dem Zeitgeist huldigen. Bei manchem Artikel habe ich mich gefragt: Steckt dahinter wirklich immer ein kluger

Kopf? Was heißt denn Zeitgeist? Daß Frauen heute Beruf und Familie miteinander verbinden, daß sie in der Politik mitbestimmen wollen, daß die Welt statt mehr Waffen mehr internationale Solidarität braucht, daß die Steuerreform nicht nur leistungsgerecht, sondern auch sozial gerecht wird? Wenn auf Grund der repräsentativen Wahlstatistik feststeht, daß bei den unter 45jährigen die Sozialdemokraten und die GRÜNEN inzwischen die absolute Mehrheit haben, dann mag dies zwar den distanzierten Leitartikler kalt lassen, aber für uns ist dies eine Zukunftsfrage und eine alarmierende Feststellung, die Konsequenzen verlangt, es sei denn, man ist der Auffassung, was ich auch schon gehört habe, daran seien die Wählerinnen und Wähler selbst schuld. Könnte es auch so sein, daß es an uns liegt? Es könnte auch sein, daß es an uns liegt.

(Beifall)

Ich stelle z.B. die Frage: Haben wir genügend Frauen in Ämtern und Mandaten? Wir haben großartige Frauen in den Regierungen bei uns. Ich nenne Dorothee Wilms, Hanna-Renate Laurien, ich nenne Rita Süßmuth. Ich finde, daß Rita Süßmuth von allen Politikern der Bundesrepublik Deutschland aller Parteien nach einer neuesten Emnid-Umfrage bei jungen Menschen die größte Zustimmung findet, ist eine großartige Sache.

(großer Beifall)

Wir können uns nicht mit dem jetzigen Anteil von Frauen in Kreistagen, Landtagen und im Bundestag zufrieden geben. Deswegen haben der Vorstand der Frauenvereinigung und der Bundesvorstand der CDU in einer gemeinsamen Sitzung die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die ein Frauenförderungsprogramm entwickeln soll, wie auch innerhalb der CDU die Essener Leitsätze bis Anfang der 90er Jahre verwirklicht werden können. Ein Grund für die Benachteiligung der Frauen in der Politik ist auch die Tatsache, daß das große Engagement von Frauen in allen Bereichen unserer Gesellschaft nicht die notwendige Anerkennung erfährt. Ich sage das einmal an die Adresse der Staatskanzleien, der Präsidialkanzleien, der Ordensreferate und anderer Institutionen, die darüber entscheiden, wer sich in unserem Land verdient gemacht hat oder nicht verdient gemacht hat.

Im Jahre 1986 wurden an Männer 5061 Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen, an Frauen aber nur 802. Es gibt viele Auszeichnungen für erfolgreiche Wirtschaftsführer, Politiker, Wissenschaftler, Kulturschaffende. Haben sich aber eigentlich nur diejenigen um das deutsche Volk verdient gemacht, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen? Hat sich z. B. die Mutter, die ihre Kinder erzieht oder ihre Angehörigen pflegt, nicht genauso um das deutsche Volk verdient gemacht?

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir auf neue Fragen keine Antworten geben, werden wir auch unsere Stammwähler nicht halten können. Ich nenne als Beispiel neue Fragen wie die Erhaltung von Natur und Umwelt und die Sicherung des ländlichen Raumes; das letzte Thema ist bereits angesprochen worden. Wir haben deshalb eine Kommission

eingesetzt, die unter Leitung von Ernst Albrecht ein Gesamtkonzept für den ländlichen Raum erarbeiten soll. Lieber Ernst Albrecht, wie schon so oft hast Du für uns eine Zukunftsaufgabe übernommen. Dafür möchte ich Dir an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall)

Auch unsere Stammwähler spüren Veränderungen. Gerade sie werden wir ohne eine offene und reformfähige Politik auf Dauer nicht bei uns halten können. Wie muß nach Metternich der Staatsmann aussehen? „Kein Doktrinär, keine Eisenstange, sondern eine Stahlfeder, fest in den Prinzipien, anpassungsfähig in der Politik“. In diesem Geiste müssen wir an die Erarbeitung unserer Zukunftsaufgaben und damit auch an den nächsten Parteitag herangehen.

Soziale Marktwirtschaft, europäische Einigung, westliche Integration, Frieden und Freiheit, dynamische Rente – das waren in den 50er Jahren moderne Antworten einer großen Volkspartei auf neue Fragen. Zu diesen heute noch gültigen Antworten kommen aber neue Fragen, z. B. Fragen des Strukturwandels, des Umweltschutzes, der weltweiten Abrüstung, der westlichen Strategie gegenüber einem sich verändernden kommunistischen System, des Nord-Süd-Konfliktes, der Menschenrechte, der Gleichberechtigung der Frau und der moralischen und politischen Bewältigung des technischen und medizinischen Fortschritts. Zur Beantwortung dieser Fragen brauchen wir heute – wie in den 50er Jahren – Führungskraft und inhaltliche Qualität, die sich am Kompaß des christlichen Menschenbildes orientiert. Darüber müssen wir von diesem Tage an eine breite Diskussion führen. Wir müssen selbstverständlich diskutieren. Wo alle dasselbe denken, wird ohnehin nicht viel gedacht. Man kann andere Leute nicht dadurch überzeugen, daß man sie zum Schweigen bringt. Diskussion gehört zu einer modernen Partei. Diskussion und Geschlossenheit stehen nicht im Widerspruch zueinander.

(Beifall)

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ist nie abstrakte Verantwortung, sondern immer konkret. Churchill fragte am 15. August 1942 in Moskau Josef Stalin, ob der Kampf gegen die Kulaken wirklich so schlimm gewesen sei wie der Krieg. Stalin antwortete: „Oh ja, schlimmer, viel schlimmer. Es hat Jahre gedauert, die meisten Kulaken wurden liquidiert. Zehn Millionen. Aber wir mußten es tun, um unsere Landwirtschaft zu mechanisieren.“ Churchill kam in einem Gespräch mit seinem Leibarzt 1954 auf diese Geschichte zurück und zitierte dann einen Ausspruch Stalins, der gesagt hatte: „Der Tod eines Menschen ist ein trauriges Ereignis, aber der Tod einer Million ist eine Sache der Statistik.“

Für uns Christliche Demokraten ist ein Menschenleben ein Menschenleben vor Gott, ebenso wie eine Million Menschenleben eine Million Menschenleben vor Gott sind, für die wir als Christen hier und weltweit Verantwortung tragen. Es ist provinziell und inhuman, Unterschiede nach Geographie und Zahl zu machen. Uns als Christliche Demokraten erschüttert es, wenn bei uns in dieser Wohlstandsgesellschaft aus angeblich sozialen Gründen 200 000 ungeborene Kinder abgetrieben werden.

(Beifall)

Wir sind als Christliche Demokraten, wenn wir die Menschenwürde ernst nehmen, aber genauso betroffen, wenn weltweit Millionen Menschen sterben müssen, weil sie nicht genügend zu essen haben, während wir hier im Wohlstand leben, genauso betroffen, wenn Millionen von Menschen in der Sowjetunion, in Afghanistan, in islamischen Feudalstaaten, in Südafrika und in den Militärdiktaturen anderer Kontinente wegen ihrer religiösen und politischen Überzeugung oder wegen ihrer Hautfarbe gequält oder getötet werden. Unser christliches Menschenbild gebietet uns, für das ungeborene Kind genauso wie für die Einhaltung der Menschenrechte weltweit einzutreten, wie es z. B. Norbert Blüm getan hat. Ich danke ihm ausdrücklich dafür.

(Lebhafter Beifall)

Das gehört zur Außenpolitik.

Wie soll der Sozialstaat der Zukunft aussehen, wenn wir uns am christlichen Menschenbild orientieren? Heute werden drei Millionen Pflegebedürftige und Hochbetagte zu 90 % in den Familien – außerhalb des Systems der sozialen Sicherung – gepflegt. Gleichzeitig leisten wir uns eine Krankenversicherung mit den höchsten Arzneimittelpreisen der Welt, mit den meisten Krankenhausbetten und den höchsten Pflegesätzen und einer Kostenexplosion in der Krankenversicherung von 25 Milliarden DM im Jahre 1970 auf 120 Milliarden DM im Jahre 1986. Es ist zukunftsgerichtete, qualitative, christlich-demokratische vorbildliche Sozialpolitik im klassischen Sinne der Neuen Sozialen Frage, wenn der Bundeskanzler und die Bundesregierung dem Vorschlag von Norbert Blüm und Rita Süßmuth folgen, 14 Milliarden DM bei Gesunden, bei Zahnärzten und bei der Pharmaindustrie einzusparen, um davon mit 7 Milliarden DM endlich die drei Millionen Pflegebedürftigen ohne Beitragserhöhung sozial abzusichern.

(Beifall)

Dies ist das, was wir für einen modernen und humanen Sozialstaat tun müssen.

Als Helmut Kohl seine Tischrede anlässlich des Besuches von Erich Honecker in der Redoute in Bad Godesberg am 7. September hielt, wurde sie live im DDR-Fernsehen übertragen und am anderen Tag im vollen Wortlaut im „Neuen Deutschland“ abgedruckt. Es war eine gute, eine sehr gute Tischrede.

(Lebhafter Beifall)

Die Zeitung „Neues Deutschland“ war an diesem Tage seit vielen Jahren zum erstenmal wieder ausverkauft.

(Heiterkeit)

Gorbatschow verurteilt die stalinistischen Verbrechen anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, die Krimtataren demonstrieren auf dem Roten Platz, der Papst predigt vor Millionen Menschen in Polen. Bei uns in Deutschland und in der Welt ist etwas in Bewegung gekommen. Die gegenwärtige, weltgeschichtlich bedeutsame Entwicklung in der Sowjetunion, von der wir noch nicht wissen, wo sie endet, darf uns nicht vergessen machen, daß es den Archipel Gulag, den Krieg in Afghanistan und immer noch zu viele Waffen auf dieser Erde gibt.

Diese Entwicklung erfordert von uns zwar nicht eine Änderung unserer außenpolitischen Prinzipien, aber eine Weiterentwicklung konkreter Konzepte, die diesen wichtigen Prozeß nicht hindern, sondern fördern und auch unseren nationalen Interessen nutzen. Wir brauchen eine eigenständige Abrüstungsstrategie, die auf der einen Seite unsere Sicherheit erhält, uns aber auf der anderen Seite dazu befähigt, in der Abrüstungspolitik – insbesondere bei den chemischen und konventionellen Waffen – in die Offensive zu kommen. Dies ist ein wichtiges und entscheidendes Thema auch für den nächsten Parteitag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wer Vertrauen für die Zukunft schaffen will, muß Selbstvertrauen haben. Wer über die Zukunft nicht nachdenkt und nicht darüber spricht, wird auch keine Zukunft haben. Deshalb müssen wir vom heutigen Tage an mit Leidenschaft, Augenmaß und Sachverstand darüber diskutieren, wie die Zukunft aussehen soll.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, Heiner Geißler ist seinem Ruf gerecht geworden: Er ist kein Leisetreter, redet niemandem nach dem Mund, er ist die in die CDU eingebaute Unruhe. Wir brauchen diese Unruhe, wir brauchen Heiner Geißler.

(Beifall)

Beides ist notwendig: Kontinuität und Wandel, Treue zu sich selbst und Weiterentwicklung. Das sind die lebenserhaltenden Pole. Deshalb seien wir froh, daß an der Spitze unserer Partei Helmut Kohl und Heiner Geißler stehen. Wir brauchen sie beide.

(Beifall)

Und jetzt erhält das Wort zum nächsten Tagungsordnungspunkt Alfred Dregger, der die wichtige Funktion erfüllt, CDU und CSU in unserer gemeinsamen Fraktion aktionsfähig zu erhalten. Dafür schon im voraus Alfred Dregger unseren Dank.

Sie haben das Wort.

Dr. Alfred Dregger, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Ich bin allen Delegierten dankbar, die nach den Reden des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs trotz fortgeschrittener Zeit bereit sind, den Bericht ihrer Bundestagsfraktion entgegenzunehmen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben diese Aufmerksamkeit verdient; denn sie haben gute Arbeit geleistet.

Nicht Streit, sondern Zusammenarbeit ist das Kennzeichen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In der Fraktion gibt es keine Frontstellung zwischen CDU und CSU. Vorläufige Meinungsverschiedenheiten verlaufen nie entlang der Grenzen der beiden Schwesterparteien. Wie in der vergangenen Legislaturperiode haben wir auch in dieser alle wichtigen Entscheidungen einstimmig getroffen.

(Beifall)

Ich sage das auch deshalb, weil davon in der Zeitung oder im Fernsehen, im Rundfunk nie zu hören ist.

Meine Damen und Herren, diese Integrationsleistung der Fraktion war und ist das Fundament, ohne das die Regierung keine erfolgreiche Arbeit für Deutschland leisten kann.

(Beifall)

Die Fraktion befolgt drei Grundsätze, die wir auch den Aktionszentralen beider Unionsparteien zur Nachahmung empfehlen – beider, nicht nur in München werden hin und wieder Fehler gemacht, meine Damen und Herren.

Erstens. Es gilt, die eigenen Kräfte nicht gegeneinander-, sondern zusammenzuführen. Die Einheit der Union ist die erste Voraussetzung des politischen Erfolges.

(Beifall)

Zweitens. Es gilt, unsere Kräfte – zwar nicht alle, doch überwiegend – auf die Erfüllung unseres Regierungsprogramms zu konzentrieren. Das ist der einzige Weg, unsere politischen Ziele in die Tat umzusetzen. Nur daran werden wir letztlich gemessen. Unsere Anhänger sind nüchterne, fleißige und redliche Leute, keine Ideologen, die sich an weltumspannender Rhetorik ergötzen. Sie wollen Effizienz, Ergebnisse, Fakten, und das ist gut so; denn wir können sie liefern.

Es gilt drittens zu erreichen, daß unsere Erfolge nicht verschwiegen, zerredet oder durch Torheiten überdeckt werden. Der Parteivorsitzende hat dazu einige Mahnungen an uns gerichtet, die ich unterstreiche.

Meine Damen und Herren, wir haben, wie jeder internationale Vergleich zeigt, eine sehr erfolgreiche Bundesregierung

(Zustimmung)

und einen Bundeskanzler, der hohes Ansehen überall in der Welt genießt. Mit Helmut Kohl sollten wir auch der Partei wieder mehr Selbstbewußtsein und Schwung geben.

(Beifall)

Richten wir den Blick nach vorn: Allein in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stehen drei große Reformaufgaben vor uns: Steuersenkung und –vereinfachung, Kostendämpfung und Neuordnung im Gesundheitswesen sowie Rentensicherung für die Generation unserer Kinder und Enkel.

Die weltwirtschaftlichen Verwerfungen und Risiken sind groß. Meistern können wir sie nur im Verbund mit den anderen großen Industrienationen. Auf jeden Fall gehören jetzt Kostendämpfung und Rentensicherung, vor allem aber Steuersenkung zu dem, was weltwirtschaftlich geboten und zur Abwehr des Protektionismus in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen notwendig ist. Für uns als die zur Zeit größte Exportnation der Erde sind offene Grenzen eine existentielle Notwendigkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Konzept der Steuerentlastung um netto 50 Milliarden DM jährlich und der Steuervereinfachung steht. Jetzt gilt es, die Öffentlichkeit in einer Informationsoffensive davon zu überzeugen, was es ist: ein großes, kühnes und sozial ausgewogenes Werk. Alle Argumente sprechen für uns. Das hat sich in einer Diskussion zwischen dem Bundesvorstand des DGB und der Fraktionsspitze vor einiger Zeit gezeigt. Ich habe, als der DGB-Bundesvorstand in allgemeinen Wendungen Kritik an unserer Steuerreform übte, gefragt, welche Entlastungsmaßnahmen der DGB denn ablehnen wolle.

Erste Frage: Ist der DGB, sind andere gegen die Erhöhung der Grundfreibeträge und der Kinderfreibeträge, was bedeutet, daß 500 000 kleine Steuerzahler aus der Steuerpflicht entlassen werden und daß die Entlastung, die damit verbunden ist, den Beziehern kleinerer Einkommen mehr zugute kommt als den Beziehern höherer Einkommen? Antwort: Nein.

Zweite Frage: Sind Sie dagegen, daß der Eingangssteuersatz von 22 % auf 19 % abgesenkt wird, der von den Sozialdemokraten vor einigen Jahren in sozial unerträglicher Weise entsprechend erhöht wurde? Antwort des DGB-Bundesvorstandes: Nein. Er konnte ja auch schlecht das Gegenteil sagen.

Dritte Frage: Sind Sie gegen die Begradigung der Steuerprogression vom Eingangssteuersatz bis zum Spitzensteuersatz, gegen das Abschneiden des Mittelstandsbereichs, d. h. gegen die Beseitigung der überproportionalen Besteuerung der Bezieher mittlerer Einkommen – eine Entlastung, die den Beziehern mittlerer Einkommen zugute kommt: vom gut verdienenden Facharbeiter über den Industriemeister bis hin zum Handwerksmeister und zum kleinen Unternehmer?

Das ist der Hauptwurf dieser Steuerentlastung und Steuerreform, und es lassen sich überhaupt keine Einwände dagegen vorbringen.

Sind Sie dagegen, daß die Vorsorgeaufwendungen für Selbständige, die nicht mit einer festen Pension und Rente rechnen können, die selbst dafür zu sorgen haben, steuerlich begünstigt werden?

Sind Sie gegen die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von jetzt 56 % auf 50 %?

Meine Damen und Herren, wenn wir alle Steuern zusammennehmen, Gewerbesteuer und andere mehr, werden in Deutschland 70 % des Ertrages von der Steuer weggenommen. Das ist doppelt so viel wie jetzt in Großbritannien. Ich habe den DGB gefragt, ob er etwa dafür sei, daß die neuen Arbeitsplätze anderswo und nicht bei uns entstünden. Dafür ist doch auch der Steuerstandort von großer Bedeutung.

(Beifall)

Es blieb dann nur die Senkung des Spitzensatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer, nicht wie bei der Körperschaftsteuer von 56 auf 50, sondern von 56 auf 53 % übrig, womit sich eine Diskrepanz zwischen beiden Steuersätzen auftut. Die Einkommensteuer ist die wichtigste Unternehmenssteuer. – Darauf haben die Herren des DGB-Bundesvorstandes gemeint, diese Frage hätten ja nicht sie, sondern andere aufgeworfen, was ja richtig ist.

Dafür hat uns dieses Thema bei den Koalitionsgesprächen drei Wochen lang, ganz überflüssigerweise, wie ich meine, aufgehalten.

(Beifall)

Das hat dazu beigetragen, daß die für nur einen geringen Teil der Steuerentlastung vorgesehene Gegenfinanzierung jetzt erst geklärt worden ist. Diese Gegenfinanzierung verdient keinerlei grundsätzliche Beanstandung. Insbesondere die von vielen befürchtete Steuererhöhung an anderer Stelle wird nicht stattfinden.

(Beifall)

Wer sich daran erinnert, daß die Sozialdemokraten die Verbrauchsteuern während ihrer kurzen Regierungszeit von 13 Jahren 17mal um 25 Milliarden DM jährlich erhöht haben, kann sich nur wundern, wie dummdreist sie den ganzen Sommer hindurch diskutiert haben. Jetzt müssen wir zur Gegenoffensive übergehen.

(Beifall)

Die Notwendigkeit, offensiv zu argumentieren, gilt mehr noch als für die Steuerreform für die beiden anderen großen Reformaufgaben, die in der besonderen, aber nicht in der alleinigen Verantwortung von Norbert Blüm stehen. Ich meine die Strukturreform im Gesundheitswesen und in der Alterssicherung.

Unser Alterssicherungssystem beruht auf einem reinen Umlageverfahren. Es findet keinerlei Kapitalansammlung statt. Die heutigen Beitragszahler finanzieren die heutigen Rentner in der Hoffnung, daß auch ihre Renten in gleicher Weise finanziert werden können. Der Generation unserer Kinder und Enkel übertragen wir auf diese Weise keine Vermögenswerte, sondern gegen sie gerichtete Rentenansprüche, also Schuldtitel. Die weitgehende Geburtenverweigerung heute bürdet einer künftig dezimierten Beitragszahlergeneration riesige Lasten gegenüber einer mit hohen Rentenansprüchen ausgestatteten relativ zahlreichen Rentnergeneration auf. Wir müssen aufpassen, daß keine Lage entsteht, in der die Tüchtigen unter unseren Kindern und Enkeln die Flucht ins Ausland ergreifen, um den dann kaum noch zu bezahlenden Beitragslasten zu entfliehen.

Ich sage das einmal hier, um klarzumachen: Wir tragen Verantwortung nicht nur für uns selbst, sondern auch für diejenigen, die nach uns kommen.

(Beifall)

Die dringend notwendige Strukturreform im Gesundheitswesen durchzusetzen, wird nicht weniger schwer sein. Wir werden dabei auf den massiven Widerspruch nahezu aller Interessengruppen stoßen. In der Auseinandersetzung sollten wir niemanden durch unbedachte Äußerungen verletzen. Wir brauchen alle. Wir müssen sie gewinnen, soweit es nur geht. Aber wir können uns nicht von der Zustimmung aller abhängig machen. Wir sind die gewählten Vertreter des deutschen Volkes. Wir haben das Allgemeininteresse durchzusetzen, das mehr ist und etwas anderes als die Summe der Gruppeninteressen.

(Beifall)

Auch unsere Parteivereinigungen – von den Sozialausschüssen über die Mittelstandsvereinigung bis zum Wirtschaftsrat – müssen dazu ihren Beitrag leisten. Wenn sie sich zur Lobby der ihnen nahestehenden Gruppeninteressen machen ließen, wären die Reformen gescheitert, ehe sie begonnen hätten.

Denken wir an Theo Blank, an den sich die Älteren noch erinnern. Hätte Theo Blank bei seinem damaligen Versuch, die soziale Krankenversicherung und das Gesundheitswesen auf gesunde Grundlagen zu stellen, die volle Unterstützung seiner Fraktion und seiner Regierung gefunden, wäre uns vieles erspart geblieben, was uns heute bedrückt.

(Beifall)

Norbert Blüm, Sie können sich – ich glaube das sagen zu dürfen – auf die jetzige Fraktion verlassen. Ich gehe bei dieser Zusage davon aus, daß Sie Ihre Aufgaben – wie in der hinter uns liegenden Legislaturperiode auch – sachgerecht, klug und mutig anpacken. Wir wollen Sie jedenfalls bei der Strukturreform im Gesundheitswesen und bei der Reform der Alterssicherung ebenso unterstützen, wie wir jetzt bei der Steuersenkung und Steuervereinfachung Gerhard Stoltenberg unterstützen.

(Beifall)

Hinzufügen möchte ich, meine Freunde: Wir haben nicht nur große Aufgaben in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Wir haben noch größere im Bereich „jenseits von Angebot und Nachfrage“, wie ich es in Anlehnung an ein Wort von Wilhelm Röpke auf dem Bundesparteitag vor einem Jahr in Mainz formuliert habe.

Ich meine, erstens, den Schutz des Lebens, insbesondere des ungeborenen Lebens. Massenabtreibungen aus Bequemlichkeit sind etwas in jeder Hinsicht Schreckliches.

(Beifall)

Die Armut an Kindern ist zudem das größte Unglück, das unser Volk nach dem Kriege getroffen hat. Wir wollen nicht falsch verstandene Selbstverwirklichung und Egoismus, sondern die Freude an Kindern wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Sache der Frauen, sondern vor allem der Männer und der ganzen Gesellschaft, die entsprechende Rahmenbedingungen schaffen muß.

Zweite Aufgabe jenseits von Angebot und Nachfrage: der Schutz der deutschen Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation. Wir, die wir in Freiheit leben, müssen denen beistehen, denen östlich der Teilungsgrenze Deutschlands und Europas immer noch Freiheit und Demokratie, Selbstbestimmung und nationale Identität verweigert werden.

Die dritte Aufgabe in diesem Zusammenhang ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Boden, der alles trägt, aber nicht alles erträgt.

Natur und Landschaft bewegen uns Deutsche innerlich mehr als andere. Wir müssen, auch im europäischen Rahmen, weiterhin Vorreiter des Umweltschutzes und Anwalt der Natur sein.

Zu diesen Aufgaben gehört viertens der Schutz des inneren Friedens vor politischem Fanatismus und menschenverachtender Gewalt.

(Beifall)

Wir können nicht dulden, daß sich wie jetzt in Frankfurt vermummte Gewalttäter wie die Kader einer Bürgerkriegsarmee aufführen.

(Beifall)

Wir appellieren an die anderen demokratischen Parteien – insbesondere an unseren Koalitionspartner FDP –, mit uns gemeinsam Polizei und Justiz in die Lage zu versetzen, ohne unzumutbare Gefährdung der Polizei – wir haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten der Polizei –

(Beifall)

die Verbrecher – das sind sie nämlich – dingfest zu machen, sie streng zu bestrafen und den Frieden auf unseren Straßen wiederherzustellen.

(Beifall)

Schließlich ist unsere fünfte Aufgabe – jenseits von Angebot und Nachfrage – der Schutz des äußeren Friedens. Der Abzug aller Mittelstreckenraketen, den wir begrüßen, hat weitere Abrüstungsmaßnahmen nicht überflüssig, sondern dringlicher gemacht. Das gilt für unsere Bedrohung durch chemische Waffen, durch weit überlegene sowjetische Panzerarmeen und durch atomare Waffen, die von der sogenannten Null-Lösung nicht erfaßt werden. Das sind insbesondere diejenigen mit Reichweiten unter 500 km, die nahezu ausschließlich Deutschland bedrohen, und das in einem Kräfteverhältnis von 1365 auf östlicher und 88 auf westlicher Seite.

Meine Damen und Herren, beides – Sonderbedrohung, soweit vermeidbar, und Ungleichgewicht gerade in diesem Bereich – ist für uns Deutsche nicht hinnehmbar. Deshalb fordere ich in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Deutschen Bundestages die Sowjetunion auf, mit dem Abbau ihres atomaren Waffenberges auch bei kürzeren Reichweiten endlich zu beginnen. Sie soll handeln und nicht nur reden.

(Beifall)

Deshalb appelliere ich an unsere Verbündeten, in ihrer Abrüstungsplanung die Sicherheits- und Überlebensinteressen des deutschen Volkes in Zusammenarbeit mit uns nicht weniger zu beachten als die eigenen.

Ich wünsche mir, daß der Westen endlich ein Gesamtabrüstungskonzept erarbeitet – einschließlich der atomaren Kurzstreckenwaffen der Reichweiten unter 500 km; auch das hat auf unsere Initiative hin sowohl der Bundestag wie die Außenministerkonferenz der NATO beschlossen – und daß der Westen – das füge ich hinzu – ein solches Abrüstungskonzept der Gegenseite vorlegt, damit die Initiative auf uns übergeht und wir nicht immer von Herrn Gorbatschow überrascht werden.

(Beifall)

Die Fraktion ist dabei, für ein solches Abrüstungskonzept Vorschläge zu erarbeiten.

Schutz des Lebens, Schutz der deutschen Nation, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Schutz des inneren und des äußeren Friedens – diese fünf großen Themen werden wir auf dem nächsten Bundesparteitag 1988, wie der Parteivorsitzende gesagt hat, intensiv erörtern. Aber wir werden diese Themen bis dahin nicht ruhen lassen. Es sind Themen, die uns umtreiben, die unser Gewissen bedrücken, die politische Weichenstellungen verlangen – vielfach gegen den Zeitgeist und den Widerstand der anderen Parteien. Es sind Aufgaben, bei deren Erfüllung wir in einem Meer von Unwissenheit und Gleichgültigkeit um die Seele unseres Volkes und um Mehrheiten bei Wahlen und in den Parlamenten ringen müssen.

Vergessen wir daher nicht, meine Freunde: Wir sind mehr als ein Wirtschafts- und Sozialverein. Wir sind die große Christlich Demokratische und die große Christlich Soziale Union. Unsere Verantwortung umfaßt das ganze Leben der Menschen und das Schicksal unseres ganzen Volkes. Ihm wollen wir dienen nach bestem Wissen und Gewissen, mehr noch und wirksamer als bisher.

(Anhaltender Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Dregger, an dem mehrfachen Beifall, den Sie bekommen haben, ist sichtbar geworden, daß wir Sie alle verstanden haben. Ihre Verantwortung ist groß. Wir wissen, daß viel auf Ihre Schultern geladen wurde. Wir sagen Ihnen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und für Ihre Tätigkeit als Fraktionsführer unserer CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Aufgaben, die jetzt gemeinsam mit der von Ihnen getragenen Bundesregierung zu lösen sind.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IN DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, RUDOLF LUSTER MDEP

Rudolf Luster: Herr Präsident des Parteitages! Herr Bundesvorsitzender und Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor Jahresfrist in Mainz hatte ich zu einer Anzahl von Politikbereichen aus europäischer Sicht unsere Meinung vortragen dürfen. Zu etlichen dieser Themen nimmt die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in dem Ihnen schriftlich vorliegenden Jahresbericht für die abgelaufenen zwölf Monate ergänzend Stellung.

Vor uns liegen zwei herausragende Aufgaben im europäischen Bereich. Im ersten Halbjahr 1988 haben wir die deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft, und in 18 Monaten wird es die nächsten Direktwahlen für das Europäische Parlament geben.

Die deutsche Präsidentschaft: Vornean steht die Arbeit an der fristgerechten Vollendung des Binnenmarktes zur dauerhaften Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Überwindung der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft. Beim Abbau des „Noch-Nicht-Europa“, dessen jährliche Verluste von Fachleuten auf rund 200 Milliarden DM, also auf das Zweieinhalbfache des gesamten EG-Etats geschätzt werden, muß es zuerst um die Öffnung der Beschaffungsmärkte bei den öffentlichen Händen gehen. Einheitlicher Binnenmarkt bedeutet auch Wegfall der fiskalischen Grenzen, und das wiederum bedeutet Zwang zur Harmonisierung der indirekten Steuern. Letztlich müssen die Verkehrshemmnisse an den Binnengrenzen fallen.

Bei der dringend notwendigen Finanzverfassungsreform müssen wir die Eigenmittel der EG aufbessern, um den Haushaltsausgleich wiederherzustellen. Dabei müssen wir gewährleisten, daß die oft beschworene strenge Haushaltsdisziplin geübt wird. Rückwärts gewandte Wege zu Staatszuschüssen allerdings dürfen wir nicht beschreiten. Sie würden der angestrebten Demokratisierung der Gemeinschaft entgegenwirken.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht unsere politische Verantwortung gegenüber den Landwirten. Die gemeinsame Agrarpolitik bildet noch heute das Rückgrat der EG. Es sollte aber eine Politik zuallererst für den bäuerlichen Familienbetrieb sein.

Eine andere wichtige Aufgabe: Wir müssen die Außenbeziehungen zuallererst zu den USA, zu den EFTA-Staaten, auch zum RGW und zur ASEAN-Gruppe entwickeln und konsolidieren.

Liebe Freunde, die EG ist eine Rechtsgemeinschaft. Die wachsende Verklammerung der Rechtssysteme schafft die am meisten nachhaltige Verfestigung der Gemeinschaft. Das Gemeinschaftsrecht gewinnt ein Ausmaß, wie es Politikern und Juristen nicht immer bewußt ist. Das Gemeinschaftsrecht ist starkes Recht; es hat unstreitig Vorrang vor unserem Bundesrecht.

Und doch ermangeln die EG-Rechtsakte ihrer parlamentarischen Legitimierung. Es fehlt dort, wo die Parlamente der Mitgliedstaaten unzuständig geworden sind, die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

EG-Rechtsentscheidungen fallen bürgerfern, hinter verschlossenen Türen des Ministerrats, sozusagen par ordre du mufti. Dieses Skandalon hat Philipp Jenninger gemeint, als er kürzlich erklärte:

Wir können nicht länger hinnehmen, daß der Fortschritt des europäischen Einigungsprozesses mit einem demokratischen Rückschritt erkaufte wird.

Und der Bundespräsident hat das unterstrichen, als er sagte:

Dies ist nicht nur eine Frage der politischen Theorie oder der reinen Lehre, sondern es hat wesentlichen Einfluß darauf, was unsere Bürger sich unter Europa vorstellen können.

(Beifall)

Wir haben Ihnen zu dieser Forderung ein besonderes Papier vorgelegt und meinen: deutsche Präsidentschaft in der EG ist auch hier in der Pflicht.

Öffentlichkeit von Beratungen und Entscheidungen im Parlament schafft Bürgerinteresse, schafft Bürgerverständnis, Bürgeranteilmahme. Das wiederum sind wichtige Voraussetzungen für die Wahlbereitschaft der Bürger. Und die nächste Europawahl kommt bestimmt, nämlich schon im Juni 1989. Ob es uns gefällt oder nicht, die Öffentlichkeit wird diese Wahlen als Testwahlen auf Bundesebene ansehen.

Bei den Europawahlen von 1984 – wie schon im Jahre 1979 – hat die CDU/CSU in Deutschland eine absolute Mehrheit der Sitze und Stimmen errungen. 1989 müssen wir gleich erfolgreich sein.

(Beifall)

Im übrigen war die Wahlbeteiligung von 1984 gegenüber 1979 rückläufig. Diesen Trend müssen wir für 1989 umkehren. Das kostet Anstrengungen. Unser Ziel muß sein, bei den Direktwahlen 1989 eine hohe Wahlbeteiligung und ein erfolgreiches Ergebnis für die CDU/CSU zu erzielen.

(Beifall)

Dieses europäische Wahlziel können wir Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament nicht allein erstreiten. Hier muß die ganze Partei kämpfen.

(Beifall)

Andere außerhalb der Gemeinschaft scheinen oft klarer zu erkennen, was unsere Europäische Gemeinschaft wert ist. Bei den EFTA-Mitgliedern geht der Ruf nach engerer Zusammenarbeit mit der EG um. Norwegen, das vor 15 Jahren wegen knapper Mehrheit der Nein-Stimmen beim Volksentscheid den EG-Beitritt nicht vollziehen konnte, ist dabei, seine Haltung zu revidieren. Sogar das neutrale Österreich sucht nach Wegen, die ihm die Assoziierung, wenn nicht gar die Mitgliedschaft in der EG ermöglichen.

Nein, liebe Freunde, wir brauchen die Augen nicht niederzuschlagen, wir brauchen uns des Erreichten nicht zu schämen. Die Europäische Gemeinschaft hat sich als Wirtschaftsgemeinschaft bewährt.

Auch einige in unseren Reihen denken zu wenig daran, daß die EG die größte Handelsmacht der Erde ist, daß über 100 Staaten diplomatische Beziehungen zu ihr unterhalten, daß 66 Staaten in der AKP mitgliedsnahen Status haben und daß wir in der Gemeinschaft die umfanglichste Entwicklungs- und Hungerhilfe leisten, um nur wenig anzuführen.

(Beifall)

Wir rechnen im übrigen damit, daß auch die Sowjets in bälde die EG als Völkerrechtssubjekt anerkennen.

An diesen Erfolgen hat die Bundesrepublik großen Anteil. Demgegenüber verblaßt die von der SPD erfundene „Zahlmeisterargumentation“. Zu diesem Thema verweise ich im übrigen auf unser Papier „Europa als Auftrag“. Das dortige Zahlenmaterial weist nach, daß wir nicht Nettozahler, sondern Hauptnutznießer der EG sind – wenn wir denn den Erfolg der EG einmal so eng wirtschaftlich-finanziell bewerten wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ihren Hauptauftrag, uns den Frieden zu erhalten, hat die EG in vorbildlicher Weise erfüllt.

(Beifall)

In unruhigen Jahrzehnten mit kriegesischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt ist die EG ein Hort des Friedens geblieben; und das nicht deshalb, weil die Menschen hier besser geworden wären. Wir haben uns vielmehr sinnvolle und wirksame Rahmenbedingungen fester Gesprächs- und Arbeitskontakte miteinander geschaffen.

(Beifall)

Für uns in Deutschland gilt es insbesondere, den Zusammenhang zwischen europäischer Einigung und der Überwindung der Spaltung Deutschlands zu sehen. Den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen dürfen wir nicht aufgeben, wie uns dies neuerdings von sozialdemokratischer Seite empfohlen wird. Wir dürfen ihn aber auch nicht außerhalb der Europäischen Gemeinschaft führen wollen oder ihn gar als Widerspruch zu ihr sehen. Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht müsse europäisiert werden, hat Alfred Dregger empfohlen. Das gibt uns auch die Präambel des Grundgesetzes auf, wenn es nationale Einheit und die Vereinigung Europas gleichrangig erwähnt.

Sirenenklänge aus Moskau oder eigener Übereifer dürfen uns hierin nicht irremachen. Neutralitätsduselei und Blauäugigkeit mancher dürfen uns nicht um die seit Adenauer mühsame gefestigte Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit bringen.

(Beifall)

Wer heute in Europa Gespräche führt, liebe Freunde, der spürt in vielen Fragen unserer nichtdeutschen Freunde die Sorge um das, was die Franzosen die „incertitudes allemandes“ – die Ungewißheiten bei den Deutschen – nennen; das soll heißen: Sind die Deutschen wirklich verlässlich, oder tun sie nur so im Warten auf nationalstaatliche Lösungen?

Wir schulden ihnen klare Antwort; die kann nur lauten: Unsere nationale Frage ist eingebettet in einen dauerhaften Frieden in Europa. Die politische Einigung Westeuropas hat Schrittmacherfunktion für eine solche Friedensordnung.

Deutsche Einheit und Einigung Europas bedingen sich gegenseitig. Hier kann ein Gedanke des Bundespräsidenten wichtig und hilfreich werden, nämlich seine Empfehlung systemöffnender, womöglich institutionalisierter Kontakte zwischen Ost und West. Aber äußerste Wachsamkeit des freien Westens gegenüber dem kommunistischen Osten bleibt vorrangig unsere Pflicht. Die Einbindung in EG und NATO erhalten uns Frieden in Freiheit; beides sind unerläßliche Säulen unserer Sicherheit.

(Beifall)

Wir können mit dem durch die Europäische Gemeinschaft Erreichten zufrieden sein; sehr zufrieden, nicht selbstzufrieden. Vieles bleibt noch zu tun. Wir dürfen uns aber unsere Erfolge nicht selbst zerreden und auch nicht durch andere zerreden lassen.

Wir müssen aber auch aufpassen, daß andere uns nicht den Rang streitig machen, die deutsche Europapartei zu sein. Sehen wir uns die SPD an. Jahrzehnte hat sie auf die EG als auf das Adenauersche „Klein-Europa“, wie sie es nannte, verächtlich mit dem Finger gezeigt. Alle Europabeschlüsse des Deutschen Bundestages in den 50er Jahren mußten gegen ihren erbitterten Widerstand erstritten werden. Jetzt hört man es anders bei der SPD: Sozialistische Lösungen sind nur noch europäisch möglich, heißt es. Plötzlich hat auch die SPD Europa für sich entdeckt. Wir müssen aufpassen.

Die SPD als Partei hat sich ins Zwielflicht begeben: mit dem gemeinsamen Dokument von SPD und SED und mit leichtfertigen Äußerungen z. B. maßgeblicher Sozialdemokraten zu Wiedervereinigung und Selbstbestimmung der Deutschen.

Das sind keine Befähigungsnachweise für ein europäisches Mandat. Dieser Partei dürfen wir das europäische Feld nicht anvertrauen.

(Beifall)

Und die FDP? Ich gebe denen recht, die sagen, wir dürfen die FDP nicht aus der Verantwortung für zwölfjährige Gemeinsamkeit mit der SPD zwischen 1970 und 1982 entlassen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke besonders an die EG-Agrarpolitik. Wer hat uns auf deutscher Seite in diesen Schlamassel hineingeführt? – Ein uns allen wohlbekannter Landwirtschaftsminister der FDP war es. Im entscheidenden Moment, als die Produktion in die Überproduktion umschwappte, hat er die nötigen Anpassungen versäumt. Er hat die Agrarmisere maßgeblich zu vertreten, er und die SPD/FDP-Regierung, die ihn trug.

(Vereinzelt Beifall)

Wir, die CDU, haben keinen Grund, in Europadingen kleinlaut zu sein. Auf uns kommt es auch künftig an.

Wir bleiben die verlässliche deutsche Europapartei. Wir bekennen uns zusammen mit unseren europäischen Freunden zu den gemeinsamen Grundwerten der europäischen Kultur. Der Bundeskanzler hat bekräftigt:

Motor für die Einigung Europas zu sein, dies ist Teil des nationalen Auftrags, Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an.

Unsere Politik für Europa, liebe Freunde, ist auf die Zukunft gerichtet. Diese Zukunft im Blick wollen wir Europa als einen Kontinent bauen, auf dem die Regionen und die Nationen, auf dem Freiheit und rechtsstaatliche Ordnung, auf dem Individualität und Gemeinsinn, auf dem Einheit und Vielfalt in Harmonie vereint sind.

Der Erfolg hängt von uns allen ab, von der Partei, der die Bevölkerung die größte Kompetenz für die Lösung der Aufgaben von morgen, für die Gestaltung europäischer Zukunft zuerkennt.

Ich schließe, womit ich begonnen habe:

Erstens. Von Januar bis Juni 1988 muß die EG ein gutes Stück vorankommen.

Zweitens. 1989 ist Europawahl. Wir müssen und wir werden sie gewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Rudolf Luster für seinen Bericht der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Der Beifall hat gezeigt, daß wir die Ausführungen verstanden und begriffen haben. Der Aufruf zu einer hohen Wahlbeteiligung und dazu, die Wahlen zum Europäischen Parlament besonders ernst zu nehmen, ist verstanden. Wenn ich die Stimmungslage in Deutschland richtig einschätze, werden wir unter den gegenwärtigen Umständen Bauern außerordentlich schwer für Europa begeistern können. Es wäre gut, verehrter Herr Luster, wenn wir ein sichtbares Zeichen bekommen könnten, daß die Europäische Kommission und das Parlament die besondere Lage und die Sorgen der deutschen Bauern richtig einschätzen. Wir wollen uns nichts vormachen. Es wäre schade, wenn sie sich abwenden würden, weil sie mit der Politik unzufrieden sind. Ich sage das nochmals mit aller Deutlichkeit aus einem agrarischen Land, wie Sie alle wissen.

(Beifall)

Ich übergebe den Stab an meine Kollegin und Freundin zur Linken, an Frau Süssmuth.

Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, ich bitte Sie zunächst um Aufmerksamkeit für einen geschäftsmäßigen Hinweis. Wir haben heute morgen festgelegt, daß die Frist für die Einreichung weiterer Vorschläge zur Wahl des Bundesvorstandes um 12 Uhr abläuft. In der Zwischenzeit werden die Stimmzettel für die einzelnen Wahlgänge erstellt. Jetzt kommt das Wichtige: Ich bitte die Geschäftsführer der Landesverbände, ab 14 Uhr die Stimmzettel am Tagungsbüro, Ausgabe „Delegiertenunterlagen“, abzuholen.

Bevor ich das Wort an Herrn Leisler Kiep gebe, sollten wir nicht vergessen, daß wir zwei Geburtstagskinder unter uns haben. Ich gratuliere zum einen ganz herzlich unserem Freund Alphons Horten zur Vollendung seines 80. Geburtstags.

(Beifall)

Wir danken für sein langjähriges Mitwirken und wünschen ihm weiterhin gute Gesundheit.

Zum anderen gratuliere ich dem vor uns sitzenden Mittelstandsstreiter, dem Vorsitzenden Elmar Pieroth, zur Vollendung seines 53. Lebensjahres.

(Beifall)

Es hat sich offenbar gut getroffen, daß Sie in diesem Jahr zugleich die Mittelstandsvereinigung übernommen haben.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 12.1

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CHRISTLICH
DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS, WALTHER LEISLER KIEP

und TAGESORDNUNGSPUNKT 12.2

VORLAGE DER RECHENSCHAFTSBERICHTE 1985 UND 1986 GEMÄSS
§ 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ – EINFÜHRUNG:
BUNDESSCHATZMEISTER WALTHER LEISLER KIEP

auf.

Das Wort hat unser Freund Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep: Frau Tagungspräsidentin! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Freunde! Meine Damen und Herren! Ich habe den besonderen Vorzug, Ihnen heute zum achtenmal den Bericht des Bundesschatzmeisters über die Finanzsituation der Partei vorzutragen.

Sie erinnern sich vielleicht noch daran, daß ich bei unserem letzten Bericht vor über zwei Jahren auf dem Parteitag in Essen eine allgemein optimistische Prognose für die Finanzentwicklung der Jahre 1985 und 1986 abgegeben habe. Ich hatte damals davon gesprochen, daß ich davon ausgehe, daß wir auch in den beiden Jahre, über die heute und hier zu berichten ist, ein finanzielles Gleichgewicht in den Parteifinzen haben würden. Leider hat sich diese Erwartung nicht bewahrheitet. Die Ausgaben waren in den beiden Berichtsjahren höher als die Einnahmen. Sie können das im einzelnen den in Ihren Unterlagen befindlichen Rechenschaftsberichten entnehmen.

Unser Parteivorsitzender, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat vorhin in seiner Einleitung zum Parteitag schon auf dieses Problem und auf die notwendige konzentrierte Anstrengung der Gesamtpartei zu seiner Überwindung hingewiesen. Ich möchte die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, in Kürze darstellen. Es sind – wie kann es anders sein – vorwiegend politische Gründe.

Zunächst einmal haben wir im Jahre 1985 7,7 Millionen DM zum größten Teil in Form von Direktzahlungen den Landesverbänden für die Bestreitung ihrer zum Teil außerordentlich schwierigen und teilweise dramatischen Landtagswahlkämpfe zur Verfügung gestellt. Diese 7,7 Millionen DM haben uns in unserer Rechnung ebenso gefehlt wie die 13 Millionen DM, die wir im Jahr zuvor, 1984, aus den Europawahlkampfherstattungskosten an Länder- und Kreisparteien weitergegeben haben.

Wir haben also das Jahr 1986 mit einer Vorbelastung von 20 Millionen DM begonnen.

Wir haben – auch daran werden Sie sich erinnern – eine neue Einrichtung im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung geschaffen, die in diesen Jahren voll zum Tragen kam. Bei der Diskussion im Bundesvorstand damals hatte ich darauf hingewiesen, daß wir die Kosten dieser EDV-Einrichtung sorgfältig beobachten müssen.

Als die Kosten dann eine Höhe erreichten, die über unsere Ansätze hinausging, standen wir kurz vor dem Bundestagswahlkampf 1986/87. Diese Kosten waren vor der Bundestagswahl nicht mehr zu redressieren.

Die EDV-Einrichtung, die wir geschaffen haben, zeichnet uns vor allen anderen Parteien aus. Sie haben die neidvolle Zustimmung auch unserer politischen Gegner und die Anerkennung, die darin enthalten war, sicher zur Kenntnis genommen.

Wir haben hier einen ersten Schritt am 18. Juni dieses Jahres durch die Gründung der DICO-Soft getan, d. h. durch die Gründung einer unabhängigen Gesellschaft, in der die Technologie, das Know-how und die Software, die wir in diesem Bereich erarbeitet haben, genutzt werden kann. Weitere Maßnahmen werden notwendig sein.

Der Rechenschaftsbericht macht dies ganz deutlich. Meine Damen und Herren, wir haben per 31.12.1986 eine Überschuldung von 16,8 Millionen DM erreicht. Wir haben zwar als Union insgesamt nach wie vor ein positives Reinvermögen, aber dieses positive Reinvermögen kommt nicht bei der Bundespartei zum Durchbruch, sondern bei dem Reinvermögen der Landesverbände. Alle Landesverbände – mit Ausnahme des Saarlands – haben ein positives Reinvermögen per Ende 1986.

Ein weiterer Grund ist das Wahlergebnis vom 25. Januar 1987, das wir gemeinsam zu tragen haben. Wir haben hier bei der 40%igen Wahlkampfkostenerstattung, die nach der Bundestagswahl fällig war, immerhin minus 6 Millionen DM, d. h. 6 Millionen DM weniger als unser Ansatz bekommen, und wir werden in der Folge noch weitere 3,5 Millionen DM einbüßen.

Wir haben in dem schwierigen Jahr 1986/1987 weit über den angesetzten Kosten gelegen. Wir mußten in diesem schwierigen Winterwahlkampf eine Fülle von Großveranstaltungen durchführen. Ich möchte daran erinnern, daß allein der Bundeskanzler vom 1. Januar 1986 bis zum 25. Januar 1987 in 63 Großveranstaltungen aufgetreten ist; davon fanden allein 32 in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes statt. Diese Veranstaltungen – ich möchte das hier erwähnen, insbesondere auch in Anwesenheit des Innenministers – zwingen uns, wenn der Bundeskanzler oder wichtige und besonders gefährdete Mitglieder der Bundesregierung auftreten, einen Sicherheitsaufwand zu treiben, der die Kosten dieser Veranstaltungen in einem unerträglichen Maß gesteigert hat. Wir bekommen diese Auflagen von außen zudiktirt. Wir haben keine Wahl, wir müssen sie erfüllen, und es stellt sich nach meiner Meinung die Frage – wie das auch in anderen Ländern, etwa in Großbritannien, der Fall ist –, ob nicht sicherheitsbedingte Aufwendungen, die auf Grund der Sicherheitslage notwendig sind, auch den veranstaltenden Parteien erstattet werden müssen.

Wir haben Sparmaßnahmen im eigenen Haus in Angriff genommen. Meine Damen und Herren, Wohltätigkeit beginnt zu Hause. Deshalb kommt es darauf an, daß wir hier auch gegenüber allen anderen Ebenen der Partei mit einem guten Beispiel vorangehen. Wir müssen aber dabei die Gesamtschau der Gesamtpartei nicht aus dem Auge verlieren. Was wir in diesen Berichtsjahren bis zum heutigen Tage festzustellen haben, meine Damen und Herren, ist eine ständig weiter fortschreitende Verlagerung der Aufgaben auf die Bundespartei und gleichzeitig eine Verlagerung der Einnahmen auf die nachgeordneten Organisationen wie Landes- und Kreisverbände. Ich möchte das – meine Damen und Herren, Sie alle können es im Rechenschaftsbericht nachlesen – noch an einigen kleinen Fakten deutlich machen.

Ich nenne etwa die Spenden. Die Spenden im Jahre 1986 waren außerordentlich erfreulich. Wir haben 37,5 Millionen DM Spenden eingenommen – eine Steigerung von 63 % gegenüber 1985 –, aber 74,4 % dieser Spenden sind bei den Kreisen angefallen.

Bei dieser Bemerkung ist es dennoch angebracht, auch hier auf dem Bundesparteitag ein herzliches Wort des Dankes an alle Spender zu sagen, die uns in diesen schwierigen Jahren die Treue gehalten haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei den Mitgliedsbeiträgen haben wir im Jahre 1986 eine Steigerung von 5,2 % auf 88,2 Millionen DM festzustellen. 68,7 % dieser Einnahmen gehen an der Bundespartei vorbei und landen bei den Kreisparteien. Ich muß daran erinnern, daß, auch was den Geldbestand angeht – auch das ist im Rechenschaftsbericht nachzulesen –, ein Kassenbestand von 67,8 Millionen DM vorhanden ist, aber davon 64,9 auf den unteren Ebenen der Partei.

Dies alles sind wichtige Daten für die Organisationskommission, die unter Beteiligung der Landes- und Kreisverbände dabei ist, die Grundlagen und die Diskussionsgrundlage für unseren Parteitag im Juni zu erarbeiten.

Die Ausstattung der Gesamtpartei ist nicht schlecht, aber die Abstimmung von Aufgaben und Kosten auf der einen Seite und Einnahmen auf der anderen Seite ist dringend notwendig.

Bei den Mitgliedsbeiträgen z. B. – ich nannte die Zahl schon: 88,2 Millionen DM – gehen wir von einem Durchschnittsbeitrag von 9,97 DM pro Mitglied aus. Wir haben inzwischen die stolze Zahl von 44,2 % erreicht, d. h. 44,2 % unserer Einnahmen kommen aus Mitgliedsbeiträgen. Wir liegen damit jetzt inzwischen nicht mehr sehr weit von der SPD entfernt und haben in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Auf dem Parteitag in Mannheim hatte ich noch 25 % als Ziel dargestellt; heute sind es 44,2 %.

Aber die Bundespartei partizipiert lediglich mit einer DM an diesem Durchschnittsbeitrag von 9,97 DM, während unsere Kosten für das Mitglied, für seine Betreuung pro Monat, inzwischen zwischen 2 und 3 DM ausmachen. Das heißt: Jedes zusätzliche Mitglied erhöht den Verlust der Bundespartei bei dieser zur Zeit zugrunde liegenden Aufteilung der Mitgliedsbeiträge.

Meine Damen und Herren, wir haben in Vorbereitung unserer Arbeit intensive Gespräche mit dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und dem Bundesgeschäftsführer geführt. Wie der Bundeskanzler deutlich machte, haben wir eine klare Vorstellung, ein Konzept, und wollen auf dem Parteitag im Juni dieses Thema nach sorgfältiger Vorbereitung im Bundesvorstand und in allen anderen Gremien der Partei ausführlich diskutieren. Die Kommission wird die Grundlagen liefern. Bis dahin, meine Damen und Herren, bitte ich Sie alle sehr herzlich um Verständnis, wenn sich die Bundespartei strikt und eisern an die Vorlage des Haushalts der Partei hält und Überschreitungen nicht zuläßt. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die Unbilden eines Parteitages in der Beethovenhalle in Bonn wegen der Enge auf sich genommen haben. Auch das hat mit den Finanzen zu tun, und Sie können sich darauf verlassen, daß der Bundesschatzmeister, der zwar kein Vetorecht hat, dennoch mit aller Kraft erreichen wird, daß wir uns an die jetzt gegebenen Vorlagen halten und daß diese schwierige Situation in den kommenden Monaten nicht weiter verschärft wird.

Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit – alle zwei Jahre darf ich das tun – ein Wort des ganz besonderen Dankes nicht nur für die Unterstützung, die uns der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer und der Parteivorsitzende immer wieder geben, sondern vor allen Dingen auch an die wenigen Mitarbeiter der Bundesschatzmeisterei und insbesondere an meinen engsten und langjährigen Mitarbeiter, Uwe Lühje, und die übrigen Mitarbeiter der Bundesschatzmeisterei zu sagen. Sie haben diesen Dank verdient.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist die Bewältigung dieser Finanzprobleme in Solidardität bis zum Jahre 1990. Das Jahr 1990 muß uns angesichts der dann stattfindenden Bundestagswahl wieder in vollständiger finanzpolitischer Manövrierfähigkeit finden, damit wir diese schwere Auseinandersetzung bestehen können. Der Juni-Parteitag 1988 muß die Voraussetzungen dafür schaffen. Sach- und aufgabengerechter parteiinterner Ausgaben- und Finanzausgleich ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Ich bedanke mich sehr dafür, daß Sie mir mit Geduld zugehört haben.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir unsererseits bedanken uns bei Walther Leisler Kiep für den Bericht des Bundesschatzmeisters und für die Vorlage der Rechenschaftsberichte 1985 und 1986.

Meine Damen und Herren, der Schatzmeister einer Partei hat eine besonders schwierige Aufgabe, und deswegen hat er, so meine ich, auch einen besonderen Dank für seine Arbeit und für seinen Bericht verdient.

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 13 auf:

AUSSPRACHE ZU DEN BERICHTEN

Es liegen mir bereits etwa zehn Wortmeldungen vor. Ich werte das als sehr erfreulich.

Lassen Sie mich bitte zum weiteren Fortgang einen Vorschlag machen. Wie Sie wissen, müssen wir heute auch noch den Bundesvorstand wählen, und wir haben mit Rücksicht auf die Rückfahrmöglichkeiten der Delegierten die Verpflichtung, den Parteitag bis spätestens 19 Uhr abzuschließen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, daß wir jetzt mit der Aussprache beginnen und daß wir uns dafür bis 15.30 Uhr, also reichlich zwei Stunden, Zeit nehmen, um dann die Aussprache für die Abgabe des Berichts der Rechnungsprüfer, für den Bericht der Mandatsprüfungskommission und für die Einleitung der Wahl des Bundesvorstandes zu unterbrechen. Wir können dann die Aussprache zu den Berichten zwischen den einzelnen Wahlgängen, die ja zeitraubend sind, fortsetzen und können daran anschließend die Tagesordnungspunkte 20 und 21 aufrufen. Das heißt also: jetzt gut zwei Stunden Diskussion, dann Unterbrechung der Diskussion und Beginn der Wahlhandlungen, danach Fortsetzung der Diskussion.

Ich darf Sie fragen, ob Sie mit diesem Vorschlag des Parteitagspräsidiums einverstanden sind. Wenn das der Fall ist, bitte ich Sie um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Darf ich um die Stimmenthaltungen bitten? – Schließlich die Gegenprobe: Wer ist dagegen? – Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

Wir beginnen jetzt mit der Aussprache. Es ist erforderlich, daß Sie dann, wenn Sie sich melden wollen, die Wortmeldezettel, die in Ihren Unterlagen liegen, ausfüllen und hier beim Tagungspräsidium abgeben.

Als erstem Redner in der Aussprache erteile ich unserem Freund Dr. Gerhard Stoltenberg, dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein, das Wort.

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Verehrte Gäste! Helmut Kohl und Heiner Geißler sind auf die schweren Erschütterungen in Schleswig-Holstein in einer Weise eingegangen, für die ich ihnen danken möchte.

In der Tat, Sie alle wissen es: Unsere Landespartei ist seit dem 12. September, dem Tag vor der Landtagswahl, hart getroffen und herausgefordert. Ich nenne die Stichworte: die Affäre Pfeiffer, die verwerflichen Umtriebe eines früheren Angestellten der Landespressestelle, schwere Stimmenverluste von über 6 % bei der Landtagswahl. Wir haben das für die Mehrheit mit der FDP entscheidende 38. Mandat um etwa 1700 Stimmen verfehlt und sind deshalb in einer komplizierten landespolitischen Situation.

Seit Ende September gab es Zweifel an einzelnen Aussagen unseres Freundes, unseres um Schleswig-Holstein und unsere Partei so hochverdienten Ministerpräsidenten Uwe Barschel. Besonders schwer hat natürlich uns alle der tragische Tod Uwe Barschels am 11. Oktober getroffen. Uns ist danach mit aller Wucht die Frage gestellt, ob die Landtagsfraktion und die Führung der Landespartei ihm in allen Äußerungen vorher gerecht geworden seien.

Schließlich und als letztes will ich eine massive, von außen kommende politische und publizistische Kampagne erwähnen, in der mit haltlosen Verdächtigungen und Unwahrheiten die Integrität unserer Landespartei in Frage gestellt, ja, in einigen Unterstellungen zerstört werden soll.

Diese hier kurz angedeuteten, teilweise schockartigen Erfahrungen haben uns, wie ich sagte, schwer getroffen. Sie haben für einige meiner Freunde im Land Belastungen gebracht, die an die äußerste Grenze des Erträglichen gingen, und sie haben auch Spannungen in unserer Landespartei ausgelöst. Wie ich weiß, wirken sie – und deswegen nehme ich noch einmal dazu Stellung – weit über Schleswig-Holstein hinaus, und Sie alle spüren diese Tiefenwirkungen zu Hause in allen Landesverbänden und in Ihren Heimatkreisen.

Ich habe nun am Sonnabend vor unserem Landesparteitag die Stationen der letzten sieben Wochen noch einmal im einzelnen nachgezeichnet, auch in der Reflektion, ob wir in der aktuellen Situation mit jeder Äußerung immer vorausschauend und richtig gehandelt oder reagiert haben. Ich habe es viel ausführlicher getan, als es heute in einem kurzen Diskussionsbeitrag möglich ist.

Aber ich will die Schwierigkeit unserer Situation hier an einer Erfahrung veranschaulichen: Wir haben zunächst Kritik erfahren – auch aus unserer eigenen Mitgliedschaft, bis hin zu Parteiaustritten –, als wir im September gemeinsam mit unserem hart bedrängten Freund Uwe Barschel die Angriffe gegen ihn zurückwiesen. Wir haben dann wesentlich mehr Kritik vernommen – und auch mehr Parteiaustritte hingenommen –, als nach ersten Widersprüchen zu den Erklärungen Uwe Barschels im Untersuchungsausschuß öffentlich Sorgen artikuliert wurden.

Ich unterstreiche hier zu dieser Frage, die auch am Sonnabend noch eine ganz entscheidende Rolle in der kritischen Debatte spielte: Eine sichere Bewertung, was die Vorwürfe gegen Uwe Barschel betrifft, ist erst möglich, wenn in den eingeleiteten Verfahren der Justiz und des Untersuchungsausschusses Ergebnisse vorliegen, die eindeutig sind. Erst muß die Wahrheit offenbar sein, bevor Folgerungen aus den Vorwürfen gezogen werden können, auch und vor allem im Hinblick auf unseren verstorbenen Freund Uwe Barschel.

(Beifall)

Wir haben seit dem 13. September – auch unter den Vorzeichen der dramatischen Veränderungen, die ich hier kurz andeutete – immer wieder – viele, viele Stunden – unter uns diskutiert, im Landesvorstand, mit den Vorsitzenden der Kreisverbände und Vereinigungen und in den Kreis- und Ortsverbänden, und manche sahen eine Zerreißprobe für unsere Partei voraus oder vermuteten bis in die letzten Tage einen unheilbaren Riß.

Wer nun mit diesen Sorgen – oder, was manche Beobachter betrifft, auch schadenfrohen Hoffnungen – zu unserem Landesparteitag vor zwei Tagen nach Timmendorfer Strand kam, ist insoweit enttäuscht worden.

Es gab dort eine leidenschaftliche, streckenweise schwierige Debatte mit über 40 Beiträgen in der Diskussion und auch unterschiedliche Wertungen. Diese Diskussion – ich kann das heute dankbar sagen – hat aber unter uns im Ergebnis Gemeinsamkeiten gestärkt und die Notwendigkeit unterstrichen, daß wir, ohne Spannungen zu vertuschen, eine handlungsfähige Landespartei sein müssen. Nicht Selbstgerechtigkeit stand im Vordergrund dieser Debatte am Sonnabend,

(Beifall)

sondern der Wille, Brücken zu schlagen und damit die Verantwortung, die wir als Delegierte in Timmendorfer Strand für unsere Mitglieder und für unser Land tragen. Das will ich hier dankbar erwähnen. Es kommt auch in dem am Sonnabend fast einstimmig beschlossenen Leitantrag zum Ausdruck: Bereitschaft zu kritischer Würdigung, in einem Punkt auch Bedauern über bestimmte Verlautbarungen, aber zugleich auch Verstehen der anderen, Verstehen der Gründe, die zu solchen Erklärungen in einer aktuellen Situation geführt haben.

Worauf ich entscheidenden Wert heute hier wie in allen unseren Diskussionen in Schleswig-Holstein seit Mitte Oktober lege: Niemand wird ausgegrenzt. Ich sage nach sorgfältiger Würdigung und vielen Gesprächen mit besonders hart bedrängten Parteifreunden und auch Fraktionskollegen der Landtagsfraktion: Was immer der

einzelne sich kritisch fragen muß, niemand kann ausgegrenzt werden, weil bei aller Möglichkeit des Irrtums und der Fehlerhaftigkeit keiner aus unlauteren Motiven gehandelt hat. Ich will dies auch einmal sagen als die Erfahrung von Fraktionskollegen in Kiel, deren Namen die meisten von Ihnen gar nicht kennen: Hier sind um unsere Partei hochverdiente Parteifreunde durch die Welle der massiven Kritik, die gegen uns ausgelöst wurde, bis in den Bereich der Familie und der Kinder hinein in eine persönliche Bedrängnis geraten, die für mich unakzeptabel ist und bei der ich als Landesvorsitzender für sie, soweit mir das möglich ist, auch eine Schutzfunktion wahrnehme.

(Beifall)

Ohne Selbstgerechtigkeit wollen wir unsere Verantwortung für Schleswig-Holstein für unsere gemeinsame Politik als CDU Deutschlands voll wahrnehmen. Wir weisen auch als Landespartei so, wie Helmut Kohl und Heiner Geißler und Sie durch Ihre Zustimmung, für die ich dankbar bin, das heute getan haben, die haltlosen Verdächtigungen aus der SPD und leider vereinzelt auch von anderen zurück, die Führung der Landespartei oder die Landtagsfraktion in eine irgendwie geartete Verbindung zu den verwerflichen Machenschaften dieses unsäglichen Pfeiffers zu bringen. Heiner Geißler hat hier ein Zitat aus den unglaublich verleumderischen Artikeln des „Politisch-Parlamentarischen Pressedienstes“, der ja im Verlag des Sozialdemokratischen Pressedienstes GmbH erscheint, erwähnt und klar kommentiert. Und weil er das getan hat, will ich hier nur in einer Fußnote sagen: Ich habe zum erstenmal in meiner jahrzehntelangen politischen Laufbahn rechtliche Schritte gegen eine Publikation eingeleitet. Das Ergebnis ist, daß in diesem Rechtsstreit Dr. Stoltenberg gegen Sozialdemokratischen Pressedienst GmbH die Anwälte des Sozialdemokratischen Pressedienstes folgendes schreiben: „Ihnen liegt die Klarstellung unserer Mandanten vom 4. November vor, die erklärt worden ist, bevor Sie in die Sache eingeschaltet waren.“ „Daraus ergibt sich zweifelsfrei, daß unsere Mandanten nicht behaupten wollten und werden, daß Ihr Auftraggeber persönlich von den in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein ausgeheckten Machenschaften gewußt oder daran mitgewirkt habe. Diese Erklärung unseres Mandanten gilt nicht nur im Hinblick auf die in der Klarstellung revozierte Äußerung, sondern allgemein.“

Meine lieben Freunde, ich habe das nicht nur getan, um meine in Frage gestellte Integrität und Ehre zu verteidigen – das muß ja sein, auch wenn ich leider noch am Sonnabend in einer in Bonn erscheinenden Zeitung eine Aufnahme dieser Verdächtigungen lese –, ich habe das im Interesse unserer Landespartei getan, die Anspruch darauf hat, daß ihre Ehre und Integrität nicht in dieser Form beschädigt werden können.

(Beifall)

Heute wissen wir, daß Funktionäre der schleswig-holsteinischen SPD und auch der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jansen bereits Gespräche, intensive Gespräche mit dieser schlimmen Gestalt Pfeiffer führten, als wir, die gewählten Repräsentanten unserer Landespartei, nicht den leisesten Hinweis auf seine Aktivität

ten hatten. Natürlich ist es notwendig, daß diese Verbindungen zu Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei auch im Untersuchungsausschuß noch deutlicher erfragt und, wenn möglich, noch deutlicher aufgeklärt werden, als wir das bis heute erkennen können.

(Beifall)

Wir stehen vor wichtigen und großen Aufgaben im Land. Es darf in den vor uns liegenden Monaten keinen Stillstand in der Landespolitik geben. Die geschäftsführende Landesregierung muß handlungsfähig sein, auch unter den Bedingungen eines Patt. Ich will hier auch meinem Freund Henning Schwarz herzlich Dank sagen für seinen vorbildlichen Beitrag in den letzten Wochen.

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen uns neben den Aufgaben, die wir im Landeshaus haben, und dem, was in unserer Partei nach dem Parteitag und seiner Orientierung weiter zu diskutieren und aufzuarbeiten ist, auf die Neuwahlen vorbereiten, deren Termin noch nicht feststeht, die sich aber jedenfalls vor der Sommerpause abzeichnen. Wir müssen aus Fehlern lernen, aber zugleich an die Arbeit gehen. Ich sage als meine Grundüberzeugung: Wir haben, wenn wir das richtig machen, eine sehr gute Chance, mit der FDP zusammen eine Mehrheit zu erreichen, wie ich hoffe, in einem günstigeren bundespolitischen Klima und Umfeld, als wir das in diesem Sommer hatten. Ich kann alles, was Helmut Kohl und Heiner Geißler dazu gesagt haben, nur unterstreichen.

(Beifall)

Schließlich, wir möchten als Landespartei auch unseren gestaltenden Einfluß weiterhin ausüben, unseren Beitrag leisten für die großen Aufgaben, die uns als Bundespartei, als CDU Deutschlands gestellt sind. Ich danke Ihnen allen für viel Verständnis, für viel Solidarität, die wir in den letzten Wochen von der ganzen CDU Deutschlands erfahren haben. Ich versichere Ihnen, wir werden nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht tun.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Bundeskanzler Dr. Kohl
beglückwünscht Bundesminister Dr. Stoltenberg)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war zu hören und zu sehen: Der Parteitag dankt Gerhard Stoltenberg für diesen Beitrag. Wir möchten Ihnen, lieber Herr Stoltenberg, aber auch für die Umsicht und den Weitblick danken, mit denen Sie die besondere Last der letzten Wochen getragen haben.

(Beifall)

Wir gratulieren Ihnen zu dem eindrucksvollen Vertrauensbeweis vom Samstag, und wir wünschen Ihnen Kraft und Stehvermögen für die kommenden Monate. Wir wünschen das allen unseren schleswig-holsteinischen Freunden, die in besonderer Weise Verantwortung tragen. Wir wünschen es ganz besonders dem amtierenden Ministerpräsidenten Henning Schwarz.

(Beifall)

Wir hoffen, daß es zu einer vorurteilsfreien und lückenlosen Aufklärung der Vorgänge kommt.

(Beifall)

Wir gehen in den Wortmeldungen weiter. Ich erteile zunächst denjenigen das Wort, die sich zur allgemeinen Aussprache zu Wort gemeldet haben. Danach erhalten diejenigen das Wort, die zu einzelnen Themenbereichen sprechen möchten. Jetzt hat Karl-Josef Laumann aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen das Wort. Damit man sich schon darauf vorbereiten kann, nenne ich jeweils auch den darauffolgenden Redner. Nach Herrn Laumann hat Claus Jost, ebenfalls aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Wort. Bitte, Herr Laumann.

Karl-Josef Laumann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Bundeskanzler! Ich meine, daß wir auf diesem Parteitag auch ein bißchen darüber reden müssen, wie die Situation seit einigen Jahren hinsichtlich des Stimmverhaltens bei uns in den Landkreisen aussieht. Bei uns in den Landkreisen ist trotz einer guten Kommunalpolitik die Situation eingetreten, daß viele unserer Parteifreunde in den Dörfern und Städten ratlos sind, wie sie ihre Mehrheiten im Gemeinderat oder Stadtrat verteidigen sollen. Wenn man darüber bei uns im Kreis nachdenkt und spricht, so muß man leider feststellen, daß wir in den Landkreisen seit geraumer Zeit in einem schlechten bundespolitischen Klima leben.

Ich bin zwar froh, daß die Partei in der nächsten Zeit wieder mehr die Grundwerte in den Blickpunkt stellen wird – das wird bei unserer Landbevölkerung auch sicherlich gut ankommen –, aber ich glaube, wir müssen klare Lösungskonzepte dafür erarbeiten, was in der Landwirtschaft passieren soll. Versprechungen allein werden uns nicht weiterhelfen.

Die Landwirte können oft den agrarpolitischen Kurs der CDU nicht nachvollziehen. Sie erkennen auch oft nicht eine klare Konzeption. Ich habe hier die Bitte, daß in der CDU vielleicht zusammen mit dem Bauernverband überlegt wird, wie eine vernünftige Agrarpolitik aussehen kann. Es kann ja nicht so sein, daß man dem Bauernverband zwar dankbar dafür war, daß er in den 70er Jahren, als SPD und FDP regierten und es den Bauern gutging, dafür gesorgt hat, daß die Mehrheit der Bauern für die CDU stimmte, jetzt aber viele Vorschläge des Bauernverbandes nicht in praktische Politik umgesetzt werden. Das ist meine herzliche Bitte. Wenn uns die Landwirte mit ihren Familienangehörigen nicht mehr wählen, sind nicht nur die Mehrheiten in den Landkreisen in Frage gestellt, sondern auch die Mehrheiten in Deutschland.

Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Claus Jost, Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Wort. Ihm folgt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr.

Claus Jost: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst etwas Grundsätzliches: Die CDU befindet sich in einer ihrer schwersten Bewährungsproben, und wir sind dabei, einen der kürzesten Parteitage in der Geschichte der CDU durchzuführen. Ich verstehe das nicht.

(Beifall)

Ich finde es als Delegierter unerträglich, in diesem Plenarsaal in einer Anordnung wie bei einem Konzert zu sitzen. Ich bin bereit, in dieser Partei mitzuarbeiten, aber ich bin nicht bereit, mir hier ein Konzert anzuhören. Ich fordere die Partei auf, den nächsten Parteitag so zu gestalten, daß die Delegierten dort auch vernünftige Arbeitsbedingungen vorfinden.

(Beifall)

Die hier vorgefundenen Arbeitsbedingungen lassen den Verdacht aufkommen, daß die Delegierten nur zur Stimmabgabe gebraucht werden.

(Zuruf: Spinner!)

Aber nun zur Sache. Ich hoffe, daß es noch mehr als die zehn Wortmeldungen geben wird, die bereits vorliegen. Mein Name ist Claus Jost. Ich bin Vorsitzender der Ortsunion Rosendahl im Münsterland. Zur Erinnerung: Die Ortsunion ist die kleinste Organisationseinheit unserer Partei. Das ist die Basis; das ist ganz unten; das ist da, wo die CDU zur Zeit ist. Das ist da, wo die Bürger demnächst motiviert werden sollen, sich als Vertreter der CDU in den Rat wählen zu lassen. Ich weiß nicht, wie ich bei den Vorkommnissen der Vergangenheit die Bürger dazu motivieren kann, sich für die CDU aufstellen zu lassen.

Nach meiner Einschätzung präsentiert sich die CDU in einer so miserablen Form wie noch nie. Diese miese Präsentation überragt bei weitem die positiven Entwicklungen der letzten Jahre, die durchaus zu vermerken sind. Dies muß aber nachdenklich stimmen. Dies erfordert ein Umdenken.

Vier Punkte geben mir zu denken: Die Position der CDU in den Koalitionsverhandlungen, das Sommertheater, die früheren Vorkommnisse im Landesverband der CDU Nordrhein-Westfalen und die Kieler Ereignisse. Ich möchte diese Punkte nicht weiter vertiefen.

(Beifall)

Die CDU ist im letzten Bundestagswahlkampf mit dem Motto angetreten: CDU – die Zukunft. – Ich muß feststellen, daß die CDU Schwierigkeiten hat, die Gegenwart zu bewältigen. Norbert Blüm hat einmal gesagt: Die Roten schreien noch nach Parfüm, wenn sie schon in der Güllegrube sitzen. – Ich muß feststellen: Die Schwarzen springen meistens noch hinein.

Wo bleiben da die vorhandenen Erfolge? Wo bleiben die positiven Zeichen dieser Koalition? Warum wurde der Begriff CDU in der Vergangenheit immer nur mit negativen Begriffen in Verbindung gebracht? Was gedenken wir, was gedenkt die CDU hier zu tun?

Ich glaube nicht, daß der Hinweis, den wir heute morgen gehört haben, daß dies alles schädlich war, für die Zukunft Besserung verspricht. Mir fehlt es hier an einer glaubwürdigen Perspektive. Mir fehlt es vor allem an einer Perspektive, die über das aktuelle politische Reagieren hinaus die Richtung vorgibt. Kurt Biedenkopf hat einmal gesagt: Wer die Zukunft gestalten will, muß in der Lage sein, ein Stück Utopie in die Gegenwart zu holen. – Zur Zeit bezieht sich die Politik der CDU fast ausschließlich auf das Bewältigen der Vergangenheit. Eine Politik, die die Zukunft ausklammert, klammert aber auch die Jugend aus. Jugend will Orientierung an dem, wo sie einmal leben wird, nämlich an der Zukunft. Mein Vorschlag ist dieser: Die Partei sollte mehr Abstand von der Gegenwart gewinnen, sollte sich aus ihr zwar auf keinen Fall verabschieden, sich aber verstärkt der Zukunft widmen. Vielleicht wäre es auch sinnvoll – ich hoffe nicht, daß dieser Beitrag etwas zu weit geht –, wenn die Partei auch mehr Distanz zur Regierung hätte, wie immer dies aussehen könnte. Vielleicht sollte die Partei diese Möglichkeit nutzen, um auch den Verfall der sogenannten politischen Kultur zu stoppen. Wir beklagen hier zunehmend den Verfall der politischen Kultur. Ich frage aber: Warum tun wir dann alles, um diesem Verfall Vorschub zu leisten?

Mein Vorredner hat darauf hingewiesen, daß bei uns an der Basis eine Ratlosigkeit herrscht. Ich füge hinzu, daß nach der Ratlosigkeit die Resignation kommt. Nichts ist schlimmer für uns als Resignation, denn das ist das Ende dieses politischen Systems. Ich meine, die gegenwärtige Krise der politischen Kultur hängt auch mit dem Verlust an utopischem Potential zusammen. Experimente könnten hier vielleicht ein Stück Aufklärung leisten. Wo aber sind diese Experimente, z. B. in der Alternativwirtschaft? Die CDU fällt bei diesem Begriff zwar nicht immer gleich in Ohnmacht, aber sie sieht meistens rot dabei.

Ich denke, dies sind genug der Anmerkungen zum gegenwärtigen Zustand der CDU.

(Beifall)

Die Hinweise dazu, wie es in Zukunft besser werden kann, bedürfen sicherlich noch der weiteren Diskussion. Dazu bin ich bereit. Ich hoffe nicht, daß mein Traum in Erfüllung geht. Ich träumte nämlich, daß die CDU wieder in der Opposition wäre.

(Zurufe)

Aber in der Opposition war die CDU stark. Da hatte sie Profil, da hatte sie Zukunft, sie gab Hoffnung.

Herr Vorsitzender, zeigen Sie den Weg, wie Sie die CDU als Partei führen wollen, die in der Lage ist, ein Stück Utopie in die Gegenwart zu holen. Denn – ich schließe mit einem Zitat, wieder von Kurt Biedenkopf –: „Die Sehnsucht nach Orientierung, auf die

wir überall stoßen, wenn wir mit den Menschen in unserem Lande sprechen, ist die Sehnsucht dieser Menschen nach Zielsetzungen, die über die heutige Wirklichkeit hinausführen, in denen nicht nur die praktischen Bedürfnisse von heute – das neue Auto, die Urlaubsreise, der Plattenspieler –, sondern auch ein Stück konkreter Utopie, ein Stück von morgen enthalten sind.“ Liebe Freunde der CDU, erfüllen wir die Sehnsucht dieser Menschen!

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Herr Böhr, das Wort. Dann folgt Heribert Scharrenbroich, Rheinland-Pfalz.

Christoph Böhr: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es kann kein Zweifel sein: Selten war die Parteienverdrossenheit in unserem Land so spürbar wie in diesen Wochen. Jeder von uns merkt, daß es oft schon mehr ist als nur Parteienverdrossenheit, daß es häufig schon Politikverdrossenheit ist, und das ist nicht nur bei jungen Leuten so.

Ich denke, wir dürfen die Augen vor dieser Gefahr nicht verschließen. Wir dürfen auch die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, daß unser politisches System, daß unser Staat, daß unsere Demokratie in eine Vertrauenskrise geraten kann. Aber, meine Damen und Herren, so sehr wir in diesen Wochen auch alle Betroffenheit empfinden: Wir dürfen nicht resignieren. Ich denke, wir haben auch keinen Grund zur Resignation.

(Beifall)

Denn die Demokratie ist die einzige uns bekannte Staatsform, die eine öffentliche Aufklärung, beispielsweise von Affären, ermöglicht. Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die zur Selbstreinigung fähig ist. Gerade deshalb müssen wir diese Demokratie gegen alle Versuche des Miesmachens verteidigen. Und wir müssen uns auch energisch gegen alle Versuche wenden, diese Demokratie mit brutaler Gewalt zu bekämpfen.

(Beifall)

Aber es ist auch, so meine ich, die Stunde, uns selbst zu befragen, selbstkritisch innezuhalten. Wir müssen uns, denke ich, über die Folgen verständigen, die wir aus den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate ziehen müssen.

In diesem Zusammenhang, finde ich, hat Helmut Kohl, der Parteivorsitzende, heute morgen den wichtigsten und entscheidenden Satz gesagt. Helmut Kohl hat gesagt: Politik ist mehr als der Kampf um Macht und Mehrheit. Politik, meine Damen und Herren, ist vor allem, so denke ich, das Ringen um Überzeugungen, bevor sich die Machtfrage in der Politik stellt. Daß wir in der Politik um Überzeugungen ringen, muß als Ergebnis, Erfolg der Diskussion der letzten Wochen auch in unseren eigenen Reihen wieder sichtbar werden.

(Beifall)

Die Union ist eine große Volkspartei. Aber als Volkspartei, so denke ich, dürfen wir nicht nur eine Partei des Interessenausgleiches werden, als Volkspartei dürfen wir nicht nur den pragmatischen Kompromiß zwischen unterschiedlichsten Gruppeninteressen suchen, sondern als Volkspartei müssen wir auch und vor allem wieder neu um unser Programm und um unsere Überzeugung ringen. Das hat nichts mit rechts und links und nichts mit Richtungsstreit zu tun, sondern hat etwas mit der Frage zu tun, wo die Identität unserer Partei liegt.

Deswegen begrüße ich ausdrücklich den Weg, den Helmut Kohl heute morgen gewiesen hat, weil ich ihn für den erfolgversprechenden Weg halte, den Weg nämlich, daß wir wichtige Zukunftsfragen, die wir in den letzten Jahren vielleicht vernachlässigt haben, wieder einer neuen programmatischen Klärung zuführen. Ich bin zuversichtlich, daß wir diesen Weg zum Erfolg gehen.

Meine Damen und Herren, ich denke, das sollte unser Beitrag zur Bewältigung der Vertrauenskrise sein, in der wir uns befinden: daß wir wieder stärker um Überzeugungen ringen und daß wir deutlich machen, daß sich unsere Politik der Mitte nicht danach bestimmt, was gerade als rechts oder als links gilt. Unsere Politik der Mitte, meine Damen und Herren, bestimmt sich aus unserer christlichen Verantwortung. Hier liegen die Identität und der ruhende Pol unserer Politik. Wenn wir die Zeit bis zum kommenden Parteitag im Frühsommer nächsten Jahres für die Diskussion dieser Frage nutzen, dann liegt, so denke ich, eine gute und eine fruchtbare Zeit vor uns.

Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Heribert Scharrenbroich, Landesverband Rheinland-Pfalz. Ihm folgt Kurt Biedenkopf, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Heribert Scharrenbroich: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Parteitag findet in einer schwierigen Phase statt. Aber ich habe die Hoffnung – und seit heute morgen auch den Glauben –, daß wir aus dieser schwierigen Phase jetzt wieder nach vorn und aufwärts kommen.

Ich danke dem Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär und auch dem Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, daß sie die Union als eine Partei dargestellt haben, auf die man trotz der Schwierigkeiten, die wir uns teilweise selber beschert haben, stolz sein kann. Denn sie haben vermittelt, daß wir die Fähigkeit haben, zu trauern, daß wir den Willen haben, aufzuklären, und daß Parteifreunde bei uns – ich sage das hier deutlich –, tote wie lebendige, ein selbstverständliches Anrecht auf Solidarität haben. Auch die Lebenden haben ein Recht auf Irrtum. Nur derjenige, der nicht agiert, kann sich nicht irren. Und wenn der Ministerpräsident Bernhard Vogel vorhin beim Dank an Gerhard Stoltenberg sagte, wir wollen vorurteilsfrei und lückenlos aufklären, dann heißt das in der Praxis auch, daß manches im Zuge dieser Aufklärungsbemühungen, was gar nicht so gemeint ist, als Vorverurteilung klingen mag. Aber wir sollten auch diesen Parteifreunden, die den Mut dazu haben, unsere Solidarität ausdrücken. Ich

glaube, das Wort von Gerhard Stoltenberg ist für uns in dieser Situation die richtige Maxime: Nicht Selbstgerechtigkeit, aber Handlungsfähigkeit müssen wir demonstrieren. Damit draußen nicht der Eindruck entsteht, mit diesem Parteitag sei dieses Thema für uns abgehakt: Nicht Selbstgerechtigkeit, aber Handlungsfähigkeit muß auch von diesem Parteitag ausgehen. Ich glaube, das wird auch in den Wahlen noch einmal sehr deutlich unterstrichen.

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß die Weichen für den nächsten Parteitag, für die Themen des nächsten Parteitags heute gestellt werden. Er hat auch festgestellt, daß das wichtigste Thema für uns die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt. Und da bitte ich auch den Bundesvorstand der CDU, einzuplanen, daß dieses wichtige Thema auch in der Vorbereitung zu diesem Parteitag von der Union konstruktiv diskutiert wird.

(Beifall)

Denn wir haben keinen Grund, verzagt zu sein, wir haben großartige Erfolge erzielt: 650 000 zusätzliche Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Wir haben eine Steuerreform ohne eine Mehrwertsteueranhebung durchgeführt, wie die Sozialdemokraten es zweimal gemacht haben. Wir haben eine Steuerreform durchgeführt, bei der wir den Subventionsabbau in der Tat angepackt haben. Das hätte uns keiner zugetraut. Wir haben eine Steuerreform durchgesetzt, die auch für die Gewerkschaften wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tarifpolitik schafft, daß nämlich durch den linear-progressiven Tarif auch in Zukunft Steigerungen des Realeinkommens möglich sind, die sonst nicht möglich wären. Ich bitte alle Gewerkschaftsmitglieder – ich als Gewerkschaftsmitglied mache es auch –, die Gewerkschaften an ihre sonst immer vorgetragene Theorie der Kaufkraftmehrung zu erinnern. Genau das machen wir. Deswegen ist dies schon ein wichtiger Bestandteil zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall)

Aber wir verschließen, wie der Bundeskanzler gesagt hat, auch nicht die Augen vor der Realität. Wir müssen für neue Entwicklungen offen sein. Dazu gehört, daß man die Realität erkennt, daß die Zahl der Arbeitslosen – trotz all unserer Bemühungen – im Augenblick nicht weiter sinkt, daß die Monatszahlen seit Dezember 1986 aussagen, daß die Arbeitslosigkeit höher liegt als im gleichen Monat des Vorjahres.

Das ist eine Tatsache, der wir uns widmen müssen.

Ich habe mich vor allen Dingen deswegen zu Wort gemeldet, weil die Sozialausschüsse auf ihrer Bundestagung einstimmig – einstimmig – ein umfangreiches Strategiepapier zum Thema „Arbeit für alle“ verabschiedet haben. Über 50 Einzelvorschläge sind darin enthalten. Ich bitte und erwarte in dieser Partei, daß derjenige, der sich mit diesem Papier auseinandersetzen will, das nicht tut, bevor er es gelesen hat.

(Beifall)

Darin steht eben nicht, daß wir für Beschäftigungsprogramme sozialdemokratischer Art 10 Milliarden DM ausgeben wollen, sondern – und hier bestehen ganz wesentliche Unterschiede zu Sozialdemokraten – daß wir genau wissen, worauf der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik beruht, nämlich darauf, daß das, was privat wirtschaftende Menschen und Unternehmen leisten können, nicht der Staat tut, sondern der Staat nur das machen soll, was nur vom Staat geleistet werden kann.

Das zweite ist, daß wir – bei aller Diskussion um die Finanzierung – im Gegensatz zu den Sozialdemokraten selbstverständlich immer im Auge behalten, daß durch überzogene Staatstätigkeit die Zinsen wieder ansteigen würden. – Nein, wir wollen die Privatwirtschaft. Und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Private in ausreichendem Umfang betätigen können.

Meine Damen und Herren, es wird vielfach gesagt, wir, die Union, sollten wieder die Grundwertediskussion beginnen. Ich erinnere daran, daß wir in unserem Grundsatzzprogramm vom Freiheitsrecht auf Arbeit sprechen. Führen wir keine Grundwertediskussion losgelöst von der Realität, nur in der Theorie. Ich meine, wir sind wirklich in der Lage, uns dieses Themas „Arbeit für alle“ anzunehmen und das Freiheitsrecht auf Arbeit für alle wiederherzustellen. Wir können das tun. – Ich fordere die Union auf, daß sie diese Diskussion führt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Kurt Biedenkopf das Wort, danach der Bundesvorsitzende des RCDS, Jürgen Hardt.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Heribert Scharrenbroich und vor ihm Christoph Böhr haben beide auf die Fülle der Aufgaben hingewiesen, die vor uns liegen. Ich glaube, daß es vor allem diese Aufgaben und die Art, wie wir sie jetzt anpacken, sein werden, die die Partei aus der schwierigen Situation herausführen können, in der sie ist.

Gerhard Stoltenberg hat gesagt: Wir müssen aus Fehlern lernen und an die Arbeit gehen. – Heiner Geißler hat im letzten Satz seines Rechenschaftsberichtes gesagt: Ab sofort wird über die Zukunft und ihre Gestaltung diskutiert. – Genau dies, die Gestaltung der Zukunft, die Arbeit an einer schöpferischen Gestaltung einer freiheitlichen Zukunft, ist die unverwechselbare Aufgabe der Christlich Demokratischen Union.

Wenn wir diese Aufgabe anpacken, wenn wir es fertig bringen, was immer schwierig ist, sich hier auch ein Stück Selbständigkeit der Partei gegenüber Parlament und Regierung bewähren zu lassen, werden wir die Schwierigkeiten überwinden, die wir in den vergangenen Monaten erlebt haben.

Ich jedenfalls habe diese Arbeit immer als unsere christlich-demokratische Aufgabe verstanden, seitdem mich die Partei 1973 in diesem Saal in die aktive Politik geholt und auf Vorschlag von Helmut Kohl damals zum Generalsekretär gewählt hat. Ich bin

auch heute genau der gleichen Auffassung, und zwar gerade, was die jungen Menschen anbetrifft, aber nicht nur sie: Wir müssen ein Stück Vorreiter sein. Wir müssen zeigen, wie wir die Macht ausüben und was wir damit tun wollen. Beides ist untrennbar miteinander verbunden.

Die Themen sind uns gestellt. Ich bin froh darüber, daß wir mit diesem Parteitag beginnen, uns auf diese Inhalte vorzubereiten, um sie dann im Juni nächsten Jahres zu diskutieren.

Der Bundesvorsitzende hat in seiner Rede ebenso wie der Generalsekretär eines der Themen herausgegriffen: das Menschenbild der Union. Er hat das ungeborene Leben und seinen Schutz erwähnt. Ich möchte, daß wir, wenn wir darüber diskutieren, den Bogen spannen von diesem unmittelbarsten Schutz des menschlichen Lebens auf der einen Seite bis zu der Frage, die an uns gestellt wird: „Welche Haltung haben wir gegenüber hungernden Menschen im Rest der Welt?“ auf der anderen Seite.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im Grundsatzprogramm der Jungen Union sind großartige Sätze über die Menschenrechte in der Dritten Welt enthalten. Da wird insbesondere auch im Blick auf Chile und andere Erfahrungen gesagt, man habe Verständnis dafür, wenn sich die Menschen aufbäumten, auch gegen bestehende Ordnungen aufbäumten, weil ihr Leid und ihr Elend unerträglich seien, weil sie zwischen der Alternative stünden, zu verhungern oder sich aufzubäumen. Ich habe vor wenigen Tagen in einer Veranstaltung mit der Jungen Union gefragt, ob dies nur für die Verhältnisse in einem bestimmten Land gelte oder auch für die Verhältnisse auf unserem Planeten. Ich glaube, wenn wir Politik und unser Menschenbild als politische Aufgabe diskutieren, müssen wir auch über den Rand Europas hinausschauen. Wir sind, bezogen auf den Rest der Welt, eine kleine Minderheit mit privilegierten Möglichkeiten. Wir haben eine Pflicht gegenüber einem großen Teil der Menschheit, der alleine mit seinen Problemen nicht mehr fertig wird.

Dies ist unmittelbar mit dem Umweltschutz verbunden. Wir müssen den Umweltschutz im eigenen Land organisieren. Aber für mich ist es auch eine Frage des Umweltschutzes, daß wir in den Verhandlungen mit den Ländern der Dritten Welt über die Bewältigung der Schuldenkrise derzeit zu Situationen beitragen, in denen diese Länder, wie z. B. Brasilien oder Indonesien, die Wälder abholzen müssen, um Zinsen bezahlen zu können. Das kann nicht die Entwicklung der Zukunft sein. Wir brauchen hier schöpferische Alternativen. Wo anders sollen sie entstehen als in unserer Partei?

Das dritte: die Arbeitslosigkeit. – Ich finde es sehr gut, daß die Sozialausschüsse auf ihrer Bundesversammlung ein solches Programm verabschiedet haben. Ich bin mit einer ganzen Reihe von Punkten noch nicht klar. Aber ich meine, nur die Diskussion über diese Punkte kann uns überhaupt zu neuen Erkenntnissen führen;

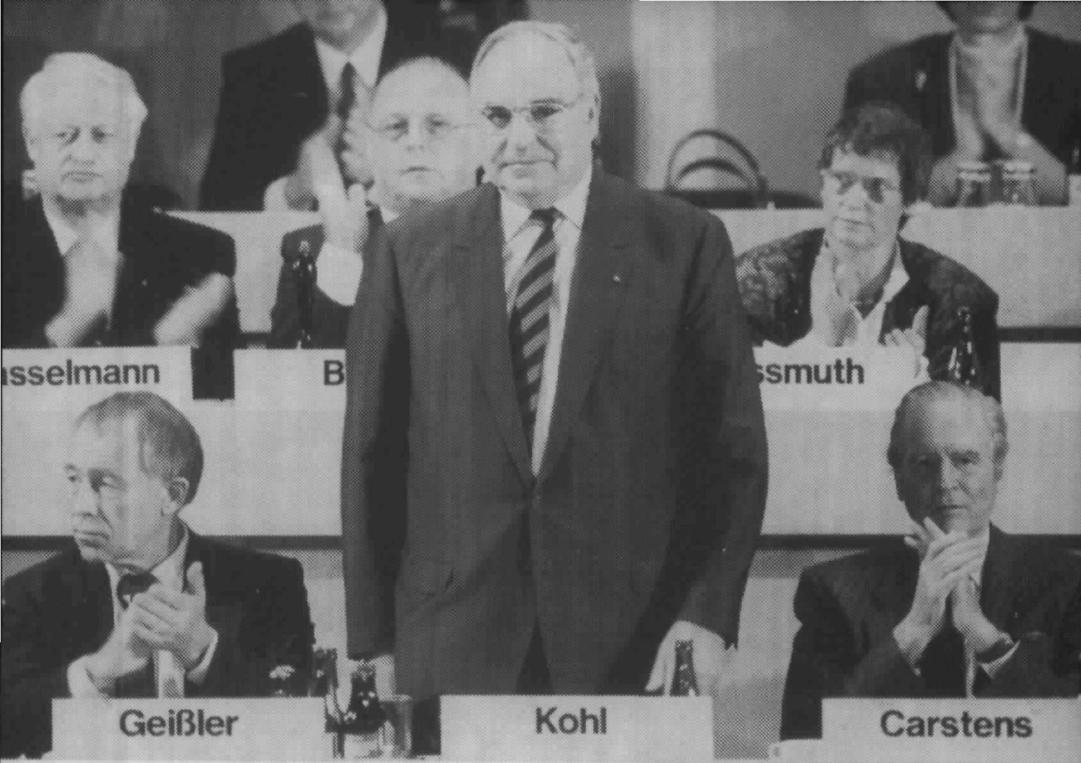
(Beifall)





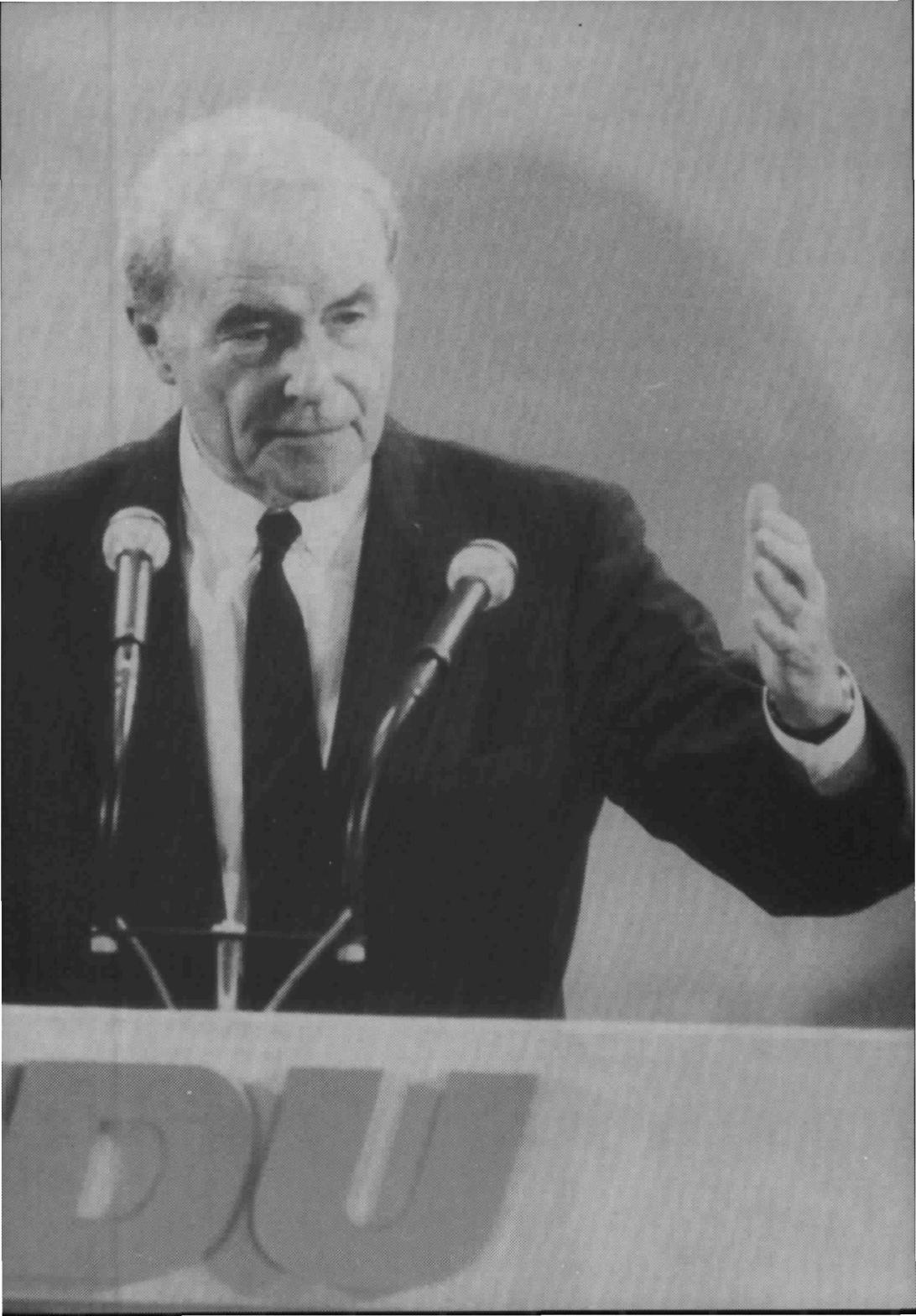








EDU









Handwritten text on a light-colored surface, possibly a piece of paper or a sign. The text is written in a cursive or script style and is mostly illegible due to blurring and low contrast. It appears to be a name or a short phrase.

Handwritten signature in dark ink on a light-colored surface. The signature is written in a bold, cursive style and is clearly legible. It appears to be the name "Z. Schwartz".



niu

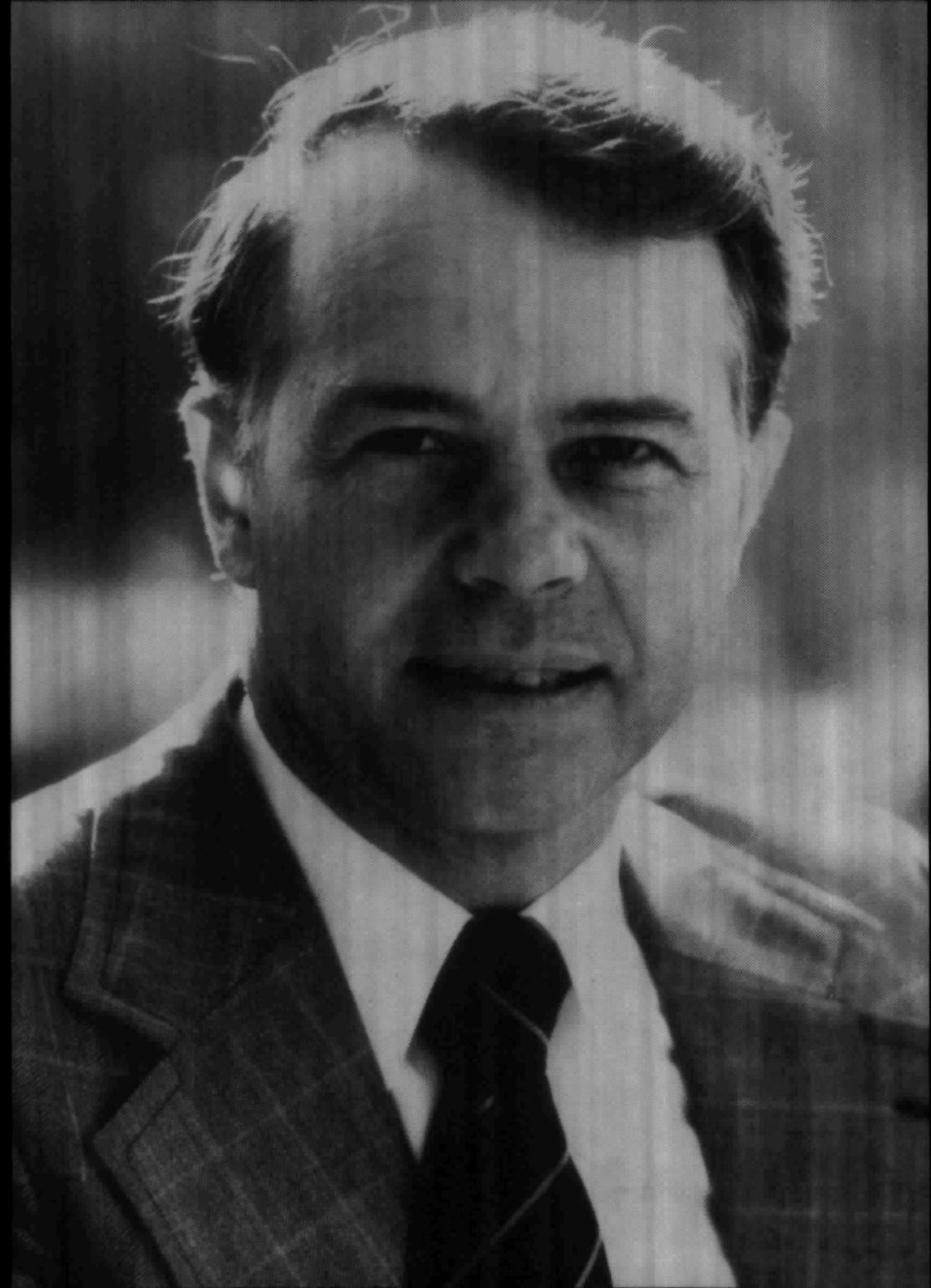
Wallmann



ssmuth

Schäfer

Spä

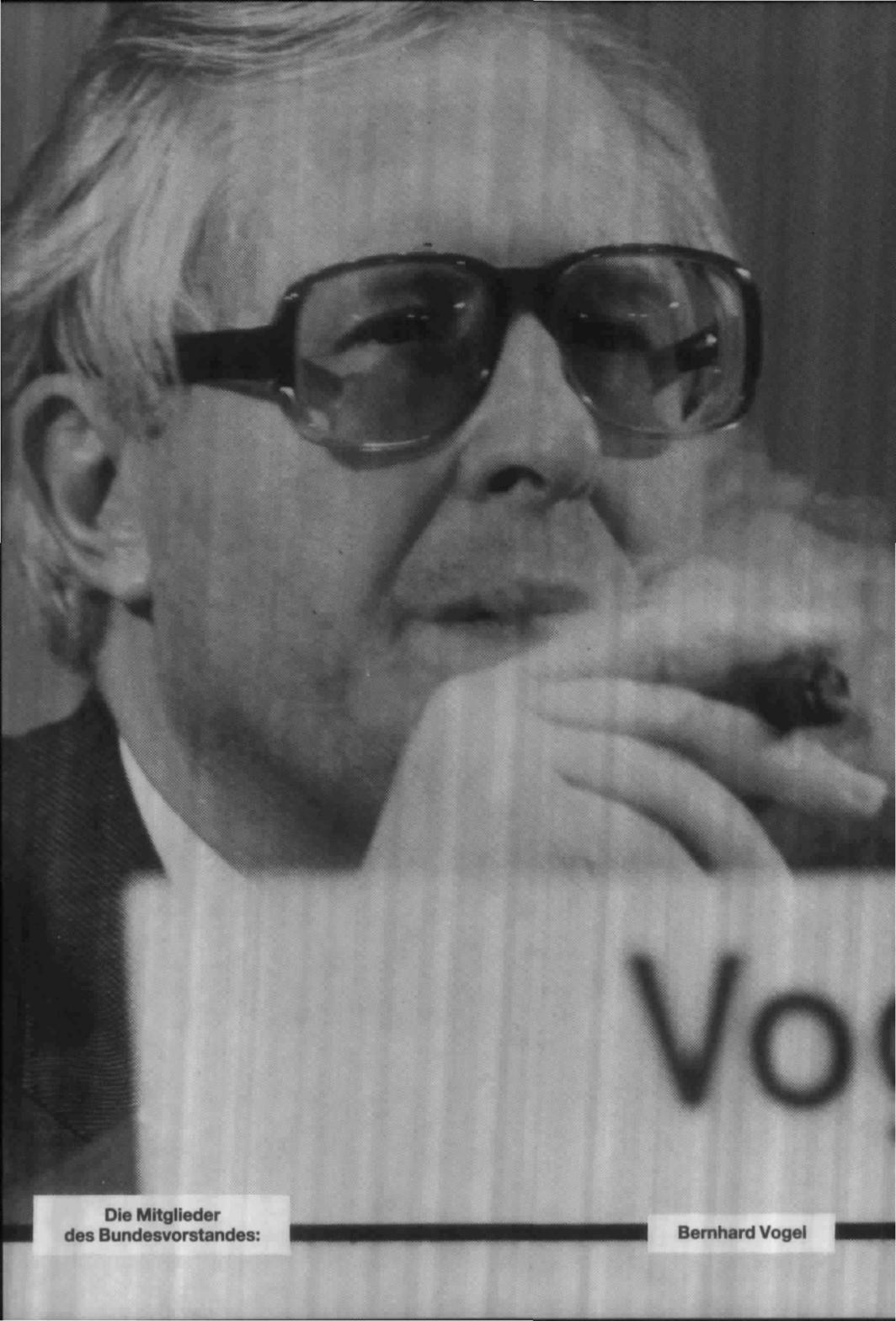








Eberhard Dieppen



**Die Mitglieder
des Bundesvorstandes:**

Bernhard Vogel



Birgit Breuel



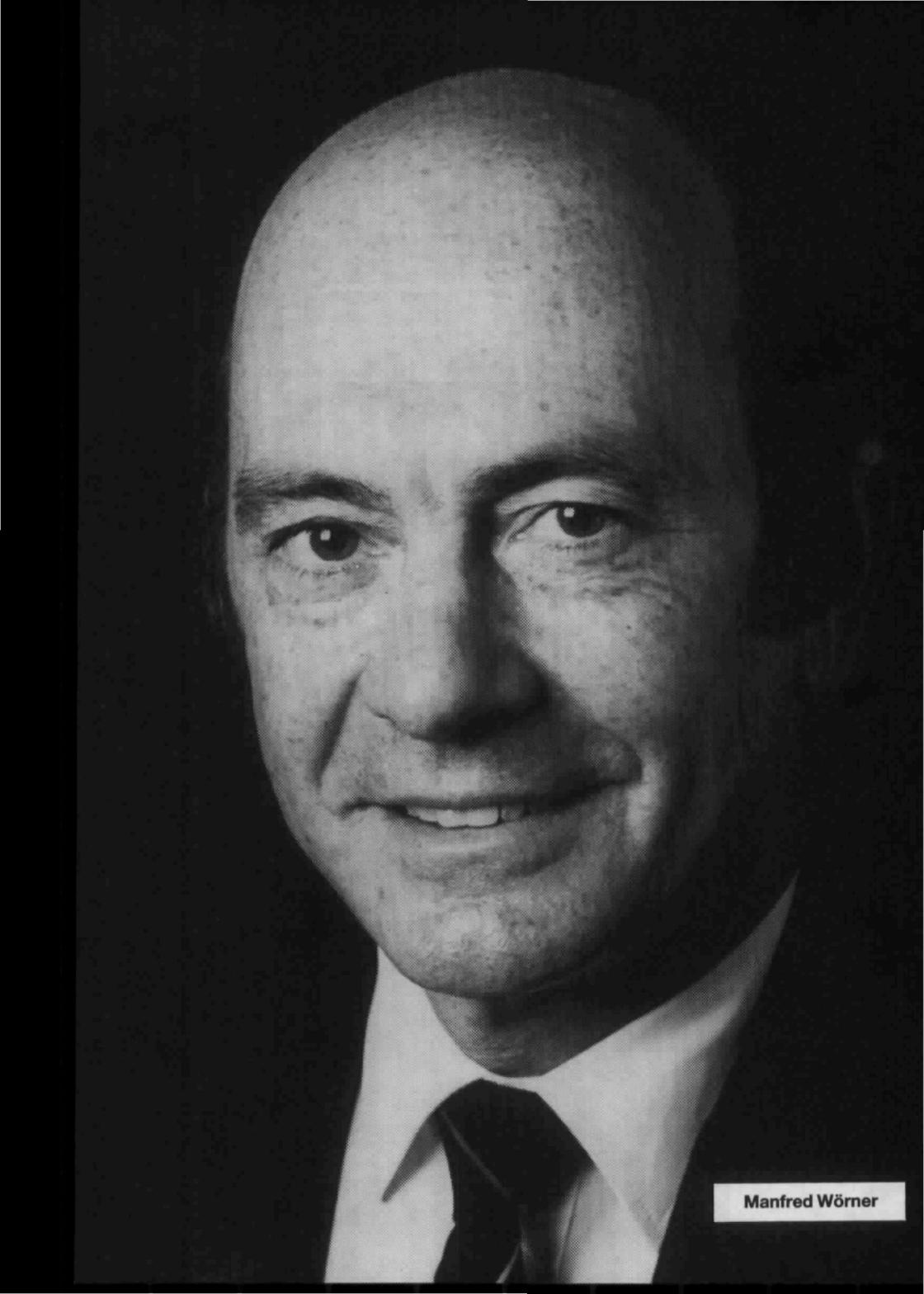
Wilfried Hasselmann



Renate Hellwig



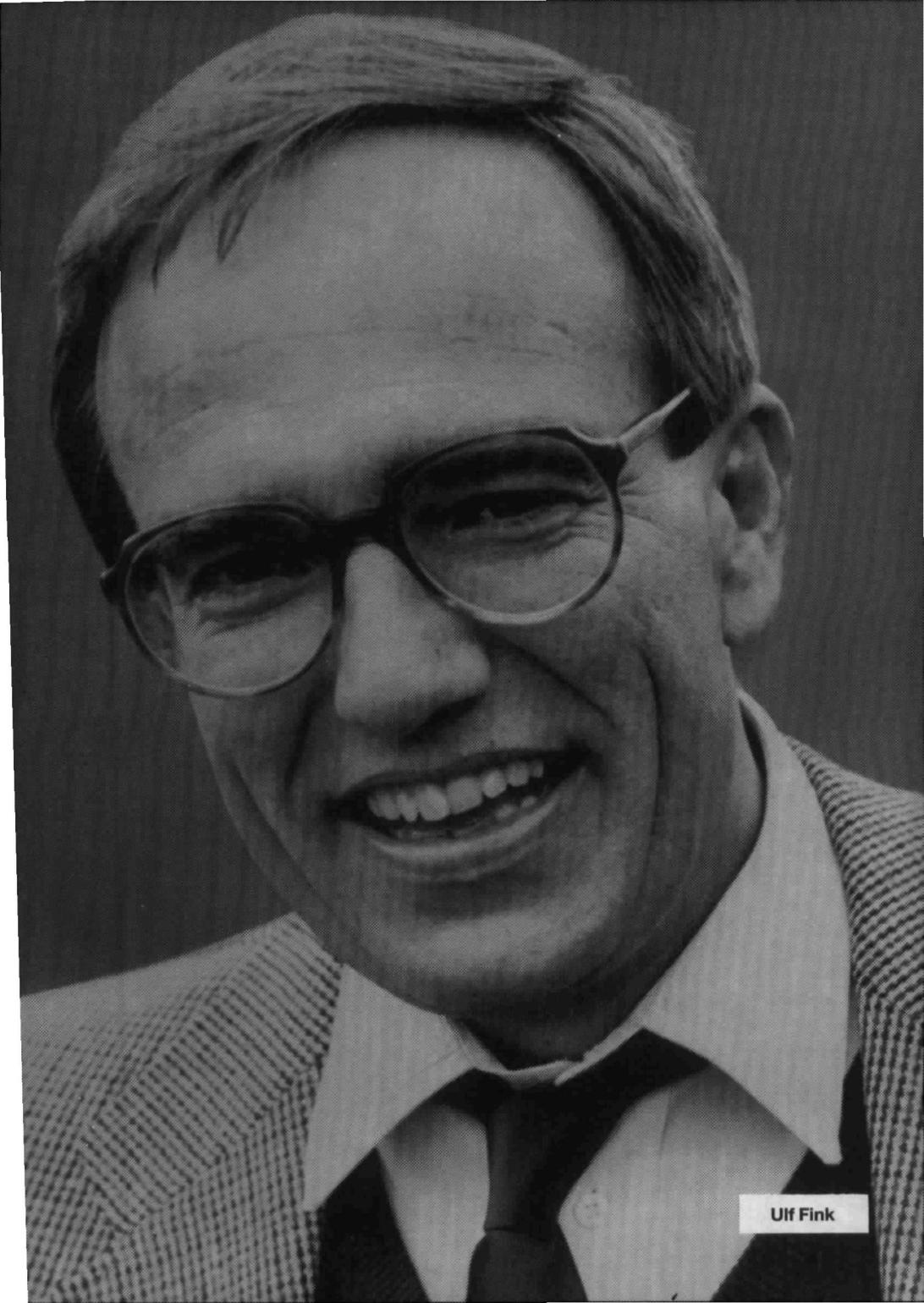
Erwin Teufel

A black and white, close-up portrait of a middle-aged man with a balding head and a slight smile. He is wearing a dark suit jacket, a white dress shirt, and a dark necktie. The background is dark and out of focus. The lighting is soft, highlighting his facial features.

Manfred Wörner



Elmar Pieroth



Ulf Fink



Roswitha Verhülsdonk



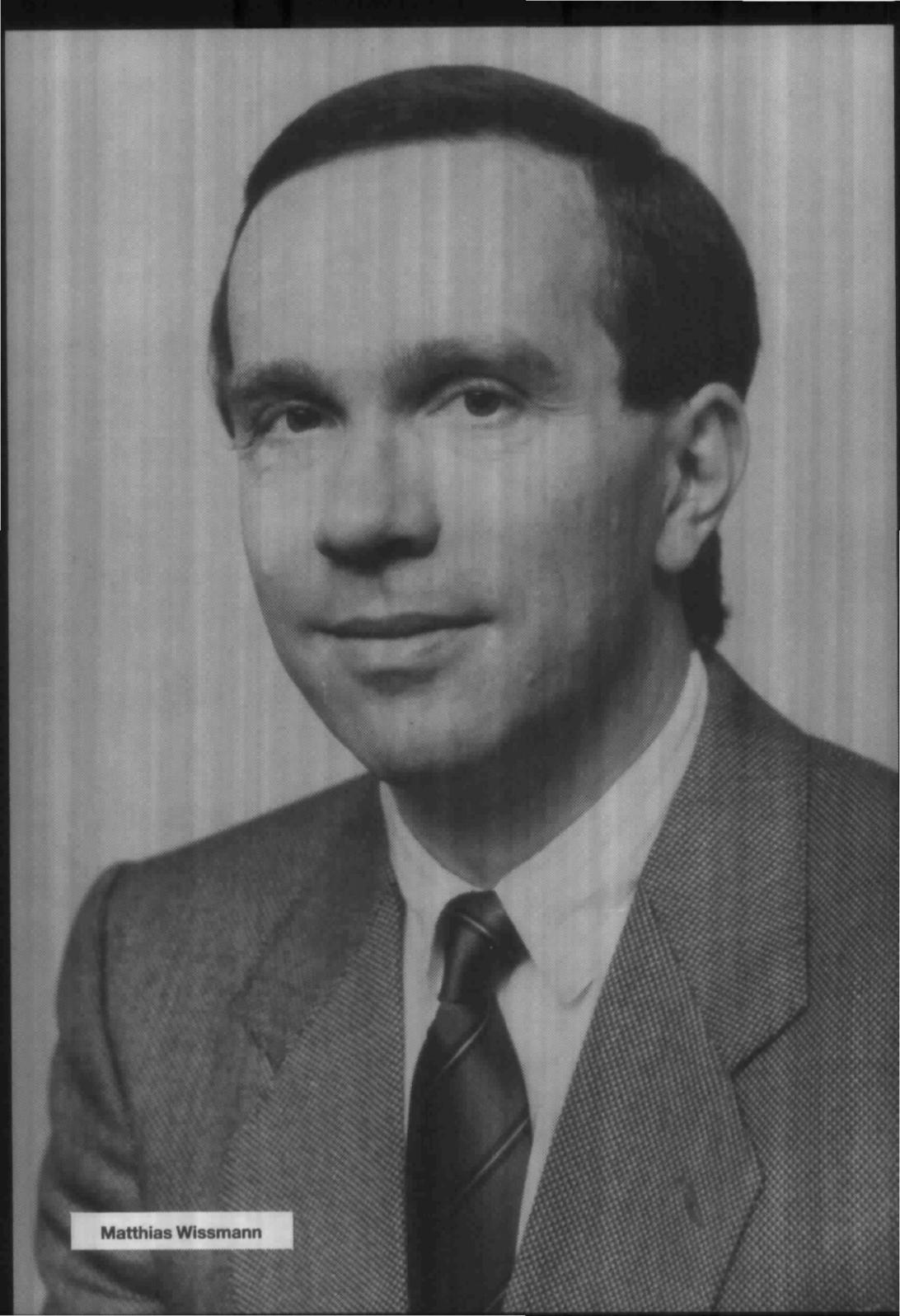
Christoph Böhr



Horst Waffenschmidt



Christa Thoben



Matthias Wissmann



Bernhard Worms



Kurt H. Biedenkopf



Barbara Schäfer



Peter Jacoby



Graf von Schwerin

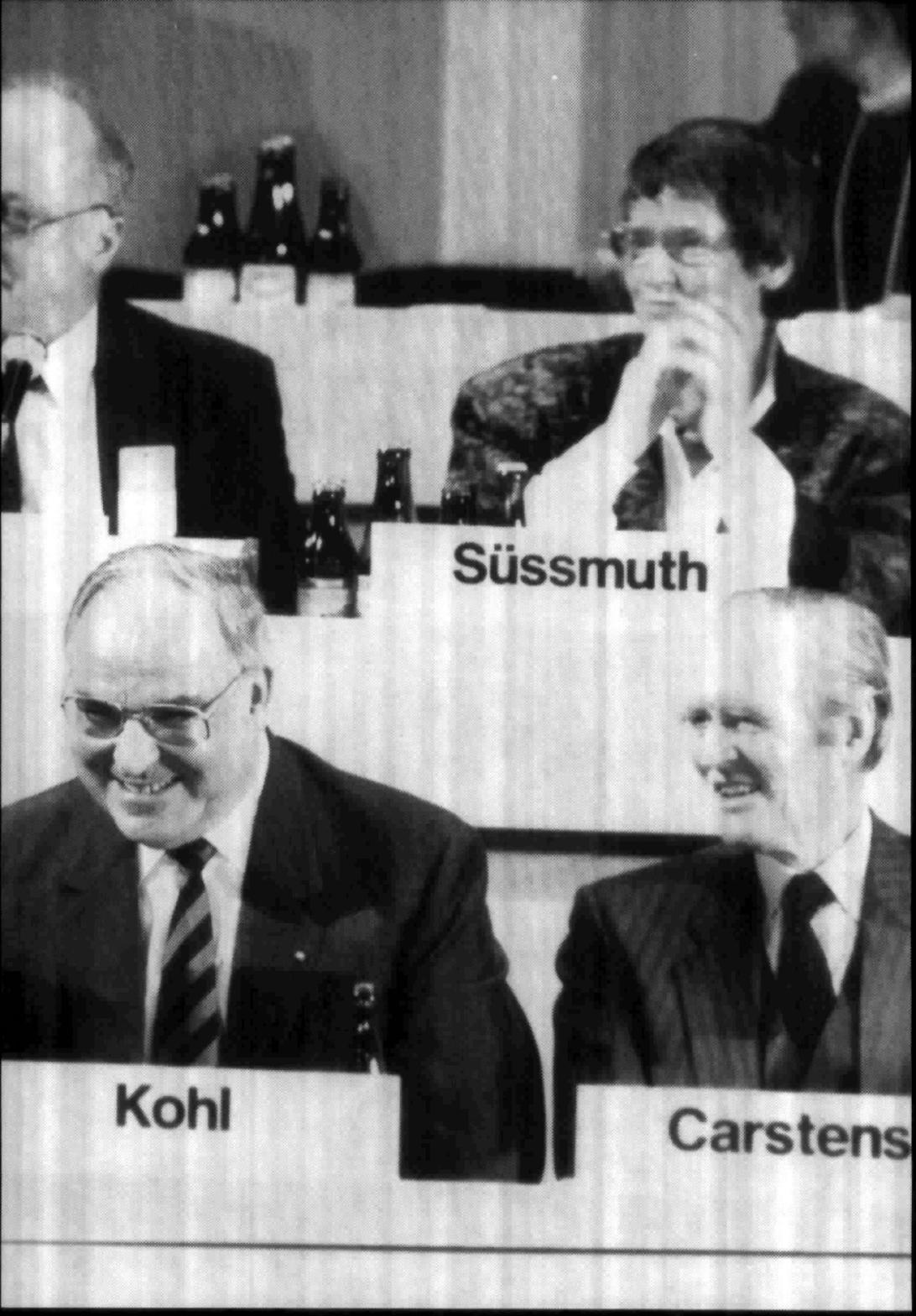


Christian Schwarz-Schilling









Süssmuth

Kohl

Carstens

denn ein Dilemma, einen Widerspruch konnten wir doch in den letzten Jahren auch selbst noch nicht auflösen: Wie kommt es, daß unsere Wirtschaft wächst, daß die Einkommen der arbeitenden Menschen steigen, daß die Sparquote hoch ist, daß der Wohlstand der Bevölkerung steigt und hartnäckig trotzdem über 2 Millionen Menschen keine Arbeit finden? Was machen wir falsch? Wo müssen wir unser Land intelligenter, besser organisieren, um diesen inneren Widerspruch zu überwinden? Denn an diesem inneren Widerspruch wird sonst die Soziale Marktwirtschaft, die große Idee Ludwig Erhards, krank werden, wenn es nicht möglich ist, mit freiheitlichen Mitteln allen Menschen Arbeit zu geben.

(Beifall)

Ich bin schließlich zutiefst davon überzeugt, daß sowohl der Bundeskanzler wie der Generalsekretär recht haben, wenn sie auf die großen Veränderungen hinweisen, die sich in Europa abzeichnen. – Erinnern wir uns: Auf dem Grundsatzparteitag 1978 in Ludwigshafen war es gerade einige wenige Wochen her, daß die Katholische Kirche einen Polen zum Papst gewählt hatte. Damals wurde schlaglichtartig deutlich: Europa ist eine Einheit. Die Religion, die gemeinsame Kultur, die gemeinsame Geschichte, das gleiche Menschenbild auf christlicher Grundlage verbinden den ganzen Kontinent.

Ich bin überzeugt davon: Die kommenden Jahre werden uns vor die Möglichkeit und damit auch vor die Aufgabe stellen, ein Stück Identität von ganz Europa zu gewinnen. Die Christlich Demokratische Union muß das genauso prägen und gestalten, wie sie in der Nachkriegszeit die Einheit Westeuropas gestaltet hat. Daß wir uns darauf vorbereiten, gerade auch für den nächsten Parteitag im nächsten Sommer, ist eine Aufgabe, die uns zusammenführen und die uns die Probleme wieder in der richtigen Perspektive erscheinen lassen wird, in die sie gehören.

Fehler und Versagen müssen überwunden werden: Die Union ist auf Dauer angelegt. Unsere Ideen sind auf Dauer angelegt. Wenn wir sie umsetzen, werden wir zu der Zuversicht zurückfinden, die wir uns alle wünschen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Jürgen Hardt, RCDS-Bundesvorsitzender. Ihm folgt Erwin Teufel, Landesverband Baden-Württemberg.

Jürgen Hardt, Bundesvorsitzender des RCDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für meinen Verband, den Ring Christlich Demokratischer Studenten, ist die CDU/CSU der Ansprechpartner in der Politik. Ich möchte dem Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl und dem Generalsekretär Heiner Geißler stellvertretend für alle CDU-Mitkämpfer dafür danken, daß sie immer ein offenes Ohr für unsere konstruktiven, aber auch für unsere kritischen Fragen und Anregungen gehabt haben. Ich glaube, damit hat die CDU bewiesen, daß sie eine moderne Volkspartei ist, daß sie ein offenes Ohr für junge Menschen hat.

Ich bin der Auffassung, daß in unserer Gesellschaft Probleme nur in der Gemeinsamkeit der Demokraten zu lösen sind. Ein solches Problem betrifft das, was uns am letzten Montag wieder erschüttert hat. Es betrifft den Grundkonsens in unserer Gesellschaft, daß sie sich nämlich entschlossen hat, ihre Konflikte friedlich auszutragen. Die Ablehnung der Gewalt gegen Sachen und Personen in der Politik ist eine Gemeinsamkeit aller Demokraten, die gefährdet zu sein scheint. Wir müssen uns fragen, wer dafür verantwortlich ist.

Ich glaube, daß Wegbereiter dieser geistigen Entwicklung Personen sind – wir haben das in den Hochschulen häufig erfahren –, die mit ihrer Politik keine klare Abgrenzung gegen Gewalt betreiben. Das sind Personen wie Jutta Ditfurth, die kriminelle Terroristen als staatstragende Persönlichkeiten hervorhebt, indem sie sagt, sie spielten eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft. Das sind aber auch Leute wie Thomas Ebermann, die aufgrund ihrer Herkunft – vom Kommunistischen Bund – den Angriff gegen politische Repräsentanten für einen legitimen revolutionären Kampf zum Umsturz halten.

Bevor wir in dieser Frage nach gesetzlichen Regelungen rufen, bevor wir aufgrund gesetzlicher Regelungen entsprechend eingreifen, müssen wir zunächst darangehen, diese Frage richtig zu beantworten. Wir müssen versuchen, in einer breit angelegten Aktion, in einer breit angelegten Kampagne die Solidarität der Demokraten in dieser Frage deutlich zu machen.

Der RCDS hat eine solche Kampagne gestartet. Wir haben eine Aktion „Demokraten gegen Gewalt“ gestartet. Der Aufruf wurde unterzeichnet von 20 namhaften Professoren: Theodor Eschenburg, Golo Mann, Ernst Benda und Kurt Sontheimer, um nur einige zu nennen. Ich würde mich freuen, wenn auch möglichst viele Delegierte diesen Aufruf unterzeichnen könnten, damit wir eine breite Basis für unsere Aktion bekommen. Die Unterschriftenlisten liegen an dem Ort aus, wo Sie Ihre Tagungsmappe empfangen haben, und außerdem im Büro der Bundesgeschäftsstelle.– Danke schön.

(Beifall)

Jürgen Echternach, yTagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Erwin Teufel aus Baden-Württemberg. Ihm folgt der amtierende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Henning Schwarz.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin Helmut Kohl und Heiner Geißler sehr dankbar dafür, daß ihre Reden in wesentlichen Teilen auch Selbstbesinnung und Selbstkritik enthalten haben.

Seit Jahren beschäftigt mich, daß das Ansehen der politischen Parteien und der Politiker sinkt. Das kann uns nicht gleichgültig lassen; nicht nur, weil wir Betroffene sind, sondern vor allem, weil es eine parlamentarische Demokratie nicht ohne Parteien gibt und weil es zu einer Systemkrise führen würde, wenn die Bürger kein Vertrauen mehr zu den Parteien hätten.

Wenn wir uns fragen, wo die Ursachen für diese Entwicklung liegen, sollten wir zuerst bei uns selbst ansetzen. Unstreitig ist, daß es Politik nicht ohne Macht gibt. Der Kampf um den Machterwerb, die rechte Ausübung der Macht, die Kontrolle der Macht und der Erhalt der Macht gehören zum politischen Alltag.

Die Frage aber ist, wie man mit Macht umgeht und ob man Macht um jeden Preis anstrebt. Die Frage ist, ob der Machterhalt zum Selbstzweck wird. Romano Guardini hat schon 1954 in seinem Buch „Die Macht“ den Satz geprägt: „Die Macht verführt zur Selbstüberhebung und zur Mißachtung des Rechts.“ Es kommt also alles darauf an, wofür Macht angestrebt und eingesetzt wird: für persönliche Ziele, für Gruppeninteressen, für die Hofhaltung oder das Prestige einzelner, als Selbstzweck oder ob Macht eingesetzt wird als Dienst für die Mitbürger, für das Gemeinwohl, für eine gerechte Ordnung, für Frieden und Freiheit, für die Herrschaft des Rechts.

Die Parteien haben es selbst in der Hand, ob sie den Vertrauensschwund überwinden und eine Wende in der Einschätzung der Bürger erreichen. Sie dürfen nicht Gruppeninteressen an die Stelle des Gemeinwohls setzen, nicht Parteiinteressen mit dem Staatsinteresse gleichsetzen, öffentliche Ämter nicht als Pfründe betrachten, Parteimitgliedschaften nicht als bloße Sprossenleiter zum Aufstieg mißverstehen.

Es geht im Umgang mit der Macht um die Beachtung einiger wesentlicher Grundsätze. Erstens: Macht geht nicht vor Recht, sondern Recht muß vor Macht gehen.

(Beifall)

Die entscheidende Schranke für die Macht ist das Recht.

Zweitens: Ohne geistiges Fundament wird Macht zur reinen Machttechnik.

Drittens: Ohne politische Ziele, ohne das Angehen der wirklich drängenden Probleme, die die Menschen bewegen, wird Macht zum reinen Machterhalt.

Viertens: Machtbesitz darf nicht das letzte Ziel der Politik sein. Macht ist ein Instrument, um dem allgemeinen Wohl zu dienen und um Werte zu verwirklichen.

Fünftens: Ethik geht vor Macht. Die Macht hat sich an Werten zu orientieren. Das Machtstreben muß sittlich beherrscht werden; sonst wird Machtausübung zur Sucht oder zur triebhaften Entartung.

(Vereinzelter Beifall)

Sechstens: Politische Macht wird auf Zeit verliehen. Der äußeren Begrenzung muß aber auch eine innere Begrenzung der Macht entsprechen. Macht bedarf des rechten Maßes.

Siebtens: Machtausübung muß persönlich verantwortet werden. Sie findet ihre Grenze in den persönlichen Gewissensentscheidungen.

Und achtens: Der Kampf um die Macht sollte so stattfinden, daß sich politische Gegner auch nach einer Wahl in die Augen sehen können und daß sie nach einer Wahl für das Gemeinwohl zusammenarbeiten können.

(Beifall)

Wahlkämpfe sollten mit Argumenten geführt werden und nicht durch das Verfälschen von Tatsachen und durch das gegenseitige Einschlagen der Köpfe.

Liebe Freunde, im Grunde sind dies alles ganz simple Dinge. Aber es besteht Grund, sie anzusprechen und sie als Maßstab an unsere Arbeit anzulegen. Sie sind geeignet, Unbehagen und Mißtrauen der Bürger gegenüber den Parteien abzubauen, und das halte ich für dringend nötig.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr Teufel. Jetzt hat zunächst das Wort Herr Dr. Ellenberger aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Ihm folgt Herr Hans aus dem Landesverband Saar. – Herr Ministerpräsident Schwarz hat verzichtet.

Dr. Gert Ellenberger: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon etwas bedrückend, wenn soviel schlechte Stimmung mit schlechten Nachrichten verbreitet wird. Wenn man die Gesamtbilanz der Regierung Helmut Kohl seit dem 1. Oktober 1982 betrachtet, so ist dies eine stolze Erfolgsbilanz. Ich selbst stamme aus Nordhessen, direkt an der Zonengrenze, und für mich ist der Erfolg in der Annäherung der Bundesrepublik an die DDR ein ganz besonders großer Erfolg. Ich danke hier der Regierung sehr, insbesondere aber auch jenen Wegbereitern, die Stück für Stück diese Erfolgsleiter erklommen haben: zuerst Herr Franz Josef Strauß, Herr Dr. Philipp Jenninger, Herr Dr. Schäuble und dann Herr Dr. Helmut Kohl. Ihnen gebührt hier ganz besonderer Dank.

(Beifall)

Lassen Sie mich eine Bemerkung machen oder einen Versuch starten: Wie können wir bestimmte Fehler, die in der Vergangenheit begangen wurden, in der Zukunft vermeiden? Ich denke an folgendes: Ich vergegenwärtige mir einmal die Zusammensetzung von Senat und Kongreß in den USA. Während meines Studienaufenthaltes und später während meiner beruflichen Aufenthalte habe ich mitbekommen, daß es dort so etwas gibt wie ein Polit-Marketing und ein Polit-Management. Ich darf versuchen, das etwas in concreto zu erläutern. Maßgebliche Personen in diesen Gremien, die Verantwortung tragen, haben grundsätzlich keine Polit-Karriere hinter sich. Sie haben sich in der freien Wirtschaft, als Selbständige, in führenden Positionen oder beispielsweise als Rechtsanwälte bewährt. Sie sind nicht von einer Polit-Karriere abhängig. Sie sind auch stets wiederum in der Lage, in die freie Wirtschaft zurückzukehren, ohne einen sozialen Abstieg in Kauf nehmen zu müssen. Ich halte dies für außerordentlich wichtig.

Wir sollten nicht nur mahnend dies und jenes beschwören und Zielsetzungen in die Welt setzen, ohne auch konkret daran zu denken, wie wir in Zukunft Landtage oder den Bundestag zusammensetzen können, aber auch wie wir in Regierungspositionen Persönlichkeiten als Staatssekretäre oder gar als Minister hineinnehmen können, die nicht unbedingt den Weg über das Parlament gehen mußten, sondern auch die Möglichkeit haben, als bewährte Leute der Praxis, als Seiteneinsteiger in eine Regierungsposition zu kommen. Dies kann für eine Regierung nur belebend sein. Dies

kann aber auch für die Führung der Partei belebend sein. Ich halte es für durchaus möglich, daß in einigen Jahren jemand auch Generalsekretär der CDU sein kann, der sich in der freien Wirtschaft bewährt hat.

Herr Bundeskanzler Kohl ist leider nicht da. Aber vielleicht darf ich es rübersagen: Herr Schäuble, Sie kennen meine Vorschläge: Ich bin der Meinung, wir können auch in Einzelheiten mehr aufeinander zukommen. Ein weiteres Problem scheint mir zu sein: wir haben den Dialog miteinander nicht in der Ausführlichkeit, nicht in der Form gepflegt, wie es nötig gewesen wäre. Sonst hätten wir nicht diese schlechten Stimmungen. Emotionen sind letztlich verursacht durch mangelnde Kommunikation, durch mangelnde Zuwendung, durch mangelndes Verständnis füreinander, nicht nur unbedingt durch Fehler. Hier haben wir einiges nachzuholen.

Lassen Sie mich aber zum Abschluß auch noch etwas Positives sagen. Wie gesagt, ich komme aus Hessen, und hier haben wir zwei Wunder erlebt. Das erste war, daß Herr Dr. Walter Wallmann ein Wunder in Frankfurt vollbracht hat, indem er dort Oberbürgermeister geworden ist. Das zweite Wunder ist ihm gelungen, nämlich in Hessen Ministerpräsident zu werden. Ich bin der Meinung: in der CDU steckt soviel Substanz, daß auch noch andere Persönlichkeiten als Dr. Walter Wallmann vielleicht Wunder vollbringen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Hans. Nach ihm Herr Krott aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Peter Hans: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde, liebe Parteifreundinnen! Ich stehe heute hier, weil mich sehr viele Mitglieder meines Kreisverbandes gebeten haben, hier vor dem Vorstand der Partei das zum Ausdruck zu bringen, was sie bewegt. Ich kann mich insoweit meinem Vorredner anschließen, daß hier bei mir eine gewisse Wehmut herrscht, wenn ich daran denke, welche Aufbruchstimmung bei uns vor nicht einmal elf Monaten in Dortmund geherrscht hat und welche Resignation heute doch in weiten Teilen der Partei festzustellen ist.

Es ist bereits mehrfach festgestellt worden, wo die Ursachen hierfür liegen. Wir haben den lebendigen Streit um den besten Weg zum gemeinsamen Ziel der Partei verwechselt mit persönlicher Abrechnung, mit Hauen und Stechen im Highnoon-Stil. Dennoch sollten wir bei dem verständlichen Wunsch nach Solidarität nicht die programmatische Weiterentwicklung der Partei aus dem Auge verlieren.

Ich warne die CDU ausdrücklich vor der selbstzufriedenen Annahme: wo wir sind, ist immer die Mitte, will sagen: eine Mehrheitsposition. Die Position der Mitte ist kein Ort, wo alle Spannungen ausgeglichen sind. Sie ist keine Wischi-Waschi-Position, nach dem Motto: Allen wohl und niemand wehe. Mitte bedeutet gerade die Austragung von Konflikten und ihre Auflösung in einer schöpferischen Synthese.

Heute ist wiederholt – und ich bin dem Bundeskanzler sehr dankbar, daß er das auch in der öffentlichen Diskussion getan hat – der Begriff des christlichen Menschenbildes unseres Grundsatzprogramms angesprochen worden. Im Kern, meine Damen und Herren, besagt diese Auffassung, daß der Mensch als Geschöpf Ebenbild Gottes ist. Sehen wir in unseren Mitmenschen, demnach auch im politischen Gegner, aber auch in unseren politischen Freunden dieses Bild Gottes? Sehen wir es in den 200 000 Kindern, die abgetrieben werden?

(Vereinzelter Beifall)

Sehen wir es aber auch in den Müttern, die in einer für sie subjektiv ausweglosen Situation diese schwierige Entscheidung treffen? Sehen wir dieses Bild des Schöpfers in den Arbeitslosen? Sehen wir es in den Randgruppen unserer Gesellschaft? Sehen wir es in den AIDS-Kranken, und sehen wir es in der Natur?

Wenn wir dieses christliche Menschenbild unseres Grundsatzprogrammes so definieren, dann werden wir es auch vermeiden, diejenigen Leute, die dieses Bild des Menschen nicht pragmatisch, sondern moralisch-rigoristisch in der Politik durchsetzen wollen, als Linksabweichler zu diffamieren.

(Beifall)

Ein weiteres möchte ich hier sagen. Wir haben in den letzten Monaten ein anderes notorisches Defizit der CDU gepflegt. Ich meine unsere Öffentlichkeitsarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Partei hat es tatsächlich geschafft, daß eine ganze Nation, deren empfindlichster Körperteil ansonsten der Geldbeutel ist, sich heute mit Händen und Füßen dagegen wehrt, 49 Milliarden Mark zurückzubekommen. Das ist für mich einfach unverständlich.

(Beifall)

Eine weitere Sache möchte ich hier ansprechen. Das ist unsere Art, wie wir zur Abrüstung diskutiert haben. Wir haben – zumindest teilweise – in der Öffentlichkeit als der Geist dagestanden, der stets verneint: weil wir unsere Ansichten negativ formuliert haben. Wieso haben wir denn nicht positiv herausgestellt, daß Doppel-Null für uns nicht genug ist? Wir wollen dreifach, vierfach, fünffach Null, in den anderen Bereichen. Um es einfacher zu sagen: Den doppelten Axel kann jeder springen; wir wollen mindestens den dreifachen Rittberger.

Meine Damen und Herren, wenn die erfolgreichste Brauerei bei uns im Saarland versuchen würde, ihr Bier mit dem Slogan „Trinkt unser bitteres Bier; es ist gesund“ zu verkaufen, könnte sie ihren Laden schließen. Was sagen die? „Trinkt die herbe Frische, die so gut bekommt!“

(Beifall)

Was ich damit sagen will, ist: Wir müssen nicht nur solide Politik machen, sondern sie auch ein wenig pfiffig verkaufen.

(Beifall)

Entweder gelingt es uns, unsere Politik so zu verkaufen, entweder gelingt es uns, eine Kultur des Streitigen zu entwickeln, oder ich sehe für unsere Zukunftsfähigkeit in der Tat schwarz. Ich hoffe aber, daß wir heute hier einen ersten Schritt zu einem Aufbruch tun können, den wir in Wiesbaden dann in programmatischer Hinsicht zu Ende bringen.

Ich bedanke mich, daß Sie mir so geduldig zugehört haben.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Krott aus dem Landesverband Nordrhein Westfalen, nach ihm Herr von Schwerin.

Josef Krott: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte gern den Herrn Bundeskanzler persönlich angesprochen, und zwar deshalb, weil Bundeskanzler Helmut Kohl den Kumpels von Emil Mayrisch sein Wort gegeben hat. Herr Bundeskanzler, über viertausend Bergleute der Zeche Emil Mayrisch hatten mit ihren Angehörigen gehofft, daß Sie hier und heute zu dem Umstrukturierungskonzept des Eschweiler Bergwerksvereins eine verbindliche Aussage gemacht hätten.

Leider sind Sie in Ihren Ausführungen auf die Probleme in der Region Aachen mit keinem Wort eingegangen. Norbert Blüm und die CDU-Politiker vor Ort stehen bei den Kumpels des Eschweiler Bergwerksvereins im Wort, Herr Bundeskanzler. Sie stehen mit ihrem Wort dafür, daß die Stilllegung der Zeche Emil Mayrisch nicht vor 1994 vollzogen wird. Sollte sich aber der Wirtschaftsminister, Herr Dr. Bangemann, mit seinem Konzept einer früheren Stilllegung von Emil Mayrisch durchsetzen, dann braucht die CDU bei der kommenden Kommunalwahl und bei der Landtagswahl 1990 auf kein gutes Ergebnis zu hoffen, Herr Bundeskanzler.

Deshalb meine herzliche und dringende Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler: Nehmen Sie Ihre Kompetenz wahr und treffen noch vor Weihnachten eine positive Entscheidung für den Fortbestand der Zeche Emil Mayrisch bis 1994.

(Vereinzelt Beifall)

In Ihrem Rechenschaftsbericht haben Sie u.a. ausgeführt – ich glaube, ein jeder im Saal unterstreicht das –: „Wir, die Christlich Demokratisch Union, bringen die Voraussetzungen mit, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen.“ – Diese Ihre Aussage, Herr Bundeskanzler, muß auch für die Region Aachen Gültigkeit haben.

Ich bedanke mich.

(Vereinzelt Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr von Schwerin, nach ihm Ministerpräsident Späth.

Graf von Schwerin: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe mich zum Thema Volkspartei zu Wort gemeldet. Ich will auch sagen, warum. Ich hatte eigentlich schon vermutet, daß es die eine oder andere Wortmeldung geben wird, die ein bißchen in Selbstmitleid zerfließt: unsere Politik vor Ort; wir kriegen Schwierigkeiten.

Ich möchte ganz gerne an einem Beispiel aufzeigen, daß das der völlig falsche Weg ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir politisch etwas erreichen wollen, liebe Freunde, müssen wir vorwärts gucken und dürfen nicht in Selbstmitleid zerfließen.

(Beifall)

Wir haben auch keinen Grund dazu.

Ich bin seit vielen Jahren in Duisburg ansässig. Ich bin bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft als Straßenbahnfahrer beschäftigt, liebe Freunde. Ich habe dort seit 1968 das Mandat eines Betriebsrates. Seit 1981 bin ich Betriebsratsvorsitzender. Ich brauche es hier niemandem zu sagen: Das ist eine der rotesten Regionen, die wir haben. Ich bin bei der letzten Betriebsratswahl im Mai dieses Jahres mit 75 % der abgegebenen Stimmen gewählt worden. Ich sage Ihnen, warum.

(Beifall)

Ich kneife im Betrieb nicht. Ich bin Christdemokrat, und ich stehe dazu. Ich verkaufe im Betrieb unsere christdemokratische Arbeit auf christlich-sozialer Basis. Das schafft Vertrauen, liebe Freunde. Wir brauchen uns nicht zu verstecken.

(Beifall)

Es wird immer wieder gesagt: auch die Arbeitnehmerschaft. Ich stehe dazu. Ich bin in dieser Volkspartei als Arbeitnehmer. Ich möchte die Arbeitnehmerpolitik in der Volkspartei vertreten, aber natürlich in Solidarität zum Mittelstand, zur Wirtschaft. Denn wer will die Zukunftsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland bewältigen, wenn nicht eine Volkspartei, in der alle Interessen zusammenkommen, wo man gemeinsam diskutiert, wo man den guten Mittelweg geht? Das sind nur wir, liebe Freunde, und niemand anders.

Deswegen bitte: kein Selbstmitleid. Laßt uns vorwärts marschieren. Laßt uns unsere Politik weiterführen, die so schlecht gar nicht ist. Kritisieren kann man immer. Aber das, was als Grundstock steht, können wir in die Zukunft verkaufen. Laßt uns jetzt nicht in die Vergangenheit gucken. Wir haben draußen im Lande eine ganze Menge Zustimmung. Wenn wir Vertrauen schaffen, können wir Wählerschichten, ob links oder rechts, gewinnen und können die Bundesrepublik in den nächsten zwanzig Jahren mit unserer Politik vorwärtsbringen.

Danke schön.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Ministerpräsident Späth, nach ihm Herr Cruscz aus Nordrhein-Westfalen.

Lothar Späth: Meine lieben Freunde! Ich kann da anschließen, wo mein Vordredner aufgehört hat. Ich wollte mich eigentlich nur an der „Anti-Frust-Front“ melden. Ich habe die große Sorge, daß wir beginnen, uns furchtbar leid zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe für alles Verständnis. Ich habe Verständnis dafür, daß uns sehr, sehr tief getroffen hat, was sich heute durch viele Reden dieses Parteitags gezogen hat. Ich habe es auch für ganz wichtig gehalten, daß wir sehr nachdenklich geworden sind bei dem, was etwa Erwin Teufel vorhin gesagt hat. Es ist auch keine Frage, daß eine Partei das alles aufarbeiten muß.

Es kommt ein zweites hinzu. Nur darf sich das nicht vermischen. Wir haben ein Problem, das jede Partei hat, die in schwieriger werdenden Zeiten regiert, nämlich das Problem, daß sehr viele Aufgaben gleichzeitig gelöst werden müssen: die Steuerreform, die Neuordnung des Gesundheitswesens. An Hand der demographischen Entwicklung sehen wir, daß die Zahl der Alten immer größer wird. Natürlich wünschen wir das allen von Herzen. Aber es wird objektiv immer schwieriger, das Sozialprodukt bereitzustellen, um die sozialen Dienstleistungen anzubieten, die soziale Sicherung durchzuführen. Deshalb stellt sich uns immer dringender die Frage, wie wir die Leistungsgesellschaft voranbringen, ohne die Solidarität mit den Gruppen zu verletzen, denen wir uns zuwenden müssen, ob das die Bergleute und die Stahlarbeiter sind oder ob das der bedrohte Familienbetrieb in der Landwirtschaft ist.

Hier ist eine Volkspartei, die sich nicht auf einzelne Gruppen beschränken kann, in einer besonders schwierigen Situation, wenn sie in einer Koalition ist, in der sich der kleinere Partner den eleganten Teil heraussucht, ihn propagiert und die Kärnerarbeit von der großen Partei gemacht werden muß. Das führt gelegentlich ein bißchen zum Frust.

(Beifall)

Ich ärgere mich auch, wenn der kleinere Koalitionspartner den Subventionsabbau verkündet und es dem Bundesfinanzminister – der der CDU angehört – überläßt, zu sagen, wo. Der eine Partner sagt: Jetzt machen wir den großen europäischen Wurf. Wie wir ihn finanzieren, darf dann die CDU sagen. Was wir mit dem Agrarhaushalt machen, sagt die CDU. Natürlich haben wir in der Koalition das Problem, daß die einen dauernd Weihnachten verkünden und wir den Bürgern sagen müssen, wie kalt es im Januar ist. Das ist unser Problem.

(Beifall)

Ich räume auch gerne ein, daß man, wenn man in der Opposition ist, natürlich die großen Würfe locker formulieren kann, immer in dem sicheren Wissen: So genau werden die es ja dann nicht prüfen. Andererseits heißt es gegenüber der Regierung: Nun macht mal, was ihr alles versprochen habt. Befinden wir uns hier aber auch nicht in einer ganz typischen Situation, die wir jetzt nicht überdramatisieren sollten? Die Fülle und Schwierigkeit der Aufgaben, die wir bewältigen müssen, macht eigentlich nur unser „normales Geschäft“ aus: die Arbeit der Regierung.

Nur, dies alles zusammenzupacken, sich zurückzulehnen und zu sagen, das alles ist ja so furchtbar schwierig, und dann zu erwarten, daß da irgendein Weiser auftaucht, der uns sagt, jetzt macht mal so, dann stimmt es, das geht auch nicht. Wir beschließen jetzt also z. B., das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Das Vertrauen der Bürger gewinnen wir dann, wenn jeder einzelne von uns jeden Tag mit den Menschen redet und sich ihnen zuwendet. Daraus wächst Vertrauen, nicht aber aus einem Maßnahmen- und Sachkatalog.

(Beifall)

Wenn vorher jemand gesagt hat, wie wir das in den Landkreisen machen, dann kann ich nur sagen: Wenn ich mir die Landkarte Baden-Württembergs ansehe, dann kann ich Ihnen beinahe bei jedem Kommunalwahlergebnis nicht nur sagen, ob der Bundestrend oder der Landestrend gut ist, sondern dann kann ich Ihnen sagen, ob da Menschen sitzen, zu denen die Bürger Vertrauen haben – so wie zu meinem Vorredner als Betriebsratsvorsitzendem – oder ob dort ein Verein sitzt, der dauernd mit dem Rechenschieber Mehrheiten im Hinterzimmer ausrechnet statt auf die Leute zuzugehen und zu sagen: Mir kannst du vertrauen; ich beweise es dir, daß du an mich glauben kannst.

(Beifall)

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Wir müssen die großen Fragen angehen. Wir müssen auch Vertrauen durch Sachkompetenz gewinnen. Wir müssen den Menschen aufzeigen, wie sich der Wandel eines modernen Industriestaats abspielt. Wir müssen den Leuten erklären, wie die Solidarität zwischen den ländlichen Räumen und den Industriezentren aussieht. Wir müssen den Mut haben, aus unserem christlichen Wertesystem heraus etwa immer die Frage anzusprechen: Dürfen wir als Partei schweigen, solange im reichsten Land der Erde 200 000 Kinder nicht auf die Welt kommen dürfen, weil die sozialen Bedingungen dafür angeblich nicht ausreichen?

Wir müssen drängen auf die Fragen, bei denen die Menschen das Vertrauen haben: Hier ist eine christlich demokratische Partei an der Arbeit, die nicht Gruppeninteressen vertritt, die auch nicht faule Kompromisse schließt, sondern die um die beste Lösung ringt. Wenn wir den Leuten dann auch zugeben, daß dabei sogar Fehler passieren können, dann haben die Leute mehr Vertrauen zu uns, als wenn wir vorgeben werden, gewissermaßen die Zampanos in jedem Fachbereich für jede praktische Lösung zu sein.

Ich glaube, daß das, was die Menschen auch als Vertrauensverlust empfinden, eigentlich ein bißchen tiefer liegt, nämlich in der Frage: Gibt es da eine Partei, deren Programm und Konzeption der Werte wir uns aus allen Gesellschaftsschichten aus innerer Überzeugung wieder zuordnen können? Insoweit brauchen wir keine Wertekommission. Was wir brauchen, ist eine Analyse der Probleme und eine Entwicklung von Fachkonzeptionen, aufbauend auf unserem Wertesystem. Aber dies alles wird eines nicht ersetzen, nämlich die Tatsache, daß Vertrauen in der Zuwendung entsteht. Ich muß noch einmal sagen: Ich bin nun wirklich ein Anhänger pragmatischer Lösungen und sachlicher Auseinandersetzungen, aber wenn Sie einmal in die junge Generation hineinhören, dann ist die Frage: Können wir euch für die Gestaltung der Zukunft vertrauen? Und wenn wir uns da um die einzelnen Gruppen und Menschen bemühen, und wenn jeder, der von der Partei in den vorpolitischen Raum hineingeht, mit den Menschen redet und sie durch Vertrauen an die CDU bindet, dann wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß dieses Vertrauen wächst. Vertrauen kann nicht auf dem Parteitag verordnet werden, es kann nicht beschlossen werden, sondern Vertrauen muß wachsen, und dort, wo Vertrauen angegriffen ist, müssen wir es alle gemeinsam wiederherstellen. Und dazu gehört auch ein Stück Optimismus und ein Stück Fröhlichkeit.

Wenn ich vorher gesagt habe: Ich melde mich an der „Anti-Frust-Front“, dann gibt es ja die berühmte Übersetzung, daß Frust mit Lustverlust gleichzusetzen sei. Manchmal habe ich das Gefühl, die Bevölkerung wäre schon wieder mehr bereit, uns zu vertrauen, wenn wir endlich das Vertrauen einklagen würden und wieder kämpfen würden und die Leute wieder zu uns holen würden. Manchmal habe ich das Gefühl, die Leute stehen schon wieder mehr hinter uns als wir selber.

(Beifall)

Also, wenn wir unsere Partei wieder auf Zukunftsmarsch kriegen, dann kriegen wir die Leute auch wieder hinter uns. Nur, das muß jeder mindestens einmal probieren. Wenn jeder beratschlagt, wie man das probiert, dann kommen wir nicht weiter. Meine Bitte ist – ich sage das auch im Vorfeld der Wahlen in Baden-Württemberg –: Wir kämpfen um ein Ziel, weil wir nicht sagen: Es muß alles stromlinienförmig sein. Wir haben nichts gegen Koalitionen, wir kämpfen auch in Baden-Württemberg um eine Koalition, nämlich um die Koalition des Vertrauens zwischen Bürger und CDU.

(Beifall)

Und wenn ihr alle uns ein bißchen helft, daß es zu dieser Koalition kommt, dann stellen wir eine Koalition, die völlig alternativ zu allen anderen Koalitionen ist. Aber die hält, und sie gibt uns die Möglichkeit, auch in Baden-Württemberg wieder einen Schwung einzuleiten, der dann weiterträgt. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Jetzt haben wir genügend gejamert. Jetzt kommt die Zukunft, und die packen wir jetzt an.

(Beifall)

Paul Crusczy: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Vorzug, das Mikrophon nicht verstellen zu müssen. Da der Vorredner auch Gardemaß hatte, ist mir das erspart geblieben.

Ich muß in diesem Zusammenhang einmal etwas zur Vorbereitung des nächsten Parteitages, zu dem der Bundesvorsitzende unserer Partei etwas gesagt hat, sagen. Heribert Scharrenbroich hat es gesagt: Es ist doch unmöglich, bei der Nennung von Themen der Frage der Arbeitslosigkeit nicht einen gebührenden Raum auf dem nächsten Bundesparteitag zu geben. Das ist doch auch für die Freunde draußen im Lande eine Sache, die sie gar nicht hinnehmen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe also, daß das gemacht wird.

Allerdings, der Grund dafür, warum ich mich gemeldet habe, ist ja nicht nur lauter Freude. Ich muß hier auch Wasser in den Wein gießen. Was einen draußen ärgert: Herr Generalsekretär Heiner Geißler, wenn Sie Analysen anstellen, wenn Sie neue Wähler gewinnen wollen, dann ist das – wie für jedes Parteimitglied auch – Ihre verdammte Pflicht. Ich vermisse allerdings ein bißchen mehr in der Analyse diejenigen, die uns nicht mehr auf dem gleichen Wege folgen können.

Zum Vorsitzenden der Jungen Union möchte ich einmal sagen: Es ist eine dankbare Aufgabe, einmal festzustellen, aus welchen Gründen uns Leute in der katholischen und evangelischen Jugend nicht mehr folgen können. Wir tun so, als wäre das unsere Nachwuchsorganisation, wo sie zum Teil Schwierigkeiten haben, uns das Kreuzchen auf dem Stimmzettel zu geben.

Das Wichtigste, was ich Ihnen mit auf den Weg geben möchte, ist – ich meine, der Dolmetscher des Bundesvorsitzenden, der Generalsekretär, ist ja anwesend, aber das bitte ich dann auch zu beachten: Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß sich draußen in den Kommunalparlamenten die Sprecher der christlich demokratischen Fraktionen bemühen, den Haushalt sozialdemokratischer Mehrheiten unter die Lupe zu nehmen, von denen dann das Argument kommt, die Steuerreform treibt die Gemeinden ins nackte Elend, und daß man dann sagt: Was heißt hier nacktes Elend? Zunächst können die Bürger besser als der Staat mit dem Geld umgehen. Wir geben an die Bürger zurück. Dann kommt allerdings aus der Ecke: Das sagen Sie einmal Ihrem Ministerpräsidenten X oder Y, und das sagen Sie einmal dem christdemokratischen Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt. Und dann ist der Christdemokrat – ob Männlein oder Weiblein – am Ende der Fahnenstange angelangt, und dann sagt er: Sind die da oben so doof, daß die nicht merken, wie sie uns den Teppich unter den Füßen wegziehen? Das muß verhindert werden!

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Herr Oettinger, ich erteile Ihnen das Wort.

Günther Oettinger: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe heute vormittag und heute mittag neun Reden und Grußworten mit Interesse zugehört. Ich meine, wenn ein Parteitag straff durchgeführt werden sollte, könnten sich das Präsidium und die Regie überlegen, ob wirklich jede Rede in dieser Länge hätte gehalten werden müssen. Manche Rede wäre besser zu Protokoll und ins Archiv gegeben worden.

(Vereinzelt Widerspruch)

Aber zur Sache: Ich meine, daß wir heute wiederum die FDP weitgehend ausgespart haben. Zunehmend fällt auf, daß in der Bundespolitik eine Arbeitsteilung stattfindet: Wir, die CDU, übernehmen die Pflicht und die unangenehmen Aufgaben, und die FDP übt sich im Kürlauf. Wir, die CDU, machen die Landwirtschaftspolitik, wir machen die Wehrpflichtverlängerung, wir machen die Sicherheitspolitik, und Genscher und Lambsdorff üben sich bei den populären Themen und versuchen, hier und da und dort im Spagat Wähler zu erwischen.

Ich meine, wir sollten verstärkt das Thema Kartellnovelle, das Thema Vermummungsverbot, das Thema Sozialpolitik, das Thema Außenpolitik ansprechen und deutlich machen, daß sich die FDP zu unseren Lasten bewußt profiliert und drauf und dran ist, uns in der Koalition zu schaden, was wir nicht merken.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir beobachten, wie in Niedersachsen zunehmend der Schwanz mit dem Hund wackelt, wie die FDP mit der CDU wackelt, wenn wir sehen, wie dasselbe in Hessen geschieht, wie dasselbe in Rheinland-Pfalz geschieht, wie die FDP in Hamburg zur anderen Seite rennt, wie die FDP in Schleswig-Holstein gleichermaßen die CDU vorführt, dann meine ich, wir sollten uns stärker unseres Koalitionspartners Freie Demokratische Partei und ihrer Repräsentanten annehmen.

Ein weiteres: Ich habe in der Rede des Bundesvorsitzenden eine klare Aussage zur Landtagswahl in Baden-Württemberg vermißt. Baden-Württemberg ist mittlerweile das einzige Bundesland mit einer alleinigen Regierung unserer Partei, der Christlich Demokratischen Union. Ich denke, es ist ein Glück für die CDU Deutschlands, in Baden-Württemberg noch eine alleinige Landesregierung zu haben. Dort wird Identität gewahrt, dort wird nicht von der FDP hineingefuscht. Deswegen frage ich den Parteivorsitzenden: Hat er ein ernsthaftes Interesse daran, daß auch nach dem 20. März nächsten Jahres in Baden-Württemberg die CDU allein regiert, oder ist ihm eine Koalition mit der FDP genauso lieb? Was sagt die Parteispitze, und was tut die Parteispitze dafür, daß wir ein Bundesland behalten, um damit in Zukunft weitere und neue zu erringen, dort, wo die FDP nicht mitmischt, dort, wo die CDU mit eigener Identität allein in der Regierungsverantwortung steht?

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, in der Reihenfolge der Rednerliste geht das Wort jetzt an Herrn Mayer-Vorfelder, Baden-Württemberg, dann an Herrn Merz, Nordrhein-Westfalen, und danach an Frau Professor Süssmuth.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil der Heiner Geißler in der unnachahmlichen Art, die er hat, die Lagertheorie flott und munter in die Topf- oder Sacktheorie verwandelt hat und weil man dann natürlich immer die Lacher und die Freunde auf seiner Seite hat.

Worum es mir geht, lieber Heiner Geißler, ist nicht die Frage, daß man aufbrechen muß, um neue Wählerschichten zu gewinnen, daß man auch zu neuen Ufern aufbrechen muß, sondern meine Sorge ist, daß man in diesen Aufbruchssituationen oft das alte Ufer vergißt und diejenigen, die treu an diesem Ufer stehen, ihrem eigenen Schicksal überläßt und sie sogar zum Teil ein Stückchen lächerlich macht, weil sie den Aufbruch zu den neuen Ufern noch nicht richtig mitbekommen haben.

(Beifall)

Lieber Heiner Geißler, ich habe nichts gegen diese Erschließung neuer Wählerschichten. Nur dürfen wir nicht diejenigen vergessen, die über Jahrzehnte treu zu uns gehalten haben.

(Beifall)

Die vor den Kopf stoßen, das dürfen wir nicht! Was wir links gewinnen können, werden wir, wenn der Spagat zu groß wird, rechts verlieren, und wir werden damit in der Gesamtrechnung vielleicht ein Stückchen schlechter abschneiden als vorher. Das ist meine Sorge, um die es geht.

Lassen Sie mich das wie folgt verdeutlichen. Ich habe die Änderung der Schulpolitik in Baden-Württemberg gemacht, indem ich gesagt habe: Wir führen wieder etwas ein, was dem gesunden Menschenverstand entspricht. Es geht um das Verhältnis des Nahen zum Fernen. Ich habe z. B. zum Fach Erdkunde gesagt: Ich habe nichts gegen die Behandlung des Reisanbaus in Hinterindien, und ich habe auch nichts gegen die Vermittlung von Wissen über den Klimabereich der Sahel-Zone, aber unsere Schüler sollen nicht zum ADAC gehen müssen, wenn sie den Weg zum Bodensee erfahren wollen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, genau das ist es, was ich meine. Wir haben nichts dagegen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Chile gebrandmarkt werden, aber die 180 Toten an der Mauer sind uns mindestens genauso wichtig wie das, was in Chile passiert ist, mindestens!

(Lebhafter Beifall)

Wir sind auch für die Hilfsmaßnahmen, die in Afrika durchgeführt werden, aber es ist ein Stück Heuchelei dabei, wenn wir uns innerhalb der Partei genieren, uns klar gegen die Abtreibung zu bekennen, und zwar allüberall, in allen Gliederungen. Um diese Dinge geht es!

(Beifall)

Deshalb meine ich, wir könnten ein Stück Aufspaltung in unseren Reihen vermeiden, wenn wir rechtzeitig das „sowohl als auch“ sagen, nicht erst hinterher, wenn an der Basis die große Unruhe entstanden ist. Dann könnten wir manche Auseinandersetzung vermeiden.

Ein letztes möchte ich noch sagen: Behandeln wir in unserer Partei nicht jeden oder jede als Chauvi oder als von gestern, wenn man sich zur Mütterlichkeit bekennt, und reden wir dann nicht gleich von „neuer Mütterlichkeit“. Es gibt keine neue und keine alte Mütterlichkeit; es gibt die Mütterlichkeit in unserer Gesellschaft, auf die wir stolz sind, und deshalb sollten wir das nicht zu klein schreiben.

(Beifall)

Ich nenne auch das Beispiel AIDS. Wenn wir uns über diese wirkliche gesellschafts-politische Schicksalsfrage unterhalten, sollten wir nicht rot werden, wenn wir als Christlich Demokratische Union auch Worte wie Treue und Verantwortung – Verantwortung sich selbst und dem anderen gegenüber – in den Mund nehmen. Das sind Dinge, die wir auch ansprechen müssen!

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Ich bin froh darüber, daß der Ministerpräsident von Baden-Württemberg vorhin hinaufgegangen ist und gesagt hat: Wir sind für die Koalition mit den Bürgern. Aber ich sage jetzt auch in Richtung Bundespartei: Nehmt es uns nicht übel, wenn wir die FDP etwas heftiger verprügeln, als ihr das tut. Bei aller Diskussion um die Macht, die ihre Gefahren in sich birgt – das ist ja in vielen grundsätzlichen Fragen angesprochen worden –, ist die Verteidigung einer absoluten Mehrheit kein Mißbrauch der Macht, sondern das Werben um die absolute Mehrheit ist ein Werben um Vertrauen.

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Herr Merz, bitte schön!

Joachim Merz: Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Herr Generalsekretär Dr. Geißler hat einmal vor wenigen Jahren auf einem Landesparteitag der früheren CDU Westfalen-Lippe ein kluges Wort gesprochen: Er hat damals aus gegebenem Anlaß gesagt, Politik sei eine Kunst, keine Wissenschaft. Heute habe ich ab und zu etwas Zweifel, ob er sich selbst noch an diese Devise hält. Er hat eine intellektuell brillante wissenschaftliche Analyse der Wahl geboten. Ob seine Schlußfolgerungen wirklich ein Kunstwerk sind, ein politisches Kunstwerk, wage ich zu bezweifeln.

Ich möchte ihm dringend empfehlen, den Aufsatz zu lesen, den Frau Noelle-Neumann am Freitag in der „FAZ“ veröffentlicht hat. Sie hat dort unter dem Titel „Die künstliche Spaltung“ statistisch etwas bewiesen, was wir kleinen Künstler an der Basis seit längerer Zeit wissen, daß es nämlich kein besseres Mittel gibt, die Anhängerschaft einer Partei nachhaltig zu vergrößern, als die innere und äußere Geschlossenheit. Als Beispiel haben wir gerade gestern das Wahlergebnis in Wien erlebt. Die Wiener Volkspartei hat sich abweichend von der Österreichischen Volkspartei einen etwas linken grünen Anstrich gegeben und gestern 7,1 % ihrer Stimmen verloren.

Ich möchte etwas weiters dazu sagen. Diskussion schließt, wie der Herr Generalsekretär heute in seiner Rede ausgeführt hat, keineswegs die Geschlossenheit aus. Die programmatische Wegfindung in einer Partei ist möglich, ohne die Geschlossenheit

aufzugeben. Nur, wenn wir uns das Bild der letzten Jahre ansehen, dann haben wir bei uns keine notwendigen Diskussionen erlebt. Diese Diskussionen sind immer wieder verschoben worden. Statt der Diskussionen haben wir gesehen, daß sich führende Politiker unserer Partei streitend medienwirksam zu profilieren versucht haben. Ich erinnere nur an die Situation nach dem 25. Januar dieses Jahres, insbesondere an die leidige Debatte um den Spitzensteuersatz. Ich habe das als eine blamable Geschichte für unsere Partei empfunden.

Wenn man sich das Wahlergebnis einmal genauer ansieht, dann war das recht unverständlich. Wir haben keinen brillanten Wahlsieg davongetragen, aber es gab nach dem 25. Januar überhaupt keine Alternative zur CDU, zu Helmut Kohl. Wenn sich unsere Führungsspitze geschlossen und intern auf eine einheitliche Linie geeinigt hätte, dann hätte man in diesen Verhandlungen geschlossen aus einer Position der Stärke heraus verhandeln können. Das Bild, das in der Öffentlichkeit entstanden ist, war genau das Gegenteil davon.

Meine Damen und Herren, anschließend kam die Wahl in Hessen. Da dachten wir unten an der Basis: So, jetzt wird reagiert, denn mit Wallmann im Bundesrat war dort die Mehrheit gesichert, und man brauchte eigentlich nicht mehr von Bonn auf die in Kiel anstehenden Wahlen zu schielen. Meine Damen und Herren, weit gefehlt, Apel und Genossen haben uns anschließend die Steuerreform zerredet, und wir haben uns in das bekannte Sommertheater gestürzt. Ich sage deutlich „wir“, und ich meine die CDU. Niemand hier im Saal soll dabei mit einem Finger auf Strauß zeigen. Wir wissen doch alle seit längerer Zeit, daß er mit zunehmendem Alter das Bedürfnis hat, jede Woche einmal zu scharnagn. Da soll man doch einfach zur Tagesordnung übergehen, und man kann zur Tagesordnung übergehen, man braucht nicht medienwirksam schlecht zu reagieren, sondern man kann regieren. Das hat der Bundeskanzler mit seiner Entscheidung zu Pershing II dokumentiert. Nachdem wir in die höchst prekäre Null-Null-Lösung hineingeschliddert sind – anders kann man das nicht sagen –, war das nach meiner Meinung die respektabelste und allseitig respektierte Lösung. Das anschließende Gegrummel aus München hat doch diesen Respekt nur noch unterstrichen.

Meine Damen und Herren, das ist es dann aber auch schon wieder gewesen. Ich will jetzt wegen der Kürze der Zeit – man hat die Diskussion hier auf knappe zwei Stunden zusammengestrichen; ich will kein härteres Wort dafür gebrauchen – nur noch mit zwei Dingen vor Sie treten. Da ist die Frage des § 218. Ich bin der Meinung, daß wir bisher keine einheitliche, geschlossene und befriedigende Lösung zu diesem Problem gefunden haben. Ich bin der Meinung, daß wir keine Lösung gefunden haben, die einer christlich-sozialen Partei zur Ehre gereicht und mit der wir vor die Wählerschaft treten können. Ich habe vielmehr das Gefühl, daß manche in unserer Partei diese Diskussion verschieben oder sogar verhindern wollen, weil man hier auf gewisse sozialliberale Gruppierungen irgendwelche Rücksicht nimmt. Ich will ein bißchen polemisch hinzufügen: Es genügt nicht, daß man einen Parteitag mit einem eindrucksvollen Gebet beginnt.

Als allerletztes: Wir erleben im Augenblick nach dem Mordanschlag an der Startbahn West ein zum wiederholten Male abgespieltes Trauerspiel. Fast alle bekunden Bestürzung und Trauer, Zimmermann fordert rechtliche Konsequenzen, die CDU stimmt ihm zu, die Spitze der FDP stimmt verbal mit sehr viel Verzögerungen zu, die

SPD erklärt, es bestünde absolut kein Handlungsbedarf, und am Ende entsteht der Eindruck, als wenn diese Liberalideologen – anders kann ich sie nicht bezeichnen – Baum und Hirsch die Richtlinienkompetenz ausübten. Das haben wir mehrfach erlebt. Dieser Ablauf ist für die Bürger nahezu vorhersehbar geworden, ich möchte sagen, vorhersehbar auch für den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Generalsekretär. Wenn man schon weiß, daß man sich mit seinen Forderungen nicht durchsetzen kann, soll man zumindest verhindern, daß die Unfähigkeit zur Entscheidung und die Zerstrittenheit medienwirksam genüßlich breitgetreten wird – eine Bitte, die ich an unseren Vorstand habe.

Meine Damen und Herren, ich gehöre nicht zur Führungsspitze der Partei. Das sehen Sie schon daran, ich habe mich als einer der ersten gemeldet und bin als einer der letzten drangekommen. Ich bin auch kein Politprofi, und eigentlich wäre ich auch gar nicht hier oben erschienen, aber manchmal reicht es mir, was ich geboten und was ich nicht geboten bekomme. Deswegen war ich der Meinung, daß ich hier heute trotz der hoffnungsvollen Rede des Bundeskanzlers und trotz der kritischen Rede des Generalsekretärs einmal sagen soll, wie die Basis denkt und wie die Basis fühlt.

Schönen Dank.

(Beifall)

Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Lieber Parteifreund Merz, Sie sind nicht einer der letzten, sondern ich habe noch 15 weitere Wortmeldungen vorliegen und möchte in Anbetracht dessen alle weiteren Redner bitten, sich einigermaßen präzise zu fassen, denn alle möchten noch zu Wort kommen. – Danke.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nach diesen letzten beiden Ausführungen sagen: Wir leisten uns einen Bärendienst, wenn wir ständig die alten und neuen Wählerschichten gegeneinander ausspielen.

(Beifall)

Ich habe den Eindruck, es muß am Ende noch die SPD erklären, daß sie die Mutter in der Familie entdeckt hat, so sehr haben wir vergessen, was in der vergangenen Legislaturperiode gerade für die Familie und für die Mütter geschehen ist.

(Beifall)

Haben wir denn völlig vergessen, daß nach den schwierigen 70er Jahren erstmals in den 80er Jahren der Familienlastenausgleich verstärkt wurde, der Graben zwischen den erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Müttern beim Erziehungsgeld zugeworfen wurde, daß darauf geachtet wurde, daß Mutter sein nicht erschwert, sondern möglich gemacht wird. Wir werden diese Politik fortsetzen.

(Beifall)

Seit Bestehen der Rentenversicherung hat es noch nie Anerkennung von Erziehungszeiten gegeben, und wir stellen uns heute hier hin und tun so, als müßten wir es erst neu entdecken. Da möchte ich schon, daß das, was die Union in der Oppositionsphase gefordert und in der Regierungsphase durchgesetzt hat, nicht völlig aus unserer Erinnerung entschwindet. Das könnte nämlich sehr problematisch sein.

(Beifall)

Ausgerechnet diejenigen, die eben angegriffen wurden, haben am meisten dafür gekämpft, daß dies ermöglicht wurde. Es ist schon ein Treppenwitz.

(Beifall)

Ich möchte uns auch daran erinnern: Wer kämpft eigentlich für den Schutz des ungeborenen Lebens? Ich sehe in der Parteienlandschaft niemanden außer der Union, die sich sehr dezidiert für den Schutz des ungeborenen Lebens, für Fragen einer lebensfördernden Politik auch in den neuen Bereichen der Genforschung, der Fortpflanzungsmedizin, der Leihmutterchaft mit ihrem Verbot einsetzt.

In der Welt können wir durchaus ein Beispiel geben, denn dort wird manches sehr fahrlässig gehandhabt.

(Beifall)

Wir haben eine dreifache Aufgabe in diesem Bereich. Wir haben die Aufgabe, das Bewußtsein für Unrecht zu schärfen, das Gewissen in bezug auf den Schutz des ungeborenen Lebens zu schärfen. Es hapert nicht in erster Linie an den gesetzlichen Vorschriften, sondern an der Praxis, was diesen Schutz des ungeborenen Lebens betrifft.

(Beifall)

Heute haben wir viel von Macht und von Machtmißbrauch, den wir nicht wollen, gesprochen. Am heutigen Nachmittag möchte ich noch einmal sagen: Denkt an diejenigen, die ohne äußere Macht und schutzbedürftig sind, die aber vielleicht menschlich sehr starke Wesen sind, nämlich die Kinder.

(Beifall)

Ich möchte Sie nicht mit Worten nach Hause schicken. Wir waren in der Frauenvereinigung nicht untätig. Sie finden an unserem Stand einen Leitfaden mit dem Titel „Kleine Hände“. Nun werden Sie fragen: Was haben wir mit kleinen Händen zu schaffen? Aber auch kleine Hände – Kinder – wollen groß werden. Sie bedürfen unserer Hilfe. Wir sind als Partei dann glaubwürdig, wenn wir in allen unseren Ortsverbänden sagen können: Bei uns braucht keine Mutter ihr Kind abzutreiben. Wir sind für die Menschen da. Wir helfen ganz konkret.

Meine Bitte ist daher: Nehmen Sie diesen Leitfaden mit. Er findet vielerorts ein gutes Echo. Die Menschen sind bereit, zu helfen. In der Diskussion um den Schutz des ungeborenen Lebens ist beides wichtig: zum einen die Klarheit der Gesetze, genauso aber unser ganz konkreter Einsatz für das Leben, für Mutter und Kind. Wir sind gegenwärtig nicht auf einem schlechten, sondern auf einem guten Wege. Setzen wir das, was wir wollen, in die Tat um.

(Lebhafter Beifall)

Frau Barbara Schäfer, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Blüm das Wort. Ihm folgt Stefan Schwarz.

Dr. Norbert Blüm: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eigentlich hatte ich gar nicht vor, aus der Neutralität des Tagungspräsidenten heute herauszutreten. Die Stichworte Chile, Sommertheater und Menschenrechte bewegen mich aber dazu, es zu tun.

Wir haben heute mehr als einmal das christliche Menschenbild beschworen. Wir haben es zum Gegenstand des Nachdenkens auf unserem nächsten Parteitag gemacht. Was ist das eigentlich? Ist das ein Andachtsbild, vor dem wir uns selber bewundern? Ist das die Kerze, die wir vor uns selber anstecken? Oder resultieren aus diesem Menschenbild Pflichten? Was heißt „christliches Menschenbild“? Gibt es vor, wie der Mensch sein soll?

Ich finde, eines der wichtigsten Erbstücke, vielleicht das wichtigste Erbstück, das das Christentum in die Welt gebracht hat, ist die Idee, daß alle Menschen Kinder Gottes sind. Diese Idee ist nicht so erbaulich, wie manche glauben. Sie hat viele Folgen. Es geht um das Prinzip, daß alle Menschen gleich sind, ohne Rücksicht auf die Hautfarbe, ohne Rücksicht darauf, ob sie reich oder arm, ob sie gescheit oder dumm sind, ohne Rücksicht darauf, wo sie wohnen. Die Würde des Menschen hat einen wichtigen Quellgrund im christlichen Menschenbild. Deshalb wäre es eine christliche Fahnenflucht, wenn wir nicht für die Menschenrechte eintreten würden, wo immer sie auf der Welt in Gefahr sind oder beschädigt werden.

(Lebhafter Beifall)

Mich wird niemand davon abringen, dort den Mund aufzumachen, wo Menschen schweigen müssen, dort zu schreien, wo Menschen gequält werden. Ich frage dann nicht nach Noelle-Neumann oder nach Meinungsbefragungen. Es gilt dann, für Prinzipien einzustehen und Zeugnis für christliches Menschenbild zu geben.

(Beifall)

Ich muß mich dann auch nicht in die Höhe der politischen Theorie begeben. Es gibt keinen Grund, Menschen zu foltern. Ich brauche nicht zu fragen, warum jemand gefoltert wird, wer gefoltert wird, zu welchem Zweck gefoltert wird. Auch Kommunisten dürfen nicht gefoltert werden. Niemand darf gefoltert werden.

(Beifall)

Wenn in Chile ein 19jähriges Mädchen mit Benzin überschüttet wird, zur Fackel gemacht wird, wenn Babies mit glühenden Zigaretten gequält werden, damit ihre Mutter bekennt, wird der Norbert Blüm schreien, ob es jemand paßt oder nicht. Ich werde für die Betroffenen den Mund auf tun.

(Beifall)

Nun zum Stichwort „Sommertheater“. Überlegen Sie es dreimal: Mit Theater hat das gar nichts zu tun. Das Wort „Theater“ ist so fehl am Platze, wie etwas fehl am Platze sein kann. Es ist nicht das Minimum von Unterhaltung im Spiel. Bleibt mir damit vom Hals, die Menschenrechte in ein Links-Rechts-Schema einzuordnen. Ein anständiger Rechter ist, wenn es um die Wahrung der Menschenrechte geht, genauso gut wie ein anständiger Linker. Menschenrechte haben mit rechts oder links nichts zu tun. Seid doch nicht so primitiv, immer Schablonen anzulegen. Menschenrechte haben etwas mit dem ursprünglichen Ansatz eines christlichen Engagements für alle Menschen zu tun. Sie haben mit rechts oder links überhaupt nichts zu tun.

(Beifall)

Bleibt aus dem Sandkasten heraus, in dem jene Links- bzw. Rechts-Spiele stattfinden. Diese Spiele gehören alle dem 19. Jahrhundert an. Die großen Herausforderungen der Zukunft haben mit links oder rechts überhaupt nichts zu tun. Es sage mir einer doch einmal, was Umweltschutz mit rechts oder links zu tun hat. Eine verseuchte Umwelt und schlechte Luft bedrücken den Kapitalisten genauso wie den armen Arbeitnehmer. Das hat mit rechts und links überhaupt nichts zu tun.

Sage mir doch einmal jemand, was Landwirtschaft und ihre Probleme mit rechts oder links zu tun haben. Es geht darum, daß der ländliche Raum gewissermaßen einen Rückfall erlebt hat. Wer im ländlichen Raum wohnt – er kann sogar Millionär sein –, ist benachteiligt. Mit rechts und links hat das überhaupt nichts zu tun.

Es ist auch immer von alten Wählern und neuen Wählern, von alten Ufern und neuen Ufern die Rede. Ich kenne mich bei den Fährleuten nicht so aus. Eines aber will ich sagen. Schon der Bauer weiß: Wenn er Neuland zacket, muß er das Stammland doch nicht brachliegen lassen. Ja, wir wollen in Nordrhein-Westfalen an den Speck der SPD heran. Dazu bekenne ich mich.

(Beifall)

Wenn Wählerbewegungen nur eine Bewegung zwischen CDU und FDP wären, wenn wir nur ein paar Prozent zwischen uns hin- und herschöben, blieben wir in Nordrhein-Westfalen bei 42 % der Stimmen. Das wäre die Überlebensgarantie für Rau und seine schläfrige Bruderschaft. Da machen wir nicht mit. Wir wollen an den Speck der SPD heran. Was ist denn daran falsch?

(Heiterkeit und Beifall)

Seid doch nicht so kleinlich, seid doch nicht so kleinlaut: Nie waren die Chancen besser. Sind denn die Arbeitnehmer in diesem rot-grünen Bündnis gut aufgehoben? Die Arbeitnehmer als Koalitionspartner der Petersiliengurus – das kann doch nicht die Zukunft der Arbeitnehmer sein!

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich mag auch das Jammern nicht. Jammern scheint ja ein neuer Nationalsport zu sein.

(Beifall)

Das ist ein spätbürgerlicher Nationalsport. Fehler muß man erkennen – Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung –, ausräumen, und dann muß man weiter zur Sache gehen. Meinen Sie denn, die Leute würde es interessieren, wenn wir dauernd unser Innenleben hier vorführen? So interessant ist das auch nicht.

(Beifall)

Und ich mache auch gegen eine neue Mode der Politikerverachtung Front; das wird schick. Natürlich gibt es bei uns Schuld, Versagen. Und wer noch nie einen Fehler gemacht hat, der hat halt nichts gemacht. Natürlich gibt's bei Politikern – wie in jeder anderen Personengruppe – Fehlleistungen; die müssen wir ausräumen. Aber macht nicht diese Unterwerfungsgeste mit: Ich bin Politiker, soll nie mehr vorkommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Diese sauberen Hände, die da vorgeführt werden, können auch vom Nichtstun kommen. Ich gebe zu: Ich riskiere lieber Fehler und Versagen, als daß ich mich in eine reine Gesinnung zurückziehe, die folgenlos bleibt. Das kann nicht christliche Weltverantwortung sein.

(Beifall)

Ich sehe – modisch und schick – den Rückzug in die kleine, private Gruppe der Selbstbewunderung, und die Öffentlichkeit und das Allgemeinwohl werden den anderen überlassen. Nein, bekennen wir uns zu dem Versuch, bei Irrtum und Versagen das Rechte für die Allgemeinheit zu wollen. Ich sehe einen Verfall des Gemeinwohls – ich meine es so dramatisch, wie ich es sage –, den Rückzug in die kleine Gruppe, und sie verteidigt ihre Privilegien über alles. Die Gesundheitsreform wird ein Test dafür sein, ob wir vor Lobbyisten in die Knie gehen. Sie wird nur durchzuführen sein, wenn jeder etwas in den Kollektorkorb legt. Sie wird nicht durch Poussieren von Kleingruppen durchzuführen sein.

(Beifall)

Wenn wir sparen, dann doch nicht deshalb, weil es uns Spaß macht, sondern deshalb, weil nur durch Sparen überhaupt erst wieder Gestaltungsräume entstehen. Unser Sozialstaat hat Überversorgung: viel zu viele Krankenhausbetten, viel zu wenig Pflegebetten. Also müssen wir Krankenhausbetten abbauen. Wo ein Bett ist, liegt auch ein Kranker drin; das ist nun einmal so.

(Heiterkeit)

Wir müssen den gewonnenen Spielraum für neue Bedürfnisse nutzen, die unbefriedigt sind. Das ist die Aufgabe: Prioritäten setzen, nicht alles gleichzeitig machen.

(Beifall)

Und das will ich jetzt auch noch nach draußen hin sagen: Die Arbeitsteilung passiert auch nicht: Die FDP poussiert die Anbieter, die SPD verspricht den Versicherten alles, und wir machen das Richtige. So nicht! Die Arbeitsteilung funktioniert nicht. Ich denke, wir machen das Richtige, aber wir lassen nicht zu, daß sich andere aus dem Spiel begeben und nur die populären Seiten der Notwendigkeiten verkünden und verteidigen. Wenn schon, dann muß die ganze Koalition das machen.

(Beifall)

Ich freue mich schon auf alle Diskussionen über neue Ideen. Das macht mir auch Spaß. Nur eines will ich auch sagen: Wenn man auf einer schwierigen Wegstrecke ist, im Wald, und nach jedem dritten Schritt fragt, ob man noch auf dem richtigen Weg ist, und nach jedem vierten Schritt die Richtung ändert, dann ist die Gefahr groß, daß man im Kreise herum marschiert. Deshalb: Durchhalten gehört auch zur Tapferkeit, die von uns verlangt ist.

Und noch etwas, so meine ich, müßten wir uns angewöhnen: Für einen Erfolg, da arbeiten wir. Wenn wir ihn haben, eilen wir zur nächsten Forderung weiter, wie Kimbel auf der Flucht vor den eigenen Erfolgen.

(Heiterkeit)

Wir müssen auch das, was wir erreicht haben – die Opposition wird's doch nicht tun; so weit geht deren Nächstenliebe auch nicht –, unsere Erfolge draußen darstellen und verteidigen.

Das war's.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Frau Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm.

Die nächste Wortmeldung kommt von Stefan Schwarz. Gleichzeitig bitte ich Hubert Schill, sich bereitzuhalten.

Ich bitte die nachfolgenden Redner, sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit etwas kürzer zu fassen.

Stefan Schwarz: Hochverehrte Frau Präsidentin, vielen Dank für den Hinweis. – Lieber Norbert Blüm, ich hatte mir eigentlich vorgenommen, einiges mehr zu sagen. Nachdem sich Norbert Blüm hier endlich seiner Haut gewehrt und endlich mit der Vorstellung aufgeräumt hat, daß das mit den Menschenrechten angeblich eine Sache von links oder rechts ist – je nachdem, wo man sich einsetzt –, möchte ich nur eines hinzufügen: Wir haben von seiten der Jungen Union seit einigen Wochen relativ intensive Kontakte in Menschenrechtsgruppen der DDR hinein. Und was glauben Sie wohl, welcher Name uns da um die Ohren gehauen wird, wer schon da war, als die Repräsentanten der CDU Deutschlands noch auf der Leipziger Messe Shakehands mit den Oberen gemacht haben, wer da schon bei diesen Oppositionsgruppen war und sich mit denen bei denen zu Hause auf den Balkon gesetzt hat? Das war eben jener Norbert Blüm, der von Teilen der Union in einer für mich sehr, sehr ungerechtfertigten Art und Weise wegen eines Einsatzes angegriffen worden ist, von dem ich glaube, daß er christlich orientierter Politik nicht nur gut zu Gesicht steht, sondern einfach eine Selbstverständlichkeit ist.

(Beifall)

Ich möchte Sie weiter bitten, daß Sie einmal über das nachdenken, was ich jetzt sage: Stellen Sie sich einmal die Frage, wie es kommt, daß Leute wie Norbert Blüm in der Publikumsgunst, in der Wählergunst, in dem, was Leute uns sagen, die ja auch normal denken und arbeiten, nach oben „marschieren“, aber gleichzeitig bei der CDU und bei deren Funktionsträgern nach unten „marschieren“; daß eine Frau Süßmuth, wie Heiner Geißler es gesagt hat und wie ich es aus vielen Diskussionen mit jungen Leuten bestätigen kann, einen unheimlichen Glaubwürdigkeitsgewinn für die CDU bedeutet, ich aber im Funktionärskörper der CDU gleichzeitig höre, daß man da mit diesen Frauengeschichten nicht zu weit gehen soll – und überhaupt.

(Heiterkeit und Beifall)

Das eine oder andere Gesicht hier kenne ich, und ich weiß das Lachen zu deuten. Ich hoffe, daß das nicht das berühmte, feiste Männerlachen mit Schenkelklopfen ist, sondern daß Sie wirklich weiter nachdenken.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen zum Schluß sagen: Das, worüber heute zum Teil debattiert worden ist, was in den nächsten Monaten auf uns zukommt – das kann ich Ihnen zumindest für unseren Teil versprechen, für die Junge Union, für junge CDU-Mitglieder –, wird uns sehr stark betreffen. Das wird unsere Zukunft sein, über die Sie heute so viel reden und über die Sie entscheiden. Wenn Sie so entscheiden, wie es uns augenscheinlich Schaden zufügt, dann verspreche ich Ihnen, daß wir alles daransetzen werden, daß diese Entscheidung so zustande kommt, daß wir damit leben können, daß Sie in Ruhe Ihre Rente und Ihre Pension kriegen. Politik ist das geduldige Bohren dicker Bretter, egal, vor welchen Köpfen sie sitzen. Wir versprechen, daß wir in der Partei mitarbeiten, um gemeinsam zu einer guten Zukunft zu kommen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Frau Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir werden jetzt noch zwei Wortmeldungen haben, bevor wir in der Tagungsordnung weitergehen und zu den Neuwahlen schreiten. Während der Auszählungen werden wir dann die weiteren Redebeiträge hören.

Das Wort hat nun Hubert Schill. Bitte, ganz, ganz kurz.

Hubert Schill: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Mein ernstes Anliegen ist ein Thema. Ich glaube, das ist heute von dem Herrn Bundeskanzler zwar nicht zu wenig angesprochen worden, aber inmitten der Rede vielleicht doch untergegangen. Ich möchte mich dafür einsetzen, daß wir auf dem nächsten Parteitag im Juni über die Arbeitsmarktpolitik – und hier insbesondere über unsere Arbeitslosen, die eine Zahl erreicht haben, die uns kaum schlafen lassen sollte – mehr sprechen, als es heute in einem kleinen Absatz, der dafür übrig war, geschehen ist.

(Beifall)

Noch ein zweiter Punkt: Es ist hier über viele Dinge gesprochen worden, und es gab auch so ein bißchen Schuldzuweisungen. Ein Thema hat unser Ministerpräsident aus Baden-Württemberg gegessen, und das war das Thema Neid.

Vielen Dank.

Frau Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schill.

Das Wort als zunächst letzte Rednerin hat die Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg, Barbara Schäfer. Bitte.

Frau Barbara Schäfer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Süßmuth hat vorhin schon auf die zentrale Bedeutung der Familienpolitik im Spektrum aller politischen Aktivitäten der CDU hingewiesen. Ich denke, ich sollte dieses noch einmal unterstreichen: Familienpolitik ist für uns der wichtigste Teil der Gesellschaftspolitik. Sie unterstreicht, was uns Kinder wert sind. Sie rührt deswegen an unser Wertesystem von Grund auf.

Ich meine, daß es mit der Kinderfreundlichkeit in unserer Gesellschaft nicht immer auf das Beste bestellt ist. Dies, meine Damen und Herren, spiegelt sich eben auch in der Handhabung des § 218 wider. Wenn wir uns für Kinder einsetzen, muß es darum gehen, nicht nur das Leben geborener Kinder zu schützen und zu fördern, wo immer uns das möglich ist, sondern selbstverständlich auch das Leben ungeborener Kinder.

(Vereinzelter Beifall)

Das heißt, zur gleichen Zeit nicht verständnislos auf vielfältige Notlagen zu reagieren, die es auch in unserer Gesellschaft gibt; denn Notlagen von Müttern, meine Damen und Herren, beziehen sich nicht nur auf materielle Not, sondern sie beziehen sich auch auf psychische Not. Da kommen wir sofort wieder an die Kinderfreundlichkeit der gesamten Gesellschaft heran. Wenn wir uns allesamt nicht als kinderfreundlich erweisen, ermutigen wir auch Mütter nicht zu Kindern.

200 000 Schwangerschaftsabbrüche, die jährlich in der Bundesrepublik gezählt wurden, und hiervon 85 % auf der Grundlage der sozialen Indikation sind zu viele.

(Vereinzelter Beifall)

Ich setze mich dafür ein und mit mir viele meiner Parteifreunde, daß wir diese schwierige Situation verändern. Das werden wir sicherlich nicht von heute auf morgen können. Aber was können wir tun?

Wir sind die einzige Partei, die dieses schwierige Thema öffentlich diskutiert. Auf zwei Parteitagungen haben wir in Baden-Württemberg das Thema gründlich aufgearbeitet. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses im nächsten Jahr auch einmal auf einem Bundesparteitag tun könnten. Wir haben als einzige Partei eine dezidierte Meinung zu diesem Thema. Alle anderen Parteien folgen uns in der Bewertung des Lebens ungeborener Kinder nicht.

Es geht darum, das Bewußtsein zu schärfen, daß Schwangerschaftsabbruch ohne Not Tötung von Leben bedeutet. Es geht aber dann darum, soziale Notlagen zuallererst sozial zu überwinden, d. h. durch Hilfestellung für Mütter in Schwierigkeiten. Helfen wir Müttern, liebe Freunde, dann helfen wir auch den Kindern. – Insofern kann es erst in zweiter Linie darum gehen, zu überlegen, ob wir, ggf. wie wir eine Änderung des § 218 betreiben wollen.

Ich wollte Ihnen noch einmal die Bedeutung dieses Themas vor Augen führen. Es ist für uns eine zentrale gesellschaftspolitische Angelegenheit. Die Geburtenquote spricht ja Bände. Die demographische Entwicklung wird uns in der Zukunft viele Probleme bescheren. Aber das, worauf es eigentlich ankommt, ist, das Bewußtsein wieder neu zu entdecken und zu fördern: Kinder sind nicht nur eine Last, sondern Kinder sind Freude.

(Beifall)

Frau Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch neun Wortmeldungen, die wir während der Auszählungen der Wahlgänge aufrufen werden.

Ich frage Sie: Haben Sie alle Ihre beiden Wahlzettel? Ich bin darauf hingewiesen worden, daß die Freunde aus Nordrhein-Westfalen teilweise ihre noch nicht abgeholt haben. Wenn nicht, holen Sie sie bitte im Tagungsbüro NRW gegen Vorzeigen Ihrer braunen Stimmkarte ab.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich erteile unserem Freund Erik Blumenfeld das Wort.

Erik B. Blumenfeld, Rechnungsprüfer: Frau Präsidentin! Meine Freunde! Die politische Glaubwürdigkeit einer Partei, in diesem Fall der unseren, wird auch daran gemessen, wie sie mit ihren Finanzen, sprich: mit ihrer Kasse, umgeht. Dieses Wort

möchte ich vorausschicken, wenn Alphons Horten und ich den heutigen Bericht, den wir dem Parteitag zu erstatten haben, vorlegen.

Er schließt sich an den Essener Parteitag an. Seinerzeit konnte nur über das Geschäftsjahr 1983 berichtet werden. Wir haben also heute über die Jahre 1984, 1985 und 1986 zu berichten.

Für alle drei Jahre liegen die vom Abschlußprüfer, Professor Pougin, testierten Jahresrechnungen vor. Diese keineswegs nur formale, sondern für die Beschlußfassung über die Jahresrechnung wichtige Feststellung möchte ich an den Anfang meines kurzen Berichtes stellen. Sie ist nämlich die Grundlage der zu beantragenden Entlastungserteilung durch den Parteitag.

Zu den Ergebnissen der Jahresrechnungen und den ihnen zugrunde liegenden Entwicklungen und Ursachen haben wir einige kritische Anmerkungen zu machen. Sie gründen sich auf zahlreiche Gespräche, die wir während der Berichtszeit mit dem Bundesschatzmeister der Partei hatten. Wir wurden laufend über die finanzielle Entwicklung der Bundespartei informiert.

Zunächst noch eine generelle Anmerkung: Konnten wir als Rechnungsprüfer auf dem Essener Parteitag noch einen insgesamt positiven Bericht über die Finanzen der Partei abgeben, so sieht es heute anders aus. Wegen der langen Dauer des Bundestagswahlkampfes und seiner langwierigen Vorbereitungsphase sind die Finanzen der Bundespartei heute in einem fundamentalen Ungleichgewicht.

Der Ihnen vorliegende Rechenschaftsbericht, zu veröffentlichen laut Parteiengesetz, weist Gesamtverbindlichkeiten der Bundespartei von rund 50 Millionen DM aus. Wegen des Einnahmenausfalls aus der Wahlkampfkostenerstattung auf Grund des Wahlergebnisses vom 25. Januar dieses Jahres gab es 1987 Mindereinnahmen von rund 6 Millionen DM. Weiterhin ist festzuhalten, daß für das Jahr 1988 die Bundespartei keine Zahlungen mehr aus dem sogenannten Chancenausgleich erhält, da sie auf Grund der Ergebnisse der Rechenschaftslegung für 1986 in diesem Jahr sogenannte Maßstabspartei wurde – was auch immer das für jeden von uns bedeutet. Das heißt, wenn ich es jetzt richtig und klar übersetze: Einnahmen- und Ausgabenrechnungen der Bundespartei sind in keinem der drei Jahre ausgeglichen gewesen. Die Ausgaben waren stets höher als die Einnahmen.

1984, dem Jahr der Europawahl, betrug die Mehrausgaben rund 12 Millionen DM. Ursache dieser Mehrausgaben war vor allem, worauf wir Rechnungsprüfer kritisch hinweisen möchten, daß die Bundespartei aus den Mitteln der Europawahlkampfkostenerstattung fast 13 Millionen DM an die Landes- und Kreisverbände weitergeleitet hat. Schatzmeister Leisler Kiep hat darüber schon im einzelnen berichtet. Dieses Geld aber hat in den Rechnungen der nachfolgenden Jahre gefehlt und damit zu dem finanziellen Ungleichgewicht, in dem wir uns heute befinden, sehr wesentlich beigetragen.

1985 waren die Mehrausgaben mit rund 8 Millionen DM zwar erfreulich niedriger als 1984, aber im Hinblick auf das geforderte finanzwirtschaftliche Gleichgewicht dennoch entschieden zu hoch. Auch dies hat eine Ursache, auf die wir hinweisen möchten. Diese Mehrausgaben sind fast identisch mit dem, was die Bundespartei 1985 an Leistungen, insbesondere an direkten finanziellen Zuschüssen, für Landtagswahlen erbracht hat.

Die Mehrausgaben des Jahres 1986 von rund 35 Millionen DM sind dann weitgehend auf den Bundestagswahlkampf 1986/87 zurückzuführen.

Auf Veranlassung des Bundesparteivorsitzenden hat der Bundesvorstand im Mai dieses Jahres eine Organisationskommission berufen. Deren Bestandsaufnahme soll dann die Grundlage einer eingehenden Organisations- und Finanzdiskussion auf dem Parteitag im Juni des nächsten Jahres sein. Eine solche Diskussion ist, wie viele Redner eben schon gesagt haben, in der Tat dringend geboten; denn alle Maßnahmen, die jetzt notwendig sind, um das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht der Bundespartei wiederherzustellen, bedürfen einer gründlichen Bestandsaufnahme und einer ausführlichen Diskussion. Die ausreichende Finanzierung der Organisation und der politischen Arbeit der Partei auf allen Ebenen muß ein gemeinsames Anliegen unserer Partei sein.

Aus der Sicht der Rechnungsprüfer will ich einige wenige Detailsaspekte ansprechen, die hoffentlich in die Arbeiten der Organisationskommission einfließen werden, aber auch von der Bundespartei unmittelbar übernommen werden müssen. Erstens. Die Bundesgeschäftsstelle ist mehr denn je zu sparsamster Mittelverwendung und wirtschaftlicher Haushaltsabwicklung aufgefordert.

(Beifall)

Davon darf keine Etatposition ausgeklammert bleiben.

Zweitens. Die Haushaltskontrolle insbesondere für die Wahlkampfetats muß entschieden wirksamer werden.

Drittens. In Zukunft dürfen Haushaltsüberschreitungen nur mit Zustimmung des Bundesschatzmeisters vollzogen werden.

Die Gründung der vorhin erwähnten DICO-GmbH – nicht Disko – war eine gute Maßnahme. Die einseitige Belastung der Bundespartei mit allen Kosten für neue EDV-Kommunikationssysteme war wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Nun sollte die Bundesgeschäftsstelle sorgfältig prüfen, ob ähnliche Maßnahmen zur Entlastung ihres Haushaltes nicht auch noch anderweitig realisiert werden können.

Wir erkennen dankbar an, daß es gerade auch wieder bei der Finanzierung der Bundestagswahl viel gute Hilfe von unseren Freunden und Förderern gegeben hat. Ich möchte mich für die Rechnungsprüfer dem Dank des Bundesschatzmeisters an diese Freunde ganz herzlich anschließen.

Wir möchten abschließend zusammenfassen: Die Finanzierung der Gesamtpartei, ihrer Organisation und ihrer politischen Arbeiten ist mehr denn je eine Aufgabe von hohem politischen Rang und eine vorrangige Aufgabe – so fügen wir hinzu – des innerparteilichen Finanzausgleichs. Im Klartext: Oben bei der Bundespartei in Bonn können nicht mehr mit großem Kostenaufwand die Leistungen für die Gliederungen und Verbände erarbeitet werden, während unten die Einnahmen ankommen.

(Widerspruch)

Sie werden im Juni Gelegenheit haben, Flagge zu zeigen. Ich spreche hier als Rechnungsprüfer dieser Partei, nicht etwa als einer, der dem Lebensalter oder dem Dienstalter nach eines der ältesten Mitglieder dieser unserer Union ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß es darum geht, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Das hat schon der Bundesparteivorsitzende gesagt. Ich wiederhole: Wenn das nicht gelingt, sind wir, auch wenn noch so gute Politik betrieben wird, nicht glaubwürdig. Darauf kommt es an. Deswegen wird es gut sein, wenn Sie im Juni Ihre Zustimmung signalisieren.

Sicherlich wäre es für die finanzwirtschaftliche Situation unserer Partei hilfreich gewesen, wenn die Diskussion schon heute auf unserem Bonner Parteitag hätte geführt werden können. Aber wir wissen, daß wichtige Gründe das verhindern.

Um das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht der Bundespartei wiederherzustellen, bedarf es weitgehender Maßnahmen, über die wir auf dem nächsten Parteitag ausführlich miteinander sprechen müssen. Opfer werden von jedem einzelnen Parteimitglied verlangt werden. Auch im Personalbereich der Bundesgeschäftsstelle hat der Rotstift anzusetzen.

(Beifall)

Herr Horten und ich als Rechnungsprüfer bitten den Parteitag, dem Bundesvorstand für die Jahre 1984, 1985 und 1986 Entlastung zu erteilen.

(Beifall)

Ingrid Roitzsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Blumenfeld. Der Bundesparteitag dankt Ihnen, Erik Blumenfeld, und Alphons Horten für Ihre Arbeit.

Liebe Parteifreunde, uns erreicht soeben die Nachricht, daß der Staatssekretär im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Joachim Knack, verstorben ist. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und ihm ein stilles Gedenken zu widmen. – Sie haben sich zu Ehren von Joachim Knack erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Wer mit der vorgeschlagenen Entlastung des Bundesvorstandes einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Betroffenen, nämlich des Bundesvorstandes, sowie einiger Delegierter ist die Entlastung des Bundesvorstandes einstimmig erteilt.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet deren Vorsitzender Erhard Hackler.

Erhard Hackler, Mandatsprüfungskommission: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Die vom 35. Parteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am heutigen Montag, dem 9. November 1987, auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten überprüft. Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 35. Bundesparteitages weniger als 24 Monate im Amt waren. Die entsprechenden eidesstattlichen Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände und dem ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14.45 Uhr von den 751 voll stimmberechtigten Delegierten des Bundesparteitages 746 anwesend. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum gleichen Zeitpunkt 29 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben. Demzufolge ist dieser Parteitag beschlußfähig.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hackler.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Nach § 29 Abs. 2 des Statuts müssen wir die Wahl des Bundesvorstandes in vier getrennten Wahlgängen vornehmen: im ersten Wahlgang den Vorsitzenden, im zweiten Wahlgang die sieben Stellvertretenden Vorsitzenden, im dritten Wahlgang den Bundesschatzmeister und im vierten Wahlgang die weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes.

§ 43 des Statuts besagt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim sind und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

§ 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet dementsprechend:

Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission, die Sie soeben gehört haben, sind 751 Delegierte wahlberechtigt. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 nicht wahlberechtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um besondere Aufmerksamkeit, wenn ich Ihnen jetzt den organisatorischen Ablauf der einzelnen Wahlvorgänge erkläre. Sie haben in der Zwischenzeit mit viel Disziplin und Geduld den bisherigen Verlauf des Parteitages mitgemacht. In den nächsten Stunden sind diese Disziplin und Geduld bei den beengten Verhältnissen hier im Plenarsaal in besonderem Maße gefordert. Ich bedanke mich schon im voraus für Ihre Mithilfe.

Nach dem Statut der CDU sind die Mitglieder des Bundesvorstandes in geheimer Wahl zu wählen. Um dies sicherzustellen, haben wir insgesamt 30 Wahlkabinen aufgestellt, und zwar je 6 an den beiden Seiten des Plenarsaales und 18 an der Rückseite des Plenarsaales. Wir bitten die Delegierten, die an der rechten und linken Seite ihre Plätze haben, die Wahlkabinen rechts und links aufzusuchen. Die Delegierten, die ihre Plätze an den beiden Mittelgängen haben, bitten wir, die Wahlkabinen an der Rückseite des Plenarsaales zu benutzen.

Wenn Sie in der Wahlkabine Ihre Wahl vorgenommen haben, werfen Sie Ihren Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Dabei zeigen Sie den an den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte, damit Ihre Stimmberechtigung ordnungsgemäß festgestellt werden kann.

Gehen Sie also – darum bitten wir Sie – alle zur Stimmabgabe in die Wahlkabinen und vergessen Sie Ihre Stimmkarten nicht.

An die Gäste und die Vertreter der Presse, des Fernsehens und der Rundfunkanstalten habe ich die eindringliche Bitte, sich während des Wahlganges nicht in den Mittel- und Seitengängen aufzuhalten. Ich bitte, während des Wahlganges den Durchgang für die Delegierten freizuzhalten. Das sind die technischen Details.

Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 17.1 auf:

WAHL DES BUNDESVORSITZENDEN

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem Stimmzettel Nummer 1 des Stimmzettelblocks vor, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde.

Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name „Kohl“, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig. – Soweit die Voraussetzungen.

Ich eröffne jetzt den Wahlgang zur Wahl des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union und bitte die Delegierten, ihre Entscheidung in den Wahlkabinen zu treffen und die Stimmzettel vor den Wahlkabinen abzugeben. Die Wahlhandlung ist eröffnet.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sobald die Wahlhandlung abgeschlossen ist, werden wir in der Aussprache fortfahren. Ich darf deshalb diejenigen bitten, die gewählt haben, wieder Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmen abgegeben? – Nein. Dann bitte ich aber Herrn Lorenz aus Braunschweig und Frau von Westphalen, hier heraufzukommen. Das sind die beiden nächsten, die das Wort erhalten. –

Ich frage nochmals: Sind alle Stimmzettel abgegeben? Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Sind alle Stimmzettel abgegeben? Haben alle Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang zur Wahl des Bundesvorsitzenden.

Wir setzen die Aussprache fort. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Meine Damen und Herren, ich darf bitten, die Gespräche in den Gängen außerhalb der Halle zu führen, aber den Fortgang des Parteitags hier nicht in Frage zu stellen.

Das Wort hat Herr Lorenz vom Landesverband Braunschweig. Ich darf die Delegierten bitten, Platz zu nehmen. – Herr Lorenz, bitte.

Dieter Lorenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man am Parteitag die vielen Reden hört, ist man begeistert. Man vergißt den Alltag draußen und das, was man sich zu sagen vorgenommen hat.

Wir haben auf Parteitag schon viele begeisternde Reden gehört. Aber was danach gewesen ist, war nicht das Schönste. Wir haben erlebt, wie hier Franz Josef Strauß begeistert gefeiert wurde. Und was kam danach, meine Damen und Herren? Jubel am Parteitag, und draußen wurde kräftig gehobelt. Das, meine Damen und Herren, kommt beim Wähler unten in keiner Weise gut an.

Wenn ich morgen in meinem Büro bin und eine Sprechstunde als Bürgermeister habe, dann kommen die Leute und sagen: Hast du deinen Freunden in der Parteispitze gesagt, daß Einigkeit das oberste Gebot ist?

Herr Kohl, Sie haben heute gesagt: Streit in der Öffentlichkeit schadet. Das ist ein richtiges Wort. Nur frage ich Sie: Was tun Sie, damit der Streit beendet wird, damit frühzeitig eingegriffen wird, um Streit zu vermeiden? Im Volk unten besteht die Meinung, Helmut Kohl läßt die Zügel locker, und er führt zu wenig. Ich bitte Sie, Herr Kohl, daß Sie hierzu einmal ein klares Wort sagen. Dieser Häschenwitz darf nicht weiter grassieren: Franz Josef Strauß wird gefragt: Willtu Kanzler werden? Die Antwort lautet: Muttu Kohl fressen. Das, meine Damen und Herren, ist eine im Volk kursierende Meinung, die nicht richtig ist. Dagegen muß etwas getan werden.

Was ist zu tun? Einigkeit macht stark. Das ist das Gebot der Stunde.

Noch eines, meine Damen und Herren. Wir haben dort oben ein Symbol: CDU. Wir haben ein schönes C. Was ist aber aus dem C geworden? Es ist teilweise sehr verkümmert. Taktik und ähnliche Gründe sind im Vordergrund. Hier tut sich beim kommenden Parteitag wahrscheinlich etwas. Aber allzu viele Hoffnungen habe ich nicht. Ich habe schon viele Parteitage mitgemacht, wo wir Grundsätze beschlossen haben. Die Praxis draußen ist dann eine andere.

Wir werden vom Wähler an dem gemessen, was wir sagen und was wir tun. Unsere Politiker müssen glaubwürdig sein. Der nächste Parteitag kann eine Chance sein. Es darf nicht nur gedrucktes Papier herauskommen. Das haben wir schon in Hülle und Fülle. Wichtig ist, daß wir geschlossen ein Programm verabschieden, aber uns auch auferlegen, wie wir das Programm durchführen wollen. Denn beschlossen, gefeiert, begossen und hinterher vergessen – dazu sind die Programme eigentlich viel zu schade.

Lassen Sie uns mit Einigkeit darangehen. Wir werden zum Schluß des Parteitages wieder singen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. Recht und Freiheit sind gefährdet, wenn die Einigkeit fehlt. Darum meine Bitte und mein Appell: mehr Einigkeit in der CDU und Rückbesinnung auf die wahren Werte des C. Dann werden wir wieder Erfolge haben.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort geht an Frau von Westphalen und nachher an Herrn Kaltefleiter. Frau von Westphalen, bitte.

Ich darf darum bitten, daß sich der jeweils nächste Redner schon in die Nähe des Podiums begibt. Damit sparen wir etwas Zeit.

Frau Johanna von Westphalen: Entschuldigung, ich hatte schon gar nicht mehr damit gerechnet. Ich war unter den ersten zehn, die sich gemeldet hatten.

Ich komme jetzt mit einem Thema um die Ecke, das Sie wahrscheinlich schon abgehakt haben. Ich möchte dem Herrn Generalsekretär in einem Punkt widersprechen dürfen. Er hat in seinem Bericht gesagt: Wir haben das ungeborene Leben besser geschützt, wenn auch noch nicht genügend, usw.

Ich möchte hier einmal den Unterschied zwischen Schutz des ungeborenen Kindes und sozialer Förderung aufzeigen. Es stimmt nicht, daß der ungeborene Mensch besser geschützt ist, auch nicht seit der Übernahme der Regierung durch uns. Die Ungeborenen sind seit der sogenannten Reform des § 218 weiterhin rechtlos und ungeschützt. Es wurde noch nie soviel abgetrieben wie heute. Schlimmer noch: In den letzten Jahren ist sogar eine erschreckende Selbstverständlichkeit in bezug auf Abtreibung zu spüren, eine bedrückende Bewußtseinsveränderung bei vielen, auch im Gesundheitswesen und bei den Gerichten, eine Bewußtseinsänderung dahingehend, daß Abtreibung einfach als legal, leicht durchführbar und als nichts Außergewöhnliches angesehen wird.

Das wurde schon im Jahre 1974 von der Sprecherin der Union im Bundestag vorausgesagt. Ich meine, man sollte sich dessen heute ruhig erinnern dürfen. Die heutige Situation zeigt also, daß soziale Maßnahmen allein nicht ausreichen. Ich möchte allerdings betonen, daß ich die sozialen Maßnahmen dieser Regierung für phantastisch erachte. So etwas hat es noch nie gegeben. Frau Süßmuth hat das alles wunderbar erklärt. Sie kann das besser als ich. Ich erkenne das voll an. Ich meine nur, daß das bisher nicht ausgereicht hat, um das Lebensrecht und die Menschenwürde der Ungeborenen zu garantieren und Frauen vor dem Druck der Umwelt zur Abtreibung zu bewahren.

(Vereinzelt Beifall)

Von einem besseren Schutz von Mutter und ungeborenem Kind kann heute nicht die Rede sein. Die Partei müßte sich bis zum nächsten Parteitag in Wiesbaden tatsächlich noch etwas einfallen lassen. Ich meine, sie kann sich da auf Aussagen der Union der 70er Jahre stützen. Die Gruppe der Christdemokraten für das Leben wird gerne daran mitarbeiten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau von Westphalen. – Das Wort hat jetzt Herr Professor Kaltefleiter aus dem Landesverband Schleswig-Holstein und dann Frau Asche aus dem Landesverband Niedersachsen.

Prof. Dr. Werner Kaltefleiter: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl ich aus Schleswig-Holstein komme, will ich nicht zu den Problemen Stellung nehmen, die uns dort zur Zeit unmittelbar betreffen, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde: Was der Bundeskanzler, der Generalsekretär und dann vor allem auch unser Landesvorsitzender heute mittag dazu gesagt haben, sagt alles; dem ist nichts hinzuzufügen. Der Parteitag in Timmendorf war das Beste, was ich je an einem CDU-Parteitag erlebt habe. Ich bin sicher, daß die CDU unter der Führung von Gerhard Stoltenberg doch jetzt wieder den Tritt gefaßt hat, den wir brauchen, um die nächste Landtagswahl erfolgreich bestehen zu können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe mich wegen des Berichts von Walther Leisler Kiep zu Wort gemeldet, der mir Sorge macht. Unter ehrbaren Kaufleuten gilt der Satz: Über Geld redet man nicht, Geld hat man. – Der Bericht von Walter Leisler Kiep hat deutlich gemacht, daß wir kein Geld haben; also müssen wir darüber reden.

Das Problem, vor dem wir stehen, kann in einem kurzen Diskussionsbeitrag nur angerissen werden. Aber wir bedürfen einer grundsätzlichen Neustrukturierung der Parteifinanzierung, denn das Defizit, was er uns für unsere Bundespartei aufgezeigt hat, gibt es in ähnlicher Form auch bei den Sozialdemokraten, und das sollte uns zu denken geben. Hier ist möglicherweise das System falsch.

Es mag richtig sein, daß, wie er angedeutet hat, durch eine Lastenumverteilung zwischen Bundespartei, Landespartei, Kreis- und Ortsparteien einige Probleme vielleicht verringert werden können, aber sie können dadurch nicht gelöst werden. Meine Damen und Herren, das zentrale Problem besteht darin, daß bei uns im internationalen Vergleich Wahlkämpfe eine Verschwendung sondergleichen, die größte Umweltverschmutzung, die es bei uns gibt, sind.

(Zustimmung)

Ich habe auch den Eindruck, daß in wachsendem Umfang an der Basis, für die ich glaube sprechen zu können, der Zweifel wächst, ob die Art, wie wir Wahlkampf führen, auch richtig ist. Und wenn dann die Situation eintritt, daß man meint, die Ausgangslage sei knapp, und noch einmal 5 oder 10 Millionen DM hineingeworfen werden, dann ist das eigentlich nicht zu verantworten.

Deshalb werden wir zu einer wirklichen Neuordnung unserer Parteifinanzierung nur kommen, wenn wir zu einer gesetzlichen Begrenzung der Wahlkampfausgaben kommen. Nennen Sie das bitte nicht eine Utopie. Das gibt es in Großbritannien seit 150 Jahren, und in den letzten 15 Jahren hat man damit in den USA erfolgversprechende Ansätze gemacht.

Herr Bundeskanzler, Sie haben darauf hingewiesen, daß wir uns auf dem nächsten programmatischen Parteitag auch mit dieser Frage beschäftigen müssen. Ich bitte darum, daß wir es nicht auf die Frage der Umverteilung von Lasten zwischen den Organisationsstufen unserer Partei begrenzen, sondern daß wir dieses Grundsatzproblem der Beschränkung der Wahlkampfkosten in die Diskussion einbeziehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Asche. Dann folgt Herr Möltgen.

Frau Ruth Asche: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche hier für die Frauenvereinigung, und zwar für einen großen Teil meiner Frauen. Ich bin Bezirksvorsitzende in Lüneburg.

Auch wir waren sehr betroffen über die Kieler Affäre. Die ganzen Vorgänge haben uns zunächst erst einmal zornig gemacht. Wir haben aber dann den direkten Weg gewählt und Herrn Minister Stoltenberg – er ist nicht hier – direkt geschrieben, auch Herrn Dr. Barschel, als er noch lebte; unser Ministerpräsident, Herr Ministerpräsident Albrecht, hat Kopien davon bekommen.

Ist dies alles nicht nur möglich gewesen, weil hier das in allen Regierungen der Welt übliche Karrieredenken neben einer gehörigen Portion Mittelmäßigkeit und Vertrauensseligkeit die Tätigkeit eines Mannes vom Typ Pfeiffer erst zuließ? Ich bin durch die Briefe motiviert worden, die Herr Generalsekretär Geißler uns vorhin zitiert hat, und

auch durch das, was Herr Ministerpräsident Späth sagte, nämlich durch seine Bemerkungen zur Anti-Frust-Front, die wir jetzt dringend brauchen.

Schlimm war, daß diese Wahlkampfzeitung, die schließlich durch eine Reihe von Händen gegangen sein muß, bevor sie überhaupt gedruckt worden ist, nicht kritisch behandelt wurde. Das hätte doch verhindert werden können. Das ist für uns Frauen der schlimmste Punkt.

Hat sich aber die SPD wirklich nicht vorstellen können, nachdem Pfeiffer Jansen, Börsen und Schulz informiert hat, was da geschah, hat die SPD nicht aus taktischen Überlegungen, weil sie sich große Vorteile für den Wahlkampf versprach, alles absichtlich so weiterlaufen lassen? Auch auf diese Tatsachen müssen wir viel mehr hinweisen.

Wir müssen uns zwar nicht der gleichen Methoden und Mittel bedienen, derer sich die SPD und die anderen bedienen. Unser Stil muß so bleiben, wie er immer war. Aber wir dürfen das dennoch nicht alles schlucken. Solange wir nicht genau wissen, wie Barschel gestorben ist oder wer ihn ermordet hat oder in den Tod getrieben hat, sollten wir uns hüten, vorschnell zu urteilen. Wir sollten wirklich mehr Solidarität beweisen. Das alles ist heute schon gesagt worden. Wissen wir denn überhaupt, wer hinter Pfeiffer steht? Dadurch, daß die Presse sucht und sucht und sucht, was man ihr nicht übelnehmen kann, was aber oft total falsch aufgemacht wird und was dann auch zu falschen Kombinationen verleitet, wird die ganze Geschichte schlimmer, und der Hauptbeteiligte, nämlich Pfeiffer, ist aus dem Schneider. Obwohl sich alle seriösen Journalisten im Grunde schon distanzieren haben, ist doch die Frage erlaubt, ob der Pfeiffer so willenlos war, diese angeleglichen Aktionen gegen sein sogenanntes gutes Gewissen mit guter Bezahlung durchzuführen und unsere Demokratie vernichten zu wollen, denn das war doch offenbar seine Absicht. Denn er hat ja nicht nur uns getroffen, sondern alle demokratischen Parteien gleichermaßen.

Aber die schmutzigen Tricks von Barschel, die ohne Fragezeichen im „Spiegel“ standen: Davon müßten sich doch alle seriösen Journalisten distanzieren. Hinter diesem Bild und hinter diesem Text hätte mindestens ein Fragezeichen stehen müssen. Das ist nach meiner Meinung der eigentliche Skandal.

(Vereinzelt Zustimmung)

Jeder gebe jetzt seine Fehler zu, und seine Parteifreunde, also wir alle, sollten dies alles dann ins richtige Licht rücken, nicht ins falsche. Es ist auch nicht damit getan, daß man jeden Spitzenpolitiker gleich feuert, wenn er Fehler gemacht hat. Der Spitzenpolitiker, der seine Fehler zugibt und daraus gelernt hat, ist besser als sein Nachfolger, der das erst noch schmerzlich lernen muß. Das Wichtigste ist, daß wir alle erkennen, was Verantwortung und Solidarität sind. Frau Süßmuth hat in dem Interview in der Talkshow, die neulich gesendet wurde, sehr gut auch über Macht und Verantwortung gesprochen.

Jeder von uns ist jetzt gefragt. Wer sich jetzt zurückzieht, handelt nicht verantwortungsbewußt. Ich habe meine Frauen aufgefordert, nun erst recht zu sagen, denn Macht, die sich der Verantwortung wirklich bewußt ist, ist weder böse noch ein Höhenrausch, sondern sie ist oft eine sehr schwere und bittere Last. Deshalb sage ich für meine Frauen: Wir sagen dennoch, und nun erst recht.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Asche. – Das Wort geht an Herrn Möltgen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Dann folgt Herr Professor Pinger. Darf ich im Namen des Präsidiums bitten, sich kurz zu fassen, damit alle zu Wort kommen, die sich gemeldet haben. – Bitte, Herr Möltgen.

Klaus Möltgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier heute diskutiert, und es ist gesagt worden, man möge besser miteinander umgehen. Wir haben aber gerade wieder das Gegenteil erlebt. Da möchte ich dem Präsidium eine Rüge aussprechen.

Ich hatte mich zu Wort gemeldet mit dem klaren Hinweis auf dem Wortmeldungszettel, daß ich mich zum Bericht des Bundesschatzmeisters äußern wollte, und ich bin vor der Entlassung des Vorstandes nicht zu Wort gekommen. Ich glaube, so sollten wir in der Praxis auch nicht miteinander umgehen. Vielleicht wäre diese kurze Bemerkung eines Politikers, der seit 13 Jahren eine Kreispartei führt, die bis heute ohne Schulden dasteht, ein Hinweis gewesen, wie man die Finanzen besser in den Griff bekommen kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich hatte mich spontan zu Wort gemeldet, als der Bundesschatzmeister sagte, es müsse eine Umverteilung von unten nach oben kommen, denn da seien angeblich die arme Bundespartei und die reichen Kreisparteien. Dem ist mitnichten so!

(Vereinzelt Beifall)

Nur sind wir offensichtlich bisher auf der Kreisebene besser in der Lage, mit den Finanzen umzugehen, und das, was uns hier an Finanzaussagen geboten wird, würde uns auf Kreisebene nicht lange das Überleben gestatten.

Meine Damen und Herren, ich meine, man kann ja Verständnis dafür haben, daß hier gespart wird. Man kann auch Verständnis dafür haben, daß ein Parteitag auf einen Tag reduziert wird. Man kann auch Verständnis dafür haben, daß wir als die fortschrittliche Volkspartei hier unter eigentlich untragbaren Bedingungen tätig werden sollen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Aber wir können kein Verständnis dafür haben, daß auf der Bundesebene Schulden gemacht werden und daß wir als Kreispartei dafür – und dies auch noch angesichts der Streitereien auf Bundesebene – eintreten mögen. Wir werden dies nicht tun, Herr Bundesschatzmeister, und wir werden sehr harte Gegenmaßnahmen einleiten, sofern das auf dem nächsten Bundesparteitag versucht werden sollte.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Professor Pinger. Bitte schön!

Prof. Dr. Winfried Pinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme auf die Feststellung des Bundeskanzlers von heute morgen zurück, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das innenpolitische Thema Nr. 1 bleibt. Was dieses Thema angeht, haben wir und hat die von uns getragene Bundesregierung beachtliche Erfolge aufzuweisen: 700 000 zusätzliche Arbeitsplätze, Wachstum seit fünf Jahren, und das Wachstum wird sich im nächsten Jahr mit 2 % verstärkt fortsetzen. Es wird auch am 1. Januar 1988 die zweite Etappe der Steuersenkung mit einer Entlastungswirkung von 13,5 Milliarden in Kraft treten.

Dennoch, meine Damen und Herren, prognostizieren die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute für das nächste Jahr ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit um 40 000. Ich meine, da müssen wir doch nachdenklich werden. Die Sozialausschüsse haben zu diesem Thema ein Papier vorgelegt – ich habe es übrigens gelesen –, ein sehr fundiertes, gründlich erarbeitetes Papier, aber ich kann diesem Papier in wesentlichen Prämissen nicht folgen, und auch in den entscheidenden Schlußfolgerungen kann ich und können wir von der Mittelstandsvereinigung ihm nicht folgen.

Dennoch muß überlegt werden – Herr Professor Biedenkopf hat es so formuliert –: Was haben wir falsch gemacht, was müssen wir noch besser machen? Wachstumskräfte sind da, aber sie reichen offensichtlich nicht aus. Die allgemeinen Rahmenbedingungen haben sich verbessert, und sie werden sich im nächsten Jahr weiter verbessern.

Was wir aber feststellen müssen, ist dies: Die meisten Arbeitsplätze sind in den letzten fünf Jahren von den Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten geschaffen worden. In der Statistik von 1977 bis 1985, die uns vorliegt, sind in diesen kleinen Unternehmen 580 000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden, während gleichzeitig in der Großwirtschaft – mit mehr als 500 Beschäftigten – 225 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Es wird auch in den nächsten Jahren so sein, daß die zusätzlichen Arbeitsplätze in den kleinen Betrieben mit ihrer besonders großen Innovationsfähigkeit geschaffen werden können.

Diese kleinen Unternehmen haben aber inzwischen einen Eigenkapitalanteil von nur noch 10,1 %. Das heißt, diese Unternehmen können mit diesem Eigenkapital die hohen Investitionskosten alleine nicht tragen. Wer einen Arbeitsplatz schafft, der immerhin über 100 000 DM kostet, muß ja, wenn er Geld verdient hat, zunächst einmal

beim Finanzamt vorbeigehen und muß dort über die Hälfte abliefern, um dann erst den Rest in Eigenkapital investieren zu können. Ich meine, da müssen wir ansetzen. Wir müssen uns fragen, ob der mittelständische Unternehmer nicht durch einen Freibetrag bei dem verdienten Geld die Möglichkeit erhalten muß, das Eigenkapital zu bilden, das für zusätzliche Arbeitsplätze notwendig ist. Das ist ein Vorschlag, der bei uns in der Mittelstandsvereinigung als Alternative diskutiert wird.

Nun wird es nicht darum gehen, ob dieser oder jener recht hat. Es geht vielmehr darum, daß wir mit allem Ernst die Diskussion führen, wie wir vielleicht zusätzliche Impulse für das Wachstum schaffen können. Deshalb ist meine Forderung, daß der Bundesvorstand genügend Zeit gibt, damit wir diese Diskussion auch auf dem nächsten Bundesparteitag führen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Pinger.

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 717. Ungültig war 1 Stimmzettel. 55 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. 660 Stimmen waren gültig. Die erforderliche Mehrheit beträgt 331 Stimmen.

Mit Ja haben 579 gestimmt, mit Nein 82. Damit ist der Bundesvorsitzende mit 81 % der Stimmen erneut gewählt.

(Anhaltender Beifall)

Herr Bundeskanzler, lieber Helmut Kohl, ich spreche Dir den Glückwunsch des Parteitages aus! Auf dem 21. Bundesparteitag vor 14 Jahren bist Du in diesem Saal zum erstenmal gewählt worden, heute zum achtenmal. Du hast diese Partei durch schwierige Jahre und vor fünf Jahren zurück in die Regierungsverantwortung, in die Bundesregierung geführt. Auch heute müssen wir schwierige Wege beschreiten und die Heimsuchung dieser Tage bewältigen. In einfachen Zeiten kann das jeder. Die CDU und dieser Vorsitzende – mit einem guten Ergebnis – haben die Kraft, das auch an schwierigen Tagen zu tun. Politik ist Dienst. Wir wünschen Dir für diesen Dienst in den kommenden zwei Jahren alles Gute!

(Lebhafter Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde!

Zunächst darf ich die nicht gestellte Frage beantworten: Ich nehme die Wahl an.

(Heiterkeit und Beifall)

Das zweite, was ich sagen möchte, ist ein herzliches Wort des Dankes für Ihr Vertrauen. Es ist jetzt über 14 Jahre her, daß ich in diesem Saal in einer sehr schwierigen Periode unserer Partei zum Vorsitzenden gewählt wurde. Bernhard Vogel hat daran erinnert. Damals gab es viele Prognosen, die die CDU im Abstieg sahen. Ich will sie im einzelnen nicht wiederholen, aber es lohnt sich, gelegentlich einmal im Blick zurück den Weg zu verfolgen, den wir gemeinsam gegangen sind.

Ich habe den Delegierten damals zugerufen: Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß diese Partei, die aus der bitteren Erfahrung der NS-Zeit entstanden ist, die als Union etwas völlig Neues darstellte und darstellt, die mehr als alle anderen – das dürfen wir bei aller Bescheidenheit sagen – nach dem Krieg die Gründerpartei unserer Republik wurde, auch die Kraft hat, in schwierigen Zeiten zu bestehen.

Ich sagte damals: Deutsche Demokratie und deutsche Republik, das ist keine Veranstaltung nur für Sonnenschein. Das gilt auch für die großen, tragenden Parteien unserer Republik, und es gilt ganz gewiß für die Christlich Demokratische Union.

Diese 14 Jahre waren nicht immer leicht. Wenn ich dies ausspreche, ist jedem gegenwärtig, welche Stationen wir gemeinsam durchmessen haben. So, wie wir in der Vergangenheit trotz mancherlei Schwierigkeiten immer wieder von unseren Bürgern berufen und bestätigt wurden – wegen unserer Überzeugung, unserer Fähigkeit zusammenzustehen, gelebter Solidarität und der Kraft unserer Ideen –, so wird das auch in Zukunft sein.

Ich habe heute gesagt, daß ich gern Parteivorsitzender bin, obwohl jeder weiß, daß der Alltag nicht immer rosig ist. Aber ich sprach auch von der Pflicht. Ich habe in all diesen Jahren versucht, mich in die Pflicht zu nehmen, und ich bitte Sie alle, daß Sie sich auch in die Pflicht nehmen.

Dies ist zwar noch kein Schlußwort, aber das eine darf ich schon vorweg sagen: Wer den heutigen Tag erlebt hat, der kann ermessen, daß diese Partei fähig ist, sich in schwieriger Zeit am Kompaß ihrer Werte zu orientieren.

Meine herzliche Bitte an Sie alle ist: Gehen Sie nicht einfach von diesem Parteitag nach Hause und sagen: „Jetzt haben wir Parteitag gehabt, haben neu gewählt.“ – Vielmehr soll jeder für sich an seinem Platz seine Verantwortung übernehmen.

Diese Christlich Demokratische Union ist eine großartige Sache. Ich denke – oft auch im Ärger des Alltags – daran, weshalb ich vor über 40 Jahren zur Union gekommen bin und hier meine politische Heimat gefunden habe: Nicht um Macht zu erlangen – wie man es so oft hören kann – oder irgendeine Position, sondern weil ich wie viele aus meiner Generation versucht habe, aus der Geschichte zu lernen. Dies ist eine der Erfahrungen aus mehr als 40 Jahren Geschichte der CDU.

Wenn wir in diesem Geiste fortfahren – die Älteren, die schon damals dabei waren und Väter und Mütter unserer Republik wurden; meine Generation, die den Stab weitergetragen hat und ihn weitertragen will; die jungen Menschen, die heute hier am Pult eindrucksvoll zu sehen waren – dann haben wir auch Zukunft: Zukunft als Christlich Demokratische Union. Dann können wir weiterhin unseren Beitrag für unser deutsches Vaterland leisten. Stehen wir zusammen, halten wir zusammen!

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir alle wünschen Helmut Kohl noch einmal für die erneut übernommene Aufgabe Glück und Gottes reichen Segen, alles, alles Beste für die Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben für uns alle.

Wir fahren fort in der Tagesordnung, die wir beschlossen haben.

Es folgt TAGESORDNUNGSPUNKT 17.2:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Meine lieben Freunde, die Wahl des Bundesschatzmeisters erfolgt mit dem Stimmzettel Nr. 2 aus dem Stimmzettelblock. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name „Kiep“, „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ steht. Wir haben als einzigen Vorschlag den der Wiederwahl des Schatzmeisters. Ich frage, ob es weitere Vorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Wir haben also nur diesen einen Vorschlag. Ich sage noch einmal: „Kiep“, „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gewertet. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen, sind ungültig.

Meine Damen und Herren, wir wählen wie eben und benutzen die Wahlkabinen. Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmzettel abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, wieder Ihre Plätze im Plenum einzunehmen, denn wir wollen, sobald das möglich ist, die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden anschließen, damit wir unsere Zeit nutzen. Das kann schon während der Auszählung dieses Wahlgangs erfolgen.

Ich frage zunächst einmal: Hatten alle Gelegenheit, ihre Stimmzettel für die Wahl des Bundesschatzmeisters abzugeben? – Gibt es einen Delegierten, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Einige Stimmzettel müssen noch abgegeben werden. Ich wäre dankbar, wenn das Ganze beschleunigt werden könnte, und möchte noch einmal bitten, daß Sie danach wieder Ihre Plätze einnehmen, damit wir in den Verhandlungen des Parteitagés zügig fortfahren können.

Sind jetzt alle Stimmen zur Wahl des Bundesschatzmeisters abgegeben? – Das ist offenbar der Fall. Damit schlieÙe ich den Wahlgang zur Wahl des Bundesschatzmeisters.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben uns darauf geeinigt, die Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden unmittelbar an die Wahl des Bundesschatzmeisters anzuschließen. Ich rufe daher jetzt Punkt 17.3 der Tagesordnung auf:

WAHL DER 7 STELLVERTRETENDEN BUNDESVORSITZENDEN

Meine lieben Freunde, ich gehe davon aus, daß Sie durch Ihre Landesgeschäftsführer inzwischen alle den Stimmzettel bekommen haben, auf dem alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt sind. Gibt es Delegierte hier im Saal, die den Stimmzettel für die Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden noch nicht erhalten haben? – Das ist nicht der Fall. Der Stimmzettel ist offenbar überall verteilt worden.

Zur Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden habe ich noch einige Informationen zu geben. Ich weise darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts bei dieser Wahl die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden muß. Das heißt, es müssen mindestens vier Namen und es dürfen höchstens sieben Namen angekreuzt werden. Stimmzettel, auf denen die Namen von weniger als vier Kandidaten angekreuzt sind oder auf denen Namen von Kandidaten enthalten sind, die gar nicht vorgeschlagen worden sind, sind ungültig.

Meine Damen und Herren, wir verfahren bei der Wahl wie eben. Die Stimmzettel sind in den Wahlkabinen auszufüllen und dann in der vorgesehenen Form abzugeben. Ich eröffne den Wahlgang und bitte Sie, sich jetzt an der Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden zu beteiligen. –

Ich bitte die Mitarbeiter der Abteilung Organisation, noch Wahlurnen für die Wahlkabinen, die sich linker Hand vom Präsidium befinden, zu beschaffen. In den anderen Wahlkabinen sind die Wahlurnen offenbar vorhanden, nicht aber in den Kabinen linker Hand vom Präsidium. Ich bitte also die Mitarbeiter der Abteilung Organisation, diese Wahlurnen zu besorgen.

Meine lieben Freunde, ich möchte Sie bitten, nach der Abgabe der Stimmzettel für die Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden wieder im Plenum Platz zu nehmen. Wir brauchen die nach dem Statut der Partei vorgesehene Mehrheit, um die Änderung des Statuts – es geht um die Gründung der Senioren-Union – vornehmen zu können. Sie alle wissen, daß nach unserem Statut eine qualifizierte Mehrheit notwendig ist. Ich bitte deshalb nach dem Wahlgang zur Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden um die entsprechende Präsenz hier im Plenum.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte wieder Platz zu nehmen, damit wir die beiden noch verbleibenden Wortmeldungen abwickeln können, die zur allgemeinen Aussprache über die Berichte vorliegen. Unmittelbar danach werden wir dann über die Änderung des Statuts beschließen, wofür eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Ich bitte, im Saal anwesend zu sein, damit diese qualifizierte Mehrheit auch erreicht werden kann.

Darf ich fragen, ob noch Stimmen für die Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden abgegeben werden.

(Zurufe: Ja!)

Es sind offenbar einige wenige Stimmzettel noch nicht abgegeben worden. – Sind jetzt alle Stimmen abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang zur Wahl der 7 stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Wir fahren in der Aussprache fort. Jetzt hat zunächst Herr Schwarz aus dem Saarland das Wort. Ihm folgt Frau Reek aus Nordrhein-Westfalen. Dies sind die beiden letzten noch vorliegenden Wortmeldungen. Bitte, Herr Schwarz, Sie haben das Wort.

Günther Schwarz: Herr Präsident! Werte Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Norbert Blüm hat am heutigen Vormittag in seinem Eröffnungsbeitrag auf die jungen Lehrlinge im Bergbau hingewiesen. Diese jungen Lehrlinge verkörpern den Wunsch nach einer Perspektive, was ihre eigene berufliche Zukunft angeht. Heribert Scharrenbroich hat das Thema „Arbeitslosigkeit“ in die Aussprache eingeführt. Ich bin beiden sehr dankbar, weil diese originären Anliegen unserer Politik nicht in Vergessenheit geraten dürfen.

Die Ängste der Arbeitnehmer, vor allem die Ängste der Bergleute aus den Montanrevieren – ich komme von der Saar – sind nicht unbegründet. Sie sind zum einen begründet in der Unfähigkeit der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und auch des Saarlandes, die Standortqualität dieser klassischen Industrieregionen zu verbessern. Liebe Freunde, sie sind aber auch in der Unbekümmertheit und gelegentlichen Kältherzigkeit begründet, mit der sich saturierte Liberale über die Alltagsorgen der Arbeitnehmer, auch und gerade der Bergleute, hinwegsetzen.

(Beifall)

Es ist die eine Seite, bei Festveranstaltungen die hehren Prinzipien der Marktwirtschaft zu beschwören. Es ist aber eine andere Seite, in Betriebsversammlungen oder bei Demonstrationen, wie wir das in der vergangenen Woche Tag für Tag vor den Toren der Bergwerke erlebt haben, in die Gesichter der Menschen zu sehen, ihre Ängste abzulesen und für diese Menschen etwas zu tun. Liebe Freunde, deshalb möchte ich Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und Sie herzlich bitten – diese Bitte richte ich vor allem an die Bundesregierung –, auch dem Überbrückungskonzept der IG Bergbau und Energie die verdiente Beachtung zu schenken.

(Vereinzelt Beifall)

Hier hat eine Gewerkschaft, meine Damen und Herren, versucht, ein realistisches Konzept vorzulegen. Hier ist eine Gewerkschaft bis an die Schmerzgrenze dessen gegangen, was man auch den eigenen Mitgliedern zumuten kann, was Prognosen und Perspektiven angeht. Hier hat eine Gewerkschaft den Mut bewiesen, der in unserer Gesellschaft und auch in unseren Parteien – auch in unserer eigenen Partei – gelegentlich eine Rarität geworden ist. Dies verdient Anerkennung, Beachtung. Ich bitte sehr herzlich um Unterstützung dieser Position.

Wir brauchen sobald wie möglich Klarheit über die Zukunft im Bergbau. Wir brauchen Klarheit darüber, wie der Weg der notwendigen Anpassung sozialverträglich gestaltet wird, was in der Vergangenheit immer gewährleistet war. Wir brauchen vor allem aber auch eine Perspektive, wie es weitergeht, wo die Söhne und Töchter unserer Bergleute und Hüttenleute in Zukunft Arbeit finden.

Meine Damen und Herren, es gibt viele erfolgversprechende Ansätze, auch in der Politik der Bundesregierung. Aber bei der Dimension der Probleme ist all dies in der Summe unzureichend. Deshalb bitte ich darum, diese Bemühungen zu verstärken. Wir dürfen den Landesregierungen an der Saar und in Nordrhein-Westfalen kein Alibi für ihre eigene Erfolglosigkeit dadurch verschaffen, daß wir für die Montanreviere nicht genügend tun.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren, ich stelle immer wieder fest, daß der Bundeskanzler Helmut Kohl über ein beachtliches Vertrauenspotential bei unseren Bergleuten verfügt. Ich bitte sehr darum, daß dieses Vertrauenspotential genutzt wird und daß wir – gerade vor dem Hintergrund der Bedrohungen und Anfechtungen im Bergbau – eine Politik machen, in der dieses Vertrauenspotential auch einen konkreten Widerhall findet.

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf!

(Beifall)

Jürgen Echtermach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schwarz.

Das Wort hat Frau Reeg.

Frau Ruth Reeg: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Parteitagsdelegierte! Ich befinde mich in der unangenehmen Situation, in einem Moment über Kosten zu sprechen, in dem die Kassen der Partei leer sind. Ich habe eine Frage an den Generalsekretär, und prophylaktisch schließe ich gleich eine Bitte an.

Die Frage ist: Stimmt das Gerücht, daß das „Monatsblatt“ und die Zeitung „Frau und Politik“ eingestellt werden sollen? Und wenn ja – jetzt kommt das Prophylaktische –, dann bitte ich Sie sehr herzlich, diesen Beschluß noch einmal zu überprüfen. Ich spreche hier nun naturgemäß für das Vereinigungsblatt „Frau und Politik“. Ich sehe nicht, wie eine Information der Frauen in der CDU hinreichend erreicht werden kann, wenn unser Vereinigungsblatt eingestellt wird. Gerade die letzten beiden Hefte – Frau Professor Süssmuth, ich spreche Sie hier als unsere Vorsitzende an –, das Heft „Ja zum Leben“ und das Heft „Über die Situation der Frauen auf dem Lande“, haben für uns eine Fülle von Informationen gebracht. Diese Informationen würden wegfallen, wenn das Blatt nicht mehr erscheint. Ich habe gehört, daß es nur 2500 Abonnentinnen sind. Das ist natürlich viel zu wenig; das sehe ich auch. Aber man könnte doch – das ist jetzt mein Vorschlag –, eine Werbeaktion starten, und es könnte ruhig bei sechs Ausgaben – anstelle von zwölf – im Jahr bleiben; besser alle zwei Monate einmal als im ganzen Jahr keinmal.

Danke schön.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Reeg.

Das Wort hat der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will die Frage gleich beantworten. Wir haben auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes beschlossen, daß wir alle Ausgaben der Bundespartei überprüfen. Dazu gehören auch die Ausgaben für Publikationen. Eine Publikation stellen wir auf keinen Fall ein, nämlich die „UiD“, „Union in Deutschland“, die beste Informationsbrochüre, die ich Ihnen anbieten kann,

(Beifall)

die ich Ihnen auch zur ständigen Lektüre empfehle. Es lohnt sich mehr, den „UiD“ als den einen oder anderen Leitartikel von Zeitungen zu lesen, die uns angeblich nahestehen.

Das „Monatsblatt“ wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht eingestellt. Wir überlegen eine neue Organisations- und Finanzierungsform.

Die Zeitschrift der Frauen, „Frau und Politik“, wird überprüft, wie alle anderen Publikationen auch. Und wenn es aus finanziellen Gründen zu einer Einstellung kommt, dann werden wir den Frauen im „UiD“ und im „Monatsblatt“ auf jeden Fall zusätzliche Möglichkeiten der Information zur Verfügung stellen. Dann haben sie auch einen viel größeren Verteiler. „Frau und Politik“ hat einen Verteiler von vielleicht 4000, das „Monatsblatt“ von 720 000.

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich rufe nunmehr nach Abschluß des Tagesordnungspunktes 13 den Tagesordnungspunkt 20 auf:

ÄNDERUNG DES STATUTS DER CDU: GRÜNDUNG DER SENIOREN-UNION

Ich darf noch einmal darum bitten, daß die stimmberechtigten Delegierten Platz nehmen, weil bei der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt eine qualifizierte Mehrheit notwendig ist.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gehört der Antrag A 1 des Bundesvorstandes. Sie finden ihn in der Antragsbroschüre I auf den Seiten 1 und 2.

Zur Begründung dieses Antrages gebe ich dem Vertreter der Antragskommission, dem Bundesbeauftragten für die Seniorenarbeit, Gerhard Braun, das Wort.

Bitte schön, Herr Braun.

Gerhard Braun, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Punkt 20 der Tagesordnung sagt aus: Änderung des Statuts der CDU. Ich persönlich bin der Meinung, daß es sich hierbei nicht nur um eine satzungsmäßige Angelegenheit handelt, sondern daß hier gleichzeitig auch ein wichtiger politischer Schritt vollzogen wird, ein wichtiger politischer Schritt für die Zukunft.

Vor fünf Jahren, im Jahre 1982, machte die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf der Weltversammlung in Wien den Versuch, die Lage der älteren Menschen zu analysieren und entsprechende Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Situation zu geben. Der von der Weltversammlung damals verabschiedete Aktionsplan zur Frage des Alterns hob dabei u. a. hervor, daß sich alle Verantwortlichen möglicherweise um eine völlig andere Betrachtungsweise bemühen müssen, um zu verstehen, daß es beim Problem des Alterns heute nicht nur um Schutz und Versorgung geht, sondern vielmehr auch um die Frage, wie man die älteren Menschen mit einbeziehen und mitwirken lassen kann. Und schließlich stellt dieser Aktionsplan

fest: Mit der Tendenz des schrittweise zunehmenden Alters und des wachsenden Anteils der Alten an der Gesamtbevölkerung wird den Politikern bis weit in das 21. Jahrhundert hinein unweigerlich eine der schwierigsten Aufgaben gestellt.

Meine Damen und Herren, genau das, was vor fünf Jahren gefordert worden ist, findet seine Verkörperung in der Senioren-Union, die diese Politik eindrucksvoll vertritt, nämlich weg vom Senioren-Schutzbund und den Senioren-Unterhaltungsnachmittagen und dafür hin zur aktiven, umfassenden Mitwirkung der älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben und der politischen Meinungsbildung in unserem Land.

(Beifall)

Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Delegierte können alle stolz darauf sein, daß wir als CDU eine Pionierrolle übernommen haben, indem wir diesen Wandel im Selbstverständnis und in den Bedürfnissen der älteren Generation sehr früh erkannt und vor allem von Anfang an ernst genommen haben.

Die CDU war nicht nur die erste, sie ist bis auf den heutigen Tag die einzige Partei in unserem Land, die mit der bereits jetzt aktiv arbeitenden Senioren-Union einen kompetenten Sprecher und Vertreter der älteren Generation als Partner hat. In mehr als 650 Orts- und Kreisverbänden gilt die Senioren-Union bereits als verlässlicher politischer Ansprechpartner für die ältere Generation.

Darüber hinaus weiß die ältere Generation ganz genau, daß sie über wertvolle Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügt, und sie will diese Fähigkeiten anwenden. Ältere Menschen wollen und brauchen keine Beschäftigungstherapie, sondern Aufgaben, die ihrem Leben einen Sinn geben und auch anderen von Nutzen sind.

Ich meine, daß die CDU den Erfahrungsschatz der älteren Generation braucht. Es wäre töricht, diesen Erfahrungsschatz in unser politisches Leben nicht miteinzubeziehen.

Meine Damen und Herren, mit der vorgesehenen Gründung einer Senioren-Union wollen wir nicht die Älteren ausgrenzen oder isolieren. Unser oberstes Gebot ist Zusammenarbeit, Zusammenarbeit wie auch in der Vergangenheit insbesondere mit den übrigen Vereinigungen und Gruppen, und vor allen Dingen der ständige Dialog mit der jungen Generation.

Meine Damen und Herren, in dem vor Ihnen liegenden Antrag weise ich besonders auf Ziffer 5 hin. In Ziffer 5 fordert der Bundesparteitag den Bundesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit den Senioren-Beauftragten und den Landesvorsitzenden der Senioren-Union baldmöglichst im Jahre 1988 auch auf Bundesebene diese Gründung durchzuführen, die in einer Reihe von Landesverbänden bereits vollzogen ist.

Wir haben also heute nicht über Altersfragen, über Altersbegrenzungen, über Beitragsfragen zu sprechen, sondern wir haben heute lediglich die Satzung entsprechend zu ändern, um damit die Möglichkeit zu schaffen, daß auch auf Bundesebene diese Senioren-Union gegründet wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ich bitte Sie um ein überzeugendes Votum, damit die über 12 Millionen über 60jährigen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Lande erkennen, wer ihr Ansprechpartner in diesen ihren Belangen ist, nämlich die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Braun. – Bevor ich die Aussprache aufrufe, habe ich zunächst eine Korrektur bekanntzugeben. Ein Findiger hat natürlich gemerkt, daß die Addition der Ja- und der Nein-Stimmen bei der Wahl des Bundesvorsitzenden eine Stimme mehr ergeben hat, als für die gültigen Stimmen bekanntgegeben worden ist. Das spricht für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich habe also die Anzahl der gültigen Stimmen zu korrigieren: Es sind 661. Dann stimmt die Addition der 579 Ja-Stimmen und der 82 Nein-Stimmen mit der Zahl der gültigen Stimmen überein.

Zum zweiten gebe ich das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 698. Enthaltungen: 38. Gültige Stimmen: 660. Die erforderliche Mehrheit sind 331 Stimmen. Mit Ja, also für Walther Leisler Kiep, stimmten 593, mit Nein 67. Damit ist Herr Kiep zum Schatzmeister wiedergewählt.

(Beifall)

Offensichtlich ist Walther Leisler Kiep von der Schnelligkeit der Kommission überrascht worden. –

(Walther Leisler Kiep betritt das Podium)

– Da kommt er.

Herr Kiep, Sie haben das Ergebnis gehört. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Walther Leisler Kiep: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kiep. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

(Beifall)

Sie haben ein schweres Amt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Zur Aussprache zu Tagesordnungspunkt 20 habe ich bisher drei Wortmeldungen vorliegen: Herr Heiko Mühr vom Landesverband Oldenburg, Herr von Mirbach, Niedersachsen, und Frau Elisabeth Zumstrull vom Landesverband Niedersachsen. – Herr Mühr, bitte schön, Sie haben das Wort.

Heiko Mühr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Braun hat schon einiges zur Senioren-Union gesagt. Dazu gibt es eine unterschiedliche Meinungsbildung in einer Reihe von Landesverbänden. Auch ich möchte deshalb dazu kurz etwas sagen.

Satzungsfragen sind auch Machtfragen. Satzungen bestimmen letztendlich die Struktur der Willensbildung in der Partei. Nicht ohne Grund ist deshalb eine qualifizierte Mehrheit notwendig, um Satzungen zu verändern. Satzungsanträge, die die Satzung verändern wie der vorliegende Antrag zur Schaffung einer Senioren-Union bedürfen deshalb der besonderen Aufmerksamkeit des Parteitages. Ich bitte Sie um diese Aufmerksamkeit.

Die Frage der Senioren-Union ist eine Frage der Integration älterer Menschen in der Partei. Es ist die Frage, ob die CDU fähig ist, in den Parlamenten und in der Partei mit Älteren über die Probleme der Älteren zu diskutieren. Wenn ich mich hier im Saal umschaue, wenn ich in den Bundestag gucke, in die Landtage, in die Kreistage, dann meine ich, daß es uns auf Grund der Altersstruktur der Fraktionen möglich sein müßte, das in der Partei auch ohne eine Senioren-Union zu bewältigen.

(Beifall)

Wir haben, im Gegenteil, ein anderes Problem, das Problem der Überalterung, das Problem der Überalterung der Fraktionen, das Problem der Überalterung der Parteimitgliedschaft, das Problem der Überalterung unserer Wählerschaft. Das ist das Problem, dem wir entgetreten müssen.

(Beifall)

Dieses Problem wird sich noch verschärfen. Ältere werden in Zukunft angesichts der Geburtenentwicklung das Gesicht der Partei immer stärker prägen. Bald werden sie nicht nur die Mehrheit der Mandatsträger stellen, sondern auch die Mehrheit der Parteimitglieder an der Basis.

Vereinigungen wie die Frauenvereinigung, wie die Sozialausschüsse, wie die Junge Union sind geschaffen worden, um Minderheiten zu organisieren, die sich im Prozeß der Willensbildung der Partei sonst nicht artikulieren könnten. Das trifft bei einer Senioren-Union nicht zu.

Aus diesem Grund ist es, meine ich, nicht notwendig, eine Vereinigung Senioren-Union mit eigenem Vorstand, mit eigenen Satzungen zu schaffen. Ich glaube, wir sollten diese weitere Fraktionierung unserer Partei verhindern. Wir brauchen die Älteren in den Ortsverbänden der Partei und nicht in einer Senioren-Union.

(Beifall)

Ziel muß es sein, die Älteren für die Mitarbeit in dieser unserer Partei zu gewinnen. Wenn wir aber Ältere, die außerhalb der Partei stehen, gewinnen, an der CDU interessieren wollen, können wir das viel besser über locker organisierte Arbeitskreise und nicht über eine Vereinigung der CDU. Wenn jemand erst in einige Vereinigung der

CDU eintreten muß, ist die Hemmschwelle viel größer. Ich plädiere deshalb dafür, offene Arbeitskreise zu gründen und an die Partei über Senioren-Beauftragte anzubinden. Ich glaube, daß das für außerhalb der Partei stehende Ältere viel attraktiver wäre.

Danke.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mühr. – Das Wort hat Herr von Mirbach, Landesverband Niedersachsen. Ihm folgt Frau Zumstrull.

Gunter von Mirbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verfolge mit Interesse das große Engagement von Herrn Braun für die älteren Mitbürger in unserem Land. Er tut damit sicherlich einen wichtigen Dienst sowohl für die älteren Menschen als auch für die CDU. Gleichwohl denke ich, daß die schon eben genannten Argumente von Herrn Mühr uns zum Nachdenken anregen sollten. Die CDU hat schon sieben Vereinigungen auf Bundesebene. Und es ist richtig, daß diese Vereinigungen gerade deshalb gegründet worden sind, weil sie Gruppen zusammenführen können und sollen, die in der Partei ansonsten Durchsetzungsschwierigkeiten hätten.

Ältere Menschen sind aber in unserer Partei schon stark vertreten, überdimensional insbesondere in den Fraktionen. Ich glaube, daß die älteren Menschen gar keinen Wert darauf legen, eine zusätzliche Institution innerhalb der Partei zu erhalten.

Ältere Menschen sind doch auf Grund ihres Fundus von Erfahrungen und ihrer natürlichen Autorität in der Lage, sich zu artikulieren, sich Gehör zu verschaffen und damit auch ihre Interessen zu vertreten.

Ich meine, daß die Senioren-Union schlicht und ergreifend unnötig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich mache mir auch Sorgen um den Charakter der Volkspartei. Wann kriegen wir denn dann die Vereinigung der Mittelalterlichen, die nicht mehr zur Jungen Union, aber auch nicht zur Senioren-Union gehen können, weil sie gerade zwischen 35 und 55 Jahre alt sind?

Wir brauchen keine Senioren-Union; denn wir haben genügend ältere Menschen in der Partei. Wir sollten Senioren-Beauftragte ernennen. Wir sollten Gesprächskreise gründen und lockere Zusammenschlüsse von älteren Menschen in der Partei initiieren. Im übrigen sollten wir eine Politik für ältere Menschen machen. Damit erreichen wir viel mehr, als wenn wir wiederum eine neue Institution schaffen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, dem Antrag des Bundesvorstandes nicht zu folgen.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Mirbach.

Das Wort hat Frau Zumstrull. Ihr folgt Frau Maria Schinzel aus Hessen.

Elisabeth Zumstrull: Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ein Ausspruch Norbert Blüms heute vormittag hat mich bewogen, mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu melden. Norbert Blüm sagte sinngemäß: Wir müssen uns mehr um ein Miteinander in der Partei bemühen, nicht um ein Nebeneinander. Ich meine, wir sind mit diesem Tagesordnungspunkt gerade wieder dabei, das Nebeneinander zu forcieren und zu verstärken.

(Beifall)

Auch wenn ich jetzt vielleicht die Argumente meiner Vorredner wiederhole, so lassen Sie mich das dennoch sagen; unter Umständen prägt es sich dann noch etwas mehr ein. Was sind Aufgaben der Vereinigungen? Sie sollen den Einfluß der Minderheiten stärken. Die Senioren sind in unserer Partei keine Minderheit, und sie sind in der Partei auch nicht minder vertreten.

Die Vereinigungen sollen Bevölkerungsgruppen an die Partei heranzuführen. Ich glaube, unsere Senioren haben ihren politischen Standort gefunden.

Wir kommen immer mehr zu einer Aufspaltung der Union. Der Dialog der Generationen wird durch eine Gründung der Senioren-Union immer mehr erschwert, wenn nicht gar unterbunden. Verschiedene Gruppierungen in der Union schmoren sozusagen in ihrem eigenen Saft, statt miteinander zu sprechen, sich gegenseitig ihre Probleme anzuhören.

(Beifall)

Glauben Sie mir, es ist ernst zu nehmen: Die Union wird immer weniger eine einigende Volkspartei. Stattdessen entwickelt sie sich immer mehr zu einer Ansammlung oder Addition von Vereinigungen.

Damit wir uns richtig verstehen: Ich bin für eine aktive Mitarbeit der Senioren in der Partei. Ich bin für Senioren-Kreise. Ich bin dafür, daß die Senioren in unserer Partei gut vertreten sind. Aber zu einer Senioren-Union mit ihrem ganzen Aufbau sage ich ein klares Nein.

(Beifall)

Schauen wir uns doch einmal ganz kritisch im Saal um. Letztendlich sind wir alle – wenn nicht jetzt schon, dann aber bald – Senioren-Union.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Zumstrull.

Die Diskussion hat weitere Delegierte angeregt, sich zu Wort zu melden. Wir haben jetzt noch vier Wortmeldungen. Daher bitte ich, sich etwas zu konzentrieren, jedenfalls was den zeitlichen Umfang angeht.

Das Wort hat Frau Schinzel. Ihr folgt Herr Kleinhammer aus Niedersachsen.

Maria Schinzel: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Maria Schinzel, und ich bin die Landesvorsitzende der Senioren-Union in Hessen.

(Beifall)

Wir haben auf Druck der älteren Generation vor zwei Jahren einen Landesverband gegründet, der allerdings noch immer im Rahmen eines Arbeitskreises tätig ist. Sie glauben nicht, was für einen Zulauf es gibt. Wir haben mit drei Kreisen in Hessen angefangen und sind heute bei 17 Kreisen von 26. Das soll mir eine Frauenvereinigung oder eine Junge Union nachmachen.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube auch nicht, daß die drei Sprecher vor mir im Namen aller Niedersachsen gesprochen haben; sonst täte es mir um dieses Land leid.

(Oh-Rufe)

Es ist doch so, daß 12 Millionen über 60jährige einfach nicht unter den Tisch gefegt werden können. Das ist doch die Generation, die aufgebaut hat und die das meiste für unser Land getan hat. Ich glaube, die junge Generation wäre schlecht beraten, wenn sie gerade die ältere ablehnen würde. Es sind sehr viele unter uns, von denen die Jungen noch etwas mitnehmen und etwas lernen können. Wir wollen sie nicht bevormunden, aber wir möchten ihnen beratend zur Seite stehen.

Ich bin auf jeden Fall dafür, daß eine Senioren-Union gegründet wird; sonst sind Tausende älterer Menschen enttäuscht. Die Folgen müßte diese Partei nachher tragen.

Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

Heinz Soénius, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schinzel.

(Maria Schinzel erleidet einen Schwächeanfall)

Meine Damen und Herren, wir fahren in den Beratungen fort. Das Wort hat Herr Kleinhammer.

(Widerspruch)

– Frau Schinzel ist in bester Obhut bei Frau Dr. Hansen.

Wir fahren fort. Herr Kleinhammer, bitte schön, Sie haben das Wort.

Fritz Kleinhammer: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich hoffe, daß dieser kleine Vorfall uns vielleicht zum Nachdenken anregt. Jedenfalls möchte ich den jungen Vorrednern jetzt eines zum Nachdenken geben. Ein Auftreten für Vereinigungen, die schon existieren, sollte nicht dazu führen, Bemühungen um andere Vereinigungen als nicht erforderlich zu beurteilen.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, die Vereinigungen der CDU – ich würde fast sagen: als zusammengewürfelte Haufen; ich habe bewußt übertrieben – sind die Glieder unserer Partei, und bis jetzt haben sie immer bewiesen, daß sie die Grundlage unserer Partei sind, wie hier vorhin von einem jungen CDU-Mitglied behauptet wurde, der auch die Wahrheit sagte.

Die Junge Union von gestern, meine jungen Freunde, das ist die CDU von heute und die Senioren von morgen. Sie als Junge Union von heute sind die Senioren von morgen. Wenn Sie behaupten, in diesem Raum schon überwiegend Senioren zu sehen, dann freuen Sie sich bitte mit uns, daß Sie diese Senioren noch haben. Wir würden liebend gerne sehen, wenn hier die Hälfte junge Menschen wären, wenn wir soviel davon hätten.

Wenn man dann fragt: wozu in Arbeitskreisen? Meine Damen, meine Herren, ich nehme an, Sie hören und sehen die Sendungen der Grauen Panther. Wollen wir diesen das Feld allein überlassen, oder sind wir bereit, auch von uns aus zu sagen: unser Dank gehört dem Alter? Denn die Älteren haben es ermöglicht, daß wir heute hier stehen können, und wir ermöglichen es, daß morgen die jetzigen Vertreter der Jungen Union hier stehen.

(Beifall)

Dann ist hier das Wort „Seniorenbetreuung“ gefallen. Ich darf gerade die Kommunalpolitiker unter uns mal bitten, darüber nachzudenken, wie es war, als die Jugendbetreuung in den Kommunen und in den Kreisen kam. Da standen wir teilweise hilflos da. Wir hatten in unseren Reihen niemand, den wir dort hinsetzen konnten; jedenfalls niemanden, der überall mit Erfolg gearbeitet hat. Wir haben die hauptamtlichen Jugendbetreuer und Jugendpfleger bekommen. Ich weiß nicht, ob wir überall in den Kommunen darüber glücklich sein können. Geben Sie die Möglichkeit, aus der Seniorenunion ehrenamtliche Seniorenbetreuer in die Kommunalparlamente, in die Rathäuser zu bekommen, damit auch wir dort unsere Leute haben und damit dort nicht nur die der anderen Seite sind. Wer die Senioren von heute nur in Arbeitskreisen beschäftigen möchte, muß sich fragen lassen, wo er arbeiten will, wenn er 20 Jahre älter ist.

Ich bitte Sie sehr, sehr herzlich, dem Antrag der Antragskommission Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Prof. Dr. Winfried Pinger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich habe noch drei Wortmeldungen: Zunächst Frau Griesinger; der nächste Redner ist dann Herr Michael Eble.

Annemarie Griesinger: Meine lieben Freunde! Ich war engagiertes Mitglied der Jungen Union, ich war sehr gerne dabei. Ich war engagiertes der Frauenunion, ich war sehr gerne dabei. Und jetzt steht vor Ihnen eine Jungseniorin. Ich bin jetzt mit großer Freude bei der Seniorenunion in Baden-Württemberg, ich bin gerne dabei.

(Beifall)

Unsere CDU ist nicht nur eine Addition von Vereinigungen. Liebe Leut', wir kriegen doch durch unsere Vereinigungen Männer und Frauen – auch Ihr in der Jungen Union junge Leute – dadurch rein, daß wir ein gutes Geschäft und eine gute Arbeit machen. Ihr müßt sympathische Leute sein, dann kriegt Ihr auch sympathische Leute rein. Genauso wollen wir es bei der Seniorenunion machen.

Wir wollen auch Menschen – Frauen und Männer – einladen, die nicht CDU-Mitglieder sind, die es vielleicht noch werden, die CDU wählen. Vielleicht haben sie die ganze Zeit etwas anderes gewählt. Wir wollen Heimat geben für die CDU. Das ist doch unser Wunsch, liebe Freunde.

Darum haben wir gute Erfahrungen damit gemacht, ein Gesprächsangebot zu machen. Liebe jungen Freunde der Jungen Union, wir in Baden-Württemberg haben ein gutes partnerschaftliches Verhältnis zwischen Senioren und Junger Union, RCDS und Schülerunion. Das ist unsere Aufgabe, hier Gesprächsangebote zwischen Alt und Jung zu suchen.

Und ein Letztes: Abendveranstaltungen sind für alt werdende Menschen oft schwer zu besuchen. Wir machen Mittagsangebote. Wir machen Besuchsangebote in vielen Bereichen. Es kommen viele einsame Menschen, die sonst keine Chance hätten. Wir bereichern damit unsere Arbeit in der Christlich Demokratischen Union.

Ich will schließen mit einem Wort von dem gescheiten Mann Johann Wolfgang von Goethe. Er ist selber alt geworden und sagte darum vielleicht auch voller Überzeugung: „Alt zu werden, ist Gottes Gunst, jung zu bleiben, ist Lebenskunst.“ Jung bleiben wollen wir in der Seniorenunion, um engagiert für unsere Partei und für unsere Politik zu werben. Geben Sie uns diese Chance, liebe jungen Freunde; Ihr habt dann eine Chance, wenn auch Ihr mal älter werdet, weiterhin eine gute Heimat in Eurer Partei zu behalten.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Winfried Pinger, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Eble, Baden-Württemberg.

Michael Eble: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Ortsvorsitzender der Jungen Union in Friedrichshafen, und ich möchte Sie dringend bitten, für diesen Antrag zu stimmen.

(Beifall)

In Friedrichshafen ist vor fünf Jahren eine Seniorenunion gegründet worden. In diesen fünf Jahren hat der Vorsitzende Herr Westerhold über 400 Mitglieder für diese Seniorenunion geworben. Morgen ist Jubiläum. Ich darf dort als Vorsitzender der Jungen Union ein Grußwort sprechen. Ich würde mich schämen, wenn ich einen negativen Beschluß des Bundesparteitages dorthin mitnehmen müßte.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie wirklich noch einmal dringend bitten. Es geht nicht um eine Ausgrenzung der älteren Generation. Aber die ältere Generation möchte sich in einer Seniorenunion in anderen Versammlungsformen versammeln und mit denen, die aus dieser Gruppe aktiv sind, dort das Gespräch suchen. Das ist wichtig, und das ist notwendig. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Winfried Pinger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das war die letzte Wortmeldung.

Wir kommen zur Abstimmung. Bei der beantragten Änderung des Statuts der CDU ist nach § 41 Satz 3 die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten erforderlich. Das sind 376 Delegierte.

Sie haben gehört, daß die Antragskommission Annahme empfiehlt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag der Antragskommission. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen wollen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Wir können von hier oben feststellen, daß bei dieser überwältigenden Mehrheit die nach dem Statut erforderliche Stimmzahl eingehalten worden ist.

(Beifall)

Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der Wahl der sieben stellvertretenden Bundesvorsitzenden bekannt. Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 663. Ungültig: 1 Stimme. Gültige Stimmen demnach 662. Für die Wahl waren jeweils 332 Stimmen erforderlich.

Es entfielen auf Dr. Stoltenberg 572 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Norbert Blüm 555 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Walter Wallmann 535 Stimmen,

(Beifall)

auf Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth 515 Stimmen,

(Beifall)

auf Dr. Lothar Späth 494 Stimmen,

(Beifall)

Herrn Dr. Ernst Albrecht 444 Stimmen,

(Beifall)

und auf Frau Dr. Hanna-Renate Laurin 432 Stimmen.

(Beifall)

Ich frage die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen.

Herr Dr. Stoltenberg? –

(Beifall)

Gratulation.

Herr Dr. Blüm? – Wir gratulieren.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Walter Wallmann? – Gratulation.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. Rita Süßmuth? – Herzlichen Glückwunsch.

Dr. Lothar Späth? – Glückwunsch auch Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Ernst Albrecht? – Herzlichen Glückwunsch.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurin? – Herzlichen Glückwunsch.

Beifall)

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 17.4:

WAHL DER 20 WEITEREN MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Ich gehe davon aus, daß alle wahlberechtigten Delegierten den Stimmzettel für die Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes erhalten haben. Gibt es dazu Widerspruch? – Dann gehe ich davon aus.

Da Ihnen die Stimmzettel vorliegen, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß wir die Namen nicht noch einmal vorlesen.

Ich bitte an der rechten Seite Platz zu machen. Es wird darum gebeten, daß die Wahlurnen gegenüber und von mir aus links benutzt werden. Der Weg an der rechten Seite muß frei bleiben. Ich bitte um Verständnis.

Ich eröffne den Wahlgang zur Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes.

Nach § 43 Abs. 3 des Statuts sind Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel – also 15 – der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, ungültig. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen mehr als 20 Kandidaten angekreuzt sind.

Ich eröffne das Wahlverfahren und bitte die Delegierten, in den Wahlkabinen ihre Stimmzettel auszufüllen. Haben alle Delegierten ihre Stimmzettel? –

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Ich darf fragen, ob alle Stimmen abgegeben sind. – Offensichtlich sind einige Delegierte noch nicht in der Lage gewesen, ihre Stimme abzugeben. Ich wäre dankbar, wenn diese Delegierten das nachholen und alle anderen Delegierten Platz nehmen würden, damit wir in den Beratungen fortfahren können.

Wir haben sowohl noch eine Reihe von Wahlgängen zu erledigen wie auch eine ganze Reihe von Anträgen zu beraten. Jetzt steht zunächst die Wahl der Rechnungsprüfer und die Wahl von drei Mitgliedern des Bundesparteigerichts an. Daneben werden wir die Anträge weiterberaten. Bisher ist erst ein Antrag beraten und abgestimmt worden.

Haben jetzt alle Delegierten ihre Stimme abgeben können? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang.

Ich rufe dann Punkt 18 der Tagesordnung auf:

WAHL DER RECHNUNGSPRÜFER

Dazu sind nach unserer Satzung die Delegierten der Exil-CDU nicht stimmberechtigt. Vorgeschlagen für die Wahl der Rechnungsprüfer sind die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten. Es wird also deren Wiederwahl vorgeschlagen. Darf ich fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Das ist nicht der Fall. Darf ich fragen, ob geheime Wahl verlangt wird. Anderenfalls bestünde die Möglichkeit, diese Wahl auch in offener Abstimmung vorzunehmen. Wünscht jemand eine geheime Abstimmung? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann darf ich diejenigen Delegierten, die Herrn Blumenfeld und Herrn Horten in ihrem Amt bestätigen wollen, um das Handzeichen bitten. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß Herr Blumenfeld und Herr Horten mit großer Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen in ihrem Amt bestätigt worden sind. Ich bedanke mich.

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf:

NACHWAHL VON 3 MITGLIEDERN DES BUNDESPARTEIGERICHTES DER CDU FÜR DIE ZEIT BIS ZUM 6. 11. 1988

Der Vorschlag des Bundesvorstandes zu dem Tagesordnungspunkt befindet sich bei Ihren Tagungsunterlagen. Es werden vorgeschlagen als Ordentliches Mitglied Dr. Walter Kiwit aus Siegburg und als Stellvertrende Mitglieder Frau Dr. Pia Rumler-Detzel aus Köln und Carl Sträter aus Berlin. Darf ich fragen, ob abweichende Vorschläge gemacht werden. – Das ist nicht der Fall. Darf ich fragen, ob ein Delegierter geheime Abstimmung möchte. – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die den drei Vorgeschlagenen ihre Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Ich sehe keine Stimme. Ich bitte um Enthaltungen. – Auch nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß Frau Dr. Pia Rumler-Detzel, Herr Dr. Kiwit und Herr Sträter damit zu Mitgliedern bzw. Stellvertretenden Mitgliedern des Parteigerichts gewählt worden sind. Ich bedanke mich. – Ich darf jetzt das Tagungspräsidium an Frau Verhülsdonk weitergeben.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Wir können jetzt fortfahren in der Antragsberatung.

Es kommen jetzt die Anträge, die unter B vermerkt sind. Ich rufe den Antrag B 1 auf. Antragsteller ist die Junge Union. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Der Vorschlag der Antragskommission ist ausgedrückt. Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission – Vorbereitung eines Antrages für den nächsten Parteitag – abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Einstimmig so angenommen.

Ich rufe dann den Antrag B 2 auf. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf der Seite 10. Wünscht die Antragskommission oder der Antragsteller das Wort? – Offensichtlich nicht. Dann lasse ich über die Empfehlung auf Seite 10 abstimmen. Der Parteitag begrüßt die Initiative der Jungen Union zur Bekämpfung – Ach so, darüber haben wir schon abgestimmt. Entschuldigung, wir sind mittlerweile schon so weit, daß wir bei B 3 gelandet sind.

Zum Antrag B 3 vom Landesverband Saar. Wünscht der Antragsteller das Wort? – Bitte schön, Herr Jacoby.

Peter Jacoby: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich akzeptiere das Votum der Antragskommission in der Weise, daß jetzt eine Priorität gesetzt wird zur Vorbereitung des nächsten Bundesparteitages. Aber ich möchte trotzdem nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß das Anliegen, eine Zukunftskommission zu berufen, doch entscheidend auch von anderen Themen geprägt sein muß, d. h. daß es auch andere Themen gibt, die über die Vorbereitung des nächsten Parteitages hinaus zu bearbeiten sind, denen wir uns zuwenden müssen. Deshalb

plädiere ich dafür, daß die Vorbereitung des nächsten Bundesparteitages thematisch so, wie es vorgesehen ist, die eine Sache ist und daß wir auf der anderen Seite das Anliegen genereller Art, eine Zukunftskommission zu berufen, nicht aus den Augen verlieren.

Vielen Dank.

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag in der Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Eine Enthaltung; sonst einstimmig angenommen.

Dann rufe ich den Antrag B 4 auf. Wünscht der Antragsteller das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht ebenfalls nicht das Wort. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für die Annahme des Antrags? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Angenommen.

Antrag B 5 auf der Seite 13 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission wünscht nicht das Wort. Dann bitte ich um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Eine Enthaltung.

Dann rufe ich den Antrag B 6 auf Seite 6 der Broschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 6 anzunehmen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine Enthaltung.

Antrag B 7. Auch hier wird empfohlen, anzunehmen. Wird das Wort gewünscht? – Nein. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Danke schön.

Antrag B 8. Wortmeldungen? – Offensichtlich nicht. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Seite 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine.

Antrag B 9: Frauen in der Bundeswehr. Sie haben inzwischen eine neue Beschlußvorlage – Empfehlungen der Antragskommission – erhalten. Es wird empfohlen, diesen umfangreichen Antrag an die Fachausschüsse Frauen, der neu bestellt werden soll, und Sicherheitspolitik weiterzuleiten, damit von dort für den Bundesvorstand eine Beschlußvorlage erarbeitet wird. Der Teufel steckt hier im Detail. Wenn es uns wirklich darum geht, Gleichberechtigung der Frauen in der Bundeswehr herbeizuführen, dann ist noch über vieles nachzudenken.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für die Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? –

Dann haben wir den Antrag B 10. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. – Doch, da gibt es eine Wortmeldung. Ist sie zurückgezogen worden? – Nein, sie ist gerade heraufgebracht worden. – Bitte schön.

Ulrich Tapper: Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich habe mich hier nicht zu Wort gemeldet, um für oder gegen den Antrag zu sprechen, sondern meine Wortmeldung dient lediglich dem Zweck, auf etwas aufmerksam zu machen.

Hiermit wird die Möglichkeit geschaffen, mißliebige Ehepartner zu kriminalisieren. Es dürfte im Grunde genommen für den angezeigten Ehepartner in den wenigsten Fällen möglich sein, seine eventuelle Unschuld zu beweisen. Trotz des Grundsatzes „Im Zweifelsfalle für den Angeklagten“ bleibt immer noch den Geruch des Täters an ihm haften.

Schönen Dank.

(Vereinzelt Zustimmung)

Frau Roswitha Verhülsdonk, Tagungspräsidium: Da ich zu diesem Punkt die Antragskommission zu vertreten habe, möchte ich Sie bitten, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen. Der Bundestag hat sich am Freitag bereits mit diesem Punkt „Vergewaltigung in der Ehe“ beschäftigt, und die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf im Sinne des Antragstellers angekündigt.

Ich bitte also, über den Antrag abzustimmen. Die Empfehlung lautet: Annahme im Grundsatz. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Das sind weniger. – Bitte schön, zur Geschäftsordnung?

(Zuruf: Ich kann Ihre Aussage, daß hier Annahme empfohlen wird, nicht nachvollziehen! Es ist Nichtbefassung vorgeschlagen!)

– Doch, es gibt eine neue Empfehlungsvorlage, die im Saal ausgeteilt worden ist. Sie weist aus, daß der Antrag angenommen werden soll.

Dort wird gesagt: Wir begrüßen, daß die Opferschutzgesetzgebung vorangetrieben wird, und wir sprechen uns dafür aus, daß eine Gesetzgebung zum Thema „Vergewaltigung in der Ehe“ erfolgt. Über diese neue Empfehlung – nicht über die, die Sie zugeschickt bekommen haben – lasse ich abstimmen.

Ich wiederhole die Abstimmung. Wer ist für diese Empfehlung der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Das erste war die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? – Danke.

Es ist eben vergessen worden, über den Antrag B 2 abzustimmen. Der Antrag B 2 bezieht sich auf die Einführung eines Menschenrechtsbeauftragten. Sie haben eine Beschlußempfehlung verteilt bekommen.

Ich lasse jetzt noch über den Antrag B 2 abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Das ist die große Mehrheit. Wer ist dagegen? – Drei Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltungen. Danke schön.

Damit sind alle Anträge außer dem Antrag C 1 verabschiedet. Der Antrag C 1 ist heute mit der erforderlichen Anzahl der Unterschriften als Initiativantrag eingebracht worden. Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vorliegenden Form.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, den Antrag in der vorgelegten Form anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Vielen Dank.

Damit übergebe ich die Geschäftsleitung wieder an den Präsidenten des Parteitages, Herrn Blüm.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß Frau Schinzel, unsere engagierte Landesvorsitzende der Seniorenvereinigung Hessens, auf dem Weg ins Krankenhaus ist. Wir wünschen ihr von unserem Kongreß aus alles Gute.

(Beifall)

Das Ergebnis der Wahl der weiteren Beisitzer liegt noch nicht vor, so daß ich Sie bitten möchte, einige Minuten zu warten. Das ist deshalb notwendig, weil möglicherweise eine Stichwahl erforderlich ist. Der Parteitag wird in wenigen Minuten fortgesetzt.

(Unterbrechung des Parteitages wegen Stimmenauszählung)

Ich will nur eine Zwischennachricht geben: Es bestehen berechnete Aussichten, daß wir das Ergebnis in fünf Minuten vorliegen haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich bedanke mich, daß Sie so lange Geduld hatten, und gebe die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt.

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 697; ungültig: 1; Enthaltungen: keine. Also, gültige Stimmen: 696. Für die Wahl sind mindestens 349 Stimmen erforderlich.

Und jetzt die Einzelergebnisse: 1. Dr. Bernhard Vogel, 666 Stimmen.

(Beifall)

Herr Vogel, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Bernhard Vogel: Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: 2. Eberhard Diepgen, 663 Stimmen.

(Beifall)

Herr Diepgen, nehmen Sie die Wahl an? Ich sehe ihn —

3. Wilfried Hasselmann, 586 Stimmen.

(Beifall)

Herr Hasselmann, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Wilfried Hasselmann: Ich nehme die Wahl an.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: 4. Birgit Breuel, 568 Stimmen.

(Beifall)

Frau Breuel, nehmen Sie die Wahl an?

5. Erwin Teufel, 554 Stimmen.

(Beifall)

Ich frage Herrn Teufel, ob er die Wahl annimmt. – Ja, gut.

6. Dr. Renate Hellwig, 549 Stimmen.

(Beifall)

Renate Hellwig ist krank und übermittelt uns, daß sie annimmt.

7. Dr. Manfred Wörner, 549 Stimmen.

(Beifall)

Herr Wörner, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Manfred Wörner: Ja.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: 8. Elmar Pieroth, 521 Stimmen.

(Beifall)

Herr Pieroth, Sie nehmen die Wahl an? – Ich höre nichts Gegenteiliges.

9. Ulf Fink, 520 Stimmen.

(Beifall)

Herr Fink? – Sie nehmen die Wahl an.

10. Roswitha Verhülsdonk, 515 Stimmen.

(Beifall)

Sie nehmen die Wahl an?

Frau Roswitha Verhülsdonk: Ja.

11. Christoph Böhr, 514 Stimmen.

(Beifall)

Herr Böhr, Sie nehmen die Wahl an? –

12. Dr. Horst Waffenschmidt, 510 Stimmen. – Herr Waffenschmidt, Sie nehmen die Wahl an? –

Dr. Horst Waffenschmidt: Ich nehme die Wahl an! –

Beifall

13. Christa Thoben, 500 Stimmen.

(Beifall)

Frau Thoben, Sie nehmen die Wahl an? –

14. Matthias Wissmann, 469 Stimmen.

(Beifall)

Herr Wissmann, Sie nehmen die Wahl an? –

15. Dr. Bernhard Worms, 465 Stimmen.

(Beifall)

Ich gehe davon aus, daß Sie die Wahl annehmen. –

16. Professor Dr. Kurt Biedenkopf.

(Beifall)

Kurt Biedenkopf, ich gehe davon aus, daß Sie die Wahl annehmen. –

(Zurufe: Stimmen?)

– Entschuldigung: 455 Stimmen für Kurt Biedenkopf.

17. Barbara Schäfer, 452 Stimmen.

(Beifall)

Barbara Schäfer, ich gehe davon aus, daß Sie die Wahl annehmen. –

18. Peter Jacoby, 450 Stimmen.

(Beifall)

Herr Jacoby, Sie nehmen die Wahl an? – Vielen Dank.

19. Graf von Schwerin, 449 Stimmen.

(Beifall)

Sie nehmen die Wahl an? –

20. Dr. Christian Schwarz-Schilling, 421 Stimmen.

(Beifall)

Herr Schwarz-Schilling, Sie nehmen die Wahl an. –

Nicht gewählt wurden Albrecht Martin und Leni Fischer. Auch ihnen unseren Dank.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unseres Parteitages. Es war ein nachdenklicher Parteitag, ein entschlossener Parteitag, ein Parteitag nachdenklichen Engagements.

Mir bleibt es, Ihnen zu danken; zuerst und vor allem den Delegierten, die mit einer solch großen Konzentration und Disziplin diesen Parteitag mitgestaltet haben. Ich danke unseren Gästen, der Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich danke den Mitarbeitern der Beethovenhalle vor und hinter den Kulissen, die uns bedient und geholfen haben.

(Beifall)

Ich danke den Helfern des Bonner Malteser-Hilfdienstes.

(Beifall)

Ich danke den Beamten der Bonner Polizei mit dem Gruß an ihre Kollegen.

(Beifall)

Ich möchte auch den Kollegen danken, die aus dem Bundesvorstand nach vielen, vielen Jahren der Mitarbeit ausgeschieden sind. 20 Jahre war unser Freund Heinrich Windelen Mitglied des Parteivorstandes. Er hat nicht mehr kandidiert. Ihm unseren Dank für seine langjährige Mitarbeit.

(Beifall)

Das gleiche gilt für unseren Freund Professor Zeitel, der auch nicht mehr kandidiert und dem Bundesvorstand viele, viele Jahre angehört hat. Beiden verdienten Kollegen und Parteifreunden unsere Anerkennung, unseren Respekt, unseren Dank.

(Beifall)

Ich möchte der CDU-Geschäftsstelle für diesen Parteitag, seine Vorbereitung und Organisation danken, dem Bundesgeschäftsführer Peter Radunski und dem Organisationsleiter Karl Schumacher.

(Beifall)

Fahren Sie nach Hause mit dem Gruß an unsere Parteifreunde, mit dem Gruß in die Betriebe, Vereine, Familien. Berichten Sie Gutes von unserem Parteitag.

Das Wort hat unser Parteivorsitzender.

(Beifall)

Bundskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Ende dieses arbeitsreichen Tages – unseres 35. Bundesparteitages – ein kurzes Wort zum Abschied.

Zunächst will ich einmal dem Parteitagspräsidium danken, allen voran Norbert Blüm.

(Beifall)

Er hat in seiner eigenen, so unnachahmlichen Weise die Leitung der Tagung übernommen. Wir haben wieder einmal erlebt, was seinen Charme ausmacht. Auch wenn man sich gelegentlich über ihn ärgert – dieser Charme stimmt immer wieder versöhnlich.

(Heiterkeit und Beifall)

Norbert Blüm, herzlichen Dank.

Als nächstes ein sehr, sehr herzliches Wort des Dankes an Sie alle, die Sie heute in sehr gedrängten, engen Verhältnissen diesen Parteitag miteinander gestalteten. Es war ein wichtiger Parteitag in einer ungewöhnlich schwierigen Zeit. Die Vorberichte haben es gezeigt, auch die Gespräche in der Partei haben es gezeigt. An diesem Tag hat jeder spüren können, was wir im Moment – aus vielerlei Gründen – an Problemen

zu bewältigen haben. Ich bin sicher: Wenn wir zusammenstehen und in einer offenen und fairen Weise miteinander umgehen, werden wir es schaffen.

Die Diskussion war gelegentlich auch eine streitige Diskussion. Das ist selbstverständlich für eine freiheitliche Partei. Wir haben diese Diskussion heute so geführt, wie ich es mir auch für die nächsten zwei Jahre, für die Amtszeit dieses gerade gewählten Vorstandes wünsche: wir haben miteinander geredet und nicht übereinander. Das ist genau der richtige Stil und die richtige Form der Auseinandersetzung.

(Beifall)

Ich bin für die Beiträge und die Anregungen dankbar, nicht zuletzt auch für die kritischen Beiträge. Viele in der deutschen Öffentlichkeit hätten nicht verstanden, wenn wir heute einen Parteitag „zelebriert“ hätten, bei dem nicht auch die kritischen Töne deutlich geworden wären.

Denjenigen, die aus einer gewissen Distanz Parteitage beurteilen, die selbst vielleicht nie in einer Partei tätig und nie Parteitagsdelegierte waren, sage ich: Es kommt an einem solchen Tag nicht darauf an, daß alles, was gesagt wird, mit letzter Vollendung, mit letztem Schliff vorgetragen wird. Für mich ist die Glaubwürdigkeit und das persönliche Engagement dessen, der als Delegierter ans Pult tritt, von größerer Bedeutung. Ich will ausdrücklich all denen danken, die hier diskutiert haben.

Liebe Freunde, wir stehen vor wichtigen Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik und auch in der Innenpolitik. Dieser Parteitag führt, wenn man sich die Amtszeit des neu gewählten Vorstandes betrachtet, in das Vorfeld der nächsten Bundestagswahl 1990. Wir werden in den nächsten zwei Jahren alle Kraft brauchen, um das Vertrauen von vielen Millionen Menschen in der Bundesrepublik zu rechtfertigen, auch das Vertrauen, das viele unserer Freunde im Ausland in die Christlich Demokratische Union Deutschlands gesetzt haben und immer wieder setzen. Wir gelten – und das ist unser Verdienst – als ein verlässlicher Partner. Das wollen wir bleiben: ein verlässlicher Partner für unsere Freunde, berechenbar aber auch für unsere Gegner. Jeder soll wissen, woran er mit uns ist.

Wir haben im nächsten Jahr zwei wichtige Landtagswahlen zu bestehen: die Landtagswahl in Baden-Württemberg, bei der wir gemeinsam auf Sieg setzen.

In einem der Debattenbeiträge wurde die Frage gestellt, ob wir dort um jeden Preis eine Koalition bilden wollen. Ich finde diese Frage abwegig. Es ist selbstverständlich, daß wir um jede Stimme kämpfen. Wir wünschen uns, daß die CDU in Baden-Württemberg unter der bewährten Führung von Lothar Späth mit der Mehrheit der Stimmen und Mandate im Landtag ihre gute Politik fortsetzen kann.

(Beifall)

Unsere Freunde in Baden-Württemberg wissen, daß die Bundespartei und natürlich auch ich selbst alles tun werden, um zu einem Sieg beizutragen.

Wir stehen im Laufe des kommenden Jahres vor einer wichtigen Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Sie ist nicht zuletzt auch aus Gründen wichtig, die heute niemand zu erläutern braucht. Bei dieser Wahl wird es darauf ankommen, daß die Landespartei aus neu gewonnener innerer Kraft, aus neu gewonnener Überzeugungsfähigkeit ihr Bestes gibt. Aber dies werden unsere Freunde dort nur leisten können, wenn sie immer wieder und bei jeder Gelegenheit spüren, daß sie vom Vertrauen und von der Sympathie der Gesamtpartei getragen werden. Alle, die nicht unmittelbar vor Ort Verantwortung tragen, müssen sich mit Ratschlägen zurückhalten.

Wir werden unsere Freunde in Kiel nach Kräften unterstützen, und ich bitte jeden, daran mitzuwirken.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn wir geschlossen antreten, dann haben wir – auch nach den Erfahrungen und Heimsuchungen der jüngsten Zeit –, selbstverständlich auch in Kiel eine gute Chance, und wir werden sie wahrnehmen.

(Beifall)

Im Juni nächsten Jahres treffen wir uns auf dem nächsten Bundesparteitag, über den wir heute schon gesprochen haben. Es wird ein Parteitag sein, der ausreichend Zeit bietet für eine intensive Diskussion wichtiger Zukunftsfragen unseres Landes – Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, Fragen auch, die die Werteordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates betreffen, schließlich auch Fragen, die sich an unser Selbstverständnis als Christlich Demokratische Union richten.

Mein herzlichster Wunsch ist, daß dieser Parteitag nicht nur von der Bundesparteiführung, sondern auch von den Kreis- und Ortsverbänden sorgfältig vorbereitet wird, daß die Vorlagen, die Ihnen rechtzeitig zugehen werden, bearbeitet und diskutiert werden. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß unsere Partei dann, wenn sie gemeinsam an den Themen von morgen arbeitet, ihre größte Überzeugung gewinnt.

So wird sich erweisen, was sich auch in den vergangenen Jahren immer wieder erwiesen hat: daß diese Christlich Demokratische Union Deutschlands die bestimmende politische Kraft der Mitte in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Ich habe heute aus gutem Grund am Ende meines Rechenschaftsberichtes aus dem Aufruf der Kölner Gründungsmitglieder von 1945 zitiert. Es tut uns allen gut, gelegentlich etwas Abstand zu gewinnen von den Geschäften des Tages, sozusagen zurückzutreten und zu fragen: was haben die Männer und Frauen vor uns getan, was waren ihre Motive, ihre Grundsätze, wovon haben sie sich leiten lassen? Ich bekenne als einer, der nach dem Kriege als junger Mann in diese Partei eingetreten ist, daß ich mir, je älter ich werde und je mehr Verantwortung mir durch Ihr Vertrauen übertragen wird, immer häufiger die Frage stelle: Entsprechen wir den Maßstäben, die andere vor uns gesetzt haben?

Ich finde, es ist wichtig, sich diese Frage zu stellen – gerade auch in einer Zeit, in der eine neue Generation antritt, die intensiv nach Werten, nach Sinnorientierung sucht. Wir sollten diesen jungen Menschen dankbar sein, daß sie wieder die wesentlichen Fragen in den Vordergrund stellen. Wir sollten diese Fragen aufnehmen und ohne jede Selbstgerechtigkeit zu beantworten suchen, und wir sollten auch zugeben, wenn wir nicht immer sofort zu einer Antwort fähig sind.

Die Christlich Demokratische Union ist für viele von uns seit langen Jahren, für manche seit Jahrzehnten, politische Heimat. Ich verwende dieses Wort, weil es mehr ausdrückt, als den Hinweis auf irgendeinen politisch strukturierten Interessenverband. Wir haben uns zusammengefunden, um unseren Ideen und – auch dieses Wort verwende ich aus gutem Grund – unseren politischen Idealen zu dienen. Das ist unser Auftrag. Das erwarten auch unsere Freunde, unsere Anhänger, unsere Wähler. Das erwarten die Menschen überall, die uns in all den vergangenen Jahrzehnten bei wichtigen Wahlen ihr Vertrauen schenken und auch in Zukunft schenken werden.

Liebe Freunde, stehen wir zusammen und rechtfertigen wir dieses Vertrauen, nicht durch große Worte, sondern durch unsere Taten – eingedenk des geschichtlichen Auftrages, der für uns heute genauso gilt, wie bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, der in der Präambel unseres Grundgesetzes niedergelegt ist und an dem wir festhalten: für die eine deutsche Nation einzutreten, für unser Vaterland – in Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Beifall)

(Die Delegierten erheben sich und singen die Nationalhymne)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen. Auf Wiedersehen in Wiesbaden.

(Schluß: 18.58 Uhr)

Beschlußprotokoll
des 35. Bundesparteitages
9. November 1987 – Bonn

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
9. Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), Dr. Heiner Geißler MdB
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP
- 12.1 Bericht des Bundesschatzmeisters der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), Walther Leisler Kiep
- 12.2 Vorlage der Rechenschaftsberichte 1985 und 1986 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
Einführung: Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep
13. Aussprache zu den Berichten
14. Bericht der Rechnungsprüfer

15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Bericht der Mandatsprüfungskommission
17. Wahl des Bundesvorstandes
 - 17.1 Wahl des Bundesvorsitzenden
 - 17.2 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 17.3 Wahl der 7 Stellvertretenden Bundesvorsitzenden
 - 17.4 Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
18. Wahl der Rechnungsprüfer
19. Nachwahl von 3 Mitgliedern des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit bis zum 6.11.1988
20. Änderung des Statuts der CDU:
 - Gründung der Senioren-Union
21. Sonstige Anträge
22. Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Dr. Norbert Blüm MdB

Beisitzer:

Christoph Böhr MdL
 Manfred Carstens MdB
 Jürgen Echternach MdB
 Leni Fischer MdB
 Rudolf Friedrich MdL
 Otti Geschka MdL
 Wilfried Hasselmann MdL
 Peter Jacoby MdL
 Henning Lemmer
 Marlene Lenz MdEP
 Dr. h.c. Peter Lorenz MdB
 Bernd Neumann MdB
 Prof. Dr. Winfried Pinger MdB
 Ingrid Roitzsch MdB
 Barbara Schäfer MdL
 Heinz Soénius MdL
 Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
 Roswitha Verhülsdonk MdB
 Dr. Bernhard Vogel MdL
 Dr. Horst Waffenschmidt MdB

Zu TOP 3: Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen festzulegen:

Für Kandidatenvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand:
Montag, 9. November 1987, 12.00 Uhr,
für alle Initiativanträge zu den TOP 20 und 21:
Montag, 9. November 1987, 12.00 Uhr.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt einstimmig bestätigt:

Vorsitzender:

Dr. Heiner Geißler MdB

Stellv. Vorsitzender:

Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Gerhard Braun
Birgit Breuel MdL
Roswitha Erlenwein MdBB
Ulf Fink MdA
Ove Franz MdHB
Jürgen Hardt
Dr. Renate Hellwig MdB
Dr. Ottfried Hennig MdB
Roland Koch MdL
Gerhard Mayer-Vorfelder MdL
Dr. Rolf Olderog MdB
Ingrid Roitzsch MdB
Erwin Teufel MdL
Christa Thoben MdL
Roswitha Verhülsdonk MdB
Friedrich Vogel MdB
Rüdiger von Voss
Dr. Horst Waffenschmidt MdB
Rita Waschbüsch MdL
Dr. Erika Wolf

Zu TOP 5: In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:
Erhard Hackler

Beisitzer:
Hans Leveling
Karl Rauber
Karl Schumacher

Zu TOP 6: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:
Hans-Joachim Woelke

Weitere Mitglieder:

Udo Abel	Willi Kierdorf
Hans Bender	Aribert Kopnarski
Hubert Benning	Reinhold Krischel
Horst Brandes	Wolf-Joachim Kühne
Eva Braum	Mia Lang
Günter Brummundt	Walter Lanzerath
Heinz Budde	Eckart Lesch
Gabriele Dix	Josef Lipke
Heinz-Jürgen Engberding	Hajo Lübben
Günther Feldhaus	Gerd Ozimek
Karl-Heinz Fokken	Hans-Joachim Pack
Rudi Fuchs	Anton Pettrup
Michael Fuisting	Jochen Pöppel
Klaus Funnemann	Gerhard Quast
Karl-Heinz Gasper	Hans Rüdinger
Friedhelm Gerhards	Hans Schuler
Otto Haan	Günter Schulze
Günter Hautz	Stefan Stinner
Heinz Hesping	Reinhold Vatter
Paul Holtmannspötter	Hans-Jochen Wadewitz
Jürgen Jüttermann	Willy H. Wagner
Udo Kamperdieck	Hermann Josef Wolff

Zu TOP 8/13: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/13: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs, Dr. Heiner Geißler MdB, zustimmend zur Kenntnis.

- Zu TOP 10/13:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 11/13:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Rudolf Luster MdEP, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 12.1/13:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters, Walther Leisler Kiep, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 12.2/13:** Der Bundesparteitag nahm die Rechenschaftsberichte 1985 und 1986 zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 14:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 15:** Der Bundesparteitag erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung bei wenigen Stimmenthaltungen ohne Gegenstimmen einstimmig Entlastung für die Rechnungsjahre 1984, 1985 und 1986. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.
- Zu TOP 16:** Die Mandatsprüfungskommission des 35. Bundesparteitages erstattete folgenden **Bericht:**

„Die vom 35. Bundesparteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am Montag, dem 9. November 1987, auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten überprüft.

Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 35. Bundesparteitages weniger als 24 Monate im Amt waren.

Die entsprechenden eidesstattlichen Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 29 des Bundesstatuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände und dem ebenfalls voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14.45 Uhr von den 751 stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitages 746 anwesend.

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren zum gleichen Zeitpunkt 29 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Erhard Hackler gez. Hans Leveling
gez. Karl Rauber gez. Karl Schumacher“

Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 17:

Wahl des Bundesvorstandes

17.1

Wahl des Bundesvorsitzenden

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	717
Enthaltungen:	55
Ungültig:	1
Gültige Stimmen:	661
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	331
Ja:	579
Nein:	82

17.2

Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Walther Leisler Kiep

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	698
Enthaltungen:	38
Ungültig:	—
Gültige Stimmen:	660
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	331
Ja:	593
Nein:	67

17.3

Wahl der 7 Stellvertretenden Bundesvorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:

Enthaltungen:

Ungültig:

Gültige Stimmen:

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:

Es wurden gewählt:

1. Dr. Gerhard Stoltenberg MdB	572
2. Dr. Norbert Blüm MdB	555
3. Dr. Walter Wallmann MdL	535
4. Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB	515
5. Dr. h.c. Lothar Späth MdL	494
6. Dr. Ernst Albrecht MdL	444
7. Dr. Hanna-Renate Laurien MdA	432

17.4**Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	697
Enthaltungen:	—
Ungültig:	1
Gültige Stimmen:	696
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	349

Es wurden im 1. Wahlgang gewählt:

1. Dr. Bernhard Vogel MdL	666
2. Eberhard Diepgen MdA	663
3. Wilfried Hasselmann MdL	586
4. Birgit Breuel MdL	568
5. Erwin Teufel MdL	554
6. Dr. Renate Hellwig MdB	549
7. Dr. Manfred Wörner MdB	549
8. Elmar Pieroth MdA	521
9. Ulf Fink MdA	520
10. Roswitha Verhülsdonk MdB	515
11. Christoph Böhr MdL	514
12. Dr. Horst Waffenschmidt MdB	510
13. Christa Thoben MdL	500
14. Matthias Wissmann MdB	469
15. Dr. Bernhard Worms MdL	465
16. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdB	455
17. Barbara Schäfer MdL	452
18. Peter Jacoby MdL	450
19. Alexander Michael Graf von Schwerin	449
20. Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB	421

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

1. Albrecht Martin MdL	401
2. Leni Fischer MdB	395

Zu TOP 18:

Die bisherigen Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alphons Horten wurden in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen zu Rechnungsprüfern für die Jahre 1987 bis 1989 wiedergewählt.

Zu TOP 19:

Der Bundesparteitag nahm in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen folgende Nachwahlen zum Bundesparteigericht der CDU für die Zeit bis zum 6.11.1988 vor:

Ordentliches Mitglied:

– Dr. Walter Kiwit, Siegburg
Oberkreisdirektor des Rhein-Sieg-Kreises

Stellvertretende Mitglieder:

– Dr. Pia Rumler-Detzel, Köln
Richterin am Oberlandesgericht Köln
– Carl L. Sträter, Berlin/Bonn
Richter am Bundesverwaltungsgericht

Zu TOP 20:

Der Bundesparteitag nahm in offener Abstimmung **Antrag A 1** des Bundesvorstandes (Änderung des Statuts der CDU: Gründung der Senioren- Union der CDU) mit überwältigender Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen an; die erforderliche satzungsändernde Mehrheit wurde erreicht.

Zu TOP 21:

Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache in offener Abstimmung über die sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:

- Überweisung des grundsätzlich begrüßten **Antrags B 1** der BV Junge Union (Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs) an die Bundesfachausschüsse Jugendpolitik und Gesundheitspolitik mit der Maßgabe, dem 36. Bundesparteitag einen im Bundesvorstand weiterentwickelten Text zur Beschlußfassung vorzulegen.
(einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen)
- Annahme des **Antrags B 2** der BV Junge Union (Berufung eines Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung) in der Fassung der Antragskommission
(mit sehr großer Mehrheit bei 3 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen)
- Zustimmung zu **Antrag B 3** des LV Saar mit der Maßgabe, daß bis zum 36. Bundesparteitag die Aufgaben der Zukunftskommission von den bereits eingesetzten und geplanten Kommissionen:
 - Kommission „Ländlicher Raum“,
 - Organisationskommission,
 - Kommission „Leben und Würde des Menschen“,
 - Kommission „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik“,
 - Arbeitsgruppe „Innerparteiliche Frauenförderung“wahrgenommen werden.
(einstimmig ohne Gegenstimmen und bei 1 Enthaltung)
- Annahme von **Antrag B 4** des KV Bonn (Ratifizierung der UN-Anti-Folter-Konvention durch die Bundesrepublik Deutschland)
(mit überwältigender Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen)
- Annahme von **Antrag B 5** des KV Bonn (Bessere steuerliche Berücksichtigung privater Förderer und Mäzene im Bereich der Kultur)
(mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen)
- Annahme von **Antrag B 6** des KV Göttingen (Verabschiedung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes) sowie Überweisung des Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
(einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen)

- Annahme von **Antrag B 7** des KV Göttingen (Vorrangige Berücksichtigung strukturschwacher Gebiete bei Organisationsprüfungen und Standortentscheidungen bei Behörden) sowie Überweisung dieses Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder
(einstimmig ohne Gegenstimmen bei 1 Enthaltung)
- Erledigung des **Antrags B 8** des KV Mark (Finanzierung der Steuerreform) durch die Beschlüsse der CDU/CSU-FDP-Regierungskoalition über die Finanzierung der Steuerreform vom Oktober 1987
(mit sehr großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen und ohne Enthaltungen)
- Überweisung des **Antrags B 9** des KV Mark (Frauen in der Bundeswehr) an die Bundesfachausschüsse Frauenpolitik und Sicherheitspolitik mit der Maßgabe, dem Bundesvorstand eine Beschlußvorlage für den Bundesausschuß zu erarbeiten.
(mit sehr großer Mehrheit bei 1 Gegenstimme und ohne Enthaltungen)
- Annahme von **Antrag B 10** des KV Mark (Gewalt gegen Frauen) in der Fassung der Antragskommission
(mit überwältigender Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen)
- Annahme von **Antrag C 1** der Delegierten Hasselmann, Dr. Wallmann, Kiep und weiterer 27 Delegierter (Verbesserung der Gesetze zur Bekämpfung von Gewalttaten im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen) in der Fassung der Antragskommission
(mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen)

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang II zur Niederschrift des 35. Bundesparteitages.

ANHANG II

Beschlüsse des 35. Bundesparteitages

Beschluß Nr. A 1

1. In § 38 (Bundesvereinigungen) des Statuts der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 7. Oktober 1986, wird folgende neue Ziffer eingefügt:

„8. Senioren-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU).“

2. In § 39 (Zuständigkeiten der Vereinigungen) des Statuts der CDU wird in Absatz 1 in der nach dem Wort „Wirkungskreisen“ folgenden Klammeraufzählung hinter den Worten „Vertriebene und Flüchtlinge“ eingefügt

„ältere Generation“.

3. Der Bundesparteitag bittet den Bundesausschuß der CDU, auf seiner nächsten Sitzung gemäß § 39 Abs. 3 Satz 2 Statut der CDU der vorgesehenen Gründung der Senioren-Union der CDU zuzustimmen.
4. Die unter Ziffern 1 und 2 beschlossenen Änderungen des Statuts der CDU treten mit Ablauf des 31. Dezember 1987 in Kraft.
5. Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand der CDU, zu einem frühestmöglichen Termin im Jahre 1988 in Zusammenarbeit mit dem Senioren-Beauftragten der CDU Deutschlands sowie den Senioren-Beauftragten der CDU-Landesverbände und bereits amtierenden Vorsitzenden von CDU-Landes-Senioren-Vereinigungen die Gründung der Senioren-Union der CDU auf Bundesebene vorzubereiten und durchzuführen.

Beschluß Nr. B 1

Der 35. Bundesparteitag begrüßt die Initiative der Jungen Union zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs. Der vorgelegte Maßnahmenkatalog bedarf aber noch einer eingehenden Beratung. Der Antrag der Jungen Union wird daher an die Bundesfachausschüsse Jugendpolitik und Gesundheitspolitik überwiesen mit der Maßgabe, dem 36. Bundesparteitag einen im Bundesvorstand weiterentwickelten Text zur Beschlußfassung vorzulegen.

Beschluß Nr. B 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Beauftragten für Menschenrechte zu berufen.

Beschluß Nr. B 3

Bis zum 36. Bundesparteitag werden die Aufgaben einer Zukunftskommission von den bereits eingesetzten und geplanten Kommissionen

- Kommission „Ländlicher Raum“,
- Organisationskommission,
- Kommission „Leben und Würde des Menschen“,
- Kommission „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik,
- Arbeitsgruppe „Innerparteiliche Frauenförderung“,

wahrgenommen.

Beschluß Nr. B 4

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alle notwendigen Schritte zur Ratifizierung der UN-Anti-Folter-Konvention, die von der Bundesregierung Ende 1986 gezeichnet wurde, einzuleiten.

Beschluß Nr. B 5

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine bessere steuerliche Berücksichtigung privater Förderer und Mäzene im Bereich der Kultur gesetzlich zu verankern, um bei knapper werdenden öffentlichen Haushaltsmitteln die Bereitschaft zur privaten Kulturförderung, u.a. durch Stiftungen und Leihgaben, stärker zu wecken.

Beschluß Nr. B 6

Der 35. Bundesparteitag hält die Verabschiedung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes durch den Bundestag für dringend geboten. Er fordert Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, alsbald in dieser Richtung initiativ zu werden.

Beschluß Nr. B 7

Die Bundesregierung wird gebeten sicherzustellen, daß bei Organisationsprüfungen und anstehenden Standortentscheidungen die Frage, ob Behörden, Teile von Behörden oder Funktionsbereiche in strukturschwache Gebiete gelegt werden können, vorrangige Berücksichtigung findet.

Beschluß Nr. B 9

Der 35. Bundesparteitag hält zur Frage eines freiwilligen Wehrdienstes von Frauen eine vertiefte Diskussion für erforderlich. Er überweist daher den Antrag B 9 des Kreisverbandes Mark an die Bundesfachausschüsse Frauenpolitik und Sicherheitspolitik mit der Maßgabe, dem Bundesvorstand eine Beschlußvorlage für den Bundesausschuß zu erarbeiten.

Beschluß Nr. B 10

Der 35. Bundesparteitag begrüßt die gesetzgeberische Initiative zur Verbesserung des Zeugenschutzes im Strafverfahren und drängt auf eine baldige Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs.

Der 35. Bundesparteitag fordert den Gesetzgeber auf, die „Vergewaltigung in der Ehe“ unter Strafe zu stellen.

Beschluß Nr. C 1

Der 35. Bundesparteitag der CDU bittet die Bundesregierung sowie die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag, durch verbesserte Gesetze die Polizei in die Lage zu versetzen, sowohl vorbeugend als auch im Einsatz Gewalttaten im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen verhindern und verfolgen zu können.

Der Bundesparteitag der CDU verurteilt mit tiefer Empörung, daß Polizeibeamte bei der Erfüllung ihrer Pflichten von Rechtsbrechern und politischen Gewalttätern ermordet und schwer verletzt worden sind.

Wir bekräftigen, daß das Recht, friedlich und ohne Waffen für seine Meinung zu demonstrieren, ein grundlegendes Recht unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses Recht durch politische Gewalttäter mißbraucht, ausgehöhlt und gefährdet wird.

Der 35. Bundesparteitag der CDU fordert die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag auf, sich bei ihren Entscheidungen von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

- Der Staat ist verpflichtet, den Aufruf zur und die Propagierung von Gewalt unter Strafe zu stellen, um ein Klima zu verhindern, das Gewalttaten wie in Frankfurt Vorschub leistet.
- Es muß bewirkt werden, daß Gewalttäter ihre gewaltsamen Ausschreitungen nicht weiterhin aus der Deckung begehen können, die die Menschenmenge vor dem polizeilichen Zugriff bietet. Künftig muß auch bestraft werden, wer sich beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen nicht aus der Menschenmenge entfernt.
- Es muß sowohl die sogenannte passive Bewaffnung als auch die Vermummung strafrechtlich verboten werden. Die Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung sowie die Aufforderung zur Teilnahme an einer solchen Versammlung müssen mit Kriminalstrafe geahndet werden.

Namensverzeichnis

- Asche 114
- Biedenkopf 79
Blüm 12 ff., 99, 109, 139
Blumenfeld 105
Böhr 76
Braun 124
- Cruscz 91
- Daniels 15
Dregger 52
- Echternach 82 ff., 121, 135
Eble 132
Ellenberger 84
- Geißler 39, 123
Griesinger 132
- Hackler 109
Hans 85
Hardt 81
Hasselmann 58 ff.
- Jacoby 136
Jost 74
- Kaltefleiter 113
Kiep 64, 126
Kleinhammer 131
Kohl 7, 20, 118, 143
Krott 87
- Laumann 73
Lorenz 111
Luster 58
- Mayer-Vorfelder 93
Merz 95
von Mirbach 128
Möltgen 116
Mühr 127
- Neumann 74 ff.
- Oettinger 92
- Pinger 117, 132
- Reeg 123
Roitzsch 102 ff.
- Schäfer 92 ff., 104
Scharrenbroich 77
Schill 104
Schinzel 130
Schwarz 103
Graf von Schwerin 88
Soenius 132 ff.
Späth 89
Stoltenberg 69
Süssmuth 64, 97
- Tapper 138
- Verhülsdonk 136 ff.
Vogel 68 ff., 111 ff.
- Waffenschmidt 120
von Westphalen 112
- Zimmermann 16
Zumstrull 129



